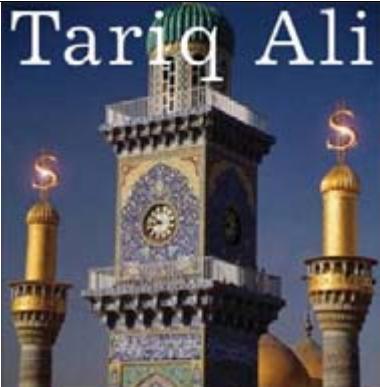


Tariq Ali



## Bush in Babylon

Die Re-Kolonisierung des Irak

Diederichs

Tariq Ali

## Bush in Babylon

Die Re-Kolonisierung des  
Irak

scanned by unknown  
corrected by dub

Die Besetzung des Irak dient einzig und allein den Interessen der USA und Großbritanniens. Doch die Iraker haben die Geschichte ihres Landes als Spielball der Weltreiche nicht vergessen, so der international renommierte Publizist Tariq Ali. Sie werden sich den neuen Besatzern nicht ohne Widerstand als Kolonie unterordnen. Eine provokante Streitschrift gegen Krieg und Besetzung als Mittel der Politik und eine Hommage an die Menschen im Irak sowie die unbeugsamen Dichter und Denker der arabischen Welt.

ISBN: 3-7205-2480-9

Original: Bush in Babylon

Aus dem Englischen von Norbert Juraschitz und Ursel Schäfer

Verlag: Heinrich Hugendubel

Erscheinungsjahr: 2003

Umschlaggestaltung: Die Werkstatt München / Weiss • Zembsch

**Dieses E-Book ist nicht zum Verkauf bestimmt!!!**

## Buch

Die USA und Großbritannien verfolgen mit der Besetzung des Irak ihre ureigenen politischen, wirtschaftlichen und strategischen Interessen. Sie sind damit zum alten Muster vom imperialen Krieg des Nordens gegen den Süden zurückgekehrt. Diese Kriegs- und Kolonialpolitik wird die Weltpolitik des 21. Jahrhunderts genauso prägen wie der Widerstand, den sie hervorruft. Der Bestsellerautor und politische Journalist Tariq Ali wendet sich vehement gegen die Behauptung, eine Besetzung sei der einzige Weg zu einem Regimewechsel in einem korrupten oder diktatorischen Staat. Seine Geschichte des irakischen Widerstandes gegen alte und neue Kolonisatoren zeigt: Die verschiedenen Interventionen im Irak haben zwar eine große Zahl von Kollaborateuren geschaffen, die sich an der Ausbeutung ihres eigenen Landes beteiligten. Und die demokratischen Kräfte haben bei der Schaffung einer demokratischen Republik versagt und dadurch den neuen Invasoren in die Hände gespielt. Doch die Iraker werden ihr Los als amerikanisch-britische Kolonie nicht akzeptieren.

Eine faszinierende Geschichte der irakischen Politik und Kultur, verfasst von einem der besten Kenner der arabischen Welt.

## **Autor**



Tariq Ali wurde 1943 in Lahore (Pakistan) geboren. Als 20-Jähriger emigrierte er nach London, wo er Politik und Philosophie studierte und Ende der sechziger Jahre zu einem der wichtigsten Führer und Vordenker der internationalen Studentenbewegung wurde. Heute arbeitet Tariq Ali als Schriftsteller, Filmemacher und Journalist. Er veröffentlichte zahlreiche Bücher zur Weltgeschichte und -politik, Bühnenstücke, Drehbücher und Romane.

## **Inhalt**

Leben mit dem Feind – Einleitung .....	6
Die Schakalhochzeit .....	21
Eine Herrscherclique von Gangstern .....	47
Kommandeure und Kommunisten .....	74
Baathismus:	
Saddam und Gumhurriya .....	115
Krieg und Kolonialreich .....	160
Kolonialreiche und Widerstand .....	193
Danksagung .....	223
Anmerkungen .....	225

Für Aisha und ihre Kameraden,  
eine neue Generation auf dem Weg.

## ***Leben mit dem Feind – Einleitung***

Warum sind ansonsten durchaus intelligente Menschen in den USA und Großbritannien überrascht, dass die Mehrheit der irakischen Bevölkerung die Besetzung ihres Landes ablehnt?<sup>1</sup> Könnte der Grund dafür sein, dass im kollektiven Gedächtnis beider Länder die Erinnerung an eine Besetzung fehlt, außer der Eroberung Großbritanniens durch die Römer? Selbst in diesem Fall gab es hie und da Widerstand, wie man dem begabtesten der römischen Prokonsuln in Britannien, Agricola, bald nach seiner Ankunft mitteilte. Dabei waren sich die ungewaschenen Eingeborenen der Überlegenheit der römischen Zivilisation durchaus bewusst. Es passte ihnen nur einfach nicht, dass sie von einer fremden Macht regiert werden sollten. Der römische Historiker Tacitus schildert in seiner Schrift über Agricola sehr anschaulich die Mentalität einer Kolonialmacht.

Bei einer seiner Reisen an die entlegenen Gestade der Insel blickte Agricola hinüber nach Irland. Er fragte einen Begleiter, warum Irland nicht besetzt worden sei. Agricola erhielt zur Antwort, dass es nur aus nutzlosem Sumpfland bestehe und von wilden, sehr primitiven Stämmen bewohnt sei. Was hatte ein solches Land dem großen Römischen Reich schon zu bieten? Der Unglückliche wurde streng ermahnt. Der wirtschaftliche Vorteil war nicht alles. Viel stärker fiel ins Gewicht, dass Irland als Beispiel eines nicht eroberten Landes dienen konnte. Es mochte vielleicht rückständig sein, aber es war frei.

Die Kontinentaleuropäer und die Russen haben aktuellere Erfahrungen mit diesem Phänomen und seinen Folgen: einem Widerstand auf ganz verschiedenen Ebenen. Es mutet schon seltsam an, dass französische

Gaullisten, deutsche Grüne und Sozialdemokraten, die russische Oligarchie und etliche andere Stimmen aus Europa die Iraker beschworen, den englischen und amerikanischen Besatzern keinen Widerstand zu leisten, nicht zu kämpfen. Handelte es sich dabei um die Arroganz des Nordens im Umgang mit dem Süden, spielte der Wunsch mit, die Vereinigten Staaten zu beschwichtigen, oder der Glaube, die Iraker seien ein irgendwie minderwertiges Volk, dem es wie den Palästinensern unter einer Besatzung besser gehen könnte? Möglicherweise war es eine Mischung aus allen drei Motiven. Wie dem auch sei, die Iraker haben die Aufforderungen jedenfalls in den Wind geschlagen.

Weltreiche vergessen manchmal, gegen wen und warum sie ihre Kreuzzüge eigentlich führen, bei den Besetzten herrscht in dieser Frage selten Verwirrung. Während der ersten Kolonialisierung des Irak schufen die Briten eine spezielle Elite, die ihnen helfen sollte, die Kolonialherrschaft im Land aufrechtzuerhalten. Das war kurz nach dem Ersten Weltkrieg, in dem Großbritannien mit dem im Niedergang befindlichen Osmanenreich um die Herrschaft über Mesopotamien kämpfte. Dabei erlitt Großbritannien eine große und mehrere kleine Niederlagen, und jedes Mal trafen die schwersten Verluste die Kolonialtruppen aus Indien.

In der Zwischenkriegszeit trugen die unterprivilegierten Schichten in den Städten den Widerstand. Heute lassen die Berichte aus Bagdad und Basra vermuten, dass die Händler und Kaufleute mit der Besatzung leben könnten, die Armen hingegen empfinden sie als nationale Schande. Der US-Zivilverwalter und »Vizekönig« Paul Bremer hat den rechtswidrigen Plan, das irakische Öl ein für alle Mal an ausländische Ölgesellschaften zu verkaufen, um die enormen Kosten des Krieges und der Besetzung zu decken. Sollte er tatsächlich realisiert werden, wird

wahrscheinlich auch die Schicht der Kaufleute ihren Unmut bekunden. Abgesehen von Ahmed Chalabi und Konsorten dürften nur wenige Iraker es begrüßen, die Kontrolle über ihr Öl zu verlieren. Führte man einen Volksentscheid nur über diese Frage herbei, stimmten mit Sicherheit 90 Prozent der Iraker dafür, dass irakisches Öl auch der irakischen Kontrolle unterliegen soll. Doch so ist nun einmal der Imperialismus in der Ära der neoliberalen Wirtschaft: Alles wird privatisiert, auch die Zivilgesellschaft. Sobald in den Städten die öffentliche Sicherheit hergestellt sein wird – sollte dies jemals eintreten –, werden Nichtregierungsorganisationen, Aliens von einem anderen Planeten gleich, wie ein Schwarm Heuschrecken über den Irak herfallen und sich mit der örtlichen Bevölkerung vermischen. In den größeren Städten werden sie Intellektuelle und Aktivisten jeglicher Couleur kaufen und üble Pamphlete zu Themen von rein akademischen Interesse verfassen lassen. Dies zielt darauf ab, jede mögliche Opposition zu neutralisieren oder, präziser ausgedrückt, sich des Unmuts zu bemächtigen, um ihn in ein ungefährliches Fahrwasser zu lenken.

Die Botschaft der Geldgeber ist klar: Macht ein bisschen Lärm, mit allen euch zu Gebote stehenden Mitteln, aber solltet ihr ernsthafte politische Schritte unternehmen, die das Funktionieren des neoliberalen Staates in irgendeiner Weise gefährden, werden wir euch den Geldhahn zudrehen. Die Beteiligung an ernsthafter Politik ist in der Regel verboten. Diese Struktur bezeichnet man dann als »Zivilgesellschaft« oder »Demokratie von unten«, sie ist sauberer und benutzerfreundlicher als jede politische Partei. Die Zahl ihrer Benutzer lässt sich begrenzen, und das Geld aus dem Westen soll sicherstellen, dass dies auch so bleibt. Einige Nichtregierungsorganisationen sträuben sich dagegen und verfolgen wirklich wichtige Projekte, aber sie stellen Ausnahmen dar.

Langzeit-Experimente in Ägypten und Pakistan haben recht gute Ergebnisse gezeitigt. Das einzige Problem besteht dort darin, dass religiöse Gruppen die Gunst der Stunde genutzt und das Vakuum ausgefüllt haben. Nun wettern sie dagegen, dass der Konsum in den heutigen Gesellschaften an oberster Stelle steht. In keinem der beiden Länder gibt es eine wirksame weltliche Opposition, beiden werden von Militärdiktatoren regiert.

In anderen Ländern wurden Militärregime behutsam entfernt und durch andere Herrschaftsformen ersetzt. Kapitalistische Demokratie = Privatisierung + »Zivilgesellschaft«. Diese vielfach erprobte Formel hat schon weite Teile Lateinamerikas und ganz Afrika ins Unglück gestürzt. Die Diktatur des Kapitals erweist sich als sehr viel beständiger als die Diktatur des Militärs. Nun droht sie auch den Irak zu überrollen. Wird es so weit kommen?

Die Besetzung steckt noch in den Anfängen. Die Ziele der Besatzer sind einfach: Sie wollen im Irak ein pro-westliches Regime installieren und Privatisierungen durchsetzen. Doch ob ihnen dies auf Dauer gelingt, wird von der Geschichte und dem Bewusstsein des irakischen Volkes abhängen. Was nicht heißt, dass das ganze Land unbedingt einen langen, zähen Krieg befürwortet. Eher trifft das Gegenteil zu. Wenn die Besatzer es schaffen, das Land zu stabilisieren, wenn ein Minimum an Lebensstandard erreicht und der Anschein von Normalität hergestellt sind, könnte eine Ordnung im Stil des Vichy-Regimes, getragen von örtlichen »Schakalen«<sup>2</sup>, wenigstens für begrenzte Zeit Erfolg haben. Es gibt ein paar draufgängerische kleine Schakale voller Groll gegen all jene, die ihre Vorstellung von Besetzung als »Befreiung« nicht teilen, die politisch sehr rege sind und sich nicht darum scheren, dass sie im Land keinerlei Rückhalt besitzen. Sie erzählen Bremer, solange Saddam

Hussein lebt, werde das Volk glauben, dass er zurückkommt, und deshalb werde die Unterstützung für die Besetzung begrenzt bleiben. Zum imperialistischen Todesurteil gegen Saddam gehört auch eine Belohnung von 25 Millionen Dollar für seine Ermordung. Wahrscheinlich wird auch die Zahlung dieses Betrages wie alle anderen aus den Verkaufserlösen des irakischen Öls getätigt werden.

Doch solange es einen bewaffneten Widerstand gibt, ist keines dieser Szenarien möglich. Und obwohl die Anhänger der Baath-Partei den Widerstand in der Region um Bagdad dominieren, sind sie nicht die einzigen, die Widerstand leisten. Wie dem auch sei, sollte der Konflikt nicht gelöst werden, könnten wir die Formierung eines noch viel breiteren nationalen Widerstandes erleben. Denn die Baath-Partei könnte, dies befürchten andere Organisationen, in weiten Teilen der Bevölkerung wieder an Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn sie eine Führungsrolle im Kampf gegen die Besatzer übernimmt. Sollten die kommunistische Partei, einige kurdische Organisationen und die Schiiten in den Widerstand einsteigen, wird es für die Vereinigten Staaten praktisch unmöglich sein, den Irak langfristig zu halten.

Sollte die Situation in der Region Bagdad unübersichtlich bleiben und sollte sich die Führung der Schiiten weigern, einen »ernsthaften« Handel mit Bremer abzuschließen, das heißt auf *ganzer* Linie klein beizugeben, haben die Vereinigten Staaten keine andere Wahl als eine rasche Balkanisierung. Dies würde bedeuten, dass die Linien im Sand, mit denen der Irak einst geschaffen wurde, neu gezogen werden: Es würden drei Protektorate entstehen – in Anlehnung an die alten Vilayets Bagdad, Basra und Mossul, die Großprovinzen im osmanischen Reich. Tatsächlich würde dann ein kurdisches Gebilde die Öl vorkommen kontrollieren, und

damit wäre die Region zu hässlichen Bürgerkriegen und ethnischen Säuberungen verdammt. In Bagdad leben zwei Millionen Kurden. Kolonialpolitiker lassen sich selten von aufrichtig humanitären Erwägungen leiten, und deshalb könnten sie auf die Idee kommen, dass diese Lösung mittelfristig die sicherste ist. Die gegenwärtige Aufteilung des Landes in drei Regionen hat die Voraussetzungen für eine de-facto-Spaltung des Irak geschaffen. Eine islamische Republik im Süden mit der Hauptstadt Kerbala würde gewiss nach einem Sicherheitsabkommen mit der Islamischen Republik Iran streben. Könnte die Kolonialmacht einen solchen Affront dulden? Und würde das türkische Militär den kurdischen Teil sich selbst überlassen oder würde dieser über kurz oder lang zu einem israelischen Protektorat werden wie Jordanien? Und was würde mit Bagdad geschehen? Würde die Stadt wieder an die Baath-Partei fallen? Dies könnte durchaus passieren, wenn keine neue Opposition auf den Plan tritt.

Für die Kinder in besetzten oder vom Krieg zerrissenen Ländern ist es besonders schwierig und schmerzlich, die Anwesenheit einer fremden Macht zu ertragen, was ihren Eltern große Probleme bereitet. 1857, bei der ersten massiven Erhebung in Indien gegen die Briten, waren die Kinder eifrige und mutige Kuriere und trugen Nachrichten von Dorf zu Dorf. Als sich in Algerien in den späten Fünfziger- und frühen Sechzigerjahren eine Nationalbewegung erhob, die sich den Siedlern und ihren Herren entgegenstellte, spielten Kinder eine aktive Rolle, etliche von ihnen waren gerade einmal acht oder zehn Jahre alt. Ich erinnere mich an einen Besuch in Hanoi im Jahr 1966, auf dem Höhepunkt der amerikanischen Bombenangriffe auf Nordvietnam. Die Stadt wirkte fremd und unheimlich. Und nach einiger Zeit begriff ich, warum dies so war: Die Kinder fehlten. Man hatte alle Kinder evakuiert, meistens gegen ihren Willen. Erst im Landesinneren sah ich wieder Kinder auf den Straßen. Ihre Lehrer beklagten sich bitter,

dass sie in den Behelfsschulen, die man in Höhlen und in die Erde gegrabenen Schutzräumen eingerichtet hatte, nicht lernen wollten. Die Kinder begannen erst wieder zu arbeiten, als man ihnen versprach, ihre Hausaufgaben würden in Form von abgeschossenen amerikanischen Flugzeugen und Hubschraubern benotet werden. Das funktionierte. Während der ersten Intifada gingen einige palästinensische Lehrer ähnlich vor.



*Nizar Qabbani*

Sie unterrichteten freiwillig, während die Schulen offiziell geschlossen waren, und mussten ihre Mathematikaufgaben zum Teil mit Zahlen von israelischen Soldaten und palästinensischen Widerstandskämpfern ausgestalten, um die Schüler zum Rechnen zu bringen.

In jüngster Zeit standen Kinder beim Widerstand in Palästina in vorderster Front. Der syrische Dichter Nizar Qabbani nannte sie »die Kinder der Steine«, er spendete ihnen Beifall für ihren Mut und forderte sie auf, sie sollten

die mottenzerfressenen Führer der arabischen Welt ignorieren, die sie immer betrogen hätten. In »Ich bin für Terrorismus«, einem seiner letzten politischen Gedichte, das er 1998, ein Jahr vor seinem Tod, geschrieben hat, heftet er das Etikett »Terrorismus« all jenen an, die mit dem Hinweis auf angeblichen Terrorismus Tyrannie und Besetzung rechtfertigen. Mit »Terrorismus« meint Qabbani nicht den 11. September und wahllose Bombenanschläge und Attentate. Seine Ehefrau Balquis al-Rawi starb, als pro-iranische Mudschaheddin während des Krieges zwischen Iran und Irak einen Bombenanschlag auf die irakische Botschaft im Libanon verübt. Qabbani hatte kurz das Haus verlassen und eine Zeitung gekauft. Bei der Rückkehr fand er seine geliebte Frau tot vor. Er gedachte ihrer in zahllosen Gedichten, die Tragödie ließ ihn für den Rest seines Lebens nicht mehr los, die Erinnerung verfolgte ihn bis zu seinem Tod. Für ihn ist der Begriff »Terrorismus« ein Wort, das die Unterdrücker verwenden, um den nationalen Befreiungskampf zu verunglimpfen. Mit seinem im April 1997 in London verfassten Gedicht will er der Jugend von Palästina und der arabischen Nation, die ihren Namen vergessen hat, Mut machen:

### *Ich bin für Terrorismus*

Man wirft uns Terrorismus vor: wenn wir die Rose verteidigen und eine Frau und den mächtigen Vers und den blauen Himmel ...  
Eine Kolonie ... in der nichts mehr ist: Kein Wasser, keine Luft ...  
Kein Zelt, kein Kamel, nicht einmal schwarzer arabischer Kaffee!  
Man wirft uns Terrorismus vor: wenn wir von einer zerstörten Heimat schreiben, den Ruinen der Heimat zerrissen, schwach ...  
eine Heimat ohne Adresse und eine Nation ohne Namen.

Eine Heimat, in der es uns verboten ist, eine Zeitung zu kaufen und die Nachrichten im Radio zu hören.

Eine Kolonie, wo die Vögel nicht zwitschern dürfen.

Eine Heimat, in der sich vor Angst und Schrecken die Dichter angewöhnt haben über nichts zu schreiben.

Eine Heimat wie die Dichtung in unseren Ländern:

Leere Worte, ohne Rhythmus importierter Ajam<sup>3</sup>, mit schiefem Gesicht und schiefer Zunge

Kein Anfang

Kein Ende

Kein Bezug zu den Sorgen des Volkes

Zu Mutter Erde und zur Krise der Menschheit.

Eine Herrschaft ... die zu Friedensgesprächen geht ohne Ehre ohne Schuhe.

Eine Heimat, in der die Männer in die Hose pinkeln und die Frauen die Ehre verteidigen.

Salz in unseren Augen

Salz auf unseren Lippen

Salz in unseren Worten

Kann das Selbst eine solche Dürre ertragen?

Ist es eine Vermächtnis des öden Qahtan?

In unserer Nation gibt es keinen Muawiya und keinen Abu Sufiyan<sup>4</sup>

Niemand sagt NEIN und tritt den eilig Davonrennenden entgegen sie haben unsere Häuser aufgegeben, unser Brot und unser Olivenöl.

Sie haben unsere glanzvolle Geschichte in einen Trödelladen verwandelt.

In unserem Leben gibt es kein Gedicht mehr seit wir unsere Unschuld im Bett des Sultans verloren haben.

Sie haben sich an uns gewöhnt, die Gedemütigten.

Was bleibt dem Menschen wenn alles, was bleibt Schande ist.

Ich suche in den Büchern der Geschichte Ussama ibn al-Munqith Uqba ibn Nafi Omar und Hamza und Khalid, der seine Herden treibt zur Eroberung von Shem.

Ich sehe einen Mutasim Billa

Der Frauen vor der Vergewaltigung rettet und vor dem Feuer.

Ich suche Männer in der Gegenwart

Und finde nur verschreckte Katzen

Um ihre eigenen Seelen bangend unter der Herrschaft der Mäuse.

Ist dies eine unermessliche nationale Blindheit?

Sind wir farbenblind?

Sie werfen uns Terrorismus vor:

Wenn wir uns weigern zu sterben während die israelischen Bulldozer unser Land zerstören

unsere Geschichte zerstören  
unser Evangelium zerstören  
unseren Koran zerstören  
die Gräber unserer Propheten zerstören,  
Wenn darin unsere Sünde bestand, seht ihr dann, wie herrlich der  
Terrorismus ist?

Sie werfen uns Terrorismus vor:  
Wenn wir uns nicht auslöschen lassen wollen von den Mongolen,  
Juden und Barbaren  
wenn wir einen Stein in die Fensterscheiben des Sicherheitsrats  
werfen nachdem der Cäsar der Cäsaren sich seiner bemächtigt hat.

Sie werfen uns Terrorismus vor wenn wir uns weigern, mit dem  
Wolf zu verhandeln und einer Hure die Hand zu geben.

Amerika  
Gegen die Kulturen der Völker ohne Kultur  
Gegen die Zivilisiertheit der Zivilisierten ohne Zivilisation  
Amerika ein mächtiges Gebäude ohne Wände!

Sie werfen uns Terrorismus vor wenn wir unser Land verteidigen  
und die Ehre des Staubes  
wenn wir uns gegen Vergewaltigungen wehren und gegen unsere  
Vergewaltigung  
wenn wir die letzten Palmen in unserer Wüste verteidigen  
die letzten Sterne an unserem Himmel  
die letzten Silben unserer Namen  
die letzte Milch im Busen unserer Mütter  
wenn darin unsere Sünde besteht wie herrlich ist dann der  
Terrorismus.

Ich bin für Terrorismus wenn er mich retten kann vor den  
Immigranten aus Russland, Rumänien, Ungarn und Polen.  
Sie haben sich in Palästina niedergelassen ihren Fuß auf unsere  
Schultern gesetzt um die Minarett von al-Quds zu rauben und das  
Tor von Aqsa um die Arabesken zu stehlen und die Kuppeln.  
Letztes Jahr tobte die nationalistische Straße wie ein wildes Pferd.  
Die Flüsse schäumten von der Entschlossenheit der Jugend.  
Aber nach Oslo hatten wir keine Zähne mehr: nun sind wir ein  
blindes, verlorenes Volk.

Sie werfen uns Terrorismus vor:

Wenn wir mit ganzer Kraft unser dichterisches Erbe verteidigen  
unsere Landesgrenze  
unsere leuchtende Kultur  
die Tradition der Flöten in unserer Bergen  
und die Spiegel, die dunkle Augen zurückwerfen.

Ich bin für Terrorismus wenn er ein Volk befreien kann von den  
Tyrannen und der Tyrannie  
wenn er den Menschen vor der Grausamkeit des Menschen retten  
kann die Zitrone und den Olivenbaum zurückbringt und den Vogel  
in den Süden des Libanon und das Lächeln auf den Golan.

Ich bin für Terrorismus wenn er mich rettet vor dem Cäsar aus  
Judäa und dem Cäsar aus Rom.

Ich bin für Terrorismus solange diese neue Weltordnung zwischen  
Amerika und Israel aufgeteilt ist halb und halb.

Ich bin für Terrorismus mit all meinen Gedichten  
mit all meinen Worten  
und all meinen Zähnen  
solange diese neue Weltordnung in den Händen eines Schlächters  
liegt.

Ich bin für Terrorismus wenn der US-Senat Urteile vollstreckt  
Belohnung und Strafe verteilt.

Ich bin für irhab<sup>5</sup> solange die neue Weltordnung den Geruch des  
Arabers verabscheut.

Ich bin für Terrorismus solange die neue Weltordnung meine  
Nachkommen abschlachten und sie den Hunden vorwerfen will.

Und deshalb erhebe ich meine Stimme:

Ich bin für Terrorismus  
Ich bin für Terrorismus  
Ich bin für Terrorismus ...

*Nizar Qabbani, London, 15. April 1997*

Das Regime in Washington hat Ariel Sharon eine Führungsrolle im »Krieg gegen den Terrorismus« gegeben und damit bewusst die Unterscheidung zwischen nationaler Befreiung und Terror verwischt. Das Ergebnis war katastrophal. Es vergeht nicht ein Tag, an dem ich nicht eine E-Mail aus Israel und Palästina erhalte, in der eine neue Gräueltat geschildert wird. Das Material in meinem Computer würde zwei dicke Bände füllen, wenn ich es einem Kriegsverbrechertribunal als Beweismittel vorlegen wollte. Eine solche E-Mail erreichte mich am 9. Juli 2003. Sie ist insofern nicht ganz typisch, als bei dem Vorfall keine kleinen Kinder getötet wurden. Palästinensische Beobachter haben sie mir geschickt:

*In den frühen Morgenstunden des heutigen Tages drangen israelische Spezialkräfte und Soldaten in den Ort Burkin im Westjordanland vor. Sie töteten einen Mann, verletzten seine Frau schwer und nahmen einen weiteren Palästinenser fest. Die israelischen Soldaten behaupteten, sie seien beim Betreten des Dorfes beschossen worden und hätten das Feuer erwidert. Nach Aussage palästinensischer Augenzeugen ist das falsch:*

*»Die Soldaten kamen ins Dorf und gingen zu dem Haus neben uns. Meine Frau und ich schliefen auf dem Dach unseres Hauses, als wir auf einmal Schüsse hörten. Wir liefen sofort ins Haus. Die Schießerei verstummte so schnell, wie sie begonnen hatte, es fielen nur etwa vier Schüsse. Zehn Minuten später läutete es an der Tür, es waren Iyad und seine Frau. Sie hatten sich zu unserer Haustür geschleppt, sie waren blutüberströmt und bluteten immer noch. Wir riefen einen Krankenwagen. Als er schließlich kam, sagten die Sanitäter, die Soldaten hätten sie nur etwa zehn Minuten aufgehalten.*

*Wir gingen hinüber, um Iyads Vater zu fragen, was*

*geschehen war. Er sagte uns, die Soldaten seien in sein Haus gestürmt und hätten seinen zwanzigjährigen Sohn Fadi festgenommen. Sein zweiter Sohn, Iyad, dessen Frau Khaloud und ihre drei Kinder hätten im Garten geschlafen, weil es im Haus so heiß gewesen sei. Die Soldaten mussten sie entdeckt haben, als sie nach der Verhaftung von Fadi das Haus verließen, und eröffneten das Feuer. Von den Palästinensern habe keiner geschossen, nur die Israelis. Wir sahen die Matratze, auf der das Ehepaar gelegen hatte, sie war blutgetränkt.« Iyad starb später durch die Kugeln in seinem Hals und seinen Armen, wie uns die Ärzte im Rafidiya-Krankenhaus in Nablus sagten. Khaloud hatten die Schüsse im Gesicht getroffen, sie liegt noch im Krankenhaus, ihr Zustand ist kritisch, aber stabil. Ihre Kinder, von denen das Älteste fünf ist, blieben unverletzt.*

Seit dem 11. September geht das jeden Tag so. Wie kann sich ein denkender Mensch da wundern, wenn Kinder den verzweifelten Wunsch haben, sich einer militanten Organisation anzuschließen, die den Israelis Widerstand leistet? Kinder besitzen eine Reinheit und moralische Integrität, die einem Kampf Glanz verleiht. Jedes einzelne Haar auf ihrem Kopf ist mehr wert als all die Menschen, die über sie zu Gericht sitzen, von ihren Mörtern ganz zu schweigen.

Der Fünfjährige ist diesmal den Kugeln entronnen. Was wird er wohl denken, wenn er größer ist und erfährt, wie sein Vater getötet und seine Mutter entstellt wurde? Oder wird man ihn gar nicht erst groß werden lassen? Könnte es sein, dass die israelische Armee deshalb auf kleine Kinder zielt? Töten sie zukünftige »Terroristen«? Oder erweist das israelische Militär damit Malthus seine Referenz? Es ist schlichtweg nicht mehr glaubwürdig, dass dies nur Zufälle sein sollen. Hier handelt es sich um den

systematischen Versuch, die Palästinenser als politische Kraft auszuschalten. Die Vereinigten Staaten sind dabei Komplizen und sehen dem Leiden der Palästinenser gleichgültig zu. Europa wird zu sehr von Schuldgefühlen beherrscht und wagt daher nicht, die Stimme gegen die Täter dieser Verbrechen zu erheben. Die Führer der westlichen Zivilisation sind unfähig zu handeln, und nun wollen sie auch noch den Palästinensern Fesseln anlegen, damit sie sich nicht wehren können.

Eine ähnliche Situation entwickelt sich gegenwärtig in Teilen des Irak. Amerikanische Soldaten machen Wohnhäuser dem Erdboden gleich und bestrafen so ganze Familien, deren Söhne oder Väter im Verdacht stehen, der Widerstandsbewegung anzugehören. Die Bilder von kleinen Jungen, wie sie, die Arme auf dem Rücken gefesselt, von amerikanischen Soldaten verhört werden, erinnern an Palästina. Muss man da noch fragen, wie die irakischen Kinder die Besetzung aufnehmen? Aus allen Berichten aus dem Land und aus persönlichen Mitteilungen meiner irakischen Freunden geht hervor: Die Kinder in den armen Vierteln der mesopotamischen Städte verhöhnen die Besatzer tagtäglich und sprechen mit einem Lächeln auf den Lippen laut aus, was ihre Eltern und älteren Geschwister einander nur zuflüstern. Diese Kinder, die gezwungen sind, unter einer Besatzung heranzuwachsen, werden in nicht ferner Zukunft eine neue Intifada beginnen.

Dieses Buch verknüpft die irakische und arabische Geschichte mit der Weltpolitik. Ohne die Vergangenheit zu kennen, kann man nicht verstehen, was heute geschieht. Die Geschichte wird hier aufgezeigt als Warnung an den Besatzer und den Widerstand Leistenden gleichermaßen. Der Besatzer kann daraus lernen, dass der Irak eine lange Tradition des Kampfes gegen eine Kolonialmacht hat. Der Widerstand Leistende wird, so hoffe ich, die Fehler

zukünftig vermeiden und die Tragödien nicht wiederholen, die die Besetzung erst möglich gemacht haben. Ich gehöre nicht zu jenen, die glauben, jede einzelne Katastrophe in der arabischen Welt sei Folge einer Einmischung des Westens. Oft hat der Westen arabische Schwächen ausgenutzt, um seine Siege einzufahren. Die Wunden, die die arabische Welt sich selbst zugefügt hat, werden in diesem Buch ausführlich diskutiert, weil es ohne Verständnis ihrer Hintergründe schwierig sein wird, weiter in die Zukunft voranzuschreiten. Der irakische Kommunistenführer, der 1948 von den damaligen Schakalen gehängt wurde, sprach immer von einem »Freien Irak« und einem »Glücklichen Volk«. Vom Jahr 1958 abgesehen, herrschten im Irak niemals gleichzeitig Freiheit und Glück. Nun hat ein neues Kapitel in der Geschichte des Landes begonnen. Werden die alten Fehler wiederholt, so wird der Gegner aus jeder unserer Schwächen seinen Nutzen ziehen.

## ***Die Schakalhochzeit***

Wenn die Dichter die Welt betrachten, übermannt sie manchmal eine Vorahnung von Düsternis. So schrieb Arthur Rimbaud in einem Brief an einen Freund: Wer Dichter sein wolle, müsse »notwendigerweise ein Seher sein, sich zum Seher machen. Und der Dichter wird zum Seher durch einen langen, gewaltigen und angemessenen Aufruhr der Sinne ... er erreicht das Unbekannte.« Aber nicht die Sinne allein und auch nicht das Wechselspiel von Denken und Fühlen machen jemanden zum Seher. Dazu gehört auch das Bewusstsein für die Welt, in der man lebt, für den Boden, in dem das Denken keimte.

Im Sommer 1824 erließ der Staat Preußen ein diskriminierendes Gesetz, in dem er Juden die Lehrtätigkeit an Schulen und Hochschulen untersagte. Ein Jahr später trat Heinrich Heine vom Judentum zum Protestantismus über, nicht zuletzt um das Lehrverbot zu umgehen. Doch schon 1823 hatte er an seinen Freund Moses Moser geschrieben: »Dass ich für die Rechte der Juden und ihre bürgerliche Gleichstellung enthouasiastisch sein werde das gestehe ich, und in schlimmen Zeiten, die unausbleiblich sind, wird der germanische Pöbel meine Stimme hören dass es in deutschen Bierstuben und Palästen wieder schallt.«

Dichter mit historischem Verständnis entwickeln manchmal prophetische Gaben. Sie erlauben niemals, dass die Verzweiflung sie nach unten zieht. Sie hoffen weiter und erinnern an Missetaten in der Vergangenheit, damit sie den Verbrechern von heute als Warnung dienen. Ihren Lesern führen diese Dichter vor Augen, welche Strafen all jene treffen, die schweigen und Beihilfe zum Mord leisten.

Der hebräischsprachige Dichter Aharon Shabtai appelliert an seine Landsleute, die Vergangenheit nicht nur

aus der Perspektive von Opfern zu betrachten. Sie sollten auch in sich hineinblicken und sich fragen, ob sie nicht möglicherweise – und sei es unbewusst – etwas von den Tätern geerbt haben. Der Lauf der Geschichte ist nicht vorhersehbar. Vielleicht werden sich die Juden eines Tages für die Schrecken verantworten müssen, die sie in der Rolle der Kolonialmacht den Palästinensern antun:

*Und wenn alles vorbei ist, mein lieber, lieber Leser, auf welchen Bänken werden dann sitzen müssen, all jene unter uns, die riefen »Tod den Arabern«, und jene, die behaupteten: »Wir wissen nichts«?<sup>1</sup>*

Im 20. Jahrhundert genoss die Dichtung – wenn auch nicht die Dichter – in der arabischen Welt beträchtliche Freiheit, unabhängig davon, wer gerade regierte. Wie kam dies? Gedichte konnte man leicht auswendig lernen und in einem Kaffeehaus rezitieren oder als Lied aufzeichnen, Gedichte überwanden alle Grenzen, denn furchtlos reisten sie von Stadt zu Stadt. Und so trugen die Gedichte dazu bei, den intellektuellen und spirituellen Hunger der Arabischen Nation zu stillen.

Anders sah es mit den Dichtern aus, sie litten. Sie wurden aus dem Land gejagt und oft in ein unfreiwilliges Exil gezwungen. Und wenn die öffentlich ausgesprochene Wahrheit erst einmal vogelfrei ist, schlägt die Stunde der Opportunisten, der Schakale unter den Dichtern (oder Journalisten oder Intellektuellen): Sie schmücken offizielle Veranstaltungen, verhöhnen jegliche Vorstellung vom Dichter als Volkstrieb und kennen den Intellektuellen nur als Hofnarren. Aber Diktatoren, sogar die nicht besonders intelligenten unter ihnen, ziehen doch das Echte vor. Sie verachten die Schakale, die beim Mukhabarat, der Geheimpolizei jedes Landes, gekauft und verkauft werden können.

Der Führer, der absolute Macht ausübt – dies kann auch ein gewählter Politiker ohne Opposition sein – glaubt, dass er (oder sie) auch absolute Weisheit besitzt und natürlich auch absolut gut ist. Folglich will er, dass die beim Volk angesehenen Dichter Verse schreiben, die ihn vergöttern und seine Herrschaft preisen.

In den frühen Dreißigerjahren fühlte sich Osip Mandelstam genötigt, einige wenige, sehr schlechte Gedichte auf Stalin zu verfassen. Er wusste, dass sie schrecklich waren. Ein Gegenmittel zur Selbstanreinigung musste her. Mandelstam dichtete ein einziges geistreiches, böses Anti-Stalin-Gedicht. Er rezitierte es nur vor engen Freunden, und selbst dort nur flüsternd. Aber dieser große Dichter vergaß (oder vielleicht vergaß er es auch nicht), dass ein Gedicht nicht mehr zurückgeholt werden kann, ist es erst wie ein Geist aus der Flasche respektive aus dem Kopf des Dichters entwichen, wurde es erst aufgeschrieben und rezitiert. Für Mandelstam hatte es tragische Folgen, dass sich sein Gedicht nicht mehr zurückholen ließ. Es wanderte durch die ganze alte Sowjetunion und wurde auf seinem Weg durch die Ukraine, durch Georgien, Aserbaidschan und Usbekistan in die jeweiligen Landessprachen übersetzt. Eines Tages hörte Stalin davon und das Gedicht gelangte auch in den Kreml. Stalin, der einst selbst ein mittelmäßiger Dichter gewesen war und nun unter Verfolgungswahn litt, dürfte es viele Male gelesen und sich gefragt haben, wie es wohl im Land aufgenommen wurde und ob, noch wichtiger, seine Kollegen im Politbüro wohl hinter seinem Rücken herhaft darüber gelacht hatten. Das Gedicht wurde unsterblich, aber den Dichter kostete es das Leben.<sup>2</sup>

Der Irak ist seit jeher ein stolzes Land. Der Stolz spiegelt sich auch in den Werken seiner unerschütterlichen und starrköpfigen Dichter, die sich einfach nicht beugen wollen. Weiter hinten in diesem Buch werde ich eine Synopse der

irakischen Geschichte versuchen, die den Unschuldigen und den Bösen helfen mag, die offene Feindseligkeit gegenüber der jüngsten kolonialistischen Besatzungsmacht in den historischen Kontext einzuordnen. Aber zunächst ein paar Sätze über die irakischen Dichter.

1979, in dem Jahr, als Saddam Hussein die absolute Macht an sich riss und beschloss, die letzten Reste der politischen Linken auszulöschen, floh der Dichter Saadi Youssef aus Bagdad, weil er keine schlechten Gedichte schreiben wollte. Es war unmöglich, mit der neuen Inquisition Frieden zu schließen und kreativ zu bleiben. Also sagte er Bagdad und Basra Lebewohl und suchte Zuflucht in Beirut. Im April desselben Jahres schrieb er das Gedicht »Freundschaft« und widmete es seinem Dichterkollegen Adonis:

### *Freundschaft*

Ein Vierteljahrhundert ist vergangen  
Und wir stellen fest,  
Dass Ibn Tammiya<sup>3</sup> der Kopf  
Eines Knüppels geworden ist  
Und al-Muwafaq<sup>4</sup> immer noch  
Rebellische Sklaven Vom Antlitz der Erde tilgt.  
Die Polizei von Damaskus tritt uns  
Und die Polizei des Irak  
Und die amerikanische Polizei der Araber  
Und die englische  
Und die französische  
Und die persische  
Und die osmanische Polizei  
Und die Polizei der Fatimidien-Kalifen ...  
Unsere Familien  
Treten uns,  
Unsere gutgläubigen, gutherzigen Familien,  
Unsere mörderischen Familien.  
Wir sind die Kinder dieses Wahnsinns.  
Drum lasst uns sein, was wir sein wollen.<sup>5</sup>

In der Woche, in der Bagdad fiel, rief ich Saadi Youssef an und schlug vor, wir könnten uns treffen und, falls er Lust dazu habe, gemeinsam zu Mittag essen. Vielen gilt Youssef als einer größten arabischen Dichter der Moderne. Zur Zeit lebt er im vorübergehenden Exil in Uxbridge. Dieser Vorort von London liegt ganz in der Nähe des Flughafens Heathrow – und sehr weit entfernt von dem Dorf Abulkhasib bei Basra, wo Youssef 1934 zur Welt kam, und von Bagdad, wo er aufgewachsen ist. Ich musste lächeln, als er mir erzählte, er wohne in der Nähe des Flughafens. Es erinnerte mich an ein Gedicht von Bertolt Brecht über Exil, Auswandern und Asyl:

### *Über die Bezeichnung Emigranten*

Immer fand ich den Namen falsch, den man uns gab:  
Emigranten.  
Das heißt doch Auswanderer.  
Aber wir Wanderten doch nicht aus, nach freiem Entschluss  
Wählend ein anderes Land, dort zu bleiben, womöglich für  
immer.  
Sondern wir flohen.  
Vertriebene sind wir, Verbannte.  
Und kein Heim, ein Exil soll das Land sein, das uns da aufnahm.  
Unruhig sitzen wir so, möglichst nahe den Grenzen ...<sup>6</sup>

Am nächsten Tag trafen wir uns in den Büroräumen der *New Left Review* in Soho. »Wo würden Sie gerne essen?«, fragte ich ihn.

»Oh.« Youssef zögerte und meinte dann mit beiläufigem Achselzucken: »Irgendwo.«

Wir spazierten an etlichen Restaurants vorbei, doch jede meiner Einladungen zu chinesischer, vietnamesischer, japanischer oder thailändischer Küche wurde abgelehnt.

»Lieber keine fernöstliche Küche.«

Wir suchten eine Weile weiter, vergebens, und schließlich schlug ich vor, er solle die Richtung der Küche auswählen.

»Gibt es hier ein arabisches Café oder etwas in der Art?«, fragte er.

In der Greek Street gab es eines. Es war ziemlich leer, und wir aßen dort zu Mittag. Youssef registrierte, dass der Kellner einen algerischen Akzent hatte. Die Musik war laut und wir batzen, sie etwas leiser zu drehen.

»Das war die Vertonung eines Gedichts von Nizar Qabbani«, erklärte Youssef mir. »Sie mögen doch seine Gedichte?«

Ich mochte sie, aber es war immer noch zu laut. Wir sprachen eine Weile über Qabbani und über den pakistanischen Dichter Faiz Ahmed Faiz, den Youssef ein Vierteljahrhundert zuvor in Beirut kennen gelernt hatte, wo sie beide im Exil waren. Er mochte Faiz und erkundigte sich nach seinem Einfluss auf die pakistanische Kultur.

»Für viele von uns, die wir unter einer Diktatur aufgewachsen sind, verkörperte Faiz die pakistanische Kultur«, sagte ich.



*Saadi Youssef*

Qabbani und Faiz waren beide tot, aber ihr Werk lebte und würde Bestand haben. Youssef sprach über die Dichter, die er ins Arabische übersetzt hatte: Whitman, Kavafis, Ritsos, Ungaretti und Lorca. Auf meine Frage nach seinem Werk und seinem Ruf erwiderte er, er sei nicht allein, der Irak sei gesegnet mit Dichtern.

»In unserer Generation, der älteren, waren wir zu dritt: al-Jawahiri, Muthaffar al-Nawab und ich. Wir alle gingen schließlich ins Exil. Al-Jawahiri war, glaube ich, hundert Jahre alt, als er 1997 in Damaskus starb. Er hat Bagdad nie wiedergesehen. Saddam schickte in regelmäßigen Abständen seine Abgesandten, die uns umstimmen sollten. Wir sollten alle drei für eine Veranstaltung nach Bagdad zurückkehren und unsere Gedichte öffentlich vortragen. Er wusste und wir wussten, dass zu einer solchen Veranstaltung mindestens eine Million Menschen kommen würden, eher mehr. Durch seine Abgesandten ließ er uns mitteilen: ›Ich weiß, dass ihr alle Kommunisten seid und mich angreift, aber ihr müsst verstehen, dass ihr auch Teil unseres nationalen Erbes seid. Kommt bitte heim. Mit meinem Blut bürg ich für eure Sicherheit.‹ Das klang nicht sehr beruhigend. Auf jeden Fall hatten sie zu viele unserer Freunde und Genossen gefoltert und getötet. Das war damals sein Handel mit den Amerikanern. Er würde uns auslöschen und nicht nur uns. Auch in der Baath-Partei gab es einige anständige und engagierte Leute. Ihnen erging es nicht anders. Deshalb sind wir nicht nach Bagdad zurückgekehrt. Und jetzt ist die Stadt wieder besetzt.«

Das Exil hatte diese Dichter nicht gezähmt. Ihre Gedichte zirkulierten im Land und ihre scharfen Verse waren sehr beliebt. Ihre Erfahrungen mit dem Regime und seinen Stützen im Westen hatten sie nicht zu verbitterten, enttäuschten alten Renegaten gemacht, die sich unterwürfig und selbstentwertend um den Großmut der

Saudis bemühten. Muthaffar al-Nawab hatte für eine ganze Generation von Exilanten gesprochen, als er seine Sehnsucht nach der Heimat ausdrückte:

Ich habe mein Schicksal angenommen  
Zu sein wie ein Vogel  
Und ich ertrage alles  
Nur Demütigung nicht  
Oder dass mein Herz  
Im Palast des Sultans eingesperrt wird.

Doch lieber Gott  
Auch Vögel müssen einmal nach Hause zurückkehren.

Ich fliege über die Heimat  
Von Meer zu Meer  
Und von Gefängnis über Gefängnis zu Gefängnis  
Und die Gefängniswärter arbeiten Hand in Hand.<sup>7</sup>

Youssef schwieg und zündete sich eine weitere Zigarette an. Wir waren beide deprimiert. Das Gedächtnis und die Geschichte des Volkes wurden geplündert. Die Bestände des Museums von Bagdad hatten bis in die frühe mesopotamische Zeit zurückgereicht (um 3500 v. Chr. war in Mesopotamien die Schrift erfunden worden). Diebe und einige GIs (die zeigten Fotos im Internet) hatten das Museum ausgeraubt, nachdem eine Panzergranate das Schloss am Hauptportal aufgesprengt hatte. Ebenfalls unter den wachsamen Augen der Besatzungssoldaten war die Bibliothek von Bagdad in Brand gesetzt worden, Schriftstücke aus der Osmanenzeit von unschätzbarem Wert lagen zerfetzt und halb verkohlt draußen auf der Straße. Amerikanische Soldaten im Siegestaumel hatten die Zikkurat der alten Königsstadt Ur mit Graffiti beschmiert. Weiter im Süden fotografierten sich Angehörige einer britischen Einheit gegenseitig dabei, wie sie irakische Männer und Frauen folterten und sexuell misshandelten.

Das Antlitz der Geschichte ist immer gleich: Militärische Besetzung, ökonomische Ausplünderung, sexuelle und kulturelle Demütigung waren schon immer beliebte Herrschaftsmethoden der Kolonialherren. Wie anders ließe sich auch ein Land gegen seinen Willen rekolonisieren? 1919 hatten sich die Briten für eine arabische Fassade entschieden, hinter der sie die absolute Kontrolle ausübten. Dies endete böse. Eine genaue Wiederholung dessen würde schwierig sein, aber die Auswahl an Möglichkeiten war nun einmal begrenzt.

Der wiedergeborene christliche Fundamentalist George W. Bush wusste offensichtlich um die Verruchtheit des alten Babylon (ein Lieblingsthema im Alten Testament) und kannte die entsprechenden Verse. Wahrscheinlich wusste er auch, dass die Ruinen von Babylon in Mesopotamien liegen, dem heutigen Irak. Aber wusste er darüber hinaus noch etwas? Hatte ihn jemand über Bagdad und die Geschichte von Bagdad aufgeklärt? Wusste er, warum die amerikanischen Besatzer als die »neuen Mongolen« bezeichnet wurden? Wusste auch nur einer seiner Berater, was im 13. Jahrhundert passiert war, als die Krieger von Hulagu Khan die Stadt belagerten?

Die Mongolen waren ein Volk ohne Schriftkultur und empfanden Bücher, Manuskripte und Bibliotheken immer als Bedrohung. 1258 brannten Hulagus Krieger die Bibliothek von Bagdad nieder, weil sie in ihrer Dummheit glaubten, die Bücher könnten gegen sie eingesetzt werden. Durch diesen barbarischen Akt wurden Tausende wertvoller Manuskripte zerstört, darunter auch seltene Übersetzungen alter griechischer Texte. Bis heute ist umstritten, ob einige Stücke von Aristophanes bei diesem Brand oder beim Brand der Bibliothek von Alexandria unwiederbringlich verloren gingen. Unbestritten ist jedoch der gewaltige Verlust für die islamische Kultur und die Weltkultur. Man kann das kulturelle Gedächtnis in den

Museumsgewölben einer Stadt unterbringen, aber es gehört gleichwohl der ganzen Welt. Die Verbrennung der Bücher in Bagdad durch die Mongolen und zweihundert Jahre später die Verbrennung der Bücher in Granada durch die Katholiken sind zwei in der arabischen Welt unvergessene Ereignisse.

Die amerikanischen Generäle, die die Besatzungsarmee in Bagdad befehligten, waren für den Schutz der Kulturschätze verantwortlich. Sie scheiterten kläglich. Erst hatten sie ihre Soldaten angestachelt, das »Gesindel« zu bekämpfen und zu vernichten, das in den militärischen Briefings als Urheber des 11. September hingestellt wurde. Vielleicht hatten sie jetzt Angst davor, zugeben zu müssen, dass das »Gesindel« ein Volk mit einer eigenen Kultur war. Was auch immer den Ausschlag gab, sie blieben jedenfalls tatenlos.

Saadi Youssef schüttelte alle paar Minuten den Kopf, fassungslos und verzweifelt. »Wer hätte gedacht, dass der Westen zurückkehren würde.« Und dann bekräftigte er sein ungebrochenes Vertrauen in sein Volk: »Wir haben eine lange Tradition des Widerstandes. Wussten Sie, dass al-Jawahiris Bruder 1948 bei der Erhebung gegen die Briten schwer verwundet wurde? Er starb in al-Jawahiris Armen, nicht weit von der Jisr al-Shuhada, der Märtyrerbrücke über den Tigris, entfernt, wo die Kugeln ihn getroffen hatten. Wie könnte diese Blutspur getilgt werden? Die neuen Besatzer werden nicht lange geduldet sein. Und ihre Marionetten genauso wenig.«

Al-Jawahiri hat im Gedenken an die Erhebung von 1948 ein Gedicht geschrieben. Als Bagdad im April 2003 fiel, hatten viele Iraker die Eingangsverse auf den Lippen:

Ich sehe den Horizont leuchtend von Blut,  
Und manche sternlose Nacht.  
Eine Generation kommt, eine andere geht

Und das Feuer brennt weiter.

In seinem Exil in Kairo zitierte auch Sinan Antoon diese Verse, ein irakisches Dichter der jüngeren Generation. In einem Interview mit der Zeitung *Al-Ahram* erinnerte er daran, »wie die letzten Jahre des Krieges zwischen Iran und Irak [1980-1988] unsere Jugend begleitet und den Nihilismus in unser Leben gebracht haben. In dieser Zeit waren die düsteren, trüben Bars an der Abu-Nuwas-Straße unsere Zuflucht. Wir blieben dem Geist des Dichters und seinen Weinliedern treu, die Enttäuschung über das Hier und Jetzt ausdrücken, aber auch Fröhlichkeit, Unbekümmertheit und Lebensfreude im Kampf gegen die Vergänglichkeit. Der irakische Poet und Dissident Muthaffar al-Nawab war unser Führer, wenn wir uns nachts auf den Weg nach Hause machten. Seine stolzen, im Irak verbotenen Gedichte wurden auf Kassetten ins Land geschmuggelt und machten heimlich unter den Freunden die Runde. Einige Freunde sind im Irak geblieben, sie litten unter den Sanktionen und leiden jetzt unter dem neuen Krieg, viele indes leben in alle Winde verstreut im Exil.«

Und nun hat die arabische Nation eine weitere Niederlage erlitten. Ein unabhängiger, souveräner arabischer Staat wurde eingenommen und besetzt, das und vor allem der fehlende Widerstand in Bagdad weckten Erinnerungen an andere Niederlagen. Nach dem Fall von Bagdad 1258 sprachen im Palast Mongolenführer Hulagu Khan und al-Mustasim, der Beherrscher der Gläubigen und letzte Abbasiden-Kalif, miteinander. Die wichtigsten historischen Experten für diese Zeit erklären die Niederlage des Kalifen mit seiner mangelnden Vorbereitung und Streitigkeiten zwischen schiitischen und sunnitischen Würdenträgern. Einige meinen auch, dass der Gouverneur von Mossul und der Wesir Ibn al-Alqami, ein

Schiit und ranghöchster Minister am Hof, ihren Herrscher verraten und buchstäblich an die Mongolen verkauft hätten. Der Historiker Ibn al-Athir wirft dem Wesir vor, er habe dem Kalifen geraten, die Armee zu verkleinern, sodass nur 10000 Soldaten die Stadt gegen eine mongolische Reiterarmee von 200000 Mann verteidigten. Andere geben den Kurden die Schuld, die früher schon einen Vorstoß der Mongolen unterstützt hatten.

Tatsache ist, dass in Bagdad Flügelkämpfe der verschiedenen Muslimgruppen tobten, die jeweils Netzwerke von Günstlingswirtschaft und Macht darstellten. Ob der Kalif von anderen betrogen wurde oder sich selbst in die ausweglose Lage manövriert hatte, wird noch diskutiert. Arabische und nicht-arabische Quellen sind sich jedoch darin einig, dass der Bericht des Philosophen Nasi al-Din al-Tusi (gest. 1274) zutrifft, der bei der berühmten Unterredung zwischen dem mongolischen Eroberer und dem besieгten Kalifen zugegen war. Dabei legte wohlgernekt der »Barbar« Hulagu sehr viel mehr politischen Scharfsinn an den Tag als sein gestürzter Rivale, obwohl jener einige der klügsten Köpfe der damaligen Zeit zu seinen Beratern zählte. Al-Tusi schildert die Szene so:

*Der König [Hulagu] erkundete die Residenz des Kalifen und durchstreifte sie in alle Richtungen. Der Kalif wurde herbeigeholt und befahl, dass Geschenke gebracht würden. Was immer er bringen ließ, der König verteilte es sofort an sein Gefolge und die Emire, auch an die Führer seiner Soldaten und alle Anwesenden. Dann stellte er ein goldenes Tablett vor den Kalifen hin und befahl: »Iss!«*

»Das kann man nicht essen«, erwiderte der Kalif.

»Warum behältst du es dann für dich und gibst es nicht deinen Soldaten?«, fragte der König. »Und warum hast du aus den Eisentoren nicht Speerspitzen geschmiedet und

*bist ans Flussufer gekommen und hast mich gehindert, den Fluss zu überschreiten?«*

*»Es war Gottes Wille«, antwortete der Kalif.*

*»Was dir widerfahren wird, ist ebenso Gottes Wille.«*

Bagdad hat sich von dieser Niederlage nie erholt. Die Mongolen hatten nicht die Absicht, in der Stadt zu bleiben. Sie plünderten und töteten, aber dann zogen sie wieder ab, viele Frauen und Schätze nahmen sie mit. Künftig war Täbris in Persien das Zentrum des Handels und Hormus löste Basra als wichtigsten Handelshafen in der Region ab. Nach 1258 war Bagdad eine Provinzstadt mit abnehmender Bevölkerungszahl, heimgesucht von Überflutungen und anderen Katastrophen, beherrscht nacheinander von Mongolen, Persern, Osmanen und schließlich Briten (die eine Monarchie etablierten). Die Befreiung von der Fremdherrschaft erfolgte in der Region erst sieben Jahrhunderte später, im Jahr 1958, auf dem Höhepunkt des arabischen Nationalismus. Die Armee wurde in praktisch jeder Hinsicht zum Hort der nationalistischen Ideen. Wie war es dazu gekommen?

Im Jahr 1948 wurden die schwachen und gespaltenen arabischen Armeen – die meisten unterstanden den Briten – in den Krieg mit Israel gestoßen. Die Niederlage wäre durchaus vermeidbar gewesen, aber den politischen und militärischen Führern der arabischen Staaten fehlte es in absolutem Gegensatz zur zionistischen Führung an Siegeswillen. Die Zionisten erhielten Waffen vom britischen Empire, das sich zurückzog, und hatten ihre Hilfstruppen gut organisiert und trainiert. Die Araber hingegen waren durch die korrupte Elite an ihrer Spitze bis zur Ohnmacht geschwächt.

Der saudische Romanautor Abdalrachman Munif erzählt in seinen Memoiren von seiner Kindheit und Jugend in

Amman. Seine Mutter stammte aus dem Irak und seine Großmutter kehrte oft mit seltsamen Kopfbedeckungen und vielen Geschichten aus Bagdad zurück. Munif hörte davon, wie 1941 die Anführer des Aufstandes gegen die Briten von Sir John Glubb gefangen genommen, nach Bagdad gebracht und dort gehängt worden waren. 1947/48 wurden pro-palästinensische Kundgebungen brutal unterdrückt, aber die Anteilnahme am Schicksal der Opfer jenseits des Jordan wurde damit nicht gebrochen. Abdalrachman Munif schildert die Stimmung in der Schule:

*Die Namen der Städte auf der anderen Seite des Jordan waren immer präsent; es waren viele und sie beflügelten die Fantasie. Die Namen anderer arabischer Städte konnten aus dem Gedächtnis verschwinden oder durcheinander geraten, doch wenn der Lehrer nach fünf Städtenamen in Palästina fragte, hoben sich alle Hände. Die Stimmen wetteiferten und überboten sich: Jerusalem, Jaffa, Haifa, Gaza, Lod, Ramla, Akka, Safad, Ramallah, Jericho ... Palästina war mehr als ein Land mit Menschen. Im Gedächtnis eines jeden Arabers existierte es als eine Ansammlung von Bedeutungen und Symbolen, angehäuft und abgelagert über viele Generationen hinweg.<sup>8</sup>*

In Amman wurden die ersten irakischen Soldaten, vermeintlich auf dem Weg nach Palästina, jubelnd von der Bevölkerung begrüßt, auch von Munifs Großmutter. Sie erkannte unter den Soldaten einen entfernten Verwandten namens Ismail. Die irakischen Soldaten bekamen kostenlos Unterkunft und Verpflegung und die Menschen ließen »Reis, Weizen und Blumen auf die Einheiten herabregnern, wo immer sie entlanggingen«. Aber es blieb bei der Vorhut. Die Offiziere zögerten weitere Truppenbewegungen hinaus, bis es zu spät war. Die Hoffnung verwandelte sich erst in Furcht und dann in Wut. Ismail war erschüttert über den Verrat. Er schimpfte

über die Vorgesetzten:

»Hurenböcke, Schafsköpfe, wo sind eure Karten, eure Pläne, was habt ihr vor? Sie haben uns verarscht, sie haben gesagt: ›Ihr kriegt eure Befehle.‹ Und wir wussten nicht, ob wir angreifen oder uns verteidigen sollten, einen Graben bauen und uns verschanzen oder einfach abhauen sollten.«

Um ihn zu beruhigen, sagte die Großmutter: »Mein lieber Ismail, reg dich nicht auf! Hier gibt's ein ziemliches Durcheinander und alles braucht seine Zeit.«

»Nachdem wir wie die Hunde krepiert sind?«

»Red nicht so daher, beschwör nicht das Übel herauf!«

»Wo sind sie, diese Halunken mit ihren Orden auf der Brust, die gesagt haben, wir befreien Palästina in zwei Tagen?«

Mit geringen Unterschieden geschah tausend anderen Ismails an allen Fronten dasselbe. Zwischen dem 15. Mai und dem 11. Juni [1948], als der erste Waffenstillstand verkündet wurde, fielen Städte, wurden Tausende getötet, Hunderttausende vertrieben.<sup>9</sup>

Die Niederlage hatte eine rasche Radikalisierung in der gesamten arabischen Welt zur Folge. Man brauchte den Menschen nicht zu erklären, warum es den arabischen Armeen nicht gelungen war, die Katastrophe zu verhindern. Sie wussten, dass die Generäle britische Marionetten waren, die nur eine Rolle zu spielen hatten: Sie sollten die Sargträger sein, wenn Palästina zu Grabe getragen wurde. Das wurde nicht nur auf dem Basar ausgesprochen. In jeder arabischen Armee gab es eine Gruppe junger, nationalistisch gesinnter Offiziere, die sich zutiefst gedemütigt fühlten und begannen, heimlich den Widerstand zu organisieren. Sie waren entschlossen, die

rituelle Unterwerfung unter die kolonialistischen Interessen, die zur Katastrophe geführt hatte, ein für alle Mal zu beenden. Die Militärputsche in den Fünfzigerjahren, durch die pro-britische Herrscher in Ägypten und dem Irak gestürzt wurden, waren eine direkte Folge der Niederlage von 1948.



*Abdalrachman Munif*

Eine Woche vor der Bombardierung von Bagdad traf ich in London nahe der Westminster Bridge, nicht weit vom Sitz der Mutter aller Parlamente, die bald darauf grünes Licht für einen weiteren Kolonialkrieg geben sollte, zufällig eine Gruppe arabischer Freunde. Sie konnten nicht ahnen, wie ich mich freute, sie zu sehen. Ich kam gerade von einer leicht klaustrophobischen Fernsehdiskussion über den Irak bei der BBC. Unter den Augen eines zynisch lächelnden Richard Perle, der in Großaufnahme aus dem Washingtoner Studio zugeschaltet war, hatte der britische Außenminister Cook – ein altgedienter Fuchs – beharrlich behauptet, die Invasion im Irak diene nur der Entwaffnung, nicht dem Regimewechsel. In einer anderen Ecke der Studiobühne tauschten zwei Potentaten von der arabischen Halbinsel milde Beleidigungen aus, der eine

war Prinz Hassan von Jordanien aus der Haschemiten-Dynastie, der andere Prinz Turki bin Faisal aus dem Haus al-Saud.<sup>10</sup> Nur einigen wenigen Teilnehmern der Runde gelang es, ein paar kritische Bemerkungen zum Einverständnis des englischen und amerikanischen Establishments anzubringen.

Danach war die Begegnung mit jenen arabischen Durchschnittsmenschen belebend wie eine plötzliche Sauerstoffzufuhr. Wir sprachen über den bevorstehenden Krieg, über die Frage, ob es Widerstand geben würde oder nicht, und Ähnliches. Ich zögerte, ob ich eine Einladung zum Abendessen annehmen sollte, bis der Freund, der mich zu sich nach Hause eingeladen hatte, sagte: »Wir haben gerade zwei Videos mit alten Aufnahmen von Gamal Abdel Nasser gekauft.« Mit Vergnügen ließ ich mich nach Knightsbridge zu einem Videoabend mit Nasser schleppen.

Es war ein genauso schauriges wie bewegendes Erlebnis. Schaurig wegen des Zeitpunkts: Fast ein halbes Jahrhundert nach dem Suezkrieg bereitete sich ein anderes arabisches Land auf die Invasion zweier imperialistischer Großmächte vor, die von Israel unterstützt wurden. Diesmal waren die Vereinigten Staaten an die Stelle Frankreichs getreten. Bewegend war das Erlebnis, weil es in den Dokumentarfilmen um die Beziehung Nassers zur arabischen Bevölkerung ging, darum, wie er 1956 den in die Jahre gekommenen britischen Löwen herausgefördert hatte (»Mögen die Imperialisten an ihrer Wut erstickten«) mit der Ankündigung, er werde den Suezkanal verstaatlichen, was die Menschen mit stürmischer Begeisterung begrüßten. Hier stand ein arabischer Führer, der ungeachtet seiner Schwächen beim Volk beliebt und geachtet war, anders als die Verrückten und Ungeheuer, die nach ihm kamen. Die Bilder von der Mobilisierung der Massen in der arabischen Welt waren unglaublich: die

Weigerung des Volkes nach der Niederlage von 1967, Nasses Rücktritt hinzunehmen; die Bekundungen echter Trauer bei seinem Begräbnis, als die Menschen instinktiv begriffen, dass eine wichtige Epoche ihrer Geschichte zu Ende gegangen war.

Wir sagten nicht viel, nachdem wir uns die Filme angesehen hatten. Was wäre auch zu sagen gewesen? Und doch dachten wir alle darüber nach, wie sehr sich die Welt verändert hatte. 1956, als Großbritannien, Frankreich und Israel nach Ägypten einmarschiert waren, hatte man darin einen Präventivschlag gegen die gesamte arabische Nation gesehen. Der Suezkanal wurde blockiert, Ölquellen und Pipelines im Irak und in Syrien wurden gesprengt, die Saudis weigerten sich, Öl zu fördern, das auf französische oder britische Tanker hätte gelangen können, und die Versorgung Bahrains von saudischen Ölfeldern aus kam zum Stillstand. Ölfördereinrichtungen in Kuwait wurden mit Sprengladungen versehen, hie und da auch die eine oder andere Tankstelle der Kolonialmacht. Und diesmal? Würden die arabischen Staaten annähernd ähnliche Schritte unternehmen, um die Invasoren des Irak zu bestrafen? Allein schon die Frage schien unrealistisch.

Der zweite Präventivschlag, diesmal von Israel allein, erfolgte 1967, er überraschte und vernichtete die ägyptischen Nationalisten. Zehn Jahre nach dem Tod von Gamal Abdel Nasser hatte sein Nachfolger Anwar al-Sadat sich und den Staat an die Großmacht Amerika verkauft. Der Preis hieß Neoliberalismus im Land und die Anerkennung Israels. Sadat bezahlte dafür mit seinem Blut, islamistische Soldaten erschossen ihn auf offener Straße bei einer feierlichen Parade. Nun wurden alle Diktatoren nervös. Soldaten durften bei solchen Anlässen keine scharfe Munition mehr mit sich führen.

Ein weiterer Präventivschlag, nun ein direkter, führte zur

Besetzung des Irak. Man plante, ein rigoros marktwirtschaftliches Regime zu installieren und innerhalb von »drei Monaten« Israel als Staat anzuerkennen.



*Muthaffar al-Nawab*

Doch der Zeitplan verzögerte sich, weil sich die Mehrheit der Iraker weigerte zu kollaborieren. Was immer im Irak in den fünf Jahren nach dem Krieg von 2003 passieren wird, die Konsequenzen seiner Besetzung werden dieses Jahrhundert prägen. 1928, unter britischer Besatzung, hatte der irakische Dichter Jamil Sidqi al-Zahawi, verärgert über die verbreitete Passivität seiner Landsleute, insbesondere der Fatalisten, die sich in Obskuranismus ergingen, die Iraker aufgerufen, alles in Frage zu stellen, was Widerstand verhindern sollte:

Erhebt euch in wütendem Zorn gegen die alten Gebräuche  
Erhebt euch sogar gegen das Schicksal.

Seine Erben in der Dichtkunst, Saadi Youssef und Muthaffar al-Nawab, blicken heute aus der Ferne auf ihr Land und denken nach. Was denken sie? Am Vorabend

des Krieges von 2003 arbeiteten die anglo-amerikanischen Politiker und ihre Lieblingsjournalisten daran, jeglichen Widerspruch unter einem Berg von Lügen zu ersticken. Just zu dieser Zeit kam in einem Londoner Hotel eine Schar handverlesener Kollaborateure zusammen und diskutierte über die Zukunft des Irak nach der »Befreiung«. Diese Veranstaltung beschwore im Geist des Dichters das Bild einer »Schakalhochzeit«.

Im Süden des Irak schlafen die Menschen in den Dörfern oft im Freien, unter dem sternklaren Himmel, wenn sie nach der Hitze des Tages Abkühlung suchen. Bisweilen wird ihre Ruhe durch eine lautstarke Versammlung von Schakalen gestört. Einige paaren sich, andere melden lautstark ihren Anspruch an, als Nächster dran zu sein, wieder andere kämpfen miteinander. Nach ungefähr einer Stunde erreicht das Spektakel seinen Höhepunkt, Lärm und Gestank sind dann unerträglich. Und auf einmal verschwinden die Tiere. Das nächste Mal tauchen sie an anderer Stelle auf. Die Dorfbewohner sagen am darauf folgenden Morgen stets voller Abscheu, ihre Nachtruhe sei durch eine »Schakalhochzeit« gestört worden.

Saadi Youssef verfasste ein Gedicht für seinen Dichterkollegen im Exil in Damaskus:<sup>11</sup>

### *Die Schakalhochzeit*

O Muthaffar al-Nawab, mein lebenslanger Gefährte, was sollen wir angesichts der Schakalhochzeit tun?

Du erinnerst dich an die alten Tage:

In der Abendkühle unter einem Bambusdach auf weichen Kissen, gefüllt mit feiner Wolle, schlürften wir Tee (wie ich ihn seither nie mehr gekostet habe) im Kreise der Freunde ... Die Nacht fällt so sanft wie unsere Worte unter den dunkler werdenden Wipfeln der Dattelpalmen, während gekräuselt der Rauch vom Herdfeuer aufsteigt, ein Geruch als hätte das Universum eben erst begonnen.

Da zerreißt ein Keckem die Stille aus dem hohen Gras bei den Dattelpalmen – die Schakalhochzeit!

O Muthaffar al-Nawab – heute ist nicht gestern (die Wahrheit ist flüchtig wie der Traum eines Kindes) – die Wahrheit ist, diesmal sind wir bei ihrem Hochzeitsempfang, ja, auf der Schakalhochzeit, du hast ihre Einladung gelesen:

Mit leeren Händen kamen wir nach Dahna, Dareen verlassen wir, unsere Börsen gefllt mit Gold.

»Während die Menschen in der Stadt ihren Geschäften nachgehen nun, Zuraik, rupfe sie<sup>12</sup>, schnell wie ein Fuchs!«

O Muthaffar al-Nawab, schließen wir einen Handel:

Ich gehe an deiner Statt (Damaskus ist zu weit von diesem stillen Hotel) und spucke den Schakalen ins Gesicht, ich spucke auf ihre Listen, ich sage ihnen, dass wir das Volk des Irak sind – wir sind der Stammbaum dieses Landes, und wir sind stolz unter unserem bescheidenen Dach aus Bambus.

Dank der Internet-Revolution erreichte das Gedicht nach seiner Fertigstellung binnen Minuten Bagdad und Basra und von dort aus alle Orte im Iran. Viele nickten beim Lesen beifällig amüsiert, denn sie verstanden den Dichter genau so, wie er sie verstanden hatte. Die Schakale waren machtlos gegenüber dem Gedicht und schossen hasserllte Pfeile gegen den Verfasser ab. ffentlich verspritzten sie ihr Gift. Saadi Youssef wurde im »Tagesschakal«, in den »Freien Schakalnachrichten« und der ganzen Schakalpresse täglich angegriffen, in all den Gazetten, die von Leuten produziert werden, die über den Irak regieren wollen, nicht weil sie dem Ruf der Menschen dort folgen, sondern weil sie auf den Schultern der Besatzungsarmee stehen und herausposaunen, sie seien die rechtmäßigen Herrscher. Ein paar verfluchte Schakale verfolgten den Dichter sogar in sein Haus: Täglich erhielt er anonyme Drohanrufe und E-Mails. Auch sein Schicksalsgefhrte in Damaskus wurde verleumdet.

Ein Schakal behauptete, Muthaffar al-Nawab sei kein echter Iraker, weil seine Familie aus der indischen Provinz Kaschmir stammte. Sparen wir uns hier die Frage, von wo aus sie ursprünglich nach Indien gelangt ist. Schweigen wir auch über die Gefängnisstrafen und die Folter, die Muthaffar al-Nawab für seine Überzeugungen erdulden musste. Er kämpfte wie ein Tiger, bis sie ihn gefangen nahmen. Die Auffassung, dass nur »richtige« Iraker, also Schakale, heute für den Irak sprechen können, wird seltsamerweise von jenen geäußert, die die neuerliche Besetzung durch eine kolonialistische Macht feiern. Aber das wütende Geheul der Schakale war aufschlussreich. Hätte man sich einen besseren Beweis wünschen können, dass die Dichtung in der arabischen Welt immer noch große Macht besitzt? Im März 2003 beobachtete Muthaffar al-Nawab von Damaskus aus die Kriegsvorbereitungen und die Pläne zur Re-Kolonisierung seines Landes und brachte eine klare Warnung zu Papier:<sup>13</sup>

Würdet ihr jemals dem lynchenden Mob vergeben,  
Weil sie euren totenstarren Körper  
Vom Galgen abgeschnitten haben?

Traut niemals einem Freiheitskämpfer,  
Der ohne Waffen daherkommt  
–Glaubt mir, ich wurde in dem Krematorium verbrannt.

Die Wahrheit ist, ihr seid nur so groß wie eure Kanonen  
Während die Menge,  
die Messer und Gabeln schwingt,  
Nur auf ihren Magen schaut.

O mein Volk, das wie ich unsere Heimat liebt,  
Ich fürchte nicht die Barbaren vor unseren Toren,  
Nein, ich habe Angst vor den Feinden dahinter:

Tyrannie, Autokratie, Diktatur.



Die »Schakalhochzeit« am 13. Juli 2003 in Bagdad. Untere Reihe v.l.n.r.: Samir Shakir Mahmoud, Ahmed Chalabi, Naseer al-Chaderchi, Adnan Pachachi, Mohammed Bahr al-Ulloum, Massoud Barzani, Jalal Talabani, Abdel-Aziz al-Hakim, Ibrahim al-Jaafari. Mittlere Reihe v.l.n.r.: Sondul Chapouk, Aquila al-Hashimi, Younadem Kana, Salaheddine Bahaaeddin, Mahmoud Othman, Hamid Majid Moussa, Ghazi Mashal Ajil al-Yawer, Mohsen Abdel Hamid. Oberste Reihe v.l.n.r.: Raja Habib al-Khuzaai, Iyad Allawi, Wael Abdul Latif, Mouwafak al-Rabii, Dara Noor Alzin, Abdel-Karim Mahoud al-Mohammedawi, Ezzedine Salim. (© AP Photo/Marwan Naamani, Pool)

Saadi Youssef schrieb einen Brief an den ersten Oberbefehlshaber der alliierten Truppen im Irakkrieg 2003:

*Ein früher Brief an General Tommy Franks*  
Von Saadi Youssef (Dichter aus Mesopotamien)

Sehr geehrter Herr General, zunächst erlaube ich mir, Ihnen zu sagen: Ich verfolge die Nachrichten über Sie im Fernsehen, soweit dies möglich ist: über Ihre Soldaten, die in geschlossener Reihe stehen, über Ihre Familie, Ihren Präsidenten und so weiter. Und dann möchte ich Ihnen sagen, dass ich, wenn ich die Geschichte betrachte, gern – auf etwas andere Weise – so wäre wie einer meiner Ahnen, der eine Stadt in Syrien davor bewahrt hat, von Tamerlan dem Erdboden gleichgemacht zu werden. Sie, Herr General, werden in Bagdad einziehen wie alle anderen, die vor Ihnen gekommen sind: als Eroberer. Aber weil Sie selbst einst eine eroberte Nation waren, wissen Sie, dass Nationen sich nicht erobern lassen.

Herrschter können besiegt werden. Und unser Herrscher wird als Erster besiegt werden. Darüber bin ich glücklich, denn dieser Schwachkopf verwehrt es mir seit über dreißig Jahren, die Luft meines Heimatlandes zu atmen. Sie machen es nicht wie Julius Cäsar: Sie sagen, er war auch ein Heerführer, aber er hat zu lange Reden gehalten und deshalb wurde er umgebracht!

Ich, der Dichter, werde mich indes kurz fassen. Sie werden in Bagdad einziehen, Herr General. Darf ich Ihnen mit auf den Weg geben, was Omar, der zweite Kalif nach Mohammed, seinem General riet, als er sich auf den Weg in den Irak machte?

Fälle nicht einen einzigen Baum, sagte er. Aber heute liegen die Dinge anders, es heißt, Sie wollten den Irakern, die in ihr Land zurückkehren möchten, den Heimweg abschneiden. Es geht das Gerücht, auf einer Liste, die Ihre irakischen Agenten vorbereitet hätten, stünden 2000 irakische Oppositionelle, die nicht in ihre Heimat zurückkehren dürften mit der Begründung, dies würde Ihre Besetzung erleichtern.

Ich für mein Teil kann dieses Gerücht nicht einfach beiseite wischen.

*Al-Mutamar* (eine arabische Wochenzeitung, finanziert vom amerikanischen Steuerzahler, beheimatet in London) hat kürzlich einen Brief veröffentlicht, in dem es heißt, mir, dem Dichter Saadi Youssef, dürfe nicht erlaubt werden, nach der »Befreiung« in den Irak zurückzukehren.

Ich ersuche Sie und Jonny Abu-Zaid, unseren künftigen Gouverneur, sich mit der Frage der Menschenrechte unter den Bedingungen einer bevorstehenden Besetzung zu befassen.

*London, 1. März 2003 [Original verfasst in Englisch]*

Unterdessen hat im besetzten Bagdad im Juli 2003 eine

weitere Schakalhochzeit stattgefunden. Den versammelten Journalisten wurde ein von den USA berufener »provisorischer Regierungsrat« präsentiert, besetzt mit Schakalen jeglicher Couleur. Dass auch die kommunistische Partei dabei war, überraschte nicht. Ihre Führer hatten seit Beginn der Besetzung Gespräche mit Paul Bremer geführt. Anders als ihre osteuropäischen Pendants hat die irakische Partei ihren Namen nicht geändert, aber ihre Politik, soweit eine solche existiert, unterscheidet sich nicht von jener der ehemaligen kommunistischen Parteien Polens und Bulgariens, wie in folgendem Graffiti auf einer Hauswand in Bagdad zum Ausdruck kommt: „IKP = Irakische Kollaborateur-Partei“. Eine politische Kehrtwendung bedeutete allerdings die Tatsache, dass Adnan Pachachi, ein altgedienter irakischer Politiker, im Regierungsrat saß. Noch unmittelbar vor dem Krieg, am 3. März 2003, hatte Pachachi in der *Financial Times* erklärt, der irakische Nationalismus sei nach wie vor eine starke Kraft:

*Deshalb habe ich Angebote zurückgewiesen, eine wichtige Rolle in den Planungen für die Zeit nach Saddam zu spielen ... Aus drei Gründen habe ich abgelehnt. Erstens hege ich ernsthafte Zweifel an der Legitimität einer solchen Gruppe und ihrem repräsentativen Charakter. Zweitens hätte jede von einer solchen Gruppe berufene Körperschaft in der Übergangsperiode nur beratende Kompetenzen und keine exekutiven. In einem Beratungsgremium der amerikanischen Militärverwaltung mitzuwirken wäre schädlich und darum nicht akzeptabel. Drittens habe ich Vorbehalte gegen die Struktur und Mitgliedschaft einer solchen Gruppe ...*

Vier Monate später hatten sich seine Bedenken verflüchtigt, aber die Einwände bleiben gültig. Der

Regierungsrat ist ein instabiles Gebilde und könnte auseinanderbrechen, wenn der Widerstand weiter zunimmt, weil dann einige Mitglieder womöglich ihre Rolle überdenken. Die irakischen Widerständler wollen den amerikanischen Besatzern Tag für Tag das Leben schwer machen. Bisher hatten sie damit anscheinend Erfolg. Und es wird die Situation wohl nicht verbessern, wenn man die amerikanischen Soldaten durch UNO-Söldner ersetzt. Letzten Endes werden die Schakale und ihre Herren scheitern.

## **Eine Herrscherclique von Gangstern**

Die Selbstdefinition des britischen Empire lässt sich zutreffend in einem Satz zusammenfassen – der sich tatsächlich auch in dem Bericht findet, mit dem 1904 das *Committee of Imperial Defence* ins Leben gerufen wurde: »Das britische Empire ist hauptsächlich eine große Macht zur See, in Indien und in den Kolonien.«<sup>1</sup> Die Betonung von Indien war durchaus angebracht. Der Subkontinent lieferte Männer und Material, die einen wichtigen Stützpfiler der kolonialen Hegemonie bildeten. Arme indische Bauern, gerade der Sklaverei entronnen, wurden ermutigt, ihrer Heimat den Rücken zu kehren, den Ozean zu überqueren und auf Plantagen in Trinidad und Guyana zu arbeiten, Schreiber wurden der Verwaltung von Ost- und Südafrika zugewiesen, Sikhs und Gurkhas (Ghorkas) schlugen den Boxeraufstand in China nieder und Rebellionen andernorts. Später setzten die Briten indische Soldaten mit großem Erfolg in beiden Weltkriegen und bei der Kolonialisierung der arabischen Welt in der Zwischenkriegszeit ein. Für die Errichtung der Brückenköpfe ihres Weltreiches brauchten die Briten in jenen Tagen Kanonenboote (»Macht zur See«) und Gurkhas.

Im Jahr 1917 nahmen die Briten, unterstützt von Kolonialtruppen aus Indien, Jerusalem und Bagdad ein. Damit endete eine lange Phase der Osmanenherrschaft, die über Jahrhunderte hinweg die Region bestimmt und geprägt hatte. Unter den Osmanen hatten die Völker relative Selbstständigkeit genossen, solange sie pünktlich ihre Steuern an das Schatzamt in Istanbul abführten. Das Osmanenreich war alt und darum sehr viel gelassener als seine modernen europäischen Rivalen und Widersacher. Hätte der Erste Weltkrieg einen anderen Verlauf

genommen, wenn die Osmanen neutral geblieben wären? Vielleicht nicht, aber hätte Istanbul wie die Japaner aktiv an der Seite der Briten und Franzosen mitgekämpft, wäre die Nachkriegssituation wohl deutlich komplexer ausgefallen. Es wären unabhängige Staaten entstanden, allerdings wohl mit anderen Grenzen, und die Umsetzung der Balfour-Erklärung wäre ohne britische Arme Präsenz in der Region sicher schwieriger gewesen.

Die Herrschaft der Osmanen über die arabische Welt begann im 16. Jahrhundert und etablierte sich vollends mit dem Sieg der türkischen Artillerie und Musketen über die schlecht bewaffnete und dilettantisch geführte Armee des Mamelucken-Sultans von Ägypten. Durch diesen Sieg wurden die heiligen Städte Mekka und Medina ebenso wie Damaskus, Bagdad, Tripolis und Algier Teil des Osmanenreiches. Die Prediger wechselten als Erste die Seiten und versicherten die neuen Machthaber ihrer Loyalität. In der Woche nach dem Fall von Kairo begann das Freitagsgebet in den Moscheen mit diesen Worten:

*Herr im Himmel! Erhalte den Sultan, den Sohn des Sultans, Herrscher über beide Länder und die zwei Meere, Eroberer der beiden Heere, König über die beiden Iraks, Sachwalter der beiden heiligen Städte, den siegreichen Sultan Selim Shah. Gewähre ihm, o Herr, deine kostbare Hilfe und führe ihn zu glanzvollen Siegen.*

Die Menschen duldeten die Osmanenherrschaft aus mehreren Gründen: Es war ein muslimisches Reich mit einem Kalifen an der Spitze und der Kalif wurde mittlerweile im gesamten islamischen Haus mit Ausnahme des schiitischen Persien als solcher anerkannt. Außerdem war es für die Mehrheit der Muslime die erste längere Periode ihrer Geschichte, in der es nur ein einziges Zentrum weltlicher und spiritueller Macht gab. Die

Stämme in Anatolien hatten den Islam bald nach seiner Begründung übernommen. Aber wie die Römer von den Griechen gelernt hatten, so übernahmen die türkischen Herrscher von den Arabern Kultur und Traditionen, wie die Wissenschaft, die Religion und das Alphabet. Sie bildeten das Fundament des neuen Reiches, das Haus, das darauf errichtet wurde, bestand aus einer Synthese: bildende Kunst, Dichtung und absolute Monarchie stammten aus Persien, Verwaltungsverfahren in militärischen und zivilen Angelegenheiten aus Byzanz, und von den Nomaden kam die Großzügigkeit, die die Assimilation förderte. Diese Mischung erwies sich als fruchtbar für Staatsführung, Architektur und Literatur.

All dies – die osmanische Kultur – wurde das gemeinsame Erbe der Menschen in den Städten und Bezirken der arabischen Welt. Der Kalif-Sultan forderte weder totale Kontrolle noch bedingungslosen Gehorsam, solange nur die Steuern zuverlässig flossen. Folglich genossen die geschickteren unter den Statthaltern einen relativ großen Spielraum. Deshalb kamen sie selten auf den Gedanken, sich ganz von Istanbul loszusagen. Bagdad, Basra und Mossul mussten 1831 von einer osmanischen Armee zurückerobert werden, weil der amtierende Statthalter sich weigerte, seinen Platz für einen Nachfolger zu räumen. In den folgenden Jahrzehnten wurden Verwaltungs- und Landreformen durchgeführt, womit die jahrhundertealte Ordnung des staatlichen Landbesitzes endete und das Land an Einzelpersonen überging.

Eine neue Schicht Land besitzender Scheichs entstand – in der Regel Oberhäupter eines Stammes oder Clans – und eine neue gesellschaftliche Machtbasis, auf die ein Jahrhundert später die Briten im Interesse der Machterhaltung setzten. Das Aufblühen reformistischer Strömungen im Osmanenreich, die Einberufung eines

Parlaments in Istanbul und die konstitutionelle Revolution in Persien 1906 weckten auch in der arabischen Welt politische Hoffnungen. Die Araber waren zwar im osmanischen Parlament vertreten, aber sie verlangten immer nachdrücklicher die Gleichstellung mit den Türken und brachten Versammlungen unter Beteiligung der lokalen Bevölkerung ins Gespräch. In früheren Jahrhunderten hätten die Osmanen in ihrer Laxheit all dies vielleicht toleriert, aber die reformistische Regierung in Istanbul war von einem starken türkischen Nationalismus erfüllt und fürchtete, ihr eigenes Beispiel könnte zum Zerfall ihres Reiches führen. Daher blockte sie alle Bestrebungen zur Dezentralisierung ab. Daraufhin begannen sich die enttäuschten Untertanen heimlich zu organisieren. Die ersten Geheimgesellschaften wurden von arabischen Offizieren in der osmanischen Armee in Bagdad und Basra gegründet. Auch darin folgten sie nur dem Beispiel derjenigen, die mittlerweile die Macht in Istanbul hatten.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts unterstützte das britische Empire, der Rivale des Osmanenreiches, die anti-osmanischen Strömungen im arabischen Osten. Ein Teil dieser neuen Opposition bestand aus überzeugten Nationalisten, aber die meisten Stammeschefs verhielten sich einfach nur opportunistisch. Infolge der Rivalitäten zwischen den Weltreichen rückten bestimmte Clans und Stämme ins Blickfeld, die gegen Geld und Waffen nur allzu bereitwillig die Seiten wechselten.

Lord Kitchener hatte in Palästina und Ägypten gedient. Bereits früh hatte er einen Kontakt zur Haschemiten-Dynastie hergestellt, den Wächtern über Mekka und Medina, aber aus Angst, den englisch-türkischen Beziehungen zu schaden, wollte er sich nicht festlegen. Einen Monat nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges schickte Kitchener in seiner Eigenschaft als

Kriegsminister einen handgeschriebenen Brief an den Scherif von Mekka und seinen Sohn Abdullah. Zunächst ging es darum, auf welche Seite sich die Araber stellen würden, falls der Kaiser die Türkei mit in den Krieg ziehen würde. Dann machte Kitchener das folgende Angebot, verpackt in die typische kolonialistische Lügenhaftigkeit:

*Bis jetzt haben wir den Islam in der Person der Türkei verteidigt und freundschaftlich behandelt. Fortan sollen es die edlen Araber sein. Es ist möglich, dass ein Araber von echter Abstammung das Kalifat in Mekka und Medina übernehmen wird, und so kann mit Gottes Hilfe aus all dem Bösen doch etwas Gutes erwachsen, wie es gegenwärtig geschieht. Es wäre gut, wenn Euer Hoheit Euren Gefolgsleuten und Untergebenen in der gesamten Welt mitteilen könnet, wie erfreulich sich die Sache der arabischen Freiheit entwickelt und dass die Sonne über Arabien aufgeht.<sup>2</sup>*

Kitchener starb, ohne dass er seinen Triumph hatte auskosten können. Das Meer verschlang ihn. Aber die Siege und Niederlagen im Ersten Weltkrieg leiteten das Ende eines Reiches und den Beginn eines neuen ein. Während die osmanischen Soldaten nach Westen vorrückten, marschierte ihre britische und französische Verstärkung nach Osten. Engländer und Franzosen schlossen 1916 das geheime Sykes-Picot-Abkommen über die Aufteilung der Kriegsbeute, und so entstanden im arabischen Osten neue Staaten und neue Grenzen. Das gab den im Keim bereits vorhandenen nationalistischen Strömungen starken Auftrieb. Die Briten setzten auf die Haschemiten und das Haus al-Saud als Dämme gegen den Nationalismus und gegen die »von Europa ausgehenden gewerkschaftlichen und sozialistischen Ideen«, wie

Gertrude Bell es formulierte.<sup>3</sup>

Bell entwarf die Grenzen des neuen Staates Irak: Die drei osmanischen Provinzen Bagdad, Basra und Mossul wurden einfach zusammengefügt. Mossul war unter eklatanter Verletzung der Waffenstillstandsvereinbarung aus der Türkei herausgelöst worden. George Nathaniel Curzon wischte die türkischen Proteste mit gezielten Beleidigungen beiseite, wie es das Vorrecht des Siegers ist. Doch dies klärte nicht das Kompetenzgerangel darum, wer für die Verwaltung des neuen Staates zuständig sein sollte. In Ägypten hatten die Briten für die »Erhaltung des königlichen Protektorats« votiert, um ihr Monopol über den Suezkanal zu schützen, den lebenswichtigen Verbindungsweg nach Indien. Das Dilemma in Mesopotamien blieb bestehen. Im Mandat des Völkerbundes war nicht explizit festgelegt, wie Großbritannien den Staat verwalten sollte. Der britisch-indischen Regierung wäre es am liebsten gewesen, wenn der neue Staat genau wie Indien verwaltet worden wäre, und dies bevorzugt unter der Aufsicht von Delhi.

Zu ihrer Überraschung legte Curzon als Vorsitzender des Ausschusses, in dem die Entscheidungen getroffen wurden, sein Veto dagegen ein und sprach sich stattdessen für Gertrude Bells Plan aus, der die totale britische Kontrolle hinter einer arabischen Fassade vorsah. Dies galt als die subtilere Form der Herrschaft. Und es war bequemer. Die mesopotamische Expeditionsarmee, die die drei osmanischen Provinzen erobert hatte, war aus indischen Sepoys gebildet worden. Wegen der zunehmenden Unruhe in Indien mussten sie rasch nach Hause zurückkehren und dort bei der Wiederherstellung der Ordnung helfen. Wenn man die arabischen Dynastien ausreichend hätschelte, konnten aus ihnen in angemessener Zeit vertrauenswürdige Hüter der neuen Besitzungen des englischen Weltreiches werden.

Während das osmanische Reich langsam zerfiel, traten die Geheimgesellschaften in Mesopotamien stärker in Erscheinung und spalteten sich. Die Opportunisten hatten es eilig, sich bei Kalif Curzon einzuschmeicheln, und als gute Opportunisten wussten sie, dass jene belohnt würden, die als Erste die Seite wechselten. Ein solcher Opportunist war Nuri al-Said, ehemaliger Offizier in der osmanischen Armee. Andere, darunter örtliche Würdenträger, Stammesführer und religiöse Führer, waren vorsichtiger. Sie ahnten, dass die neuen Herrscher womöglich sehr viel schlimmer als die besieгten Osmanen sein könnten, und mit dieser Einschätzung lagen sie nicht falsch.

Allem Anschein nach meinte es das Schicksal gut mit Nun al-Said und der Familie des Scherifs Hussein von Mekka, der Kitcheners Angebot angenommen hatte und bereitwillig mit T. E. Lawrence (»Lawrence von Arabien«) und General Allenby zusammenarbeitete. Als Gegenleistung versprach man Hussein das Königreich Hedschas am Westrand der arabischen Halbinsel, und sein Sohn Faisal konnte der Aussicht auf ein Großsyrien nicht widerstehen. Die weißen Männer sprachen mit gespaltener Zunge. H. S. Philby hatte die Halbinsel bereits dem Clan al-Saud versprochen, den die Briten seit vielen Jahren mit Geld und Waffen unterstützten.

Im Jahr 1924 wurde das Clan-Oberhaupt Ibn Saud ungeduldig. Aus heiterem Himmel griff er Scherif Hussein an und fügte ihm eine Niederlage zu. Das Oberhaupt der Haschemiten musste die Kontrolle über die heiligen Städte aufgeben und den Hedschas räumen. Er starb 1931 im Exil. Die Rivalität zwischen beiden Clans dauert bis heute an.

Zwei Söhne von Scherif Hussein bekamen später Königreiche, aber nicht die Macht, die sich gewünscht hatten. 1919 stieß Faisal mit seiner Beduinenreiterei nach Damaskus vor, doch bereits im darauf folgenden Jahr

wurde er kurzerhand von französischen Truppen abgesetzt. Die Franzosen zogen es vor, ihr eigenes Modell der Kolonialherrschaft zu etablieren, und das sah keine Monarchie vor. Nun hatte Faisal keinen Thron mehr.

In dem Augenblick betrat Gertrude Bell, Archäologin, Historikerin und politische Beraterin, die Bühne. Sie und ihr Chef Sir Percy Cox meinten, das neue Staatsgebilde, das sie geschaffen hatten, brauche einen König. Es folgten langwierige Verhandlungen zwischen den Ministerien, und schließlich wurde grünes Licht für das Projekt gegeben. Die Haschemiten hatten bedingungslose Loyalität gezeigt, sie waren verletzt und mussten besänftigt werden. Die Briten machten Abdullah zum König von Trans-Jordanien und Gertrude Bell sorgte umgehend dafür, dass Emir Faisal den neu geschaffenen Thron des Irak besteigen konnte, und zwar mit Jafar al-Askari als wichtigstem *consigliore* und verlässlichstem Agenten der Kolonialmacht in der Umgebung des Königs. In einer Welt voller Verrat waren Männer wie al-Askari selten. »Ich werde mich nie wieder darauf einlassen, einen König zu machen, es ist zu mühselig«, klagte Gertrude Bell später mit mehr als einem Anflug imperialer Eitelkeit. Eigentlich hatte Kolonialminister Winston Churchill die Entscheidung getroffen. Er hatte eigens eine Konferenz in Beirut einberufen, auf der alle Meinungsverschiedenheiten beigelegt werden sollten.

Die wahre Mühsal bekamen indes die Iraker zu spüren, denen man Faisal aufgehalst hatte. Die Kurden hatten die Briten anfänglich willkommen geheißen, doch sie änderten ihre Meinung, weil ihnen echte Autonomie versagt blieb. Bereits 1919/20 hatten sie ihre Abkehr demonstriert und eine anti-britische Rebellion in Suleimanija angezettelt. Ihr Anführer Mahmud Barzinji wurde gefangen genommen und zum Tode verurteilt, später wurde er für den Fall, dass man ihn noch einmal

brauchen sollte, zum Exil in Kuwait begnadigt (was für manche Kurden allerdings gleichbedeutend mit der Hölle war). 1922 war es tatsächlich soweit. Die Kurden wurden durch den kombinierten Einsatz von Luftwaffe und Bodentruppen vernichtend geschlagen. Die arabischen Führer rebellierten nicht, aber einer von ihnen, Said Talib al-Naqib, machte keinen Hehl aus seinem Zorn und brandmarkte Faisal als Eindringling. Die Briten schafften ihn aus dem Land. Doch die Bevölkerung im Süden dachte ähnlich ablehnend.

Im Juni 1920 wurde ein lokaler Anführer in Rumaitha verhaftet, weil er sich geweigert hatte, Steuern an die britischen Behörden zu zahlen. Das löste einen neuen Aufstand aus. Ein bewaffneter Trupp stürmte das Gefängnis, befreite den Mann und zerstörte dann Brücken und Eisenbahnlinien, damit keine Verstärkung für die andere Seite nachrücken konnte. Innerhalb weniger Tage erfasste der Aufstand Samawa (die britischen Offiziere dort kapitulierten) und die Schiitenhochburg Nadschaf. Der britische Gouverneur wartete nicht, bis er abgesetzt wurde. Beim ersten Anzeichen von Unruhe verließ er klugerweise die Stadt. Das Gebiet am gesamten unteren Euphrat war mittlerweile in Aufruhr, die Rebellion dauerte über ein halbes Jahr und kostete mehr als 2000 Soldaten des Empire das Leben. Die Zahl der Opfer auf irakischer Seite war viermal so hoch.

Das ideologische Muster des kolonialen Eroberers hat sich in den letzten 150 Jahren nicht wesentlich verändert. 1914, einige Jahre vor der Rebellion am Euphrat, hatte Gertrude Bells Chef, Sir Percy Cox, die Bewohner von Basra informiert, die Briten kämen als »Befreier, nicht als Eroberer«. Nur wenige ließen sich davon täuschen und die Fatwas, die den heiligen Krieg gegen die Besetzung durch die Ungläubigen rechtfertigten, wurden von der Bevölkerung mit Nachdruck unterstützt.

Die Mehrheit der traditionellen sunnitischen Führer, die eng mit den Osmanen zusammengearbeitet hatten, war verärgert, weil man sie übergangen hatte. So kam Emir Faisal in ein Land, in dem er wenig echte Unterstützung fand, weder bei der Masse der Bevölkerung noch bei der Elite. Der Wunsch, den gemeinsamen Feind zu bekämpfen, einte Sunnit en und Schiiten, auch Geheimgesellschaften wie Haras al-Istiqlal drängten auf Einigkeit im Kampf gegen die Briten. In den Zwanzigerjahren hallte der Appell des Dichters Muhammad al-Obeidi in den Städten am Tigris und am mittleren Euphrat wider:

Legt Feuer, edle Iraker, wascht unsere Schande mit Blut ab.  
Wir sind keine Sklaven und lassen uns Halsfesseln umlegen.  
Wir sind keine Gefangenen und lassen uns Handfesseln anlegen.  
Wir sind keine Weiber deren einzige Waffen die Tränen sind.  
Wir sind keine Waisen die einen Vormund für den Irak brauchen,  
Und wenn wir vor der Unterdrückung das Knie beugen werden wir  
die Freuden des Tigris verlieren.

Weil viele so dachten, geriet Faisal immer mehr in Abhängigkeit von den Briten und einer kleinen Clique ehemaliger osmanischer Offiziere, die sich ihm 1916 angeschlossen hatten. Nuri al-Said wurde von seinem Schwager Jafar al-Askari, einer Schlüsselgestalt der königlichen Entourage, zum Stabschef der kleinen irakischen Armee ernannt. Unterdessen stellte die arabische Bevölkerung fest, dass sie in neue Herrschaftsstrukturen eingezwängt war. Die halbherzige Bodenreform der Spätzeit des Osmanenreiches wurde durch eine rigide Regelung abgelöst: Die Landbesitzer wurden mit Privilegien überschüttet, sie sollten die neue Ordnung durchsetzen.

Wie in Indien vertrauten die Briten auf Klassensolidarität, um nationalistische Strömungen und noch radikalere Anwandlungen zu eliminieren. Eine sehr kurze Zeit hatten

sie damit auch Erfolg, es gelang ihnen noch schneller als in Indien, die Schicht der kollaborierenden Landbesitzer und Kaufleute vom Rest der Bevölkerung zu isolieren.<sup>4</sup> Wie Curzon einmal verbittert anmerkte, hatten der Sieg der »elenden Bolschewiken« und ihre unermüdliche antiimperialistische Propaganda dem britischen Empire das Leben schwer gemacht.



*Emir Faisal (1885-1933) auf der Friedenskonferenz in Paris. Der »König« des Hedschas (Mitte) wurde König Faisal I. des Irak. Hinter ihm (von links nach rechts) stehen »General« Nuri al-Said (1888-1958), ein unbekannter englisch-irischer Soldat, Hauptmann Pisani von der französischen Mission, T. (Thomas) E. (Edward) Lawrence, genannt Lawrence von Arabien, (1888-1935) und zwei unbekannte Männer. (© Getty Images)*

Die Einführung von privatem Landbesitz schwächte die traditionellen Stammesstrukturen und schuf eine neue Klasse besitzloser Bauern. In die Städte floss ausländisches Kapital, das den lokalen Unternehmern zugute kam. Dies vertiefte die soziale Kluft, nährte

nationalistische Bestrebungen, was besonders gefährlich für die britischen Behörden war, und führte zur Gründung einer kommunistischen Partei, die bald über eine große Macht im arabischen Osten verfügen sollte.

Der Irak, die Ausgeburt des britischen Empire, wurde schließlich von den Vereinten Nationen getauft und adoptiert. Dieses erlauchte Gremium, geschaffen von den Siegern des Ersten Weltkriegs, erteilte den Briten dann das Mandat, den Irak zu regieren. Der Irak war von Geburt an ein Kolonialstaat und diese Realität bestimmte seine Strukturen. Das Kolonialministerium in London traf alle wichtigen militärischen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Entscheidungen. Sogar lokale Auseinandersetzungen, die mit Herrschaftsverhältnissen, der Volkszugehörigkeit oder Religion zusammenhingen, fielen in der Regel nicht in die Zuständigkeit des Königs und seiner Berater. Der britische Hochkommissar musste bei allen – wichtigen und unwichtigen – Angelegenheiten einbezogen werden.<sup>5</sup>

Da auch die Monarchie dem Land aufgekrochen war, stand sie von Anfang an und von allen Seiten her unter Druck. Ohne Nimbus musste der König agieren wie jeder andere kollaborierende Politiker und zugleich gab er vor, über den Auseinandersetzungen zu stehen. Faisal wusste, dass er den meisten ehemaligen osmanischen Offizieren und Funktionären in seiner Umgebung nicht trauen konnte. Jeder spielte sein eigenes Spiel. In den ersten Jahren seiner Herrschaft war Faisal noch beeindruckt von Nuri al-Saids Intelligenz; Nuri al-Said hatte die Rolle des schmeichelhaften Günstlings perfektioniert. Später, als Nuri die Maske immer öfter fallen ließ, wurde der Haschemiten-Othello misstrauisch und beobachtete mit wachsender Unruhe die Intrigen seines Jago in Bagdad. Gegen Ende seiner Herrschaft ging Faisal deutlich auf Distanz zu seinem Höfling. Er geriet

mit den Briten aneinander und verlangte bis zu einem gewissen Grad echte Unabhängigkeit, aber letztlich war er ohnmächtig. Die Franzosen hatten ihn aus Damaskus vertrieben. Das Haus al-Saud hatte seinen Vater besiegt und die Kontrolle über Mekka und Medina übernommen. Schließlich hatten die Briten ihm ein Land und einen Thron gegeben. Und dafür war er dankbar. Er kritisierte seine Wohltäter nicht gerne öffentlich, aber als er es dann doch tat, hatte der britische Hochkommissar keine Hemmungen, Teile der Schiiten aufzustacheln, damit sie ihre Stimme gegen einen sunnitischen Herrscher erhoben. Nach einem kurzen Aufbegehren gegen seine Schutzherrn sah Faisal ein, dass er gegen das Kolonialministerium nichts ausrichten konnte.



*Nuri al-Said bei der ersten Sitzung des von den USA angeregten Bagdadpaktes am 16. April 1956. Nuri, der Jago der ersten Kolonialzeit, war der am meisten verhasste Politiker des Irak. Er wurde nach der Revolution 1958 hingerichtet.*  
(© Popperfoto/Bilderberg – Archiv der Fotografen)

Nach den Erfahrungen seiner Familie mit dem Königreich Hedschas wusste er nur zu gut, dass die Kolonialherren immer noch andere Joker im Ärmel hatten. Unglücklich fügte er sich in sein Schicksal und erklärte ganz offen: »Ich bin ein Werkzeug der britischen Politik.«<sup>6</sup> Er war verletzt, allerdings nicht wirklich verwundert, dass in den ersten drei Jahren seiner Herrschaft die *khutba*, die Ansprache während des Freitagsgebets, in den Moscheen mit der Anrufung des geschlagenen Kalifen in Istanbul begonnen wurde. Niemand kann sagen, wie lange dies noch so geblieben wäre, wenn Kemal Pascha nicht 1924 das Kalifat abgeschafft hätte. Doch ganz sicher – und Emir Faisal dürfte viel darüber nachgedacht haben – war die unerbittliche Realität, dass der Irak unter Kolonialherrschaft stand. Die Briten regierten viel straffer und mit viel weniger Freiräumen als die Osmanen. Hatte seine Familie einen Fehler gemacht, als sie sich mit den Briten einließ? Falls ihm derartige Gedanken durch den Kopf gegangen sein sollten, teilte er sie seinen Beratern nicht mit. Aber äußerte er sie gegenüber seinem Sohn Ghasi?

Haltung und Handlungen von Jago-Nuri hingegen – einer zentralen Gestalt in der irakischen Politik der Kolonialzeit – erinnern an einen mittelalterlichen Florentiner, in dessen Diensten die Gifftmischer ermutigt werden, ihr Können zu vervollkommen. Wer war dieser Nuri al-Said? Sein Vater hatte als kleiner Schreiber den Osmanen gedient. Nuris späterer Schwager Jafar al-Askari und viele Kadetten aus seinem Jahrgang, die später zu den Haschemiten überliefen, stammten ebenfalls aus der unteren Mittelschicht. Sie wurden auf der osmanischen Militärakademie in Istanbul ausgebildet und bekamen nach dem Abschluss Offiziersposten in der Armee des Sultans. 1916 begriff Scherif Hussein von Mekka, dass die Osmanen die falsche Seite unterstützt hatten. Er schwang das Banner der Rebellion und schlug sich im Ersten Weltkrieg auf die Seite der Briten. T. E. Lawrence hatte

ohne Zweifel nachgeholfen, aber sein Einfluss war nicht so entscheidend, wie er später behauptete. Die arabischen Clans brauchten in der Regel keine Hilfe, wenn es Zeit war, die Seiten zu wechseln.

Nuri al-Said und Jafar al-Askari beobachteten von innen die Auflösung der osmanischen Streitkräfte. Sie wurden 1916 von den Briten festgenommen und ließen sich leicht zum Seitenwechsel überreden. Als Scherif Hussein sich zu den Briten bekannte, kehrten sie dem Sultan den Rücken und boten ihre Dienste dem Wächter der heiligen Städte an. Und sie schlossen sich Scherif Husseins ältestem Sohn an, als ihm die Herrschaft über das neue Land angetragen wurde, das aus den drei ehemaligen osmanischen Provinzen bestand. An seiner Seite gelangten die mesopotamischen Fahnenflüchtigen zu hohen Ehren: Alle vier wurden Premierminister, solange der Irak eine Monarchie war. Nuri al-Said handelte hauptsächlich aus persönlichem Ehrgeiz, aber auch aus dem Wunsch heraus, es den lokalen Würdenträgern zu zeigen, die sich beim König über seinen Umgang beklagten, vor allem über die Offiziere in seiner Umgebung, Männer »dritter Klasse«. Sie kamen nicht unbedingt aus der untersten Schicht, aber doch von recht weit unten. Nuri war entschlossen, sich hoch über seine Verleumder zu erheben. Und was Geld und Gold anbetrifft, gelang ihm dies auch.

Seine Loyalität galt in erster Linie sich selbst und der handverlesenen Clique von Speichelleckern, mit denen er sich umgeben hatte. Um seine Position zu schützen, wurde er der erprobte, wenn auch nicht unbedingt vertrauenswürdige Freund der Briten. Er war korrupt, skrupellos, berauscht von der Macht. Die Nähe zur Macht wurde für ihn bald zu einer wesentlichen Notwendigkeit für sein seelisches Gleichgewicht. Die Bevölkerung hingegen verabscheute Nuri al-Said, er galt als schamloser Manipulator und der Hass auf Nuri einte das irakische

Volk. Die Kaufleute, in der Anfangszeit der Monarchie die entscheidende soziale Schicht in Bagdad und Basra, betrachteten Nuri und die anderen Politiker mit unverhohlener Verachtung. Diese Haltung brachte viele Jahre später einmal ein Kaufmann gegenüber einem Historiker, der den Irak besuchte, folgendermaßen auf den Punkt: Politiker wie Nuri und seine Helfershelfer seien durch und durch korrupt, sie seien »Hunde, und mit Hunden kommt man am besten zurecht, wenn man ihnen Knochen hinwirft«.<sup>7</sup>

Nuri störte seine mangelnde Popularität wenig. Hingegen geriet er in einen Zustand »nervöser Übererregung«, als er bei Hofe und bei den Briten in Ungnade fiel. Er entwickelte Wahnvorstellungen, schmiedete endlos Pläne, die immer nur um ein Thema kreisten: seine schnellstmögliche Rückkehr an die Macht. Unvermeidlich hatte dies zur Folge, dass er etwas zuviel intrigierte. Für den Fall, dass etwas schief gehen sollte – und es ging etwas schief –, hatte er jederzeit einen gepackten Koffer für den raschen Abgang bereitstehen. Nach einer sicheren Zuflucht musste er nie lange suchen, in der britischen Botschaft stand fürs Erste immer ein Bett für ihn bereit. Wenn sich die Situation weiter zuspitzte, was seine Anwesenheit in Bagdad zeitweilig unmöglich machte, wurde er eilends zum Flughafen gebracht und in die nächste Maschine nach Kairo oder London gesetzt. Dort sollte er sich entspannen und von der Drogemacht herunterkommen, doch Nuri konnte die alten Gewohnheiten nicht so rasch ablegen. Er versuchte es erst gar nicht. Er war ständig auf dem Sprung, plante seine Rückkehr und entwarf das Szenario des nächsten Machtkampfes.

Mit Faisals Tod 1933 schien die erste Gelegenheit gekommen. Ghazi, der neue König, war 21, als er seinem Vater nachfolgte. Er galt als schwach, verderbt und unstet,

leicht zu beeinflussen von jedem Höfling, der ihm etwas ins Ohr flüsterte. Zumindest wollte Nuri al-Said diesen Eindruck von dem neuen Herrscher vermitteln und seine Clique stellte ihn den Briten gegenüber so dar. Sie irrten sich gründlich. Bald schon war klar, dass Ghazi die Linie der radikalen nationalistischen Strömungen vertrat, die im Irak entstanden waren. Er lehnte die Briten ab, verachtete Nuri al-Said genauso wie dessen Rivalen, den Premierminister Yasin al-Haschemi, einen korrupten, aber fähigen Technokraten, der sich nach einem langen Zickzackkurs schließlich doch auf die Seite der Briten geschlagen hatte. Al-Haschemi liebäugelte mit republikanischen Ideen und allein deshalb misstraute ihm Faisal. Aber Faisal hatte nicht begriffen, dass al-Haschemi gerne feilschte, und wie die meisten seiner Kollegen war auch er käuflich.<sup>8</sup> Ghasis politische Abneigung gegen al-Haschemi war genauso groß wie sein Hass auf Nuri. Das persönliche Zerwürfnis ging darauf zurück, dass der Premierminister mit diplomatischen, aber unmissverständlichen Mahnungen insistierte, der König solle seine Beziehung zu einem gutaussehenden Kammerdiener beenden. Vorausgegangen war 1936 ein anderer Skandal, als Ghasis Schwester, Prinzessin Assa, mit einem griechischen Kellner nach Rhodos durchbrannte und sich vom Islam abwandte. *Hic Rhodos, hic salta.*

Dass Ghazi halsstarrig, verwöhnt und promiskuös war, steht außer Frage, aber das kommt in Herrscherhäusern und bei Familien der Oberschicht öfter vor. Al-Haschemi setzte ihn unter Druck, weil er sich demonstrativ gegen die Briten stellte. Der König richtete im Palast einen eigenen Radiosender ein (eine Art Vorläufer von al-Dschasira), der regelmäßig von britisch-zionistischen Umtrieben in Palästina berichtete, darauf beharrte, dass Kuwait zum Irak gehörte, und die Menschen in Kuwait zum Sturz des Scheichs aufrief. Außerdem warb er für die Bagdad-Bahn, ein Projekt mit deutscher Beteiligung, das durch den

Ersten Weltkrieg ins Stocken geraten war. Der britische Botschafter kommentierte derartige Äußerungen als »vollkommen unverantwortlich«, eine in Anbetracht der Umstände milde Zurechtweisung. Dies war aber nur die Version für die Öffentlichkeit.

Der König versuchte mit Hilfe nationalistischer Elemente in der Armee, seine pro-britischen Minister loszuwerden. Das Mandatsverhältnis war 1929 ausgelaufen und damit endete die Zuständigkeit des Kolonialministeriums. Die Briten kontrollierten das Land zwar weiterhin wirtschaftlich und militärisch, aber lokale Oligarchen hatten jetzt sehr viel mehr Spielraum. Yasin al-Haschemi nutzte seinen Bruder Taha, den Chef des Generalstabs, um sicherzustellen, dass ihre Gefolgsleute bei Postenbesetzungen in der Armee und im Bildungswesen ausreichend berücksichtigt wurden. Auf diese Weise wollten sie ihren Zugriff auf die Armee verstärken und rivalisierende Oligarchen wie Nuri al-Said und seinen Schwager Jafar al-Askari schwächen.

Ghasi boottete beide aus. Er ermutigte General Bakr Sidqi von der Ersten Division, in der sehr viele kurdische Offiziere dienten, gegen Yasin und Nuri vorzugehen und nach Bagdad zu marschieren. Dies war der erste von vielen *coups d'etat* in der irakischen Geschichte. Die Regierung stürzte, aber rivalisierende Strömungen und Gruppen in der Armee erhoben sich. Ein Jahr später schlugen vier nationalistische Oberste aus kleinfürgerlichen städtischen Verhältnisse Bakr Sidqi und stellten die panarabische Kontrolle über Staat und Armee wieder her. Mit Ghassis Unterstützung demonstrierten sie unmissverständlich, dass sie nicht bereit waren, die britische Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Irak weiterhin zu dulden. Wie würden das Empire und seine Marionetten vor Ort auf den Widerstand von Monarch und Armee reagieren?

Durch den Austausch des Königs sollte der *status quo ante* wiederhergestellt werden. Ghasi starb passenderweise bei einem Autounfall, aber dessen Umstände waren so, dass weder die Armeeobersten noch das Volk an einen Unfall glaubten. Die pro-britische Version lautete, dass er mit seinem Sportwagen gegen einen Laternenpfahl geprallt und auf der Stelle tot gewesen war. Doch bei einer Ortsbesichtigung zeigte sich, dass weder der Laternenpfahl noch das Auto bei dem angeblich heftigen Aufprall ernsthafte Schäden davongetragen hatten. Zudem verschwanden ein Diener und ein Funker, die mit Ghasi in dem Wagen gesessen hatten, spurlos, und die Spekulationen überschlugen sich: Das Volk glaubte, der König sei ermordet worden. Ghasis Beerdigung fand unter großer Anteilnahme der Bevölkerung statt, dabei spielten sich sehr emotionsgeladene Szenen ab. Die am häufigsten skandierten Worte, wie nach London berichtet wurde, ließen keinen Zweifel über die Stimmung zu: »Du wirst für Ghasis Blut bezahlen, o Nuri!«<sup>9</sup>

Aber hatte die Masse Recht? Die Überzeugung, dass Nuri zusammen mit Ghasis von diesem entfremdeter Ehefrau, Königin Aliya, und deren Bruder Prinz Abd al-Ilah hinter dem Mordanschlag steckte, war nicht nur in den Straßen von Bagdad verbreitet. Viele Angehörige der Elite glaubten es auch und einige vermuteten sogar, dass Ghasi mit Billigung der Briten beseitigt worden war. Der Herrscherwechsel kam einfach zu günstig, als dass es ein Zufall hätte sein können. Abschließend sei angemerkt, dass es für die verschiedenen Spekulationen keinerlei endgültige Beweise gibt.<sup>10</sup>

Hanna Batatu äußert sich in seiner umfassenden Geschichte des Irak vor Saddam Hussein skeptisch über die Unfallversion. Er schreibt, »Zweifel umgeben den Unfall bis heute«, und weist darauf hin, dass die Briten bis Januar 1939 allem Anschein nach nicht Ghasis Absetzung wünschten,

»danach könnten sie aber durchaus ihre Meinung geändert haben«. Der Radiosender des Königs hatte seine nationalistische, anti-britische Propaganda verstärkt und drängte Kuwait, den Scheich zu stürzen und sich wieder dem Irak anzuschließen. Der König habe selbst seine Ermordung befürchtet und sei damit nicht allein gewesen:

»Ich erinnere mich«, schreibt Ex-Premierminister Tawfiq as-Suwaidi, »an meine Begegnung [zwei Wochen vor Ghasi Tod] mit R. Butler, dem Staatssekretär im Außenministerium. Er sagte mir, der König spiele mit dem Feuer und er fürchte, Seine Majestät könnten sich die Finger verbrennen.« Und noch wichtiger: Ein paar Tage später unterhielt sich Butler mit Botschafter Maurice Peterson über die »relativen Vorzüge« verschiedener Angehöriger des Königshauses »für den Fall, dass eine überraschende Situation eintreten sollte ...«

Der heimliche Verdacht, dass Nun, Abdul-Ilah und Königin Aliya Ghasi Tod geplant oder als Helfershelfer von Dritten daran mitgewirkt haben könnten, verfolgte sie bis an ihr Lebensende und war ein Faktor, der das Ansehen der Krone unrettbar beschädigte.<sup>11</sup>

Die ersten drei Jahrzehnte der Königsherrschaft unter kolonialer Aufsicht waren eine einzige Katastrophe für die Menschen im Land. Die Durchsetzung der Kolonialherrschaft und die Erhaltung eines von außen aufoktroyierten Monarchen hatten einen hohen Preis: Durch den Einsatz von Chemiewaffen und bei Luftangriffen starben rund 98000 Menschen. Die rigorose politische Repression im Land wurde mit öffentlichen Hinrichtungen durch den Strang demonstriert, auf diese Weise starb auch der Anführer der kommunistischen Partei, Fahd. Verglichen etwa mit der Kolonie Indien starben im Irak in der Zeit von 1920 bis 1948 überdurchschnittlich viele Menschen. Doch es waren

keineswegs nur nationalistische und linksgerichtete Schriftsteller, die kritisch über die britische Herrschaft im Irak urteilten.



*König Ghazi im September 1933. Der Angehörige des Haschemiten-Clans war allem Modernen gegenüber aufgeschlossen und richtete im Palast einen anti-imperialistischen Radiosender ein. Der Tenor der Sendungen empörte die Briten und ihren Schützling in Kuwait. London ordnete an, Ghazi abzusetzen. Er starb offiziell bei einem Autounfall, das Auto blieb dabei allerdings praktisch unbeschädigt. In den Augen der Bevölkerung war Nuri al-Said für seinen Tod verantwortlich. (© Hulton-Deutsch Collection/CORBIS)*

Elie Kedourie, ein Historiker, der nicht gerade mit Kolonialreichen sympathisierte, zog eine durch und durch negative Bilanz. Den Irak unter der Herrschaft der

Haschemiten bezeichnete er als ein despotisches Regime, das seinen Fortbestand der Zwangsgewalt der Engländer verdankte. Für das Land habe eine Zeit »voller Blutvergießen, Verrat und Plünderungen« begonnen und das Ende sei »von Anfang an klar gewesen«.<sup>12</sup>

Die britischen Behörden dachten selbst höchst kritisch über die Regime, die sie unterstützten. Im November 1943 schrieb der britische Botschafter Cornwallis an Außenminister Anthony Eden und berichtete, wie er Nuri zur Rede gestellt habe, »weil sie Unehrlichkeit toleriert haben ... wegen Korruption bei der Polizei, Unzuverlässigkeit der Armee, Misshandlung der Kurden, wegen der schamlosen Art und Weise, wie mächtige Personen Land an sich gerissen haben ... und wegen des tiefen Grabens zwischen Regierung und Volk«. Von der Einschätzung des britischen Geheimdienstes, bei der Regierung handle es sich um eine »Herrscherclique von Gangstern«, distanzierte sich Comwallis allerdings doch: »Es geht alles in allem zu weit, sie unterschiedslos als Betrüger zu bezeichnen.«<sup>13</sup> Das Problem war unlösbar, denn das britische Empire konnte sich nur auf diese Personen im Irak stützen.

Der Tod beziehungsweise die Ermordung Ghassis gab dem panarabischen Nationalismus Auftrieb. 1941 installierten die vier Armeeoberste mit ihrem Staatsstreich eine populäre nationalistische Regierung, die Beziehungen zu Berlin und Moskau anzuknüpfen versuchte. Der Regent, Abd al-Ilah, und Nuri verließen das Land. Ein dreißigtägiger Krieg folgte, in dessen Verlauf die britischen Truppen den Irak zurückeroberten. Ihre Aufgabe wurde dadurch erleichtert, dass Hitler zur gleichen Zeit die Sowjetunion überfiel, das spaltete die anti-imperialistische Bewegung im Irak genauso wie in Indien und in anderen britischen, französischen und holländischen Kolonien. Die Nationalisten weigerten sich,

mit den Besatzern zusammenzuarbeiten, die Kommunisten folgten widerstrebend Moskau und gaben jegliche aktive Opposition auf. Trotzdem brodelte es im Krieg und den Jahren danach weiter.

Die pro-britische Elite begriff nie wirklich, wie isoliert sie war.<sup>14</sup> Nur dieser Umstand erklärt den provokativen Schritt von Nuri und dem verhassten Haschemiten-Regenten Abd al-Ilah, die den 1930 mit den Briten geschlossenen Vertrag<sup>15</sup> heimlich neu verhandelten und der irakischen Bevölkerung das Ergebnis als *fait accompli* darstellten. Der Vertrag von Portsmouth aus dem Jahr 1948 war die Fortsetzung der alten Vereinbarungen unter neuem Namen. Die Nachricht, dass der Vertrag neu verhandelt wurde, verbreitete sich bei den ersten Demonstrationen Anfang Januar desselben Jahres. Oberschüler gingen aus Protest auf die Straße, Studenten der juristischen Fakultät schlossen sich an, und als der Zug der Demonstranten immer weiter anschwoll, knüppelten berittene Polizisten sie nieder. Später schoss die Polizei auch, und mehrere Studenten starben. Am nächsten Tag wurde in allen Schulen des Landes gestreikt. Die Regierung ließ die verhafteten Studenten frei, und zwei Wochen lang herrschte gespannte Ruhe.

An diesem Punkt trat die kommunistische Partei auf den Plan (mehr über sie im nächsten Kapitel). Sie mobilisierte die Eisenbahnarbeiter und die Armen in den Städten und rief sie auf, sich dem großen Protestzug der Studenten am 20. Januar 1948 anzuschließen. Die Polizei erhielt den Befehl zu schießen, und etliche Demonstranten starben. Daraufhin erhob sich eine Massenrevolte, wie es sie selbst in diesem Land mit seiner unruhigen Vergangenheit noch nicht gegeben hatte. Die Menschen hatten alle Furcht verloren und gingen auf die Straße. Die Bewegung hieß nun *al-wathbah* (»der Sprung«) als Bezeichnung für den Entwicklungssprung im Bewusstsein der Massen, der in

den zurückliegenden 48 Stunden stattgefunden hatte. Zunächst schoss die Polizei weiter und zwei Medizinstudenten starben. Das heizte die Atmosphäre weiter auf und es begann auch in der Armee zu gären, die Situation drohte außer Kontrolle zu geraten. Daraufhin berief der Regent eine außerordentliche Dringlichkeitsitzung in den Palast ein, zu der auch die liberalen Parteien eingeladen wurden. Er willigte schließlich ein, den Vertrag von Portsmouth abzulehnen.

Aber die Massen ließen sich nicht so leicht beruhigen. Die liberalen Gruppen warben um Verständnis und mehr Zeit für »Seine Hoheit«, aber die Menge wollte mehr. In den armen Stadtvierteln erschallten Rufe wie »Brot für alle« und »Es lebe die Republik«. Am 27. Januar trat die Regierung endgültig in das Zeitalter der Moderne und Zivilisation ein: Sie ordnete den Einsatz von Panzerfahrzeugen und Maschinengewehren gegen die Demonstranten an. Die Bevölkerung schien zum Aufstand bereit. Ein Panzerfahrzeug ging in Flammen auf. Die Behörden wollten um jeden Preis verhindern, dass die Demonstranten über die Mamun-Brücke zogen, und die mit Maschinengewehren ausgerüsteten Einheiten eröffneten das Feuer. Hunderte Demonstranten starben an jenem Tag, aber ungeachtet der zahllosen Leichen, die auf dem Tigris trieben, rückten die Menschen weiter vor.

Ein fünfzehnjähriges Mädchen mit einer Fahne in der Hand trat zusammen mit vier Freundinnen den Maschinengewehren entgegen. Hoch erhobenen Hauptes betraten sie die Brücke. Auf halber Strecke fielen ihre Begleiterinnen zu Boden, niedergemäht von Kugeln. Aber das Mädchen erreichte das andere Ufer. Ihr Mut stachelte die anderen an. Die Menschen sammelten sich neu und rückten wieder vor. Schließlich zog sich die Polizei, beeindruckt von der Entschlossenheit der Menge, vollständig zurück. Die Straßen waren befreite Zonen.

Noch in derselben Nacht floh Premierminister Sali Jabr – ein Protegé von Nuri – aus Bagdad, zuerst in südlicher Richtung zum Euphrat, später erbat und erhielt er Asyl in Großbritannien.

Die Bewegung lebte noch vier Monate weiter, aber *al-wathbah* wurde von der *nakba* in Palästina in den Schatten gestellt. Die Satrapen nutzten den Volkszorn gegen die Zionisten aus und bereiteten einen Sitzkrieg gegen den neuen Staat Israel vor. Der Verweis auf diese neue Gefahr diente als Vorwand für die rigorose Unterdrückung der Kommunisten im Irak. Fahd, der Führer der kommunistischen Partei, hatte während *al-wathbah* im Gefängnis gesessen. Ihm warf man nun vor, er habe die Partei aus dem Gefängnis heraus gelenkt. Zusammen mit zwei anderen Mitgliedern der Führung – Zaki Basim und al-Shabibi – wurde er vor ein Sondergericht gestellt. Alle drei wurden schuldig befunden und gehängt. Als Warnung für all jene, die womöglich gegen den Staat aufbegehren wollten, wurden ihre Leichen an drei öffentlichen Plätzen aufgeknüpft. Die Herrscher des Irak kamen indes nicht auf den Gedanken, dass die Hinrichtungen und *al-wathbah* nur eine tödliche Kostümprobe für eine künftige Aufführung waren, in der die Rollen anders verteilt sein würden.

Heute ist der Irak wieder von westlichen Mächten besetzt, und vor diesem Hintergrund stellt es keine Ablenkung vom Thema dar, diese Phase der irakischen Geschichte genauer zu betrachten. Und noch ein zweiter Grund fällt ins Gewicht: Auf dem Höhepunkt von Saddams repressiver Herrschaft – 1980 bis 1989 –, als er bei der Niederschlagung der Opposition im Land und für den Krieg gegen den Iran wertvolle Unterstützung aus Washington und London erhielt, machte sich bei vielen Irakern im Exil Verzweiflung breit. Einige wenige begannen ihre eigene Revolte gegen die Geschichte und betrachteten die Haschemiten-Zeit auf einmal durch eine

nostalgische Brille.



*Vusuf Salman Yusuf, Kommunist christlicher Herkunft, nannte sich im Untergrund Fahd. Von 1941 bis 1949 war er Sekretär der Irakischen Kommunistischen Partei. 1947 wurden er und andere Kommunistenführer verhaftet. Nach der Erhebung gegen das Kolonialregime 1948 wurde er heimlich ein zweites Mal vor Gericht gestellt und danach hingerichtet. Die Leichname von Fahd und seinem Genossen Zaki Yasin knüpfte man zur Abschreckung der Bevölkerung an Laternenpfählen auf. Als einziger Kommunistenführer der arabischen Welt lehnte Fahd die Anerkennung Israels durch die Sowjetunion ab.*

Im Gegensatz zur Einschätzung der britischen Kolonialherren erschien die Haschemiten-Herrschaft ihnen als ein Goldenes Zeitalter. Damit einher ging eine groteske

Idealisierung von Emir Faisal, der sich plötzlich zum liberalen Modernisierer wandelte, ein Urteil, bei dem viele seiner Höflinge verlegen zusammengezuckt wären. Dieses zusammenfantasierte Bild der Vergangenheit veranlasste Kanaan Makiya, während des ersten Golfkriegs für eine dauerhafte Besetzung des Irak durch die USA (nach japanischem Vorbild) zu plädieren. Folgerichtig unterstützte er auch den Einmarsch und die Re-Kolonisierung im Jahr 2003.<sup>16</sup> Die Verzweiflung führte zu einer politischen Neurose und zur Wiederbelebung eines alten Dogmas: Zivilisation versus Barbarei. Alles andere war gescheitert. Für alle frisch zum Imperialismus Konvertierten ruhte die Hoffnung nun auf dem Vormarsch der Amerikaner.

## ***Kommandeure und Kommunisten***

Das Jahr 1958 markierte den Höhepunkt des arabischen Nationalismus. Die Beliebtheit Gamal Abdel Nassers, dem Inbegriff der neuen Stimmung, steigerte sich im arabischen Osten und im Maghreb ins Unermessliche und gefährdete die alte Ordnung. Die Satrapen beunruhigte vor allem, dass die Unterstützung für den ägyptischen Staatschef quer zu allen ethnischen, konfessionellen und religiösen Trennlinien verlief. Sie beschränkte sich auch keineswegs auf die Arabische Straße. In jeder arabischen Armee existierten geheime Gesellschaften »patriotischer Offiziere«. Sie betrachteten die politische Revolution in Ägypten als Sieg der arabischen Nation. Das galt auch für Nassers dreifachen Triumph: Verstaatlichung des Suezkanals, neuerliche Bestätigung der nationalen Souveränität Ägyptens nach dem Abzug der anglo-französisch-israelischen Armeen, die 1956 einmarschiert waren, und die Gewinnung der Sowjetunion für die Finanzierung des Assuan-Staudamms, nachdem der Westen seine Unterstützung zurückgezogen hatte. Eine Woge des Stolzes erfasste die ganze Region, löste Aufstände in Algerien und Syrien, Saudi-Arabien und Tunesien, Jordanien und Marokko, in palästinensischen Flüchtlingslagern und im Libanon aus.

Und im Irak? Hier war eine nervöse Elite zu dem Schluss gelangt, dass sie nur mittels massiver Repression im Land überleben konnte, die von ausländischen Kräften unterstützt wurde. Wenn das Land einmal nicht unter Kriegsrecht stand, wurden die politischen Freiheiten durch königliche Dekrete eng eingeschränkt. Das passte den Vereinigten Staaten ebenso in den Kram wie Großbritannien. Sie setzten so großes Vertrauen in die

Stabilität unter den Haschemiten, dass sie beschlossen, ein neues Sicherheitsabkommen ins Leben zu rufen: den Bagdad-Pakt. Dessen Ziel war es, ein Netz von Militärstützpunkten aufzubauen, das den Ölreichtum der Region sicherte und die nationalistischen und kommunistischen Feinde in Schach hielt. Dies war im Grunde eine Neuauflage des Vertrags von Portsmouth von 1948, noch dazu mit einem mächtigen neuen Garantiestaat: den Vereinigten Staaten.



*Gamal Abdel Nasser*

Zugleich sollte die Opposition damit provoziert werden, doch die Kommunisten ließen sich nicht ködern. Sie wussten, dass die Öffentlichkeit nicht für eine neue Massenbewegung bereit war und dass ein Wirtschaftsboom einen gewissen Anstieg des Lebensstandards gebracht hatte. Da sie sich weigerten, zu diesem Zeitpunkt eine Bewegung zu starten, fühlte Nuri al-Said sich angespornt, alle Iraker, die wegen kommunistischer Sympathien verurteilt worden waren, zu verhaften und aus dem Land zu weisen. 1955 brach er dann sämtliche Beziehungen zur Sowjetunion ab.

Ein Jahr hatte zuvor Nuri eine Wahl durchgeführt,

nachdem er die eigene Partei aufgelöst und seine nichtkommunistischen Rivalen unterdrückt hatte. Von den 135 Abgeordneten wurden 116 ohne Gegenkandidat gewählt. Mit dieser Mehrheit verbot Nuri praktisch alle politischen Parteien und schränkte die Versammlungsfreiheit ein. Damit war die Bühne für den Bagdad-Pakt bereit. Mitgliedstaaten waren Großbritannien, die Türkei, der Iran, der Irak und Pakistan. Washington hielt es für klüger, im Hintergrund zu bleiben. Im Protokoll der ersten Sitzung wurde schüchtern vermerkt: »... ebenfalls anwesend waren, auf Einladung zum ersten Treffen des Rates des Bagdad-Paktes, Bagdad, 21./22. Nov. 1955, zwei Beobachter aus den Vereinigten Staaten [Botschafter Waldemar Gallman und Admiral John H. Cassady].«

Der neue Sicherheitspakt brachte die panarabischen Nationalisten auf. Aus Kairo schmähte Nasser den Vertrag als eine Verletzung der arabischen Souveränität. Die politische Aktivität im Irak war stark eingeschränkt, doch es war gar nicht so einfach, die Armee ständig zu überwachen.

Nassers Anhänger innerhalb der irakischen Armee organisierten sich heimlich als »Freie Offiziere«. Nach dem Suezkrieg von 1956 (in dem die Staaten des Bagdad-Paktes die anglo-französisch-israelische Invasion in Ägypten unterstützten) wuchs ihre Zahl, und Nuris Versuche, sie aufzuspüren und zu zerstreuen, hatten nur teilweise Erfolg. Auch die Irakische Kommunistische Partei (IKP) unterhielt Zellen innerhalb der Armee. Es handelte sich um gut ausgebildete und organisierte Kader, die sich mit der Arbeit im Untergrund auskannten. Die dritte Kraft war die junge Baath-Partei, die vor allem im Süden unter der Führung von Fuad al-Rikabi, einem jungen Ingenieur aus Nassirija, ihre Stützpunkte hatte. Die Baath-Partei gewann mit beträchtlichem Erfolg junge Schiiten für sich, die mit dem Klerus und den

Gutsbesitzern unzufrieden waren. Auch sie unterhielt einige Zellen innerhalb der Armee.

Die irakische Armee hatte sich seit der Einführung der Wehrpflicht im Jahr 1934 zur einzigen Einrichtung im Land entwickelt, in der jedes Segment der Gesellschaft vertreten war. Ihre Rekruten aus Stadt und Land waren Sunnit en und Schiiten, Kurden und Araber, Chaldäer und Tscherkessen. Wie in Ägypten wurden Beschränkungen für Offiziersschulen aufgehoben, was einen starken Zustrom von Kadetten aus städtischen, kleinbürgerlichen Familien zur Folge hatte. Diese Öffnung wurde im Wesentlichen auf Druck Emir Faisals und seiner Berater durchgesetzt. Sie ging der imperialen Denkweise der Briten gegen den Strich, die in dieser Frage übervorsichtig waren und beim Aufbau einer Kolonialarmee in Indien und Afrika eine strenge Klassenhierarchie beibehielten. Aber Nuri al-Said und seine Kumpane wollten eine Armee schaffen, deren Zusammensetzung die Trennlinien zwischen Regionen, Ethnien und Stämmen überbrückte. Dafür hatten sie ihre eigenen Gründe, die durchaus mit ihrer jeweiligen sozialen Herkunft und Klassenzugehörigkeit zusammenhingen. Die Armee sollte nach ihrer Vorstellung zu einem loyalen Werkzeug der Monarchie werden und zur Entstehung einer neuen irakischen Identität beitragen.

Doch selbst die ausgeklügeltesten Pläne von Satrapen und Dienern werden häufig vom Lauf der Geschichte zunichte gemacht. So kam es, dass viele intelligente junge Männer, die sich zu radikalen Ideen hingezogen fühlten, beschlossen, in die Armee einzutreten. In Indien wäre das zu dieser Zeit unvorstellbar gewesen. Gerade in der Armee verschwand allmählich die Barriere zwischen Stadt und Land. Ironischerweise wurde aus der Armee tatsächlich der Schmelziegel, in dem eine neue irakische Identität geprägt wurde, doch das geschah, indem man die

Monarchie ausschloss und den Irak als Teil einer größeren Einheit betrachtete: der arabischen Nation. Erst nach der Niederlage des arabischen Nationalismus entwickelten die mit den neuen Staaten verbundenen »Subnationalismen« weitgehend eigene Identitäten.

Alle politischen Strömungen innerhalb der Armee schäumten vor Wut über den Bagdad-Pakt und seine Folgen. Im Februar 1957 schlossen sich die liberalen, nationalistischen und kommunistischen Parteien unter dem Dach einer Vereinigten Nationalen Front zusammen und forderten Nuri und den Palast heraus. Die militärischen Anhänger der Front wurden nun angewiesen, sich ernsthaft Gedanken darüber zu machen, wie die »Herrscherclique der Gauner« dauerhaft entmachtet werden konnte. Das Oberste Komitee der Freien Offiziere bestand aus zwölf Offizieren. Eingezwängt zwischen einem Brigadegeneral und einem Major saßen dort zehn Oberste, die alle Ende der Dreißigerjahre die irakische Militärakademie absolviert hatten. Was sie verband, waren ihre vage Abneigung gegen Gutsbesitzer, eine starke Feindseligkeit gegenüber der korrupten Clique um die Achse Palast-Nuri und ein tiefer Hass gegen das britische Empire.

Im Jahr 1957 gründete das Oberste Komitee eine Reihe von Unterkomitees, um die uniformierte Revolution zu planen. Sie hatten vor, die Befehlshaber aller größeren Militäreinheiten für ihr Vorhaben zu gewinnen. Dies führte sie zu Brigadegeneral Abd al-Karim Qasim, dessen persönliche Herkunft symbolisch für die Einheit des Irak zu stehen schien – er war der Sohn eines sunnitischen Tischlers und einer kurdischen Schiitin. Die Freien Offiziere entdeckten mit Freuden, dass Qasim bereits eine Gruppe junger, nationalistisch gesinnter Offiziere organisiert hatte. Nach der Verschmelzung der beiden Gruppen waren nunmehr alle befehlshabenden Offiziere in

einer Organisation vereint. Qasim wurde wegen seines hohen Ranges zum Vorsitzenden des Obersten Komitees ernannt. Als die ersten Meldungen darüber zu den politischen Parteien durchsickerten, wiesen diese ihre Anhänger an, sich der Gruppe der Freien Offiziere anzuschließen – ein Schritt, der nicht von allen militärischen Dissidenten begrüßt wurde, denn einige standen allen Politikern feindselig gegenüber.<sup>1</sup>

Im Februar 1958 vereinbarten die syrischen Baath-Anhänger und Nasser, Syrien und Ägypten zu vereinigen, und gründeten die Vereinigte Arabische Republik (VAR). Ihre erklärten Ziele bildeten die Grundlage für die arabische Einheit und die Isolierung prowestlicher Regimes. Ein nicht erklärtes Motiv war die Marginalisierung der arabischen kommunistischen Parteien. So galt es in Syrien als ausgemacht, dass die Baath-Partei bei den nächsten allgemeinen Wahlen verlieren und sogar von den syrischen Kommunisten noch überholt werden würde. Der syrische Baath-Führer Salah Bitar und der Parteigründer und Chefideologe Michel Aflak flogen eilends nach Kairo, um die Gründung der VAR durchzusetzen – in dem Bewusstsein, dass diese Union die dauerhafte Absetzung der Wahlen in Syrien zur Folge haben würde.

Von der Außenwelt wurde die Gründung der VAR entweder als großer Sprung vorwärts, in Richtung einer vollendeten arabischen Einheit, oder als Bedrohung des Status quo angesehen. In Bagdad brüteten Nuri al-Said und seine britischen Herren eine Gegenunion aus. Die Arabische Union vereinigte die beiden haschemitischen Monarchien Irak und Jordanien miteinander, mit Nuri al-Said als erstem Premierminister. Kuwait war als drittes Mitglied dieser kurzlebigen Föderation vorgesehen, was interessante Konsequenzen hätte nach sich ziehen können. Doch ehe die Briten den Scheich von Kuwait seinen

Daumenabdruck unter den Vertrag setzen lassen konnten, kam es zu einer – für die Briten und ihre Satrapen – unerwarteten Unterbrechung. Der Irak steckte mitten in einer Revolution.

Die Freien Offiziere hatten alle denkbaren Vorkehrungen getroffen: Im April war ein Gesandter nach Kairo zu Nasser gereist, hatte ihn über ihre Pläne informiert und um Hilfe gebeten für den Fall, dass der Westen unter Verweis auf den Bagdad-Pakt im Irak einmarschieren würde. Der ägyptische Staatschef sagte seine umfassende und bedingungslose Unterstützung zu. Im Gegenzug willigte das Oberste Komitee einstimmig ein, dass der Irak mit sofortiger Wirkung der VAR beitreten würde, sollten die Mächte des Bagdad-Paktes ins Land einmarschieren. Erstaunlicherweise kam keine einzige dieser Maßnahmen dem britischen Nachrichtendienst zu Ohren. Dort gingen lediglich die beschwichtigenden Meldungen des Botschafters ein, der – da er sich ausschließlich in oberen Kreisen bewegte – die Lage als stabil bezeichnete.

Am 14. Juli 1958 ergriffen die Freien Offiziere die Macht und erklärten den Irak zu einer Republik. Die erste Erklärung wurde um 6.30 Uhr in Radio Bagdad von Oberst Arif verlesen. Er teilte dem ganzen Land mit, dass

*wir uns mit der loyalen Unterstützung der loyalen Söhne des Volkes und der nationale Streitkräfte die Aufgabe gestellt haben, die geliebte Heimat von der korrupten Bande zu befreien, die vom Imperialismus eingesetzt wurde. Brüder, die Armee besteht aus euch und für euch und hat ausgeführt, wonach ihr euch gesehnt habt ... es ist eure Pflicht, sie [die Armee] in dem Zorn zu unterstützen, die sie über dem Rihab-Palast und dem Haus von Nuri al-Said ausgießt. Nur indem sie vor den Verschwörungen des Imperialismus und seiner Helfershelfer bewahrt wird,*

## *kann der Sieg vollendet werden ... <sup>2</sup>*

Die militärischen Führer hatten vorgehabt, den jungen König Faisal II. ins Exil zu schicken, seinen Onkel, Kronprinz Abd al-Ilah, und Nuri al-Said hingegen wollten sie verhaften und wegen Verbrechen gegen das eigene Volk vor Gericht stellen. Man hatte bereits alles vorbereitet, um die Urteile ohne Verzögerung zu vollstrecken. Offensichtlich wären die beiden schuldig gesprochen und hingerichtet worden, doch ein junger Offizier kam dem Ganzen zuvor. Er war über den geplanten Putsch zunächst gar nicht informiert gewesen und hatte sich dem Aufstand angeschlossen, nachdem er Arefs Rundfunkmeldung gehört hatte. Er betrat als Emissär den Palast und sollte die Übergabe der Palastwache aushandeln. Als er sah, dass sich die königliche Familie im Hof versammelte, verlor er die Beherrschung und feuerte mit der Maschinenpistole in ihre Richtung. In diesem Moment eröffneten auch andere Soldaten das Feuer. Nach dem Schusswechsel lagen der König, sein Onkel und einige Offiziere tot am Boden.

Nuri al-Said wartete nicht, bis er verhaftet wurde. Er verkleidete sich als Frau und versuchte zu fliehen. Doch die britische Botschaft war nicht mehr sicher, um sie herum tobte eine zornige Menschenmenge. Ehe Nuri die Stadt verlassen konnte, wurde er erkannt und festgehalten. Ein Unteroffizier der Luftwaffe richtete ihn an Ort und Stelle hin. Am nächsten Tag zerrte man die Leichen von Nuri und Abd al-Ilah hervor und hängte sie an Laternenpfählen auf ebenjenem Platz auf, wo die beiden einst die Leichen der kommunistischen Führer, Fahds und seiner Genossen, zur Schau gestellt hatten. Danach wurden die Leichen zerstückelt, als wären sie Opferlämmer, und verbrannt. Den Toten wurde ein muslimisches Begräbnis verweigert, was die schwerste

Beleidigung war, die man sich vorstellen konnte: Als das Ende des alten Regimes kam, war kein Teil der Armee oder der Bevölkerung bereit, es zu verteidigen. Angesichts dieser Tatsache war jede ausländische Intervention ausgeschlossen.

Den nationalistischen Gruppierungen und der kommunistischen Partei hatte man das Datum des Putsches mitgeteilt. Diese hatten wiederum ihre Anhänger vorgewarnt, doch als die Nachricht sich im ganzen Land verbreitete, gingen die Mitglieder der politischen Parteien in den aufgebrachten Menschenmassen buchstäblich unter, die auf die Straßen von Bagdad, Basra, Nassirija, Kirkuk und Mossul strömten. Die Berichte von Augenzeugen dieses Ereignisses beschreiben die spontanen Massenbewegungen als »überströmende Flüsse«, »alles verschlingende Gezeiten« und »reinigende Fluten«. An der Begeisterung für die Revolution konnte kein Zweifel bestehen. In Bagdad stürzten mehr als 100000 Menschen die Statue Emir Faisals. Dasselbe Schicksal ereilte das steinerne Bildnis von General Frederick Stanley Maude, dem »Eroberer von Bagdad«, das praktischerweise gleich vor der ehemaligen britischen Kanzlei stand, die in Brand gesteckt worden war. Die Flammen boten eine dramatische Kulisse zu der symbolischen Hinrichtung des britischen Generals.

Diese spontanen, alles andere als gesteuerten Ausbrüche der Freude, der Wut, des Hasses und der Rache bereiteten den Militärführern ernstes Kopfzerbrechen. Sie fürchteten, die Kontrolle über die Lage zu verlieren. Der Revolutionsrat rief eilig eine Sperrstunde aus, um die Menschen von der Straße zu bringen. Dabei legitimierte deren Unterstützung doch gerade die Machtübernahme durch das Militär. Der Sturz der Monarchie war von höchstens 3000 Soldaten bewerkstelligt worden, von denen die meisten nicht einmal Munition besaßen.

Natürlich hätten noch mehr Einheiten hinzugerufen werden können, aber wenn die Straßen leer geblieben wären, hätten sich die Monarchisten und ihre Verbündeten im Bagdad-Pakt möglicherweise angespornt gefühlt, Widerstand zu leisten. Hanna Batatu hebt die logistische, politische und psychologische Bedeutung der Mobilisierung des Volkes hervor:

*... die Rücksichtslosigkeit, mit der zumindest einige von ihnen daran gingen, ihren Gefühlen Luft zu machen, dürfte größere Bedeutung für das historische Ergebnis dieses schicksalhaften Tages gehabt haben, als man auf den ersten Blick zugeben möchte .... Beispielsweise verhinderte sie [die Massenbewegung], indem sie Straßen und Brücken nicht nur in Bagdad, sondern auch in anderen Städten verstopfte, mögliche feindliche Gegenmaßnahmen. Dariüber hinaus hatte sie, dank ihrer Vehemenz, eine enorme psychologische Wirkung. Sie flößte den Anhängern der Monarchie Furcht ein und trug dazu bei, ihren Willen zu paralysieren und dem Staatsstreich eine Aura der Unwiderstehlichkeit zu verleihen, die sein sicherstes Bollwerk war.<sup>3</sup>*

Das neue irakische Regime stand innen- wie außenpolitisch vor einer Reihe von Entscheidungen und Problemen. Im eigenen Land kontrollierten 23 Familien – die Chalabis, Pachachis, Hadids und andere – 56 Prozent des privaten Handels- und Industriekapitals. Das Erdöl stand unter der Kontrolle der Iraqi Petroleum Company, die in britischem Besitz war.<sup>4</sup> Auf dem Land hatten die Briten die Stammesscheichs zu Besitzern großer Güter gemacht<sup>5</sup> und damit die materielle Basis für eine langfristige Kollaboration nach einem Modell geschaffen, das sie bereits auf dem südasiatischen Subkontinent erprobt hatten: Wie ihre Pendants in Sind und Bengalen

waren die irakischen Bauern praktisch zu Sklaven geworden. Höhere Bildung war im Wesentlichen der Ober- und der Mittelschicht vorbehalten geblieben.

Die Lösungen für all diese Probleme lagen auf der Hand, und im Laufe des nächsten Jahrzehnts wurden sie zufriedenstellend gelöst: Schlüsselindustrien, auch das Erdöl, wurden verstaatlicht, radikale Bodenreformen setzten der Gutsbesitzerherrschaft ein Ende, Kinder aus armen Familien erhielten – Jungen wie Mädchen – eine angemessene Bildung, und es wurden erste ernst zu nehmende Maßnahmen gegen die Diskriminierung eingeleitet.

Die Politik stellte die Machthaber jedoch vor kaum lösbare Schwierigkeiten. Wie und von wem sollte der Irak regiert werden? In der arabischen Welt selbst gab es zwei grundlegende Modelle der Staatsführung: prowestliche Monarchien, Scheichtümer und Kolonien (Algerien, Aden) auf der einen Seite und antiwestliche, populistische Militärregimes auf der anderen. Der Libanon war die einzige Halbdemokratie, die sich auf eine institutionalisierte Teilung der Macht zwischen den christlichen und den muslimischen Eliten stützte. In der Welt insgesamt gab es: die amerikanisch/britisches/westeuropäischen Modelle kapitalistischer Demokratie, eine indische Variante derselben, einen Streifen von Amerika unterstützter Militärdiktaturen in Lateinamerika, die beiden Mitgliedstaaten des Bagdad-Paktes Türkei und Pakistan und schließlich die nichtkapitalistischen Einparteiestaaten nach den Vorbildern der Sowjetunion, Chinas, Vietnams und Nordkoreas. Das westliche Modell – oder eine Variante, die repräsentative Institutionen zuließ und zugleich die unanständige Verwendung von Geld oder Besitz unterband – wurde von allen drei führenden Akteuren im postrevolutionären Irak abgelehnt.

Qasim nahm sich Nasser zum Vorbild, ging jedoch auf

Distanz zur Vereinigten Arabischen Republik. Die Irakische Kommunistische Partei unterstützte ihn, weil er den Beitritt des Irak zur VAR in ihrer gegenwärtigen Form ablehnte. Die Kommunisten sprachen sich für eine arabische Föderation aus autonomen, souveränen Einheiten aus, die eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik verfolgen sollte. Wenn Nasser und die Baath-Partei dieses Modell akzeptiert hätten, dann hätte es möglicherweise die VAR vergrößert und erhalten. Aber keine Partei traute den arabischen Kommunisten, nicht etwa, weil sie Kommunisten waren, sondern weil sie als verlängerter Arm Moskaus in der Region tätig waren. Die beiden Hauptvorwürfe der arabischen Nationalisten gegen die Kommunisten lauteten: Erstens, sie hatten im Zweiten Weltkrieg jeden Widerstand gegen die französischen und britischen Besatzungstruppen aufgegeben, und zweitens, sie hatten ganz gegen ihren eigenen politischen Instinkt und den Rat ihrer eigenen jüdischen Mitglieder die Gründung Israels unterstützt, weil dies damals der offiziellen sowjetischen Linie entsprach.

Im ersten Punkt bekannten die Kommunisten sich zwar »schuldig«, aber sie wandten ein, der Sieg über den Faschismus sei die zentrale Aufgabe gewesen, vor der die Welt damals gestanden habe. Auf die Frage, weshalb sie erst nach Hitlers Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 so zentral geworden sei, schwiegen sie sich aus.<sup>6</sup> Mit Blick auf Israel gaben sie zu, dass dies ein schwerer Fehler gewesen sei. Doch die Spaltungen zwischen diesen beiden politischen Strömungen wurden nie überbrückt, und sowohl Nasser wie auch die Baath-Führer unterdrückten die Kommunisten wie immer brutal. Das Versäumnis aller drei Gruppierungen, die Gründung einer echten Nationalversammlung und das Existenzrecht anderer politischer Parteien zu unterstützen, ließ am Ende alle darunter leiden. Es gab keine Institutionen, in denen diese

und andere politische Richtungen diskutiert und dem Volk hätten präsentiert werden können. Dadurch wurde im Grunde den Personendiktaturen in Ägypten, Syrien und Irak der Weg geebnet.

Die nationalistischen Oberste hatten ihre politische Prägung innerhalb der Armee erhalten, in der hierarchischen Struktur par excellence. Sie waren es gewohnt, Befehle zu empfangen und zu erteilen. Instruktionen infrage zu stellen war nicht gestattet. Diese Vorgehensweise hielt in die Politik Einzug. Nasser war, genau wie ein ehemaliger ägyptischer Reformer, Muhammad Ali, ein großer Bewunderer Napoleons, dessen vorübergehende Besetzung Ägyptens im Jahr 1798 im Land keineswegs als ausbeuterisch angesehen wurde.<sup>7</sup> Und eineinhalb Jahrhunderte später wurde der Bonapartismus – in dem der einsame Führer über den gesellschaftlichen Klassen und Parteien steht – in der ganzen arabischen Welt und auch anderswo zur Religion der militärischen Populisten. Ungeachtet Nassers enormer Popularität in Ägypten und des mythischen Status, den er überall in der muslimischen Welt genoss, zeitigte dieser Politikstil alles in allem gesehen unheilvolle Folgen. Das Erbe war vergiftet.

Das irakische Militärregime wurde schon bald in eine Reihe schwerer Fraktionskämpfe verstrickt. Es fehlte an echten Institutionen, in denen Meinungsverschiedenheiten hätten ausgetragen und geschlichtet werden können. Dies hatte zur Folge, dass verschiedene Splittergruppen um die Kontrolle über die Armee kämpften, deren Rat der Befehlshaber die einzige wirklich ernst zu nehmende Institution darstellte. In klassischer bonapartistischer Manier benutzte Qasim gelegentlich die Kommunisten als Puffer gegen Nasser und Baath, wandte sich aber heftig gegen sie, sobald sie zu hohe Ansprüche stellten. Nassers Feindseligkeit gegenüber dem irakischen Staatschef

beruhte auf der, wie er meinte, zu starken Abhängigkeit von der Irakischen Kommunistischen Partei. Qasims Stellvertreter, Abd al-Salam Arif, war ein überzeugter Nasser-Anhänger. Er wollte die Verschmelzung des Irak mit der VAR erreichen und hätte Nasser nur zu gerne als obersten Staatschef akzeptiert. Aus strategischer und politischer Sicht machte das durchaus Sinn. Eine erweiterte VAR war die einzige Möglichkeit, ihr Überleben zu sichern. Das hätte die ägyptische Kontrolle geschwächt, und Kairo wäre gezwungen gewesen, einen Ausgleich mit Damaskus und Bagdad zu suchen.

Aber Qasim und Nasser lehnten beide einen Kompromiss hartnäckig ab. Nasser, weil er wusste, dass das irakische Volk hinter ihm stand, und dieses Wissen seine Arroganz nur noch steigerte. Qasim, weil er wusste, dass er sich mit dem Mann aus Kairo nicht messen konnte, und Angst hatte, an den Rand gedrängt oder abgesetzt zu werden. Beide Männer hatten noch gut in Erinnerung, dass die Massen in Bagdad nicht den Namen Qasims skandiert hatten, sondern: »Wir sind deine Soldaten, Gamal Abdel Nasser. Deine Soldaten!« Dennoch bestand Nasser darauf, die irakische Revolution müsse sich erst einmal konsolidieren, bevor sie nach außen getragen werden sollte. Er war für eine Einheit, doch der Zeitpunkt für ihr Eintreten musste sorgfältig gewählt werden. Oberflächlich betrachtet war dies auch Qasims Ansicht, aber die Stimmung auf den irakischen Straßen war höchst explosiv. Die panarabische Begeisterung hatte ihren Höhepunkt erreicht und der politische Beitrag der Baath-Anhänger konzentrierte sich auf die Forderung nach einer Einheit mit Nasser, wenn nicht heute, dann spätestens morgen. Sie wollten nicht mehr allzu lange warten.

Michel Aflak, der Generalsekretär und Gründer der Baath-Partei, wollte den Druck noch erhöhen und beschloss, keine Zeit zu verlieren. Im Jahr 1957 hatte die

Baath-Partei im Irak weniger als 500 Mitglieder. 1958 nahm die Zahl zu, doch zum Zeitpunkt der Revolution betrug sie immer noch, anders als der Mythos es behauptet, unter Tausend. Das störte Aflak jedoch nicht im Geringsten. In Syrien hatte er seine Sekte zu einer Partei umfunktioniert, indem er die Schwächen der Kommunisten nutzte, die Armee infiltrierte und sich an Nassers Ansehen und das des antiimperialistischen syrischen Stellvertreters, Akram Hourani, hielt. Das Manöver war ein Erfolg auf der ganzen Linie.

Zehn Tage nach der Revolution kam Aflak nach Bagdad und erklärte den Leuten ruhig: Da sie schon immer Anhänger der arabischen Einheit gewesen wären, dürften sie nun keinen Wankelmut durch die Kleingläubigen zulassen. Aflaks mystischer Glaube an die arabische Nation wurde einmal mehr für das Wohl der Iraker wiederholt: Die »Mission«, die von der arabischen Nation erfüllt werden müsse, »hört nicht auf, weil der arabische Nationalismus das Leben selbst ist«. Die Kader der Baath-Partei wurden angewiesen, den Kampf um die arabische Einheit im Namen Nassers und Arifs fortzusetzen.

Die Baath-Führer hatten in der zweitwichtigsten Figur der Revolution einen potenziellen Rekruten erkannt. Da Arifs eigene politische Anschauungen einzig und allein von der Idee der arabischen Einheit dominiert wurden, musste Aflak ihn nicht allzu lange überreden. Arif reiste durch das Land, sprach vor riesigen Menschenmengen und schürte ihre Euphorie. In allen Reden war Nasser »unser Held«, »der große Befreier«, »unser älterer Bruder im Kampf«, und als die Massen darauf ansprachen, begann der emotionale Arif, die Vereinigung mit der VAR zu fordern, und nannte den Irak eine Republik, die »untrennbar von der arabischen Nation« sei.

Qasim und seine Verbündeten gerieten allmählich in Panik, und das nicht nur aus reinem Selbsterhaltungstrieb.

Sie waren sich darüber im Klaren: Eine Ausdehnung der VAR würde als eine massive Gefahr für Israel und die wackelige Monarchie im Iran angesehen werden. Würde sich der Westen die realen Ängste der Kurden vor einer arabischen Hegemonie zu Nutze machen und intervenieren, um das Regime zu stürzen? Arif antwortete darauf mit dem Argument, eine Vereinigte Arabische Republik werde eine solche Intervention in der nach der Suezkrise herrschenden Stimmung undenkbar machen. Doch wie dem auch sei, fügte Arif hinzu, lässt die Ausländer nur kommen. Sie werden einen weiteren Schlag erleiden, und zwar einen noch schlimmeren als in der Suezkrise.

Qasim und seine kommunistischen Verbündeten waren nicht bereit, sich auf die Nationalisten zuzubewegen. Stattdessen beschlossen sie, sich gegen Arif und seine Anhänger zu stellen und sie auszuschalten. Die Baath-Partei verfügte, anders als ihre kommunistische Rivalin, nicht über genügend Unterstützung im Volk, um einen Massenaufstand anzuzetteln. Qasim war sich dessen bewusst, doch Arif war noch zu sehr in der Erinnerung an die Menschenmengen gefangen, die während seiner letzten Tour durch das Land zu ihm geströmt waren.

Am 11. September 1958, kaum vier Wochen nach der Machtergreifung, wurde Arif als Stellvertretender Oberbefehlshaber der Streitkräfte abgesetzt. Zwei Wochen später wurde er seiner Ämter als Stellvertretender Regierungschef und Innenminister enthoben, gemeinsam mit dem Entwicklungsminister und Baath-Führer Fuad al-Rikabi sowie dem Bildungsminister Jabir al-Umar, einem Nasser-Anhänger. Am 4. November wurde Arif unter dem Vorwurf, »sich gegen die Sicherheit des Vaterlandes verschworen zu haben«, sprich wegen Hochverrats, verhaftet. Arif hatte sich für eine Vereinigung mit der VAR und die sofortige Verstaatlichung der Ölindustrie

eingesetzt.<sup>8</sup>

Das Haus des Islam hatte von Beginn an unter einer Zersplitterung zu leiden gehabt, die unzählige Niederlagen in Siqilliya/Sizilien, im ehemaligen maurischen Königreich al-Andalus und im arabischen Kernland nach sich zog. Sie ließ nun auch das nationalistische Konstrukt im arabischen Osten allmählich aus den Fugen geraten. Für keine einzige dieser Niederlagen kann dem westlichen Imperialismus oder, was das betrifft, Israel die Schuld in die Schuhe geschoben werden. Die Wunde war selbst verschuldet. Das sektiererische Versäumnis der Kommunisten und Nationalisten, einen gemeinsamen Kompromiss zu finden, erwies sich als Tragödie für den Irak und für die gesamte Region. Die Schlappe, die Israel den Arabern 1967 beibrachte, war nur die schwerwiegendste Folge dieses Scheiterns.

Der Bruch zwischen Qasim und Arif destabilisierte ernsthaft das politische Leben der neuen irakischen Republik. Die Kräfte innerhalb der Armee polarisierten sich. Im März 1959 unternahmen Arifs Anhänger, die in Einheiten in Mossul und Kirkuk stationiert waren, unter der Führung von Brigadegeneral Tabaqchali und Oberst Shawwaf (von Radio Kairo »panarabische Patrioten« genannt) einen Putschversuch. Er wurde jedoch rasch von Qasim-treuen Truppen niedergeschlagen, unterstützt von den kommunistischen Freischärlern der Gruppe des Volkswiderstands.

Dies hatte einen Krieg im Äther zur Folge. Radio Kairo hetzte Iraker auf, »den Tyrannen« zu stürzen. Radio Bagdad sprach seinerseits von »ausländischer Einmischung«. Der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes, Mahdawi, der Arif bereits zum Tod verurteilt hatte, streute noch Salz in die Wunde, indem er im Gerichtssaal verkündete, dass »die arabische Karawane sich von bellenden Hunden nicht beeindrucken lasse, auch

wenn einige von ihnen behaupten, sie seien Araber«.<sup>9</sup>

Im Oktober 1959 antworteten die Nationalisten mit einem Mordanschlag. Eine Spezialeinheit der Baath-Partei, der ein 22jähriger Parteiaktivist aus Tikrit namens Saddam Hussein angehörte, führte das Attentat aus. Qasim wurde schwer verwundet, überlebte aber. Der anschließend geplante Putsch, durch den er hätte abgesetzt werden sollen, wurde von einer zweigleisigen Operation der kommunistischen Partei vereitelt. Sie mobilisierte die öffentliche Unterstützung auf der Straße, und ihre Offiziere und Soldaten in der Armee besetzten das Verteidigungsministerium und gewannen die Kontrolle über das wichtige Kommunikationsnetz. Die kommunistischen Führer waren so töricht zu glauben, dass Qasim sich dankbar zeigen und ihren Einfluss auf den Staatsapparat stärken würde. Genau das Gegenteil trat ein.

Nach seiner Erholung war der irakische Staatschef erstaunt, wie problemlos die Kommunisten das Verteidigungsministerium übernommen hatten, und führte eine Säuberung »unzuverlässiger« Offiziere durch. Qasim war, anders als Nasser und die Baath-Partei, weder ein verkappter Kommunist, noch hegte er die geringsten Sympathien für die Irakische Kommunistische Partei. Er war, seinem Wesen nach, ein irakischer Nationalist – ein Reformer, der sich aufrichtig verpflichtet fühlte, die Armut zu bekämpfen, aber in politischer Hinsicht eher ein Sozialreformer als ein Radikaler. Arif warf er unter anderem vor, er schüre den Klassenhass und mache sich die besitzende Klasse unnötigerweise zum Feind.<sup>10</sup> Qasim trug die Maske eines bescheidenen und zurückhaltenden Offiziers ohne persönliche Ambitionen.



*Von links nach rechts: Mitglied des Zentralkomitees (ZK) der IKP Abdul Karim Ahmad al-Daud, Politbüromitglieder Zaki Khairi, Bahaud-Din Nuri und Muhammad Hussain Abu-l-Iss, ZK-Kandidat Abdul Qadir Ismail und Politbüromitglieder Amer Abdallah und Jamal al-Haidar, an der Spitze der historischen Demonstration von über 500000 Menschen am 1. Mai 1959.*

Die Art und Weise, wie die Ereignisse von 1958 manipuliert wurden, stand jedoch im Widerspruch dazu. Qasim hatte darauf bestanden, die Mehrheit des Obersten Komitees der Freien Offiziere im Unklaren darüber zu lassen, was er und Arif vorhatten und wann sie zuschlagen würden. Dies mag eine übertriebene Vorsichtsmaßnahme gewesen sein, aber es dürfte sich eher um einen vorausblickenden Schachzug gehandelt haben, der ihm das Machtmonopol sicherte. Diese Fertigkeiten spielte er nach dem Sieg über Arif aus.

Nachdem Qasim die Panarabisten mit Unterstützung der Kommunisten geschlagen hatte, wandte er sich nun gegen die IKP. Er inszenierte eine Spaltung unter den Spitzelgruppen und registrierte die Spalter als die offizielle Partei, doch damit erreichte er lediglich, dass die Parteianhänger (die ihren alten Führern die Treue hielten) dem Regime den Rücken zuwandten. Er ging davon aus, dass er die Kommunisten würde isolieren können, indem

er seine eigene Politik durchsetzte, die er als einen »dritten Weg« zwischen Sozialismus und Kapitalismus ansah. Die Tatsache, dass er, anders als die Männer der Herrscherclique, persönlich vollkommen unbestechlich war, hob sein Ansehen.



*Abd al-Karim Qasim, Vorsitzender des Obersten Komitees der Freien Offiziere (1956-1958) und irakischer Regierungschef (1958-1963).*

Er war der Sohn eines sunnitischen Tischlers und einer kurdischen Schiitin und sagte von sich:

»Ich bin der Irak.« Der überzeugte Nationalist wurde nach dem Putsch der Baath-Partei von 1963 hingerichtet.

Heutzutage, in den schlimmen neoliberalen Zeiten, da jede staatliche Intervention oder jeder Versuch, die Launen des Marktes zu regulieren, von den Finanzinstitutionen des Empires bereits als unzulässig angesehen wird, nimmt sich Qasims Katalog an sozialen und wirtschaftlichen Reformen recht beeindruckend aus. Auf ihrem Hintergrund wird auch besser verständlich, warum sein Regime eine wirkliche Unterstützung durch das Volk genoss. Die zwischen 1959 und 1961 auf den Weg gebrachten Veränderungen konzentrierten sich auf die Bodenreformen, die, genau wie in Ägypten, den Besitz

bewässerter und nicht bewässerter Ländereien einschränkte. Damit sollte die Macht der reichen, in der Regel im Ausland lebenden Gutsbesitzer – 56 Prozent des Landes gehörten 3000 Gutsbesitzern – eingeschränkt und auf dem Land eine neue Mittelschicht aus begüterten Bauern geschaffen werden.

Außerdem wurden städtische Reformen eingeleitet. Man erhöhte den Spaltensteuersatz für Einkommen über 20000 Dinar von 40 auf 60 Prozent, worin auch die Pachteinnahmen aus Ackerland enthalten waren. Weiterhin wurden Erbschaftssteuern eingeführt. In den Städten richtete man eine Aufsichtsbehörde ein, die über die Mieten wachte, und die Mieten für Zimmer, Wohnungen und Läden wurden um 15 bis 20 Prozent gesenkt. Durch die Preisaufsicht für Dinge des täglichen Bedarfs wurde der Brotpreis gesenkt. Die Arbeitszeiten wurden geregelt; Unternehmen, die über 100 Arbeiter beschäftigten, wurden gesetzlich verpflichtet, Wohnungen für sie zu bauen, und zum ersten Mal richtete man eine Sozialversicherungspflicht ein. Die Slumbewohner in Bagdad waren mit Sicherheit erstaunt, als man ihnen mitteilte, für sie werde eine neue Vorstadt gebaut: Zehntausende Wohnungen mit Strom und Wasseranschluss, neue Straßen, Schulen, medizinische Zentren und öffentliche Bäder. Kein Wunder, dass diese neue Stadt freudig den Namen akzeptierte, der ihr zugeschrieben war: »Die Revolution«. Er wurde später in »Saddam-Stadt« geändert.

Die Existenz und die Macht der irakischen Kommunisten spielten zweifellos eine wichtige Rolle bei der Ausarbeitung und Umsetzung dieser Reformen. Sie erhoben zu Recht Anspruch auf das Verdienst, unterschätzten jedoch Qasims Fähigkeit, die Kommunisten durch diese Maßnahmen zu isolieren und zu marginalisieren. Die Industriemagnaten im Irak erkannten ihrerseits die

Notwendigkeit der Veränderungen und unterstützten Qasim. Sie begriffen: Dies war die einzige Möglichkeit, eine kommunistische Revolution zu verhindern. Im Gegenzug richtete Qasim harte Zollschränke ein, um die Entwicklung der einheimischen Industrie zu fördern. Der Gegensatz zur »Herrscherclique der Gangster« hätte nicht größer sein können. Zudem, und das kann nicht genug betont werden, betrachteten Millionen Iraker diese Veränderungen als die ihnen zustehenden Menschenrechte, die ihnen viel zu lange verweigert worden waren.

Einige wollten noch weiter gehen. Dazu zählten die Bauern, die erlebt hatten, wie viele Gutsbesitzer sich gegen die Umsetzung der Bodenreformen wehrten und mit juristischer und bürokratischer Unterstützung die Übergabe eines großen Batzens ihrer Güter an diejenigen, die sie bebauten, verzögerten oder umgingen. Arbeiter beklagten sich, dass Industrielle die Einführung des Achtstundentages verzögerten und einige staatlich finanzierte Gewerkschaften bestachen, damit sie mit ihnen zusammenarbeiteten. Gerade die Schicht, die diese Schwierigkeiten zu spüren bekam, übte allmählich von unten Druck auf die Irakische Kommunistische Partei aus.

Die Kommunisten und ihre zahlreichen Frontorganisationen hatten nach dem Juli 1958 einen phänomenalen Zulauf erlebt. Die tägliche Auflage des Parteiorangs belief sich auf 30000 Exemplare, was für den Irak hoch ist, und die Anhänger der kommunistischen Partei waren in jeder Region und in allen Institutionen des Landes zu finden. Beunruhigt über dieses Wachstum, versuchte Qasim, im Namen der revolutionären Einheit »kleine Gruppierungen und Parteien« zu verbieten, genau wie sein Rivale Nasser in Ägypten. Die Kommunisten antworteten schon einen Tag später, am 1. Mai 1959, mit einer riesigen öffentlichen Demonstration unter den beiden miteinander zusammenhängenden Parolen »Lang lebe Abd al-Karim

Qasim« und »Kommunisten in die Regierung« ist eine mächtige Forderung«.

Mächtig war diese Forderung in der Tat. So mächtig, dass Qasim sie nicht akzeptieren konnte. Sie löste in Washington und London echte Panik aus. London beschloss unilateral, den Verkauf von Waffen an Qasim wieder aufzunehmen – in der Hoffnung, ihn gegen die Kommunisten zu stärken. Ein Gesandter aus Moskau kam mit der dringenden Bitte Nikita Chruschtschows ins Land, das Regime Qasims nicht zu destabilisieren. Moskau war der Ansicht, ein kommunistischer Sieg in Bagdad würde seine Beziehungen zu Nasser und dem arabischen Nationalismus belasten.

Die Führer des irakischen Kommunismus waren keineswegs immun gegen diesen Druck. In Anbetracht ihrer eigenen politischen Prägung und Geschichte ist das auch kein Wunder, aber gleichzeitig erkannten die Gewiefteren unter ihnen, dass Qasim allein außerstande war, die Lage zu entschärfen.

Im irakischen Politbüro spiegelte sich nunmehr die Maxime von Saint-Just, »Wer die Revolution auf halbem Weg abbricht, gräbt sich sein eigenes Grab«, wider, und zwar in der Person Hussein al-Radis, dem Parteisekretär, der selbst von seinen schärfsten Widersachern in anderen Organisationen wegen seiner Integrität respektiert wurde. Welche politischen Schwächen die Kommunisten auch haben mochten, man konnte kaum umhin, ihren Mut zu bewundern. Allgemein vertrat das einfache Volk die Auffassung, dass die Kommunisten anders waren als andere Politiker. Sie hatten wirklich ihr Leben für die Armen geopfert. Ihr Anführer Fahd und zwei Genossen waren von der Herrscherclique öffentlich gehängt worden, um die Kommunisten zu demoralisieren, zu bestrafen und ihre Organisation zu zerschlagen. Doch ihre Gruppe hatte überlebt und sich mit einem höheren Ansehen als je zuvor

von neuem erhoben. Jetzt stand ihnen eine schwere Prüfung bevor. Sollten sie Qasim den Laufpass geben und selbst nach der Staatsmacht greifen? Die Frage schien relativ einfach, aber dahinter verbargen sich komplexe Überlegungen: War im Irak eine vorrevolutionäre Situation gegeben? Könnte eine Revolution nicht zu einem langen und nicht gewinnbaren Bürgerkrieg führen? Welche internationalen Auswirkungen könnte dies haben?

In der entscheidenden Sitzung des Politbüros im Mai 1959 plädierte Hussein al-Radi dafür, Qasims Ultimatum zurückzuweisen und die Unterstützung der Partei für eine Machtdemonstration zu mobilisieren. Er wies darauf hin, dass das Bewusstsein der Massen bis zum äußersten radikaliert sei, und falls ihre Entscheidung zu einer Kraftprobe führen sollte, so würden sie mit Sicherheit gewinnen. Eine vollständige Revolution könne Erfolg haben. Die Instruktionen, die ein eben aus Moskau zurückgekehrtes Mitglied des irakischen Politbüros überbrachte, gaben jedoch den Ausschlag zu Gunsten eines Kompromisses.



*Hussein al-Radi, Erster Sekretär der Irakischen Kommunistischen Partei (1955-1963). Nach dem Baath-Putsch von 1963 wurde er gefoltert und ermordet. Laut König Hussein von Jordanien lieferte die CIA der Baath-Partei die Namen vieler Kommunisten (siehe S. 196, Anmerkung 11).*

Die ganze Sache hatte jedoch einen wirklichen Haken. Seit Juli 1958 war die Partei nicht ideologisch auf eine Machtübernahme vorbereitet worden, und dadurch, dass sie auf einer Reihe von Forderungen beharrte und entsprechend agitierte, hatte sie es auch versäumt, das Volk darauf vorzubereiten. Wenn dies erfolgt gewesen wäre, hätte sie möglicherweise tatsächlich alle ihre Gegner überflügelt. Um die von Nasser und den Nationalisten ausgehende Gefahr abzuwehren, hatten die Kommunisten stattdessen Qasim als den »alleinigen Führer«, als ihre Antwort auf Nasser ausgegeben – etwas, das in der arabischen Welt, und erst recht im Irak, schlichtweg unglaublich war. Selbst in ihren radikalsten Parolen hatten sie allenfalls eine Teilung der Macht gefordert. Nicht mehr. In einem Kniefall vor Moskau, das den Irak nur als Handelsmasse im Kalten Krieg ansah, verschob die Irakische Kommunistische Partei die Verstaatlichung der Ölindustrie.

Es unter diesen Umständen auf einen radikalen Bruch anzulegen, wie von al-Radi vorgeschlagen, war zweifellos eine riskante Strategie, aber jeder Revolutionsversuch ist ein Glücksspiel, selbst unter den günstigsten Voraussetzungen. Es gibt keine automatische Siegesgarantie. Die einzige Frage, die man sich ernsthaft stellen muss, lautet: Sind die Bedingungen im Land günstig für das Eingehen eines solchen Risikos?

Gab die Feierstimmung der Massen zutreffend das allgemeine Bewusstsein wieder? Wenn dies der Fall war, und viele glaubten es, hatte Hussein al-Radi mit seinem instinktiven Plädoyer für einen Vorstoß Recht. Doch das Politbüro fügte sich dem Ersten Sekretär in Moskau, isolierte seinen eigenen Führer und beschloss, weiterzumachen wie bisher. Sie würden sich nicht gegen Qasim stellen. Seinem Regime ging die Puste aus, die radikalen Züge verschwanden, und von Trägheit gelähmt

gerierte es sich in den folgenden Jahren immer autoritärer.

An diesem Punkt erkannten die kommunistischen Führer allmählich, dass sie einen Teil der eigenen Basis durch ihre lange Verbindung mit Qasim und seine Unterstützung verloren hatten. Qasims Entscheidung, die Kommunisten zu isolieren, hatte den Gutsbesitzern wieder Mut gemacht. Es verging kaum eine Woche ohne Meldungen, nach denen Bauern angegriffen und getötet worden waren, weil sie die ihnen gesetzlich zustehenden Rechte eingefordert hatten.

Im Jahr 1963 unternahmen die Baath-Anhänger einen Staatsstreich. Es war das Ende Qasims und der irakischen Kommunisten. Qasim wurde vor Gericht gestellt und hingerichtet. Die Irakische Kommunistische Partei wurde verleumdet und verfolgt. Viele Führer flohen ins Exil, während Tausende andere Mitglieder, vor allem in der Armee und in der Luftwaffe, aufgespürt, gefoltert und ermordet wurden. Die Baath-Aktivisten, die die Verhaftungen und Morde ausführten, verfügten offensichtlich über Namens- und Adresslisten. Woher stammten diese Papiere?

Die Kommunisten vermuteten hinter dem Rachefeldzug naturgemäß eine imperialistische Hand. Während des Kalten Krieges konnte man ohne weiteres über ihre Ansichten hinweggehen, aber König Hussein von Jordanien, der selbst eng mit amerikanischen Geheimdiensten zusammenarbeitete, bestätigte die kommunistischen Mutmaßungen. Bei einem Treffen in der entspannten Atmosphäre des Hotels Crillon in Paris teilte der jordanische Herrscher Hasanein Heikai, einem engen Freund Nassers und damals Herausgeber von Ägyptens einflussreichster Tageszeitung, *Al-Ahram*, in aller Ruhe mit, was sich wirklich ereignet hatte:

*Sie sagen mir, der amerikanische Geheimdienst steckte hinter den Ereignissen von 1957 in Jordanien. Erlauben Sie mir, Ihnen mitzuteilen, dass ich mit Sicherheit weiß: Was am 8. Februar [1963] im Irak geschah, hatte die Unterstützung des amerikanischen Geheimdienstes. Einige von jenen, die jetzt in Bagdad herrschen, wissen nichts davon, aber ich kenne die Wahrheit. Zwischen der Baath-Partei und dem amerikanischen Geheimdienst fanden zahlreiche Treffen statt, die wichtigsten in Kuwait. Wissen Sie, dass den Männern, die den Putsch inszenierten, am 8. Februar per geheimem Funkspruch die Namen und Adressen der Kommunisten geliefert wurden, damit sie verhaftet und hingerichtet werden konnten?<sup>11</sup>*

Die irakischen Kommunisten wurden systematisch und brutal unterdrückt, was eine Art Vorgeschmack auf die Massaker in Indonesien zwei Jahre später sein sollte. Die starke Unterstützung in den kurdischen Gebieten des Landes half der Partei zu überleben. Ihr Führer und Märtyrer Fahd – selbst ein Christ – hatte die Partei ganz gezielt vor allem in Regionen aufgebaut, in denen die Menschen nicht nur wirtschaftlich enteignet waren – das waren sie im ganzen Land –, sondern in denen sie wegen ihrer nationalen, ethnischen oder religiösen Herkunft daran gehindert wurden, nach ihren Fähigkeiten behandelt zu werden. Fahd konzentrierte sich darauf, die Schiiten im Süden, die Kurden im Norden und die Juden und Christen im ganzen Land zu gewinnen. Tausende von Kurden schlossen sich seiner Partei an, weil sie kurdische Ziele unterstützte. Sie überstanden das »Blut-Baath« von 1963 besser als ihre Genossen am Tigris oder in den südlichen Sümpfen, und viele nichtkurdische Kommunisten überlebten mit ihrer Hilfe. Hussein al-Radi leider nicht. Er wurde gefasst, gefoltert und hingerichtet.

Die Katastrophe nahm schreckliche Ausmaße an und

löste eine bittere Debatte innerhalb der Partei aus. Vier Jahre später, 1967, trafen sich die Führer, die überlebt hatten, in Prag, um die Lage neu zu bewerten. Einige unterzogen sich einer schonungslosen Selbtkritik:

*Unsere Feinde und bürgerlichen Freunde schreckten uns mit der Möglichkeit eines Bürgerkrieges, eine Möglichkeit, für die zugegebenermaßen objektive Gründe sprachen. Aber wenn es damals zu einem Bürgerkrieg gekommen wäre, so hätte er sich aller Wahrscheinlichkeit nach zu unseren Gunsten entwickelt. Er wäre nicht in einem grässlichen Gemetzel der Kommunisten und revolutionären Demokraten geendet, wie nach dem 8. Februar 1963, als er tatsächlich ausbrach und die Reaktion triumphierte, da sie den geeigneten Moment für seine Auslösung abgewartet hatte. Unser Zurückschrecken vor einem Bürgerkrieg im Jahr 1959 verschaffte uns keinerlei Sicherheit, sondern ließ das Desaster unvermeidlich werden ... Wenn wir das Ruder übernommen und unverzüglich das Volk bewaffnet und eine radikale Agrarreform durchgeführt hätten ... den Kurden ihre Autonomie gewährt und die Armee durch revolutionäre Maßnahmen in eine demokratische Streitmacht umgewandelt hätten, dann hätte unser Regime mit außerordentlicher Geschwindigkeit breiteste Popularität erlangt und hätte große Massenbewegungen entstehen lassen, die es Millionen Menschen ermöglicht hätten, selbst in die Geschichte einzugehen.<sup>12</sup>*

Sie sollten nie eine zweite Chance bekommen. Die Verzweiflung, die viele Parteikämpfer erfasste, zog weitere von ihnen selbst verschuldete Tragödien nach sich. Bei einer von ihnen ging es um einen jungen Iraker namens Khalid Ahmed Zaki. Um ihm die gebührende Anerkennung zu zollen, muss ich an dieser Stelle ein

wenig ausholen.

Als ich Khalid zum ersten Mal traf, waren seit den antikommunistischen Pogromen im Irak einige Jahre vergangen. Er lebte im Exil in London und war zeitweise als Rechercher für die Bertrand Russell Peace Foundation tätig. Er arbeitete in ihrem Hauptquartier am Shavers Place im modischen Stadtteil Picadilly. Shavers Place wurde zu einem beliebten Schlupfwinkel für viele Exilanten aus der Dritten Welt. Wir trafen uns dort regelmäßig und tauschten Neuigkeiten und Informationen über die Diktaturen in unserer jeweiligen Heimat aus. Der Sekretär der Stiftung, Ralph Schoenman, berichtete regelmäßig und voller Optimismus über den Stand der Weltrevolution. Die Atmosphäre war von einem trotzigen Internationalismus geprägt. Bei unserer ersten Begegnung diskutierte Zaki über die Krise im Kongo und das tragische Schicksal Patrice Lumumbas.



*Khalid Ahmed Zaki, irakischer marxistischer Intellektueller, stark von Fidel Castro und Che Guevara beeinflusst. Er organisierte den bewaffneten Kampf in den Sümpfen im Südirak und fiel 1968 im Gefecht.*

Ich war zum ersten Mal mit der Politik der Straße in Kontakt gekommen, als ich gegen das militärische Verbot sämtlicher öffentlicher Versammlungen und Demonstrationen verstoßen hatte und gemeinsam mit ein paar Hundert anderen Studenten durch die Straßen Lahores marschiert war, nachdem die Nachricht vom Mord an Lumumba uns 1961 in Pakistan erreicht hatte. Jetzt traf ich in London einen Iraker, den das Schicksal des Kongo ebenso bewegt hatte. Das legte den Grundstein für unsere Kameradschaft.

Khalid Zaki führte mich auch in die Geschichte des irakischen Kommunismus ein. Er erzählte von Fahd und den Märtyrern, die in den Vierzigerjahren verschwunden waren, von ihrem Henker, Nuri al-Said, der auf dem Titelblatt der Zeitschrift *Time* gefeiert wurde, von den Ereignissen von 1958. Dann kehrten wir zu unserem ewigen Thema zurück: dem Versäumnis der Partei, die Revolution auszulösen. Jedes Mal folgte eine endlose Diskussion. Er schonte niemanden bei seiner Kritik, und während ich dies schreibe, sehe ich ihn wie damals vor mir: einen glühenden Revolutionär, auf den das Klischee wirklich zutraf, und das gleich zehnfach. Die noble Gesinnung stand ihm ins Gesicht geschrieben. Diese Gesinnung ebenso wie seine Integrität und Standhaftigkeit zog die Menschen zu ihm hin. Keine dieser Charaktereigenschaften hielt ihn davon ab, das Leben in vollen Zügen zu genießen. Er war häufig Gast auf Partys im London der Sechzigerjahre und tanzte voller Feuer, während junge Frauen ihn mit unverhohlenem Interesse ansahen und sich ihm manchmal mit kaum verhohlener Leidenschaft näherten. Auch an dieser Front war er sehr rege.

Eines Tages verschwand er spurlos. Es kursierten Gerüchte, er sei in den Irak zurückgekehrt, um sich dem bewaffneten Kampf gegen die Diktatur anzuschließen,

aber es gab keine konkreten Informationen. Ein Jahr später hörte ich, er sei tot, aber niemand sprach über die näheren Umstände. Damals wusste niemand Genaueres.

Auch seine Kameraden scheinen alle verschwunden zu sein. 37 Jahre später, im Jahr 2003, beginne ich die Puzzlesteine seines unglückseligen Kampfes und Märtyrertums zusammenzufügen. Ende 1966 war Zaki in den Irak zurückgekehrt. Er schloss sich der Gruppe der Irakischen Kommunistischen Partei in Bagdad an und tauchte in das politische Leben der Stadt ein. Er neigte dem Intelligenzjäakomitee zu, das von Najim Mahmood angeführt wurde, einem alten Parteikader, der die Nase voll hatte vom Wankelmut der Führung. Mahmood erstattete Khalid Zaki ausführlich Bericht über die Spaltungen innerhalb der Führerschaft zwischen den verhärteten Lagern: das eine vollkommen Moskau-hörig, das andere weit radikaler, aber umso konfuser. Mahmood und Zaki verfassten gemeinsam einen scharfen Tadel der Führung. Das mit »Eine Gruppe aus dem Parteikader« unterzeichnete Dokument schmähte die Politik und die bürokratischen Methoden beider Lager; es forderte, dass die Debatte, die damals in der Führung stattfand, der gesamten Mitgliedschaft zugänglich gemacht werden müsse. Diese solle darüber diskutieren und die künftige Richtung der Partei bestimmen. Doch dazu kam es nicht.

Stattdessen schlugen die Splittergruppe und die Irakische Kommunistische Partei (Zentralkommando, kurz Zentkom) eine Fusion mit der von Mahmood und Zaki geleiteten Kadergruppe vor. Zaki trat dem Zentralkomitee unter der Bedingung bei, dass es die Pläne für den Beginn eines bewaffneten Kampfes gegen die Diktatur billigte. Dem wurde zugestimmt. Man beschaffte sich Mittel, indem man einen Zahlmeister der Regierung in Sulaymaniyah überfiel.

Die Volksfront für einen bewaffneten Kampf bestand

aus Zaki und elf weiteren Kämpfern. Sie hatten sich von Che Guevara inspirieren lassen und versuchten jetzt, in den Sumpfgebieten im Süden des Irak eine Basis zu errichten – am Schauplatz des antiken Sklavenaufstandes von Zanj, in einer Region, in der die Irakische Kommunistische Partei starke Unterstützung genoss. Sie planten, einen Kampf zu beginnen, der einen landesweiten Aufstand auslösen sollte. Nachdem sie eine lokale Polizeistation nahe Majar al-Kabir eingenommen hatten (wo später, im Juni 2003, sechs britische Soldaten, Angehörige der Besatzungstruppen, erschossen werden sollten), hielten sie den Häftlingen einen Vortrag über die Notwendigkeit, Widerstand gegen die Unterdrückung zu leisten, und zogen mit einem neuen Waffenvorrat ab.

Als die Meldung Bagdad erreichte, überreagierte die Armee und verlegte die 19. Brigade, die in Diwaniyah stationiert war, nach Nassirija, wo sie weitere Befehle abwarten sollte. Ein mit der Volksfront sympathisierender Armeeoffizier warnte Najim Mahmood in Bagdad, dass Truppen entsandt worden seien, um den Aufstand zu ersticken. Es gelang ihm nicht, Kontakt zu der Gruppe aufzunehmen. Er wusste allerdings nicht, dass die Regierung bereits den Aufenthaltsort der Guerrilleros kannte. Die schossen einen Armeehubschrauber ab, weshalb die Armee die Größe der Gruppe weit überschätzte. Sie wurde umstellt. Als die Kämpfer dies erkannten, versuchten sie auszubrechen. Fünf Guerrilleros aus der Region gelang die Flucht. Einer, Amir al-Rikaby, wurde verwundet und ergab sich mit den übrigen fünf. Khalid Zaki wurde als Einziger bei dem Schusswechsel getötet, von einer Maschinengewehrsalve niedergestreckt. Najim Mahmood wurde in Bagdad verhaftet, des Aufstandes angeklagt und in Diwaniyah vor ein Militärgericht gestellt. Der irakische Präsident, Abd al-Rahman Arif, hatte deutlich gemacht, dass er in Bagdad keine Todesurteile unterzeichnen werde. Der Gouverneur

von Basra kannte keine derartigen Hemmungen. Als Najim Mahmood vor Gericht stand, äußerte der aus Mossul stammende Oberst, der den Vorsitz führte: »Ich habe noch nie solche Armut gesehen. Sie hatten Recht, sie Widerstand zu lehren.« Die sechs gefangen genommenen Guerrilleros wurden zum Tode verurteilt und sollten am 30. Juli 1968 öffentlich in Nassirija hingerichtet werden. Am 16. Juli organisierte die Baath-Partei einen zweiten Staatsstreich und übernahm allein die Macht. Der neue Präsident Hassan al-Bakr ordnete die Freilassung aller Gefangenen an und stoppte die Hinrichtung. Und wenn Khalid damals überlebt hätte, könnte er noch heute unter uns sein.

Die seelischen Wunden waren jedoch noch nicht verheilt, als ich im Juni 2003 einen Überlebenden am linken Ufer der Seine traf. Paris an einem herrlichen Sommertag weckt zahlreiche Erinnerungen an die Heimat, und Amir al-Rikaby wollte nicht über die Sümpfe im Süden des Irak sprechen. Allerdings streiften wir kurz das Thema Khalid. Ich wollte alles wissen. Was hatten er und Khalid miteinander gesprochen, als sie erkannten, dass sie umgestellt waren? Hatte Khalid eine Ansprache gehalten? Aber Amir wollte die Episode nicht noch einmal durchgehen. Nur einmal, als ich fragte, ob die Entscheidung, den bewaffneten Kampf zu beginnen, von Khalid allein getroffen worden war, antwortete er: »Nein. Alle stimmten dafür.« Und dann stellte ich keine Fragen mehr zur Vergangenheit.

Wir sprachen über die gegenwärtige Besetzung des Irak, und sein Gesicht hellte sich plötzlich auf. Er zeigte sich absolut überzeugt, dass der Widerstand noch zunehmen werde. »Kollaboration war eine schmutzige Angelegenheit. Das war die instinktive Haltung der meisten Iraker, gleich wie sehr sie Saddam Hussein verachtet oder während der Baath-Periode gelitten haben

mochten.« Und hier unterhielt sich einer von ihnen mit mir. Für die Kollaborateure hatte er nur Verachtung übrig und amüsierte sich über die rasche Rückkehr Ahmed Chalabis und seiner Kumpane in das imperiale Mutterland. Aber al-Rikaby schäumte auch vor Zorn, weil der Rest der Welt so schnell wieder in Reih und Glied eingeschert war, die Besetzung akzeptierte und die Iraker, wie immer, ihrem Schicksal überließ. Er war niedergeschlagen darüber, dass die Friedensbewegung praktisch verschwunden sei, und argumentierte, ihr Verhalten sei »mit den traditionellen Vorurteilen gegenüber dem Süden behaftet«. Natürlich gebe es zahlreiche Ausnahmen, und hier tauchte zum wiederholten Mal der Name Noam Chomsky auf.<sup>13</sup>

Einige Tage danach sprach ich am Telefon mit Fans Wahhab, einem alten irakischen Freund, über die Begegnung in Paris. In seiner Studienzeit Baath-Anhänger, war Wahhab zusammen mit anderen Dissidenten später aus der Partei ausgetreten und hatte eine unabhängige marxistische Gruppe gegründet. Auch ihn hatte es als staatenlosen Exilanten nach London verschlagen, allerdings Anfang der Siebzigerjahre. Er gab die arabische Zeitschrift *Arabische Revolution* heraus, und in diesem Zusammenhang lernte ich ihn kennen. Später war er gezwungen, Großbritannien zu verlassen, und wir verloren uns aus den Augen. Er ging nach Algerien. Später war er gezwungen, im Fernen Osten Exil zu suchen.

Wahhab erzählte mir, Amir al-Rikaby sei einer der Helden in Haidar Haidars Roman *Walimah li-A'shab al-Bahr* (Ein Bankett mit Seegras).<sup>14</sup> Der in der ostalgerischen Stadt Anabe (Bonne) Ende der Siebzigerjahre spielende Roman ist eine Reflexion über die arabische Politik und die Niederlage im Irak. Die zwei Hauptfiguren des Romans – Mehdi Jawad und Mihyar al-Bahilly – sind beide irakische Kommunisten im Exil.

Mihyar ist ein fiktives Porträt von Rikaby. Das Trauma, das sie erlebten, hat unterschiedliche Spuren bei ihnen hinterlassen. Mehdi, der schon seit längerem in der Stadt lebt, hat inzwischen erkannt, dass Algier Ähnlichkeiten mit Bagdad hat: »Die Stadt ist wunderschön, umgeben von Wäldern und Meer, aber wie jede arabische Stadt ist sie langweilig, wird von Tyrannie, Hunger, Schmiergeldern, Korruption, Religion, Hass, Ignoranz, Grausamkeit und Mord beherrscht.« Mihyar hegt noch die Hoffnung, die algerischen Massen werden erneut vorwärts schreiten. Seine fiebrige Erwartung führt zu einem langen Dialog zwischen den beiden Männern über die Revolution: die im Irak zerschlagene und die in Algerien triumphierende. Beide Männer sind mit ihren Kräften am Ende, aber ihr Streitgespräch enthüllt, dass ihr Geist noch ungebeugt ist.

In diesem Roman entdeckte ich einige Elemente der Geschichte, über die Amir al-Rikaby an jenem herrlichen Junitag in einem Pariser Café nicht sprechen wollte. Schon nach wenigen Seiten (S. 19) laufen die beiden Exilanten sich über den Weg:

Als sie sich erblickten, rief Mihyar al-Bahily aufgereggt:

»Was zum Teufel ... bist du es wirklich? Hier? Das hat mir niemand gesagt. Welche vom Teufel gelenkten Sterne haben dich in diesen Winkel verschlagen?«

Die beiden Männer umarmten sich. Es war eine feierliche Umarmung, voller Freude und Erleichterung. Nach der herzlichen Umarmung, Schweigen. Dann sagte Mehdi Jawad:

»Endlich haben wir uns wiedergetroffen. Diesmal um dem Maghreb einen marxistischen Touch zu verleihen. Du kümmertest dich um Ideologie und Philosophie, und ich übernehme die Sprache.«

In dem Café war Mihyar in Hochstimmung. Der Ort begeisterte ihn. Er saß da, nippte an seinem Kaffee und rauchte – die Augen leuchteten hell und glänzten. Er sagte:

»Wir befinden uns im Heiligen Land, dem Land, in dem die Araber sich selbst mit einer Revolution überrascht haben. O Mann,

die Revolution der Millionen Märtyrer. Als ich aus dem Flugzeug aussstieg, bin ich auf die Knie gefallen und habe den Boden geküsst.«

»Dein politisches Temperament hat sich noch nicht abgekühlt, Mihyar«, sagte Mehdi. »Sag mir eins: Als du den Boden geküsst hast, warst du dir sicher, dass er nicht völlig verrottet nach Blut gerochen hat?«

»Hör mit diesem Zynismus auf«, erwiderte Mihyar, »schon bald werden wir die Gräber der Revolutionäre und sämtliche Schlachtfelder besuchen. Ich sage dir, das Algerien der Revolution ist wie ein leuchtender Strahl in der Dunkelheit der arabischen Demütigung. Ich freue mich wie ein Kind, das nach langer Zeit seine Mutter wiedersieht. Stell dir vor. Ich befinde mich im Herzen der Erinnerungen dieser Revolution. Zuerst wurde ich dazu ausersehen, an einem Institut die Kinder von Märtyrern zu unterrichten. Als zweites fand ich eine Unterkunft in dem Haus einer Witwe, die mit den Revolutionären in den Bergen zusammengelebt hat. Sie hat Taher al-Zubairi persönlich kennen gelernt.«

Mehdi Jawad unterbrach seinen Freund sarkastisch:

»Und drittens, um deine revolutionäre Reinheit zu vollenden, denke ich, du solltest diese revolutionäre Witwe heiraten und deinen Traum von der revolutionären Einheit mit ihr verwirklichen.«

Dann sprudelten die Fragen nur so aus Mihyar heraus. Wie sieht die Lage der Iraker hier aus, die arabischen Gesandtschaften, die algerische Gesellschaft, die Kultur ... er wartete Mehdís Antworten nicht ab. In manchen Fällen antwortete er selbst, erklärte den Konflikt innerhalb der Revolution und den Machtkampf, der Ben Bella ausgeschaltet hatte, zeigte seine Bewunderung für diesen gestürzten, betrogenen Revolutionär:

»Bella ist der Vater des Sozialismus, ich habe in ihm den arabischen Castro gesehen, ich hatte den Eindruck, er bewege sich in Richtung Marxismus. Diesem Boumediene kann man nicht trauen, ein Militär, Isolationist, ein islamischer Kopf und afrikanische Federn, aber in seinem Herzen ist er Algerier, manchmal trägt er arabische Trachten. Ich rede natürlich von der Autorität, aber die Menschen hier bewirken Wunder ...«

»Du bist immer noch von den Strahlen der Heiligen infiziert, ich frage mich, ob du nicht irgendwann ausbrennen wirst.«

»In diesen Zeiten müssen wir so sein.«

»Aber warum alle Fragen auf einmal lösen. Wir haben reichlich Zeit, unsere Vorstellungen zu klären. Die Revolution und die Menschen hier sind weit vielschichtiger, als du denkst. Menschen

verhalten sich im Kampf und nach dem Kampf ganz anders. Immer mit der Ruhe, kleiner Bruder.«

»Wir sollten eine Möglichkeit finden, mit den Revolutionären Kontakt aufzunehmen. Ich weiß, dass die verbotene Altaliaa-Partei [die Kommunistische Partei; T.A.] im Untergrund tätig ist.«

Mehdi Jawad war geduldig.

»Deine Absichten sind nobel, und dein Kopf steckt voller Erinnerungen, aber wenn du erst eine Weile hier im Land bist, wirst du verstehen, was Albert Camus meinte, als er sagte: ›Bei ihnen bin ich ein Fremder, und um dieses Gefühl der Fremde loszuwerden, gehe ich und blicke aufs Meer hinaus.‹«

»Nein«, sagte Mihyar. »Das ist nicht dasselbe. Camus war neutral, fremd, weil er Franzose war.«

»Aber jene, von denen duträumst, sind zu Steinen geworden. Das Entsetzen hat sie versteinert. Die Menschen hier sind so stumm wie ein Granitfels geworden. Später wirst du dieses Entsetzen in ihren Gesichtern entdecken. Ich weiß es. Ich habe schon vor deiner Ankunft versucht, diesen Granit zu durchbrechen. Es ist unmöglich.«

»Warum?«

»Misstrauen. Sie trauen nach ihrem Martyrium niemandem, die Revolution ist in die Wechseljahre gekommen. Deine imaginären Genossen sind mittlerweile in Europa und Paris.«

»Europa? Was zum Teufel machen sie denn da?«

»Anscheinend haben sie ihr revolutionäres Projekt nach Paris verlegt. Sie haben eine Art ›Exilvereinigung‹ gegründet, ähnlich wie die Kommunisten im 19. Jahrhundert nach dem Scheitern der Revolution in Deutschland und dem Sieg Bismarcks.«

»Seltsam! Der Kampf ist doch hier.«

Als er den Satz: »Der Kampf ist doch hier« aussprach, wirkte er irritiert. Sein Gesicht glich einem grauen Himmel. Er zündete sich eine neue Zigarette an der alten an, bestellte noch einen schwarzen Kaffee und seufzte. Mehdi Jawad wollte ihm erzählen, dass im Zeitalter der Verbannung die Sonne im Osten und im Westen aufgeht, aber bevor er etwas sagen konnte, runzelte Mihyar die Stirn und verkündete: »Was für ein trauriges Zeitalter.«

Hier war ein Mann, der von dem Wahn revolutionärer Kriege besessen war, ein Intellektueller, der noch von Blanqui, dem Ruhm der Pariser Kommune, dem Überfall auf Santa Clara<sup>15</sup> und den Waffen schwärmte, den Waffen, wer immer sie hatte, würde Gottes Wort auf Erden

besitzen. Eine kleine Schar tapferer Männer wird Geschichte schreiben, und genauso fing Mohammed an, nach ihm Ali bin Mohammed in der Umgebung Basras und dann Abu Taher al-Qurmati und Che Guevara und schließlich Mihyar al-Bahily. Er stammte aus Basra, aus einer religiösen Dynastie am mittleren Flusslauf des Euphrat, und den alten Bahilis und dem Imam Hussein Bin Ali. Die Dynastie, die ihr Blut in den Händen mit den weißen Särgen an ihrem Körper trug und ihrem Schicksal entgegenging, mit dem Tod als einzigm Sieg.<sup>16</sup>

Als er mit Khalid Ahmed Zaki den bewaffneten Kampf und zum Scheitern verurteilten Guerillakrieg in den Sümpfen führte, gab er sich der Illusion hin, dass er das Erbe des blutigen Märtyrertums fortführe und die vielen Passionsspiele, die morgens oder abends aufgeführt werden. Das war der Schrei, der sich in der Vergangenheit angestaut hat, um sich im 20., 30. oder 50. Jahrhundert von neuem seinen Weg zu bahnen und dabei sämtliche Mauern des Zeitalters des Despotismus niederzureißen: Mauern des Hungers, des Massenmordes an Menschen, die unter der bestialischen Autorität der Kalifen, Fürsten, Marionettengeneräle und Parteien litten, die kapitulierten, geschlagen, erniedrigt und begraben wurden.

An anderer Stelle in dem Roman findet sich eine bewegende Beschreibung Khalid Zakis, der in der Geschichte unter seinem richtigen Namen auftritt.<sup>17</sup> Amir al-Rikaby muss ausführlich mit dem Autor gesprochen haben, als die Tragödie noch in ihm lebendig war und er darüber sprechen musste, wie man nach dem Tod eines geliebten Menschen, dem Scheitern einer Beziehung oder einem anderen emotionalen Trauma darüber reden muss. Und der Autor ergriff die Gelegenheit. Er gab die Erzählung auf seine Weise wieder, mit eigenen Nuancen, aber ich erkannte das Porträt des Mannes, den ich so oft in Shavers Place getroffen hatte.

Khalid Ahmed Zaki ... Seit er heimlich aus London in den Irak gegangen war, zeigte sich die konservative Führung der Irakischen Kommunistischen Partei nervös wegen dieses Abenteurers, eines Guevara-Anhängers, der mit Ideen der europäischen neuen Linken und der Begeisterung der Tupamaros, der uruguayischen Widerstandskämpfer, und der Guerillakriege Lateinamerikas infiziert war.

Ein sanfter, liebenswürdiger und großartiger Mensch. Wenn man ihn zum ersten Mal sah, hätte man ihn ohne weiteres für einen romantischen Prinzen aus dem alten Wales oder dem mittelalterlichen Spanien halten können. Wenn er grinste, errötete er auf eine weibliche Art, und auf seinen zuvor weißen Wangen blieben große rosige Flecke zurück. Was führt diesen Mann aus den nebligen Straßen Londons zu einem so merkwürdigen Zeitpunkt ausgerechnet in den Irak? Mihyar al-Bahily fragt sich dies alles selbst, aber während er auf das kindliche Gesicht starrt, sieht er seine andere Seite und erkennt, wie oft der äußere Schein die Wahrheit verbirgt. Während seiner Bekanntschaft mit ihm achtet er nicht aufmerksam genug auf die feinen Züge hinter der glatten, weißen Haut. Im Herzen des mittleren Euphrat, und während sie die Sümpfe, den Morast, die Strapazen und die Schläge des Terrors durchquerten, wird Mihyar al-Bahily erkennen, was diesen sanftmütigen Romantiker dazu gebracht hat, jede Vorsicht fallen zu lassen und in das einsame Königreich des Todes zu reisen.

Er wird den Körper in den Armen halten, einen von Kugeln durchlöcherten Körper, geronnenes Blut vermischt mit Morast, und er wird ihm zurufen, er solle doch wieder aufstehen. Tief in Mihyars Seele steckt ein noch größerer Kummer über die Worte, die ihm herausgerutscht waren, als er sich mit Khalid gestritten hatte, ihm den Rückzug vorgeworfen und ihm gesagt hatte, dass er gegen einen selbstmörderischen Tod sei. Khalid Ahmed Zaki hatte das Bewusstsein eines Revolutionärs, der die dumpfe Erfahrung der friedlichen, demokratischen Linie durchgemacht hatte, die die Partei schließlich in die Katastrophe führte. Er würde sein theoretisches Dokument präsentieren, das nachdrücklich die Ablösung des politischen Possenspiels durch einen bewaffneten Kampf, angefangen in den Sümpfen, forderte. Er würde die politische Führung auffordern, die Vorhut dieses Kampfes zu übernehmen, dann würde er einen Aktionsplan ausarbeiten, der sich auf das Land stützt, ohne die Städte zu vernachlässigen, und auf die Notwendigkeit hinweisen, alle anderen progressiven Sektionen zu vereinen ...

Ich fing an, Amir al-Rikaby zu verstehen. Vielleicht sind manche Dinge im Leben zu schmerzlich, um sie in die Geschichte aufzunehmen, und werden am besten der Fiktion überlassen, die in manchen Fällen aufrichtiger ist als die Geschichte. Das Aufeinandertreffen in den Sumpfgebieten, in dem Khalid Ahmed Zaki und seine Kameraden von der Volksfront für einen bewaffneten Kampf 1968 ihr Leben verloren, ist zahlreichen Büchern über den Irak kaum eine Fußnote wert. Warum auch? Es waren nur ein paar Tote unter vielen, und die Historiker trifft keine Schuld. Aber für uns, die wir ihn kannten und schätzten, ist das etwas anderes. Wir erkannten, dass etwas Schreckliches geschehen war. Wir hatten einen unvergleichlichen Verlust erlitten. Seine geistigen Fähigkeiten, praktischen Fertigkeiten und menschlichen Qualitäten wurden in den folgenden Jahrzehnten dringend gebraucht und werden es heute umso mehr. Es war eine furchtbare Tragödie, ein Leben, das vorzeitig abgebrochen wurde, ein Abgang, der symbolisch für die Niederlage einer ganzen Generation steht. Muthaffar al-Nawabs letztes Gedicht, das ich auf Seite 40 zitiert habe, ist ohne diesen Kontext nicht zu verstehen. Radikale Kommandeure, Kommunisten, Splittergruppen des bewaffneten Kampfes, Maoisten, Che-Guevara-Anhänger und alle übrigen; die ganze Schiffsbesatzung war auf den Grund gesunken. Und jetzt jubelten die alten Feinde über deren Sturz, die Killer der Baath-Partei, deren Hände bereits mit dem Blut ihrer Widersacher befleckt waren. Sie bereiteten vor, wovor die Kommunisten zurückgeschreckt waren, als die Zeit reif gewesen wäre: die Machtübernahme.



*Der Leichnam Khalid Ahmed Zakis wurde 1968 für die Presse ausgestellt.*

## ***Baathismus: Saddam und Gumhurriya***

Und die Dichter flohen, weil sie inmitten dieses Horrors nicht mehr imstande waren zu denken oder zu singen. Jahre vergingen, doch die Erinnerung an Folter und Tod verfolgte die Iraker immer noch bis nach Hause oder ins Exil. Und sie fragten sich, ob das, was geschehen war, wirklich unvermeidlich gewesen war. Manchmal folgte darauf eine zweite, weit bedeutsamere Frage: Wäre es anders gewesen, wenn die Kommunisten statt der Baathisten an die Macht gekommen wären? Hätte Aziz al-Hajj einen gütigeren Diktator abgegeben als Saddam? Immerhin unterschieden sich die Ursprünge der Baath-Partei nicht so sehr von jenen anderer weltlicher, politischer Gruppierungen. Viele junge Mitglieder, die sie in den Vierziger- und Fünfzigerjahren gewann, hegten dieselben radikalen, antiimperialistischen Gefühle und stammten aus ähnlichen Schichten wie jene, die sich zu anderen Ausprägungen des Nationalismus, Sozialismus oder Kommunismus hingezogen fühlten. Auf jeden Fall war keine einzige Strömung sehr groß.

Die liberalen und sozialdemokratischen Parteien in den kolonialen Kernländern Europas versäumten es, Freiheit für die Kolonien und Protektorate zu fordern. Dies trug erheblich dazu bei, dass sich gebildete junge Araber von den Traditionen dieser Organisationen abwandten. Im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts blieben damit noch die Modelle des Faschismus und des Kommunismus übrig. Einige Nationalisten hielten das deutsche Modell für attraktiv. Hier übten der Nationalismus und die offenkundige Stärke, die imstande war, sogar die britischen und französischen Reiche zu besiegen,

besondere Anziehungskraft aus. Die Nationalisten übergingen jedoch das offen ausgesprochene Ziel des deutschen Imperialismus, ein eigenes Reich zu errichten. Das deutsche Modell verlor jedoch nach den beiden entscheidenden sowjetischen Siegen im Zweiten Weltkrieg bei Stalingrad und Kursk erheblich an Attraktivität. Die Offensive der Roten Armee, die in Berlin endete, hatte weltweite Auswirkungen und ließ die Anhängerzahl der kommunistischen Parteien in der ganzen Welt rasant ansteigen.

Die kleine Gruppe syrischer Intellektueller, die Baath (Wiedergeburt) in den Vierzigerjahren des 20. Jahrhunderts gründete, hatte nie mit dem Faschismus sympathisiert. Ihr einflussreichster Denker, Michel Aflak, hatte in Frankreich studiert und war ursprünglich der französischen kommunistischen Partei sehr zugetan. Gerade deren Weigerung während der Volksfrontregierung von 1936, darauf zu bestehen, dass die Freiheit der Kolonien ein Teil des Programms der Volksfront werden müsse, überraschte und irritierte Aflak. Diese Erfahrung lehrte ihn, in den Führern der kommunistischen Parteien Menschen zu sehen, die ihre eigenen engstirnigen Interessen oder die des sowjetischen Staates stets über die objektiven Bedürfnisse der Armen und Unterdrückten, vor allem der in den Kolonien, stellten. Wenn dies eine Demonstration des »proletarischen Internationalismus« in der Praxis sei, so wäre es für die Menschen in der kolonialen oder halbkolonialen Welt besser, die hochtrabenden Phrasen und die Sowjetunion zu vergessen und als einfache Nationalisten um ihre Emanzipation zu kämpfen.<sup>1</sup> So argumentierte Aflak, als er und Salah Bitar 1943 beschlossen, eine neue Partei zu gründen. Und diese Ansicht wurde nach 1948 zu einem Dogma, als die arabischen kommunistischen Parteien ohne Ausnahme die Gründung des Staates Israel unterstützten, nur weil dies

damals die offizielle sowjetische Linie war. Sie taten es, und das kann nicht oft genug wiederholt werden, gegen den energischen Widerstand vieler jüdischer Mitglieder in den ägyptischen und irakischen Parteien. Ein Gründer der Ägyptischen Kommunistischen Partei änderte seinen jüdischen Namen aus Protest gegen die Schaffung Israels und weigerte sich, sein Land zu verlassen.<sup>2</sup> Doch dies alles konnte nicht die offizielle Haltung entschuldigen, die diese Parteien einnahmen. Sie wurde zu einem wichtigen Element in der tief verwurzelten Feindschaft zwischen den beiden antiimperialistischen Strömungen in der Region und erleichterte es der Baath-Bewegung erheblich, zu einer Massenpartei zu werden.

Bevor sie zur regierenden Partei in Syrien und Irak wurde, und noch kurze Zeit danach, führte man in ihren Reihen offene Diskussionen, die in der Regel per Stimmzettel entschieden wurden. Die Entscheidung per Pistolenkugel wurde erst später eingeführt.

Die Gründer der Partei, Michel Aflak und Salah Bitar, waren eher zurückhaltend. Beide waren Lehrer und hatten nach dem Ersten Weltkrieg gemeinsam ein Jahrzehnt an der Pariser Sorbonne studiert. Sie wirkten häufig wie zwei kultivierte europäische Sozialisten, die sich in dem finsternen Labyrinth des arabischen Politbasars verirrt hatten und nun zu ihrem großen Missfallen gezwungen waren zu feilschen. Es stimmt zwar, dass sich Aflak, als seine Partei an die Macht kam, nie von den Reizen eines Amtes verführen ließ und auf persönlicher Ebene unbestechlich war, aber er war keineswegs völlig immun gegen Korruption. Es war schlimm genug, mit Nasser und den syrischen Kommunisten zu verhandeln, doch als dann innerhalb der Baath-Partei Fraktionskämpfe ausbrachen, waren ihre Gründer entsetzt. Trotz seiner ideologischen Feindschaft gegen den Kommunismus lehnte Aflak die Massaker an Kommunisten, wie sie die irakischen Baath-

Anhänger seit dem *Coup d'etat* von 1963 ständig praktizierten, ab. Dass die primitiven Baath-Aktivisten im Irak auch Aflak und seine Anhänger kritisierten und sie verunglimpften, weil sie sie in den Klauen des »bürgerlichen Idealismus« gefangen sahen, bestätigte den Parteigründer nur in seinen Vorurteilen gegenüber dem linken Extremismus. Dieselben Baath-Anhänger organisierten – zur Freude der CIA – die Folterung und Hinrichtung ihrer Gegner.

Auf dem 6. Nationalkongress, der vom 5. bis 23. Oktober 1963 in Damaskus stattfand, taten sich die »radikalen Fraktionen« der irakischen und syrischen Delegationen zusammen und erhielten die Mehrheit. Das war ein relativ normales Verhalten für eine politische Partei. Sie hatten den Schritt ganz eindeutig zuvor vorbereitet und einige Schlüsseldelegationen für sich gewonnen. In der Folge wurden alle ihre Resolutionen verabschiedet. Zum großen Erstaunen der beiden ehemaligen Sorbonne-Studenten legte der Parteitag eine Version des 68-er »Sowjets« an der Sorbonne vor. Er sprach sich für »sozialistische Planung«, »kollektive Farmen, die von gewählten Bauernkomitees geleitet werden« und »die demokratische Arbeiterkontrolle der Produktionsmittel« aus. Dies bedeutete naturgemäß, dass sich die Partei auf die »Arbeiter und Bauern« stützte. Für den Fall, dass noch irgendjemand daran zweifelte, wen sie im Blick hatten, lehnte der Kongress das Emporkommen und die Stellung der »ideologischen Prominenz« innerhalb der Partei ab. Aflak schäumte vor Wut und erklärte am Ende des Parteitages: »Das ist nicht mehr meine Partei.« Darüber freuten sich seine Widersacher aufrichtig, denn genau das wollten sie hören. Da die »ideologischen Prominenten« um ihre eigene Sicherheit fürchteten, zogen sie sich in ihre Zelte zurück, um über das Debakel zu sprechen. Sie bereiteten sich darauf vor, eine neue Runde im innerparteilichen Machtkampf einzuläuten.

Der 6. Parteitag war in Wirklichkeit ein versteckter Tribut an die Irakische Kommunistische Partei. Die Baath-Führer, die mit Gewerkschaften und Bauernverbänden zusammenarbeiteten, hatten erkannt, dass die einzige Möglichkeit, die Kommunisten zu verdrängen, darin bestand, ihre Ideen zu klauen und umzusetzen. Die Kommunisten umzubringen war keine Lösung, vor allem weil die Hinrichtungen außer Aflak auch viele einfache Baath-Anhänger aufgebracht hatten. Die Kehrtwende des 6. Parteitages hin zu einer marxistischen Rhetorik, die der Wandlung vom Saulus zum Paulus gleichkam, ging jedoch weit über das Programm des arabischen Kommunismus hinaus.<sup>3</sup> Ali Saleh as-Saadi und seine Anhänger hatten die Baath-Partei, zumindest auf dem Papier, links von den arabischen kommunistischen Parteien positioniert.<sup>4</sup> Aflak war fuchsteufelswild. Später gab er seine eigene Schilderung vom 6. Parteitag:

*... die Art der Vorgehensweise war der Partei fremd .... die Bildung von Blöcken, die professionelle Ausnutzung von Parteistatuten ... und die Wortklauberei und Sophisterei. Es macht keinen Sinn, dass Baath-Anhänger sich in Männer von diesem Schlag verwandeln, wenn sie das Schicksal von Millionen in ihrer Hand halten ... und wenn die ganze Nation abwartet, ob das Baath-Experiment lebenswert ist ... Sprechen wir ganz offen. Auf welcher Grundlage seid ihr an die Macht gelangt? Ist es nur, um dem Soundso den Weg frei zu machen, der noch vor einem Jahr Mitglied der kommunistischen Partei war und sich gegen unsere Grundsätze verschworen? Mit einem Gefühl der Liebe warnte ich die Mitglieder des Nationalkongresses, aber vergebens. Ich sagte ihnen: »Ich gehöre der Vergangenheit an. Ich habe keine weltlichen Ambitionen mehr. Ich habe mein Leben in diese Partei investiert und wünsche mir nichts Anderes, als sie*

*wachsen und wirklich aufzblühen zu sehen. Und genau deshalb bin ich voller Furcht ...« Ich sagte ihnen, sie sollten mir Fragen stellen und mich nicht am Reden hindern, denn die Sache war auf dem Kongress schon so weit gediehen, dass ich einmal ums Wort bat und abgewiesen wurde ...<sup>5</sup>*

Doch die Liebe verflog schnell, und Aflak traf eine schicksalhafte Entscheidung. Er mobilisierte die Baath-Anhänger im Militär, um die Beschlüsse des Parteitages zu kippen und die gewählte Parteiführung zu stürzen.<sup>6</sup> Im November 1963 traf sich die irakische Baath-Partei zu einem außerordentlichen Parteitag, der einberufen wurde, um über die Umsetzung der auf dem 6. Parteitag getroffenen Beschlüsse zu diskutieren. Diese Beschlüsse hatten die Baath-Minister in der Militärregierung eindeutig in Verlegenheit gebracht. Symbolträchtig betraten 15 bewaffnete Militäroffiziere genau in dem Moment den Sitzungssaal, als eine neue Führung gewählt werden sollte. Ihr aufgebrachter Führer, Oberst al-Mahdawi, der Kommandeur des 3. Panzerregiments, richtete seine Maschinenpistole auf Ali Saleh al-Saadi, den Sekretär der irakischen Partei, und teilte den Delegierten mit: »Mir wurde vom Genossen Michel Aflak, dem Philosophen der Partei, mitgeteilt, dass sich eine Bande gegenüber der Partei im Irak als Herr aufspielt und ihre Entsprechung in Syrien hat, und dass die beiden ihre Köpfe zusammengesteckt und den 6. Parteitag dominiert hätten, weshalb sie ausgeschaltet werden müssen.<sup>7</sup>

Im Angesicht von Revolvern, die sie auf sich gerichtet sahen, taten die Delegierten, was ihnen gesagt wurde und »wählten« die Aflak-treuen Baath-Anhänger, die auf diese Weise die Mehrheit der Stimmen erhielten. Saleh as-Saadi und andere Mehrheitsführer wurden verhaftet, zum Flugplatz gebracht und in ein Militärflugzeug nach Madrid

gesetzt. Als die Nachricht von den Ereignissen die Parteibüros in Bagdad erreichte, brachen Krawalle aus. Barrikaden wurden errichtet, Demonstranten besetzten die wichtigsten Stadtteile, darin die Rundfunkanstalt und die Telefonzentrale. Zwei Baath-Piloten gelang es, die Sicherheitsmaßnahmen zu umgehen. Sobald sie mit ihren Bombern in der Luft waren, drohten sie mit einem Bürgerkrieg, falls die Baath-Führung nicht wieder eingesetzt werde. Sie griffen den Luftwaffenstützpunkt an und feuerten Warnraketen in Richtung Präsidentenpalast ab. Wenn man bedenkt, dass die Baath-Partei nur Teil einer antikommunistischen Koalitionsregierung war und nicht den Staatsapparat kontrollierte, war dies eine erstaunliche Entwicklung. Ein politischer Machtkampf innerhalb der Partei hatte sich auf die Straßen Bagdads verlagert.

Um die Mittagszeit war die Stadt bereits in den Händen der Rebellen. Der Baath-Premierminister weigerte sich verständlicherweise, die Armee die Ordnung wiederherstellen zu lassen. Denn dies hätte bedeutet, dass er seine eigene Basis zerschlagen würde. Um einen regelrechten Bürgerkrieg zwischen den beiden Lagern zu vermeiden, flog Michel Aflak in Begleitung des syrischen Präsidenten – auch ein Baath-Anhänger – aus Damaskus ein und versuchte, einen Kompromiss zu finden. Er scheiterte jedoch. Der irakische Präsident, Abd al-Salam Arif nutzte die internen Kämpfe der Baath-Partei, um die absolute Macht zu übernehmen. Er befahl der Armee und der Luftwaffe, den Aufstand niederzuschlagen: Bei Sonnenuntergang war alles vorüber. Am nächsten Morgen entfernte Arif seine aufrührerischen Partner aus der Regierung. Die Baath-Partei hatte einen schweren Rückschlag erlitten.

Wichtiger noch als der Rückschlag selbst war die

Entscheidung der »ideologischen Prominenten«, die Partei zu militarisieren. Indem Aflak sich mit Hilfe einer kleinen Gruppe Armeeoffiziere über den Willen der Mehrheit hinwegsetzte, sanktionierte er de facto eine Militärdiktatur innerhalb der Partei. Der Abschied von sämtlichen Ansprüchen innerparteilicher Demokratie führte unweigerlich zur militärischen Kontrolle des Staates. Sowohl Syrien als auch der Irak sind als Beispiele diesbezüglich sehr lehrreich. Baath degenerierte – unfähig, den Graben zwischen den beiden von ihr kontrollierten Staaten zu überbrücken – von einer Partei, die sich die arabische Renaissance auf die Fahne geschrieben hatte, zu einer bürokratischen Clique machthungriger Offiziere, die sich zunehmend auf Repression stützte und von Stammes- und Clanzugehörigkeiten abhängig war. Saddam Hussein und Hafez al-Assad schufen dieses System nicht, sie wurden aber zu seinen findigsten Nutznießern. Indem sie persönliche Dynastien errichteten, trieben die beiden Diktatoren den Degenerationsprozess noch weiter. Ab den Siebzigerjahren wurde die Selbsterhaltung zum wichtigsten Prinzip des irakischen und des syrischen Regimes. Die Einheit der arabischen Nation existierte auf der ideologischen Ebene zwar noch, in der Praxis aber war der eigene Staat zur einzigen Säule der Baath-Regimes geworden. Im November 1970 setzte Assads militärische Fraktion die Baath-Politiker ab und übernahm die unmittelbare Kontrolle. Michel Aflak floh nach Bagdad.



*Baath-Führer vor der Zeit Saddam Husseins, die gegen Michel Aflak rebellierten. Später auf Saddams Befehl hingerichtet.*

In Syrien wie im Irak entwickelten sich die Militärräte der Baath-Partei zu den wahren Machthabern der Organisation; die zweite beherrschende Institution war der Mukhaba-Rat: der Sicherheits- und Geheimdienst.<sup>8</sup> Die irakische Führung war ganz und gar nicht glücklich darüber, und Saddam Hussein brachte nach dem syrischen Staatsstreich ihre Besorgnis zum Ausdruck:

*Unsere Beziehungen zu Syrien sind gut, aber was die Syrische Baath-Partei angeht, sieht die Sache anders aus. Keine einzige Krise, die diese Partei seit 1963 durchgemacht hat, ließ einen Wandel der Mentalität erkennen. Wir jedenfalls weigern uns einzugestehen, dass Panzer, Gewehre oder Kampfflugzeuge die normalen Methoden einer Partei ersetzen können.*<sup>9</sup>

Das kollektive Gedächtnis der irakischen Baath-Partei war in berühmt-berüchtigter Weise immer schon selektiv gewesen.

Der 6. Parteitag hatte, wie immer man zu den

Beschlüssen stehen mag, die Mehrheit der irakischen und syrischen Baath-Anhänger auf der Grundlage eines gemeinsamen politischen Programms vereinigt. Michel Aflak hatte beschlossen, diese Mehrheit mit militärischer Gewalt zu zerschlagen. Dies hatte de facto den Zusammenbruch der Partei im Irak zur Folge und verschärfte die Zersplitterung in ihren Reihen noch weiter. Danach übernahm Aflak das Kommando und ernannte die neue Führung: Hassan al-Bakr leitete den wichtigen Revolutionären Kommandorat (RKR) und sein Vetter, Saddam Hussein, wurde zum Generalsekretär der Partei ernannt. Dieses Gespann nahm die Reorganisation in Angriff. Als Präsident Abd al-Salam Arif 1966 bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben kam, entstand ein Machtvakuum in der Armee, und Al-Bakr und Saddam Hussein brauchten zwei Jahre sorgfältiger Planung, bis sie mithilfe des Militärs die Macht an sich reißen konnten. Es gab keinerlei spontane Mobilisierung der Massen.

Assad tat in Syrien genau das Gleiche, allerdings war seine Operation noch viel abscheulicher, weil er eine radikale Baath-Regierung absetzen und die Mehrzahl ihrer Wirtschaftsmaßnahmen rückgängig machen musste.<sup>10</sup> Aflak, der im Irak keine Skrupel gekannt hatte, seine Ziele mit Unterstützung durch die Armee durchzusetzen, war über die Entwicklung in Syrien ganz und gar nicht erfreut. Er war der Meinung, nachdem die Radikalen abgesetzt worden seien, müssten seine gemäßigten Anhänger wieder eingesetzt werden und Salah Bitar müsse wieder in eine hohe Funktion in der Regierung zurückkehren. Allein der Gedanke brachte Assad in Rage und sein Zorn wurde den »ideologischen Prominenten« mitgeteilt, die eilig nach Bagdad flohen. Die beiden Hauptgründer der Partei wurden in Abwesenheit wegen Hochverrats vor Gericht gestellt und zum Tod verurteilt. Jahre später wandelte Assad die Strafe um, doch als er sich im eigenen Land mit einer Reihe von Aufständen konfrontiert sah, stellte er

sicher, dass es keine Alternative zum ersten Urteil geben würde: Salah Bitar wurde 1980 in Paris ermordet.<sup>11</sup>

Regionalismus und Fraktionismus dominierten die Beziehungen zwischen den beiden Parteien, enge Staatsinteressen bestimmten die Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Saddam Hussein und Hafez al-Assad lebten im selben politischen Universum. Beide hatten die jeweiligen Radikalen in ihren Reihen ausgeschaltet; beide hatten dem Wohlstand der Kaufleute und Ladenbesitzer aus der Mittelschicht wieder zur Blüte verholfen; beide hatten eine Struktur geschaffen, in der der Staatschef an der Spitze einer politischen Pyramide saß, deren Aufbau dem jeweiligen Despoten die totale Macht verlieh; und beide benutzten in der Öffentlichkeit antiimperialistische Parolen, während sie die Vereinigten Staaten insgeheim hätschelten. Und was Repressionen anging, war keiner von beiden ein Anfänger. Saddam unterdrückte die Kommunisten und vernichtete die Kurden. Sein syrischer Gesinnungsgenosse ordnete den Tod von zehntausend Menschen in Hama an – Islamisten und weltliche Oppositionelle, die sich gegen das Regime erhoben hatten. Doch sie benahmen sich wie rivalisierende Mafiabosse, nur darauf bedacht, ihre persönliche Macht zu erhalten. Politisch waren sie Brüder, aber wie die Italiener sagen: »fratelli, coltelli« – wo Brüder sind, da sind auch Messer.<sup>12</sup> So hatten sich die an der Sorbonne geschulten Prominenten das nicht vorgestellt, als sie die Partei gründeten, aber genau dahin hatten sie sie geführt.<sup>13</sup>

Wenn sich diese beiden Baath-Führer als unfähig erwiesen, Irak und Syrien zu einem Zeitpunkt zu vereinen, da beide Länder unter der Herrschaft der Baath-Partei standen, waren ihre schönen Reden von der arabischen Einheit und ihre halbmystischen Verklärungen der Araber dann auch nur im entferntesten glaubwürdig? Tatsächlich fing die Mehrzahl der postosmanischen Staaten, die nach

dem Ersten Weltkrieg entstanden waren, allmählich an, ihre eigene Identität und ihre eigenen herrschenden Eliten zu entwickeln. Zwei miteinander zusammenhängende Faktoren sorgten für den Fortbestand eines arabischen Nationalismus: das Erdöl und Israel. Israel als das »Preußen des arabischen Ostens« zu stärken, war weder aus Sentimentalität, noch wegen irgendeiner Schuld am Judenmord, weder aufgrund der Bedeutung einer pro-israelischen Lobby und auch nicht wegen der einseitigen Berichterstattung der New York Times erforderlich. Es war das Öl. Und das Öl zwang Washington, Milliarden auszugeben, um die »Sicherheit der Region« mit Hilfe Israels, Saudi-Arabiens und der von den Briten geschaffenen Golfstaaten<sup>14</sup> zu gewährleisten. Aus dieser Tatsache ergab sich das dreieinige Böse, gegen das Nationalisten aller Couleur geschworen hatten zu kämpfen: US-Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion. Sie taten es nicht übermäßig effektiv und waren größtenteils stärker damit beschäftigt, sich gegenseitig zu bekämpfen.

Im Irak hatte die Baath-Partei jedoch außer dem Brudermord noch andere große Sorgen. Mit der Irakischen Kommunistischen Partei existierte ein ernst zu nehmender innenpolitischer Gegner. Diese Organisation hatte trotz der Grausamkeiten, die man ihr angetan, und der Opfer, die sie verloren hatte, im Verborgenen überlebt. Ihre kurdischen Hochburgen waren fast unangetastet geblieben. Sie hatte eine funktionierende Führung im Untergrund in Bagdad, während sich eine andere Führungsgruppe regelmäßig in der entspannteren Umgebung der Altstadt Prags traf.

Die Niederlage von 1963 hatte eine tiefe Kluft innerhalb der IKP hinterlassen. In den nächsten vier Jahren wurden die orthodoxen Denkmuster innerhalb der Partei in Frage gestellt. Dies entsprach auch dem Wandel der Zeiten.

Moskaus Monopol war gebrochen worden. Die zweite Erklärung von Havanna, der anhaltende Widerstand der Vietnamesen und die Anfangsphase des chinesisch-sowjetischen Bruches hatten einen Sturm ausgelöst, der die Fenster des Weltkommunismus aus den Angeln hob. Der dabei aufgewirbelte Staub hatte sich noch nicht gelegt, da beschloss die führende Fraktion der IKP, die Vergangenheit zu rächen, und war überzeugt, dass ein Fortschritt nur über den Beginn eines bewaffneten Kampfes gegen die Diktatur möglich sei. Sie plädierte für einen vollständigen Bruch mit den alten Praktiken der Partei, etwa mit der allzu starken Anlehnung an Moskau und der Unterordnung unter dessen Bedürfnisse. Wenn die Kommunisten jetzt nicht die Initiative ergriffen, würden sie wie 1963 von der Baath-Partei ausmanövriert und überflügelt. Dieser Vorschlag sei zudem das beste Mittel der Selbstverteidigung gegen das, was ihnen bevorstehe. Für diese Argumentation sprach zwar einiges, aber sie war verfrüht. Doch es herrschten stürmische Zeiten, und so kam es zur Spaltung. Die Fraktion des Zentralkommandos fing an, sich unmittelbar auf einen beispielhaften bewaffneten Kampf nach kubanischem Vorbild vorzubereiten und wurde bei einem Sonderparteitag von 1967 aus der Partei ausgeschlossen.

Das Zentralkommando plante, den Widerstand in den südlichen Sumpfgebieten beginnen zu lassen, wo die Partei starke Unterstützung genoss, und eine befreite Zone einzurichten. Von dort aus wollte man nach Norden vordringen, und später sollten sich bewaffnete kurdische Kommunisten und Nationalisten nach Süden bewegen. Beide Kolonnen sollten sich in Bagdad treffen, das praktisch von einem Aufstand der Armen befreit werden sollte.



*General Ahmad Hassan al-Bakr (links), irakischer Präsident und Generalsekretär der Baath-Partei von 1968 bis 1979 mit Michel Aflak, dem Gründer der Baath-Partei.*

Das Ganze geschah mit den reinsten Absichten, doch die Planer gingen von einem zunehmenden Bewusstsein der Massen aus, das zu diesem Zeitpunkt – leider – nicht existierte. Die Repression und die Niederlagen von 1963/64 hatten die natürlichen Unterstützer der Partei traumatisiert, und wer hätte ihnen das zum Vorwurf machen können. Die Tatsache, dass es zur Spaltung gekommen war, flößte ihnen nicht gerade Vertrauen ein. Wenn sich nicht einmal die irakischen Kommunisten auf die geeigneten Mittel und den Zeitpunkt einigen konnten, war es unwahrscheinlich, dass die Kurdische Demokratische Partei oder andere für die Sache gewonnen werden konnten. Der bewaffnete Kampf war an und für sich nichts Neues in Kurdistan, aber die kurdischen Führer wollten kein neues Blutbad provozieren.

Der bewaffnete Widerstand, mit dem im Südirak begonnen wurde, erwies sich vom ersten Moment an als zum Scheitern verurteilt und hatte, wie im vorigen Kapitel bereits erwähnt, den Tod hervorragender Genossen zur Folge, darunter Khalid Ahmed Zaki.<sup>15</sup> Die Spaltung und die Pläne für einen bewaffneten Kampf dienten den Baath-

Führern dazu, die Armee einzuschüchtern, und beschleunigten vermutlich den Baath-Putsch von 1968. Dieses Mal waren die Führer entschlossen, die Macht innerhalb der Armee nicht zu teilen. Die Armee war eine viel zu wichtige Institution, und die neuen Führer, General Hassan al-Bakr und sein Vize, Saddam Hussein, gingen rasch daran, die Armee gegen alle rivalisierenden Parteien oder Strömungen abzuschotten. Das geschah nicht über die Einsetzung politischer Kommissare aus der Partei, sondern über die Einführung einer Sippenkultur im Oberkommando der Armee.

Hassan al-Bakr und Saddam Hussein stammten beide aus Tikrit, und die Prätorianergarde, die sie innerhalb der Armee gründeten, wurde in erster Linie auf der Grundlage der Clanzugehörigkeit zusammengestellt. Assad bereitete in Syrien seine Machtübernahme durch einen Staatsstreich, der zwei Jahre später kommen sollte, mit genau derselben Methode vor.<sup>16</sup> Der Traum von einer starken und vereinten arabischen Nation, der die Gründung der Baath-Partei angestoßen hatte, wirkte nunmehr wie ein schlechter Witz. Die alten Worthülsen wurden zwar immer noch verwendet, allerdings für gewöhnlich nur bei offiziellen Anlässen. In Wirklichkeit war das ganze Projekt auf das Niveau einer schmutzigen Clan- und Familienpolitik herabgesunken. Die Vetternwirtschaft wurde institutionalisiert und entwickelte sich zur bewährten Methode des Machterhalts.

Sobald sich das neue System etabliert hatte, musste es bezüglich der IKP eine Entscheidung treffen. Ihr militanter Flügel hatte Selbstmord begangen. Doch die Mehrheit bestand weiter und war in Kurdistan besonders stark. Saddam Hussein und Hassan al-Bakr beschlossen, das Problem lasse sich am besten lösen, indem die Kommunisten aus ihren Verstecken gelockt würden. Dann könnten sie entweder gekauft und integriert oder, falls nötig, zusammengetrieben und zerschlagen werden.

Möglicherweise war nicht die ganze Baath-Anhängerschaft von einem derartigen Zynismus infiziert, aber es besteht kaum ein Zweifel daran, dass der Mann, der seit gut einem Jahrzehnt die Sicherheitsabteilung der Partei leitete, diesen Plan ausgeheckt hatte. Und es war Saddam Hussein nicht schwer gefallen, die übrige Parteileitung von seiner Ansicht zu überzeugen. Die kommunistischen Führer diskutierten ausführlich über das Angebot, sich einer Nationalen Front mit der Baath-Partei anzuschließen. Sie wurden eingeladen, mit dem Teufel Suppe zu essen, allerdings ohne Löffel. Sie machten Ausflüchte. Sie bestanden auf ihren eigenen Bedingungen. Sie schrieen vor Wut auf. Aber da sie das Angebot nicht rundweg abgelehnt hatten, saßen sie wie Mäuse in der Falle, und die Katze Saddam verfolgte jede Bewegung.

Unterdessen unterhielt das Baath-Regime enge Beziehungen zur Sowjetunion, schloss ein Handelsabkommen mit Polen und erkannte die Deutsche Demokratische Republik an – was in jenen Tagen *den* Prüfstein für die Orientierung der Regimes in der Dritten Welt darstellte. Das Regime hatte dafür zwar seine eigenen Gründe, aber diese Schritte trieben nicht zuletzt die Kommunisten im Land immer mehr in die Enge. Da ihre eigene Politik allzu sehr von der Sowjetunion bestimmt wurde, fiel es ihnen jetzt schwer, ein mörderisches Regime zu kritisieren.



*1973: Aziz Muhammad, Erster Sekretär der Irakischen Kommunistischen Partei, und Präsident Ahmad Hassan al-Bakr unterschreiben den verhängnisvollen Pakt zwischen Baath-Partei und Kommunisten. Dieser Zusammenschluss sollte für die IKP eine politische Katastrophe bedeuten.*

In Kürze sollte sich der Vorhang zum letzten Akt der Tragödie des irakischen Kommunismus öffnen. Ende 1972 beschlossen die Kommunisten, das Angebot der Baath-Partei anzunehmen. Die Zwangsheirat wurde am 17. Juli 1973 vollzogen und in der Presse der Sowjetunion und der Satellitenstaaten als ein gewaltiger Schritt nach vom begrüßt. Während ihrer gesamten Zeit in der Regierung übten die Kommunisten keine echte Macht aus. Sie degenerierten zu Schattenfiguren. Alle wichtigen Entscheidungen wurden von Hassan al-Bakr und Saddam Hussein getroffen. Durch die Mitgliedschaft in der »Progressiven Nationalen Front« und in der Regierung wurde nicht einmal die Repression gegen die eigene Partei beendet. Kommunistische Soldaten in der Armee wurden hingerichtet, in Fabriken agitierende Parteimitglieder wurden vorübergehend verhaftet, um sie vom Gewerkschaftsdenken zu kurieren. Das Parteiorgan erschien zwar weiterhin, aber unter strenger Selbstzensur. Heikle Themen wie die Repression und Kurdistan wurden in der Regel gemieden. Saddam warnte die kommunis-

tischen Führer persönlich, in der Armee würden Aktivitäten anderer Parteien auf keinen Fall geduldet. Die wichtigste Institution im Land war zu einer Tabuzone geworden. So war die Katastrophe absehbar. Im Innersten müssen die irakischen Kommunisten gewusst haben, dass die Sache ein schlimmes Ende nehmen würde.<sup>17</sup>

Während ihrer Regimebeteiligung kam es in Kurdistan erneut zu einem Ausbruch der Gewalt. Die Kurdische Demokratische Partei (KDP) hatte einen geheimen Deal mit dem iranischen Schah ausgehandelt, der von den Vereinigten Staaten unterstützt wurde. Im Gegenzug für seinen Verrat an den Kurden im Iran erhielt der KDP-Führer Mustafa Barzani einen wahren Geldsegen und neue Waffen. Man ermunterte ihn, die Koalitionsregierung in Bagdad aus Baath-Partei und Kommunisten zu destabilisieren, was ihm in der Folge auch recht gut gelang. Unterstützt von iranischen Freischärlern brachte er der irakischen Armee hohe Verluste bei.

Das verzweifelte Regime in Bagdad schickte Saddam Hussein zu einem Treffen mit iranischen Vertretern in Algier. Er machte ihnen territoriale Zugeständnisse. Öffentlich ließ man sinngemäß verlautbaren, beide Länder hätten sämtliche Differenzen ausgeräumt. Zählte dazu vielleicht auch die Zusage, die Kommunisten aus der Regierung zu verdrängen, sobald die Gefahr durch die Kurden eingedämmt wäre? Das Abkommen mit dem Schah kennzeichnete zweifellos eine Wende der irakischen Baath-Partei Richtung Westen. Es ist durchaus möglich, dass es ein solches Versprechen gegeben hat.

Der Iran hielt sich strikt an seine Seite des Kuhhandels. Schon 14 Tage nach dem Abkommen von Algier hatte der Schah die iranisch-irakische Grenze abgeriegelt und den Kurden seine gesamte Unterstützung entzogen. Binnen drei Wochen war der Aufstand beendet. Die von Bagdad angebotene Amnestie wurde von Tausenden kurdischen

Guerillakämpfern akzeptiert. Barzani floh mit seiner Familie in den Iran, und durch die KDP ging ein tiefer Riss. Jalal Talabani verunglimpfte die Clan-orientierte, apolitische Haltung der Barzani-Familie und bildete die Patriotische Union Kurdistans. Er versprach eine Rückkehr zu echtem Nationalismus und »sozialistischen Werten«, was die Akzeptanz der Herrschaft von Bagdad aus bedeutete.

Dies wäre die große Gelegenheit für Bagdad gewesen, eine echte regionale Autonomie in Kurdistan zu schaffen. Stattdessen ernannte die Regierung ein Parlament von oben und begann die zwangsweise Umsiedlung von Kurden, die in der Nähe der türkischen und iranischen Grenze lebten, an Orte im Süden des Landes. Die Aktion erinnerte an Stalins Deportationen der Krimtataren und Wolgadeutschen aus ihrer traditionellen Heimat oder an die massive Vertreibung Deutschstämmiger aus Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese willkürlichen und launischen Vertreibungen der Kurden sowie die Einäscherung ihrer Dörfer schufen Ressentiments, die noch heute weiterleben.<sup>18</sup> Die IKP protestierte dagegen, ihre Presse fing allmählich an, diese und andere Maßnahmen sanft zu kritisieren.

Saddam Hussein ging hingegen daran, seine persönliche Machtübernahme vorzubereiten. Um das zu erreichen, musste er die irakischen Kommunisten loswerden und diejenigen innerhalb der Baath-Partei ausschalten, die seinem Aufstieg gefährlich werden könnten. Beide Operationen wurden im Jahr 1978 durchgeführt. Die Reihen der Baath-Anhänger wurden auf ungewöhnliche Weise gesäubert. Hussein und Assad vereinbarten eine vorübergehende Annäherung und begannen, über die Vereinigung der beiden Baath-Parteien und der Staaten Irak und Syrien zu diskutieren. Sie strebten weder das eine noch das andere ernsthaft an, und so wurden die

Verhandlungen schon bald in beiderseitigem Einverständnis abgebrochen. Saddam hatte sich jedoch alle Baath-Anhänger notiert, die sich allzu eifrig für die Union ausgesprochen hatten. Einige waren sogar bei Äußerungen belauscht worden, ihnen sei Assad als Chef des neuen, vereinigten Staates lieber als der Mann aus Tikrit. Diese potenziellen Dissidenten wurden aus der Partei ausgeschlossen und in manchen Fällen sogar ganz beseitigt.

Im selben Jahr wurde die IKP aus der Regierung verdrängt, und die »Progressive Nationale Front« und einige ihrer Führer wurden ins Gefängnis gesteckt. Um seinen Freunden in Washington die Endgültigkeit dieses Bruches zu demonstrieren, ließ Saddam Hussein 31 Parteimitglieder unter dem Vorwand hinrichten, dass sie wiederholte Warnungen ignoriert und in den Streitkräften Zellen der kommunistischen Partei organisiert hätten.<sup>19</sup>

Das war schlichtweg erfunden. Die Partei war nach 1973 ein geknicktes Schilfrohr, ihre Führer waren Moskau und über dessen verlängerten Arm dem Baath-Regime völlig hörig. Nachdem die kommunistische Partei in die Regierung eingetreten war, krönten die Parteiführer den Irrtum noch damit, dass sie trotz der Repressionen gegen ihre eigenen Mitglieder in der Regierung blieben und geduldig warteten, bis die Baath-Anhänger sie hinauswarfen. Das war nicht mehr die Partei, die von Fahd und Hussein al-Radi gegründet worden war. Sie waren Männer mit einem unnachgiebigen Charakter gewesen und hatten den aufrichtigen Respekt der einfachen Mitglieder genossen. Die Führer, die die Partei in eine Regierung führten, auf die sie keinen Einfluss nehmen konnten, waren zu demoralisierten Kreaturen des Apparates verkommen. Als die Baath-Partei sie endlich fallen ließ, stießen die im Stich gelassenen Kommunisten in der Öffentlichkeit auf wenig Sympathie. Zum Teil war dies

auf eine institutionalisierte Entpolitisierung der Bevölkerung zurückzuführen, die bereits im Gange war, und zum Teil darauf, dass die kommunistische Partei selbst entpolitisirt worden war.

Ein Jahr später, 1979, ernannte Saddam Hussein sich selbst zum General und wurde kurz danach zum Präsidenten der Republik gesalbt, nach dem erzwungenen Rücktritt seines Vetters Hassan al-Bakr. Diese Entscheidung stieß nicht einmal innerhalb der gestützten Führung der irakischen Baath-Partei auf große Gegenliebe, aber der Lauf der Geschichte meinte es gut mit Hussein. Im Iran war im selben Jahr der Schah durch eine von schiitischen Geistlichen dominierte Volksrevolution gestürzt worden, und die Vereinigten Staaten hielten in der Region verzweifelt nach einem geeigneten Ersatz Ausschau. Sollte Saddam vielleicht der Richtige sein? Schon möglich. Mit Sicherheit war er brutal genug. Das hatte er schon bei seinem harten Vorgehen gegen Kurden, Kommunisten und Geistliche bewiesen. Konnte man ihm trauen? Vielleicht nicht, aber wem konnte man in dieser Welt denn schon noch trauen, abgesehen von der saudischen Monarchie, deren Loyalität über jeden Zweifel erhaben war.

Saddam Hussein wurde seinerseits von widersprüchlichen Sehnsüchten getrieben. Einerseits war er bereit, sein Spielchen mit Washington zu treiben, wobei jede Seite glaubte, sie würde die andere ausnutzen, um den eigenen Interessen zu dienen. Gleichzeitig sehnte Saddam Hussein sich nach einer Legitimierung in der ganzen arabischen Welt. Seine Rivalen von der Baath-Partei in Damaskus hatten im Krieg von 1967 mitgekämpft und waren im Libanon aktiv. Der Irak hatte unter Baath-Führung der PLO in Jordanien seine Unterstützung zugesagt, sah 1970 aber untätig zu, wie die jordanische Armee die Palästinenser unterdrückte und regelrecht

zerstörte.<sup>20</sup> Nuri al-Said hatte 1948 das Gleiche getan, als die Palästinenser aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Dieser Makel war nicht vergessen. Assad verhöhnte die irakischen Politiker regelmäßig wegen ihrer »Courage«, und die Palästinenser machten aus ihrer Verachtung keinen Hehl.

Saddam Hussein war Geschöpf und Meister des Baath-Apparates zugleich. Er hatte innerhalb der Partei Karriere gemacht, weil er bei Spezialaufträgen organisatorische Fertigkeiten gezeigt hatte. Er war ein geschickter Drahtzieher, ein Autodidakt in der Kunst, die eigenen Feinde zu spalten und so lange zu schwächen, bis sie auseinander fielen. Das hatte er bei den Kommunisten und bei seinen Rivalen in der Baath-Partei getan und versuchte es – mit gewissem Erfolg – bei den Kurden und den schiitischen Geistlichen. Jetzt war er zuversichtlich, diese Fertigkeiten auch weltweit einsetzen zu können. Er würde mit beiden Großmächten spielen und sich ihre Rivalität zunutze machen.

Saddam Hussein war weder ein Intellektueller wie Aflak noch ein Massenführer wie Fuad al-Rikabi. Und doch sehnte er sich nach der Bewunderung des Volkes. Ebenso wenig war er in irgendeiner Weise originell. Selbst der eingeführte Personenkult war den Vorbildern Stalins, Maos und Kim Il-Sungs nachempfunden. Der Mensch, dessen Erbe er zu gern angetreten hätte, war Gamal Abdel Nasser. Der ehemalige ägyptische Staatschef war lange tot, aber auf den Straßen der arabischen Welt wurde sein Andenken immer noch in Ehren gehalten. Dieses »Vakuum« wollte Saddam Hussein füllen. Der Regimewechsel im Iran bot ihm Gelegenheit, all seinen Ambitionen nachzukommen. Dies würde den Vereinigten Staaten gefallen, die Ängste Saudi-Arabiens und der Golfstaaten (die aus Sorge, der iranische Virus könnte sich ausbreiten, am Rande eines Nervenzusammenbruchs

waren) beschwichtigen und Syrien zeigen, wer der Herr im Haus war. Innenpolitisches Kalkül spielte ebenfalls eine Rolle. Nachdem der irakische Führer praktisch jede Opposition, mit Ausnahme der Kurden, zerschlagen hatte, suchte er nach einer Legitimation. Er dachte, durch einen raschen Sieg gegen den Iran würde seine Stellung unerschütterlich, und die Iraker würden sich vereint hinter sein Regime stellen.<sup>21</sup>

Doch es gab noch andere wichtige Gründe. Khomeini hatte begonnen, die irakische Regierung als ein »satanisches Regime« zu verunglimpfen, das die Gläubigen unterdrückte (die Schiiten bilden die große Mehrheit der irakischen Bevölkerung). Er rief das Volk auf, die Macht zu übernehmen.<sup>22</sup> Es könne keine Stabilität in der Region geben, solange die irakischen »Baathisten« nicht gestürzt würden. Genau genommen unterschieden sich die von Ayatollah Khomeini 1979/80 in Teheran verkündeten Parolen nicht allzu sehr von der Bush-Rumsfeld-Powell-Blair-Propaganda vor dem Krieg und der Besetzung des Irak im Jahr 2003.

Der Eifer der islamischen Revolution hatte zweifellos die Mullahs in Nadschaf und Kerbala angesteckt. Militante Schiiten verübten einen Mordanschlag auf Tariq Aziz und weniger bekannte Politiker. Die Baath-Partei antwortete voller Zorn und ging hart gegen alle religiösen Gruppierungen im Süden vor. Zum ersten Mal in der Geschichte des Irak wurden hohe Geistliche hingerichtet. Tausende Teheran-freundlicher Aktivisten und zweifellos viele, auf die diese Beschreibung nicht zutraf, wurden zusammengetrieben und in den Iran deportiert. Das Regime behauptete, sie wären »iranische Schiiten«, die den Irak infiltriert hätten – alle wussten jedoch, dass das reine Fiktion war.

In Wahrheit herrschte unter den irakischen Schiiten keineswegs automatisch eine Sympathie für das iranische

Regime. Sie hatten ihre Identität nie ausschließlich über ihre Religionszugehörigkeit definiert. Andere Faktoren wie die Zugehörigkeit zu einem Clan oder einer Schicht oder ihre Geschichte waren ebenso wichtig, häufig sogar noch wichtiger. Die ersten Führer der Baath-Partei stammten selbst überwiegend aus schiitischen Familien. Eine Mehrheit im Zentralkomitee der IKP setzte sich aus Schiiten zusammen, und die Partei hatte die lange Tradition der Rebellion in Nassirija, Basra und den südlichen Sümpfen geerbt. Da es an Alternativen mangelte, wurden viele (nicht nur Schiiten) zur Religion hin gedrängt, dennoch betrachteten sich die meisten irakischen Schiiten trotz des herrschenden Regimes in erster Linie als Bürger des Irak. Wenn die schiitischen Soldaten in der irakischen Armee nicht loyal geblieben wären, hätten die Iraner den Irak in dem unmittelbar bevorstehenden Krieg vernichtend geschlagen.

Am 17. September 1980 kündigte der Irak einseitig das iranisch-irakische Grenzabkommen von 1975, auf das sich die Unterhändler in Algier geeinigt hatten. Unter dem Vorwand, er sei nunmehr entschlossen, die irakischen Gebietsansprüche von neuem durchzusetzen, befahl Saddam Hussein der irakischen Armee, die Grenze zum Iran zu überschreiten und iranisches Gebiet zu besetzen. Gleichzeitig flog die irakische Luftwaffe Angriffe gegen iranische Flugplätze. Auf Grund von Informationen von monarchistischen iranischen Generälen hatte die irakische Führung angenommen, der Iran befände sich in einem Zustand des postrevolutionären Chaos und die gesamte Kommandostruktur der Streitkräfte sei schwer beschädigt: Tausende hoher und mittlerer Offiziere säßen im Gefängnis. Man ging davon aus, dass der Widerstand sich auf unerfahrene Milizen beschränken würde. Die irakische Armee würde durch das Land fegen und die Mullahs wieder verjagen. Dies war eine gravierende Fehleinschätzung.

Im Iran erkannte der Präsident Bani Sadr sofort, dass weder religiöse Demagogie noch der Fanatismus der revolutionären Garden imstande sein würden, die Revolution zu retten. Er überzeugte Khomeini, die zerschlagene Armee und Luftwaffe wieder aufzubauen und die Moral der Soldaten und ihrer Kommandeure zu stärken. Hunderte von Offizieren wurden aus den Gefängnissen entlassen und fingen an, die Kommandostruktur der Streitkräfte neu zu organisieren. Die globale Konstellation der Kräfte in diesem Konflikt war leicht surreal. Das irakische Militär und die Luftwaffe waren weitgehend von der Sowjetunion<sup>23</sup> ausgestattet worden, während ihre iranischen Widersacher über die neuesten und raffiniertesten Waffen verfügten, die ihr Vorgänger, der Schah, von den Vereinigten Staaten gekauft hatte. Die Satrapen der Region wiederum unterstützten den Irak, ein Sprössling der kuwaitischen Herrscherfamilie hatte sogar ein Gedicht verfasst, in dem Saddam das »Schwert der Araber« genannt wurde. Hinter den Kulissen, jedoch unübersehbar, unterstützten die Vereinigten Staaten und Großbritannien den Irak. Vor allem Washington wollte nicht, dass das irakische Regime zusammenbrach. In einem späteren Stadium intervenierten die Amerikaner sogar in dem Krieg, indem sie ein iranisches Verkehrsflugzeug zerstörten, das Zivilisten an Bord hatte – ein Irrtum, für den sich die USA bis heute nicht entschuldigt haben. Auf der anderen Seite unterstützten sowohl Muammar al-Gaddafi aus Libyen als auch Assad aus Syrien offen Khomeini. Die Israelis taten dies im Verborgenen und sorgten dafür, dass Ersatzteile für Chieftain-Panzer und beschädigte Düsenjäger so schnell wie möglich nach Teheran gelangten.<sup>24</sup> Die Israelis hatten seit 1973 stets die irakische Armee als die größte verbliebene Bedrohung in der Region betrachtet.

Die iranischen Kampfflugzeuge erwiesen sich in der Anfangsphase des Krieges als entscheidend, nachdem sie

bei den irakischen Angriffen nicht schon am Boden zerstört worden waren. Ende Juni 1982 war in Bagdad klar, dass der »kurze, heftige Krieg«, den die Regierung versprochen hatte, sich immer mehr in die Länge zog. Die Führung der Baath-Partei kam zusammen und überstimmte Saddam Hussein. All seinem Flehen und seinen Drohungen zum Trotz wurde beschlossen, den Iranern einen einseitigen Waffenstillstand anzubieten. Das hätte eine Rückkehr zu den Vorkriegsgrenzen und dem Abkommen von 1975 bedeutet. Wenn die Iraner das Angebot akzeptiert hätten, daran zweifelt kaum ein Experte, hätte Saddam Hussein seine Macht verloren.

Aber jetzt war Khomeini dickköpfig. Der alte Mann fühlte sich nicht wohl und hatte es deshalb auf einmal eilig. Er wollte die irakische Baath-Partei besiegen und ein Regime nach iranischem Vorbild einsetzen. Teheran lehnte den Waffenstillstand ab. 1984 plädierte Saddam Hussein selbst für einen Waffenstillstand und schlug ein Treffen mit Khomeini an einem neutralen Ort vor. Der Ayatollah lehnte das Angebot erneut ab und richtete folgende finstere Warnung an die regionalen Unterstützer des Irak: »Ihr alle seid Partner bei dem Abenteurertum und den Verbrechen, die von den Vereinigten Staaten ausgelöst wurden. Wir haben bislang noch keine Maßnahmen ergriffen, die die gesamte Region in Blut und Feuer versinken lassen und völlig destabilisieren würden. Ihr könnt sicher sein, dass ihr die Verlierer in diesem neuen Kapitel sein werdet.«<sup>25</sup>

Die auf beiden Seiten in Gang gesetzte Propagandamaschinerie warf der jeweils anderen Seite Rassismus und Unglauben vor. Die irakische Presse deckte die Beziehungen zu Israel auf, veröffentlichte häufig Karikaturen mit Khomeini und Begin, warf den Iranern vor, »dem Zionismus hörig« zu sein, und nannte sie »gehässige Scharlatane«. Teheran zahlte mit gleicher

Münze zurück, sprach von einer »baathistisch-zionistischen Bande« und nannte die Baath-Anhänger nicht nur einmal die »verfluchten Aflakis, die diesen Krieg begonnen haben ...«<sup>26</sup>

Die Zahl der Toten stieg weiter an. Im Laufe des Krieges stritten sich die Waffenhändler des Westens darum, wer die neuesten Waffen verkaufen und liefern durfte. Im ersten Kriegsjahr hatten die Franzosen Bagdad einen Testflug ihres Flugzeuges Super Etandard angeboten, das mit Exocet-Raketen bestückt war. Diese hatten ausgezeichnete Dienste getan. Die Iraker beschlossen jetzt, 30 Jagdflugzeuge vom Typ Mirage-F-1 und einen großen Vorrat Exocet-Raketen zu kaufen (zusätzlich zum Auffüllen ihrer alten Bestände durch neue Waren aus der Sowjetunion). Die Flugzeuge wurden nunmehr gegen Schiffe eingesetzt.

Der Konflikt schwelte noch sechs Jahre weiter. Er erinnerte an den Ersten Weltkrieg. Gebiete wechselten regelmäßig den Besitzer, während Panzereinheiten aus gegenüberliegenden Armeen über Schlachtfelder voller Leichen rollten. Beide Seiten hielten das Leben einfacher Soldaten, sogar das Leben von Kindern, für opfernwert. Leichen wurden wie Herbstblätter beiseite gefegt. Der Irak setzte Giftgas gegen Iraner und Kurden ein (die laut Angabe des Regimes an der Seite Teherans kämpften).<sup>27</sup> Der Blutzoll war entsetzlich hoch. Dennoch wurde zugelassen, dass dieser Krieg fortgeführt wurde, als ob es allen in den Kram passen würde, diesen beiden muslimischen Staaten dabei zuzusehen, wie sie sich mit jedem Monat weiter schwächten. Die Gleichgültigkeit der islamischen Staaten stand der selbst auferlegten Lähmung der Vereinten Nationen in nichts nach.

Als der acht Jahre währende Krieg im August 1988 endlich beendet wurde, waren nur die Waffenhändler unglücklich darüber. Die Infrastruktur beider Länder lag in

Trümmern, und keiner der beiden Staaten erholte sich je richtig davon. Die geschätzte Zahl der Opfer konnte sich der Realität nur annähern, wahrscheinlich lag die wirkliche Zahl der Toten viel höher. Die geschätzten Zahlen waren jedoch schlimm genug: 262000 Iraner und 105000 Iraker waren in dem Konflikt umgekommen, mindestens 700000 wurden insgesamt verwundet. Zusammen ergibt dies über eine Million Opfer. Die Kriegskosten waren ebenso abschreckend: Der Irak verschwendete etwa 74 bis 91 Milliarden US-Dollar für die Kriegsführung und weitere rund 70 Milliarden US-Dollar für militärische Importe. Die Verteidigungskosten des Iran hingegen beliefen sich auf rund 94 bis 112 Milliarden US-Dollar, hinzu kamen 19 Milliarden US-Dollar für den Kauf neuer Waffen. Die Gewinnmargen der Waffenproduzenten, die in den acht Jahren diese Waffen lieferten, waren nicht erhältlich. Hinzu kamen noch die Einkommensverluste aus der Ölförderung und der landwirtschaftlichen Produktion: Hier ergeben sich die exorbitanten Summen von 561 Milliarden US-Dollar für den Irak und 627 Milliarden US-Dollar für den Iran.<sup>28</sup> Doch damit nicht genug, beide Seiten beanspruchen den Sieg für sich, und beide Länder gedenken dieses Krieges – der niemals stattfinden dürfen und schlimmstenfalls 1982 hätte enden müssen –, indem sie ihre Welt mit dem Bau makabrer und grässlicher Denkmäler verschandeln: der Brunnen in Teheran, aus dem »Blut« fließt, die Soldatendenkmäler in Basra und das Siegesdenkmal aus zwei riesigen, gekreuzten Schwertern, die von zwei riesenhaften Armen im Zentrum von Bagdad gehalten werden. Diese Schwerter und die Arme, die sie halten – modelliert nach den Armen des Baath-Führers persönlich – wurden in einer Gießerei im britischen Reading gegossen.

Ein Jahr nach dem Krieg war der kränkliche Khomeini tot, und die Szenen hysterischer Trauer, die sein Begräbnis

kennzeichneten, waren in Wirklichkeit der Schwanengesang der Islamischen Republik. Die Strukturen blieben erhalten, aber die Bevölkerung war alarmiert und entfremdete sich mehr und mehr von der Geistlichkeit. Der Iran führte keinen weiteren Krieg. Der Baath-Führer im Irak überlebte – trotz der Katastrophe, in die er sein Land geführt hatte. Sein Personenkult nahm täglich hässlichere Formen an, ein Ersatz für echte Beliebtheit. Er fing an, sich Gedanken zu machen, wie er seinen verlorenen Ruf im eigenen Land wiederherstellen könne. Im Ausland wurden ausgerechnet die Iraner für einen Krieg geschmäht, den sie nie gewollt hatten, vor allem weil der irakische Staatschef weiterhin westliche Würdenträger und Konzernchefs empfing, die verzweifelt neue Kundschaft suchten. Dazu zählte auch der bekannte Geschäftsmann und Politiker Donald Rumsfeld. Doch er war nicht der Einzige. Die Geschäfts- und politischen Beziehungen des Irak zum Westen waren in den Achtzigerjahren sehr stark.

Weder der Iran noch der Irak wurde als Gewinner des Krieges angesehen. Der Konflikt hatte mit einem blutigen Patt geendet, nach dem beide Regimes intakt blieben, aber geschwächt waren. Vor allem syrische Politiker verhöhnten ganz offen ihre irakischen Pendants wegen des Selbstbetrugs, der Lügen und der Fantastereien. Als der Irak wieder aufgebaut wurde, was zugegebenermaßen sehr schnell vonstatten ging (alle wichtigen Dienstleistungen wurden innerhalb eines Monats wiederhergestellt), drehten sich die Diskussionen der irakischen Führung zunehmend um einen Ölstreit mit Kuwait. Hier stand Saddam nicht allein.

Die Existenz Kuwaits als unabhängige territoriale Einheit war seit seiner Gründung allen irakischen Herrschern ein Dorn im Auge. Vor dem Erdölzeitalter hatte Lord Curzon 1899 eine charakteristische Erklärung

abgegeben und den britischen Rivalen mitgeteilt, dass »wir Verpflichtungen gegenüber dem noch unabhängigen Scheich von Kuwait eingegangen sind, ein Vorgehen, das von den zunehmenden Übergriffen der türkischen Obrigkeit und den beginnenden Intrigen anderer Mächte diktiert war«. Die letzte Anspielung bezog sich auf die Deutschen und die Russen, die ihre Optionen in der Region ausloteten. Konnte Kuwait als osmanischer Vasallenstaat überhaupt einen Vertrag mit einem anderen Reich eingehen? Dies konnte es eigentlich nicht, doch das wurde rasch geregelt, indem die schwächernden Osmanen gezwungen wurden, die Konvention von 1913 zu akzeptieren, mit der sie den anglo-kuwaitischen Vertrag anerkannten und einwilligten, den *status quo* von Kuwait nicht zu verändern. Aber war der neu geschaffene Staat Irak wiederum an eine alte Konvention gebunden, die von einem mittlerweile aufgelösten Reich unterzeichnet worden war? Seine Herrscher waren offenbar anderer Ansicht und behaupteten hartnäckig, Kuwait sei lediglich eine Erweiterung der Provinz Basra.

Vor dem britischen Einbruch gliederten sich die Gesellschaften in der Golfregion in drei voneinander abhängige Gruppierungen, die friedlich koexistierten und eine soziale Ordnung beibehielten, die ihrer Lebensweise angepasst war. Die Beduinen zogen auf der Suche nach Oasen und Weideland durch die Wüsten, waren aber auch bereit, das Nomadenleben für Arbeit, Lohn und eine sesshafte Existenz aufzugeben.<sup>29</sup> Die Ackerbauern lebten in Oasenstädten, die sich auf Milchprodukte, den Anbau von Datteln und landwirtschaftliche Produkte spezialisiert hatten. Die Küstenbewohner lebten seit Urzeiten von Perlentauchen und Fischfang. Das Osmanische Reich hatte dieses Muster der Existenz nicht gestört, indem es Grenzen einföhrte oder auf der Hegemonie eines bestimmten Stammes beharrte. Erst unter der britischen Kolonialpolitik war es erforderlich, diese »Vor-Erdöl-

Gesellschaften« in jeder Hinsicht zu spalten: über die Teilung des Landes und über die Stammeszugehörigkeit. Sobald das flüssige Gold entdeckt wurde, blühte natürlich der Kolonialismus auf, und beliebte Stammesoberhäupter wurden auf hohe Posten befördert. Im Zuge der kolonialen »Modernität« wurde eine Stammeshierarchie geschaffen, die über eine archaische, an ihre Bedürfnisse angepasste Gesellschaftsstruktur herrschte. Durch diese strukturelle Pionierarbeit wurde die Mehrheit der Bevölkerung ausgegrenzt und in der Folge eine materielle und politische Basis für Widerstand geschaffen. Kuwait kann als frühes Beispiel angesehen werden.

Wie bereits erwähnt, appellierte König Ghasi (1933-1939) auf seinem privaten Radiosender regelmäßig an die Kuwaitis und forderte sie mit markigen Worten auf, ihren despotischen und kriecherischen Scheich doch endlich loszuwerden. Der Appell hatte nichts mit dem Erdöl, das erst noch entdeckt werden musste, zu tun, sondern mit der Existenz eines unabhängigen, winzigen Scheichtums. Der irakische König meinte einfach, es solle aus geografischen Gründen Teil des Irak sein. Die Antwort auf Ghasis Appelle war positiv und ermutigend. Im Jahr 1938 bildete sich eine protonationalistische Jugendbewegung heraus, demonstrierte öffentlich und forderte eine stärkere Mitsprache. Sie errangen einen vorübergehenden Sieg. Ein Legislativrat wurde ins Leben gerufen. Die erste Resolution des Rates überrumpelte London vollkommen. In ihr forderte er die sofortige Vereinigung mit dem Irak. Das britische Empire reagierte rasch: Es intervenierte in Kuwait, um seinen Scheich zu schützen. In Bagdad signalisierte es, der König sei nicht zu halten. Ob sie seine Absetzung oder Mord meinten, bleibt offen. Ghasis Tod war mit Sicherheit ein Glücksfall.

Erstmals wurde im Jahr 1938 Öl in Kuwait entdeckt, doch die Vermarktung begann erst 1946, als sich abzeichnete,

dass hier das größte Erdölvorkommen der ganzen Welt lag. Das Einkommen des Scheichs wurde überwiegend in London und an der Londoner Börse investiert. Der Scheich und sein Kleinstaat waren zu einem wesentlichen britischen Aktivposten geworden. Als General Qasim einige Jahre nach der irakischen Revolution von 1958 begehrliche Blicke in Richtung Kuwait warf, hätte er um ein Haar einen weiteren Ölrieg ausgelöst.<sup>30</sup> Um eine Invasion zu verhindern, erklärten die Kuwaitis sich für unabhängig, der anglo-kuwaitische Vertrag wurde für null und nichtig erklärt, obwohl Großbritannien sich verpflichtet hatte, dem Scheich gegen »externe und interne« Subversion beizustehen – ein eindeutiger Hinweis darauf, dass Kanonenboote und Gurkhas ausgesandt würden, um jeden lokalen Aufstand zu unterdrücken, und noch schärfere Maßnahmen ergriffen würden, falls die Gefahr einer Invasion von außen bestehen sollte.

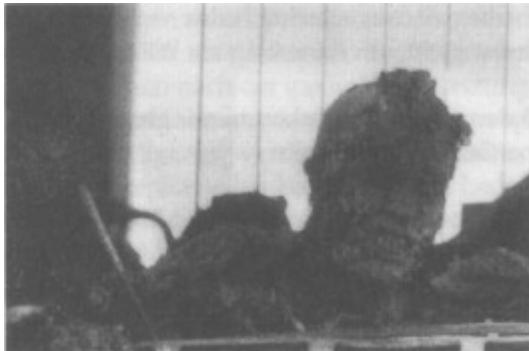
Auf einer öffentlichen Pressekonferenz erhob Qasim Anspruch auf Kuwait und bot an, den Scheich zum Gouverneur des Bezirks Kuwait innerhalb der Provinz Basra zu ernennen. Mit Worten, die man ebenso gut auf die heutigen irakischen Kollaborateure anwenden könnte, versprach Qasim außerdem, das Leben der einfachen Kuwaitis ebenso zu verbessern wie das derjenigen, die mit dem Öl reich geworden waren: »Sklaven essen und trinken auch und leben in komfortablen Häusern, aber sie sind krank im Kopf. Ein Sklave ist, wer Erniedrigung und Unterwerfung unter den Ausländer und den Imperialisten akzeptiert.« Die Krise ging vorüber, aber erst nach massivem Säbelrasseln der Briten und einer ganz ähnlichen Antwort Nassers. Qasim hatte keine unmittelbare Annexion beabsichtigt, sondern genau wie Ghasi in den Dreißigerjahren gehofft, einen Aufstand auszulösen. Wenn es dazu gekommen wäre, hätte Qasim nicht tatenlos zugesehen.

Drei Jahrzehnte später dachte Saddam Hussein darüber nach, Kuwait zu annexieren, um seine Volkswirtschaft und sein Ansehen in der arabischen Welt aufzupolieren. Das wäre die Wiederholung Nassers und der Suezkrise gewesen. Er würde allen zeigen, wer hier der Herr war. Hussein fühlte sich stark und strotzte vor Zuversicht. Der Irak stand mit dem Westen auf gutem Fuß und er hatte die modernsten Waffen gekauft, die erhältlich waren. Er rief April Glaspie, die amerikanische Botschafterin im Irak, zu sich und teilte ihr mit, die Grenz- und Ölstreitigkeiten mit Kuwait hätten einen kritischen Punkt erreicht. Insbesondere legte er peinlich genau dar, die Kuwaitis seien Teil eines Golfkartells, das die OPEC betrüge, indem es Öl zu einem niedrigeren Preis verkaufte, um seine eigenen Profite zu sichern. Eben dieser Streit innerhalb der OPEC erboste die Iraker, deren Volkswirtschaft unter dem gesunkenen Ölpreis zu leiden hatte.

Der Irak verlangte die strikte Einhaltung der von der OPEC festgelegten Quoten und eine Entschädigung für Öl, das angeblich von einem Ölfeld gestohlen wurde, das Bagdad für sich beanspruchte. Die Signale von April Glaspie, die gut Arabisch sprach und keinen Dolmetscher benötigte, waren doppeldeutig und irreführend zugleich. Sie teilte den Irakern mit, sie habe »Verständnis für ihre Sorgen«, und hob hervor, die Vereinigten Staaten hätten in der arabischen Welt immer schon den Standpunkt eingenommen, dass territoriale Streitigkeiten von den betroffenen Parteien selbst beigelegt werden müssten. Dies stand völlig im Einklang mit der US-Linie nach dem Scheitern der »Zwei Säulen«-Strategie, ausschließlich mit Hilfe Saudi-Arabiens und des Iran die US-Hegemonie in der Region sicherzustellen. Der Iran war weggebrochen. Vielleicht konnte der Irak die neue zweite Säule werden. Das war gewiss keine geheime Diskussion, und Glaspie gab die offizielle Position wieder. Dieses Gespräch wurde später zum Gegenstand zahlreicher kritischer Debatten,

aber zu diesem Zeitpunkt sollte April Glaspie so gut wie unauffindbar sein. Leider werden offenbar keine Memoiren von ihr erscheinen.<sup>31</sup>

Saudische Vermittlungsversuche scheiterten, als Kuwait sämtliche irakischen Forderungen zurückwies. War dies einfach Leichtsinn, oder hatten sie jemand anderen um Garantien gebeten und sie auch erhalten? Einen Tag nach der Ablehnung, am 2. August 1990, überquerte die irakische Armee die Grenze zu Kuwait und eroberte das Land. Die Familie al-Sabah wurde gestürzt, und alle Ölseinrichtungen Kuwaits wurden besetzt. Der von Saddam Hussein vollzogene Regimewechsel verstieß ohne Frage gegen Artikel 51 der UN-Charta, und die Vereinigten Staaten organisierten eine Koalition unter UN-Flagge, um Kuwait zurückzuerobern. Damals wurde gern die Phrase von der »nationalen Souveränität« benutzt. Regimewechsel sind unzulässig, sobald Erdöl im Spiel ist. Aber Legalität hatte mit der westlichen Antwort sehr wenig zu tun. Gewalt, nicht Recht, hatte immer schon die Beziehungen zwischen dem Westen und der arabischen Welt bestimmt. Und Gewalt war eingesetzt oder angedroht worden, um neue Gesetze und neue Verträge durchzusetzen. Unter den westlichen Staatschefs herrschte im Wesentlichen Einigkeit darüber, dass man es Saddam nicht gestatten dürfe, seine Position zu konsolidieren, weil das den Irak zum größten Ölproduzenten und zum wichtigsten Land der Region gemacht und zugleich die Golfregion und die israelische Besetzung Palästinas destabilisiert hätte. Auf einmal wurde Saddam Hussein zu »Hitler«, und das korrupte Scheichtum der al-Sabah-Familie wurde das »forsche kleine Kuwait«, und die Medien gingen daran, den Zweiten Weltkrieg ein zweites Mal auszutragen. All dies spielte sich vor dem Hintergrund des sich beschleunigenden Zerfalls der Sowjetunion ab.<sup>32</sup>



Als die Iraker einwilligten, sich zurückzuziehen, war das von den USA angeführte Expeditionskorps bereits an Ort und Stelle. Nun fand einer der einseitigsten Kriege des 20. Jahrhunderts statt. Es war, um es mit den unsterblichen Worten eines US-Offiziers zu sagen, ein regelrechtes »Truthahn-Schießen«. In einem groben Verstoß gegen sämtliche Konventionen der Kriegsführung wurden die zurückweichenden Armeen des Irak vernichtet, als sie aus Kuwait flohen. Das Bild eines einzelnen verbrannten irakischen Soldaten, der in der Wüste zurückgeblieben war, wurde zum Symbol für ein Massaker. Es veranlasste den englischen Dichter Tony Harrison, eines seiner besten Kriegsgedichte zu verfassen, *A Cold Corning* (Eine unvorbereitete Ankunft). Daraus hier ein Auszug:

Ich sah den verkohlten Iraker,  
zu mir geneigt durch die zersplittete Windschutzscheibe  
der Scheibenwischer wie ein Stift bereit,  
Gedanken für die Menschen niederzuschreiben  
der Scheibenwischer wie eine Feder,  
nach der er greift, um seinen letzten Willen abzufassen.

Ich sah den verkohlten Iraker,  
zu mir geneigt wie eine Gestalt aus Plastilin  
als hätte er angehalten, um nach dem Weg zu fragen  
und diese Worte hörte ich aus seinem Mund:

»Erschrick nicht, dass ich dich für dieses Exklusivinterview ausgewählt habe. Denn gehört es nicht zu deiner Aufgabe als Dichter Worte für einen so schrecklichen Anblick zu finden?«

Der dritte Ölrieg hatte das Kräfleverhältnis in der Region aus dem Gleichgewicht gebracht, aber noch wichtiger war: Er markierte das Ende eines entscheidenden Kapitels in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Die Nachkriegsordnung von Jalta und Potsdam nach der Niederlage Hitlers war mittlerweile tot. Dieser Krieg wurde zu einem makabren Nachspiel. Trotz des »multilateralistischen« Deckmantels lag von Anfang an auf der Hand, dass die USA als einzige dominierende Macht auf der Welt am Steuer sitzen würden. George Bush senior hob diesen Aspekt hervor, als er schilderte, wie sie beim Ausbruch der Krise »selbstbewusst angefangen hatten, unsere Handlungen als einen Präzedenzfall für die nach dem Kalten Krieg nahende Welt anzusehen«.<sup>33</sup> Er unterstrich außerdem nachdrücklich die Bedeutung des Krieges, weil er »dem Vietnamsyndrom ein Ende setzen« werde – ein voreiliges Urteil.

Ein dritter »Erfolg« liest sich aus heutiger Sicht interessant. Bei einer Pressekonferenz am 1. März 1991 erklärte Bush senior zuversichtlich, die Demonstration militärischer Macht werde andere in der Zukunft zügeln: »Ich würde meinen, wegen dem, was geschehen ist, werden wir künftig nicht auf der ganzen Welt US-Streitkräfte einsetzen müssen. Ich denke, wenn wir sagen, dass etwas objektiv betrachtet korrekt ist ... dann werden die Menschen uns zuhören.«<sup>34</sup>

Ein Mensch hörte mit Sicherheit zu: der saudische Privatmann Osama bin Laden. Er war aus den Bergen des Pamir heimgekehrt und wegen seines Beitrags zum Sieg über die Sowjetunion in Afghanistan als großer »Freiheitskämpfer« gefeiert worden. Einige Wochen nach

der irakischen Besetzung Kuwaits, als das saudische Establishment darüber diskutierte, wie die Katastrophe wieder rückgängig gemacht werden könne, und sich nur eine Marschroute vorstellen konnte, bat bin Laden um eine Audienz bei König Fahd. Sie wurde ihm gewährt. Bei dem Treffen flehte er den König an, es nicht zuzulassen, dass US-Truppen in Saudi-Arabien stationiert würden, geschweige denn sie ins Land einzuladen. Auf Fahds Frage, wie bin Laden denn beabsichtige, den Irak ohne die Amerikaner zu bändigen, hat dieser, wie verlautet, seinen Monarchen davon in Kenntnis gesetzt, dass eine Streitmacht von 30000 Fedajin sich bereits in Saudi-Arabien aufhalte und bereit sei, in den Kampf zu ziehen. Sie seien hoch motiviert, den Ungläubigen Saddam Hussein zu schlagen.<sup>35</sup> Den König erschütterte diese Nachricht noch mehr als die Besetzung Kuwaits. Hastig beendete er das Gespräch. Dann wandte er sich an einen Minister und fragte ihn, ob bin Laden wirklich ein Heer von dieser Größe bereits im Land haben könne. Erst als ihm versichert wurde, dass dies alles eine Ausgeburt der Fantasie sei, entspannte der König sich wieder.<sup>36</sup> Die Zahl mag, selbstverständlich, übertrieben gewesen sein, aber Osama bin Laden machte mit Sicherheit keine Scherze. Sein radikaler Bruch mit der saudischen Herrscherfamilie und die Angriffe vom 11. September waren ein unerwartetes kleines Nebenprodukt des Konflikts von 1990. Ein Blowback kommt niemals sofort.

Kuwait wurde problemlos »befreit«, das heißt wieder der Familie al-Sabah übergeben. Und das Land fiel problemlos wieder in seinen ehemaligen Status als Lehen zurück. Saddam Husseins Abenteuer hatte verhindert, dass sich eine ernst zu nehmende Opposition herausbildete, und Tausende Palästinenser wurden vertrieben. In Anbetracht der Funktionsweise des Baath-Staates im Irak waren die Herrschenden außerstande, kreative Vorgehensweisen in bezug auf Kuwait zu entwerfen. Es ist nun einmal eine

Tatsache, dass die Herrscherfamilie unbeliebt war. Wenn die Iraker sich darauf beschränkt hätten, die Familie al-Sabah abzusetzen, wenn sie freie Wahlen zugelassen und ein gewähltes Parlament aufgefordert hätten, über die Zukunft des Landes zu entscheiden, dann wäre die Operation ein Erfolg geworden, der eine Gegenoffensive des Westens praktisch ausgeschlossen hätte. Ein Parlament hätte sich im Jahr 1990, ähnlich wie der Legislativrat von 1938, durchaus für enge Beziehungen zum Irak aussprechen können. Der irakische Diktator konnte jedoch keinen Schritt in diese Richtung unternehmen, ohne den Erwartungsdruck im Irak ebenfalls zu steigern. Stattdessen entschied er sich für eine regelrechte Annexion – ein leichtsinniges Spiel, das mit Blick auf die Bedeutung des kuwaitischen Öls scheitern musste.<sup>37</sup> Dabei irritiert weniger die Frage, warum er den Kuwaitis eine freie Entscheidung verweigerte, als vielmehr jene, weshalb er nicht seine Armeen wieder zurückzog, sobald offensichtlich wurde, dass die Vereinigten Staaten einen Krieg vorbereiteten, um ihn aus dem Land zu vertreiben. Was auch immer die Gründe dafür waren – Stolz, Arroganz, Wunschdenken, Dummheit –, es war eine gefühllose Entscheidung. Zehntausende irakische Soldaten kamen ums Leben.

Die Kapitulation der irakischen Armee hatte nicht den Sturz Saddams zur Folge. Die Vereinigten Staaten hatten keinen Ersatz parat, und ihre arabischen Bündnispartner, von denen kein einziger demokratisch legitimiert an der Macht war, vertraten die Meinung, der irakische Staatschef sollte nicht abgesetzt werden. Kaum hatte man sich darauf geeinigt, da ging die Baath-Führung eilig daran, den Aufstand im Süden niederzuschlagen, den der Westen ursprünglich angezettelt hatte. Die Kurdenregion im Norden wurde zur Flugverbotszone für die irakische Regierung erklärt, in der regelmäßig US-Kampfflugzeuge patrouillierten.

Die »internationale Gemeinschaft« erlegte dem Land eine Reihe von Strafen auf, die sich verheerend auf das Leben der irakischen Bevölkerung auswirken sollten. Sie kamen in Form der nie endenden, von der UNO verabschiedeten Sanktionen und der wöchentlichen Bombenangriffe durch angloamerikanische Flugzeuge. All dies bewirkte, dass die Menschen für alle grundlegenden Bedürfnisse völlig auf das Regime angewiesen waren, was letztlich seinen Rückhalt in der Bevölkerung stärkte. Wie außer mir noch viele andere argumentierten, stellten die Sanktionen gegen den Irak ein Verbrechen dar. Die für sie angeführten Argumente überzeugten nicht einmal hohe UN-Vertreter, die im Irak stationiert waren und von denen einer nach dem anderen voller Abscheu sein Amt niedergelegte, als sie mit eigenen Augen die Auswirkungen der Politik sahen, für deren Umsetzung man sie entsandt hatte.<sup>38</sup> Es lohnt sich, die statistischen Daten der Rache an einem ganzen Volk zu wiederholen, die mehrfach von George Bush, Bill Clinton, George W. Bush und Tony Blair gerechtfertigt wurde.

Die Wirtschaftssanktionen stürzten eine Bevölkerung, deren Niveau bei der Lebensmittelversorgung, in der Bildung und bei öffentlichen Dienstleistungen einst deutlich über dem Standard der Region lag, in abgrundtiefes Elend. Vor 1990 hatte das Land ein Bruttonsozialprodukt von über 3000 Dollar pro Kopf. Im Jahr 2001 lag es unter 500 Dollar, womit der Irak zu den ärmsten Gesellschaften der Erde zählte. Ein Land, dessen Bevölkerung einst in hohem Maße alphabetisiert war und das ein fortschrittliches Gesundheitssystem besaß, wurde vom Westen verwüstet. Die Sozialstruktur lag in Trümmern, die elementaren Existenzbedürfnisse des Volkes wurden nicht erfüllt, der Boden wurde durch den Einsatz von uranhaltigen Sprengköpfen verseucht, was wiederum einen drastischen Anstieg der Krebskranken zur Folge hatte. Mittlerweile ist bekannt: Der militärische

Geheimdienst DIA war sich genau darüber im Klaren, dass die Vorenthaltung bestimmter Ausrüstungsgegenstände und Chemikalien die Abwasserreinigung im Irak erheblich beinträchtigen und die Sterblichkeitsrate des Landes erhöhen würde. Dies wurde innerhalb des Clinton-Regimes offen diskutiert und gebilligt.<sup>39</sup>

Wie lautete die Rechtfertigung für diese mörderische Rache an einem ganzen Volk? Saddam Husseins Regime häufte Massenvernichtungswaffen an, es stehe kurz davor, sich ein Arsenal an Atomwaffen zu beschaffen und stelle eine beispiellose Bedrohung für die internationale Gemeinschaft dar.<sup>40</sup> Mit denselben Argumenten wurde später der Krieg von 2003 gerechtfertigt. Mit anderen Worten: Die Sanktionen hatten ihr eigentliches Hauptziel verfehlt. Selbst wenn man Oberbefehlshaber der USA ist, kommt man nur eine begrenzte Zeit mit in sich widersprüchlichen Äußerungen, Irreführung und doppelzüngigem Gerede durch. Das geht nicht endlos, nicht einmal mit einem britischen und australischen Papagei an der Seite.

Legten die Kriege des Irak gegen den Iran und Kuwait tatsächlich die Vermutung nahe, dass Saddam Hussein einen Präventivkrieg gegen Israel führen könnte, einen Nachbarn, der über Massenvernichtungswaffen verfügt? Das war mit Sicherheit die Ansicht der US-Likud-Anhänger, die Bush junior nach dem 11. September berieten. Sie wurde jedoch nicht von zwei angesehenen, realistischen Historikern der Vereinigten Staaten geteilt. Von dem Kriegsfieber und dem Missbrauch der jüngsten historischen Ereignisse alarmiert, verfassten John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt gemeinsam einen Text für die *New York Times*, in dem sie die von der US-Regierung und ihren transatlantischen Verbündeten vertretene Ansicht in Frage stellten:

Die Vereinigten Staaten stehen beim Irak vor einer klaren Entscheidung: Eindämmung oder Präventivkrieg. Präsident Bush beharrt darauf, dass die Eindämmung gescheitert sei und wir uns auf einen Krieg vorbereiten müssten. In Wirklichkeit ist ein Krieg nicht notwendig. Die Eindämmung hat in der Vergangenheit funktioniert und kann auch in der Zukunft funktionieren, selbst unter Saddam Hussein. Das Plädoyer für einen Präventivkrieg stützt sich auf die Behauptung, dass Mr. Hussein ein skrupelloser Aggressor sei, der es darauf anlege, den Nahen Osten zu dominieren. Tatsächlich wird er häufig mit Adolf Hitler verglichen, dem Paradebeispiel der Zeitgeschichte für mehrere aufeinander folgende Aggressionen. Die Fakten sprechen jedoch eine andere Sprache. In den 30 Jahren, in denen Mr. Hussein den Irak beherrscht, hat er zwei Kriege begonnen. Der Irak marschierte 1980 im Iran ein, aber erst nachdem Irans Revolutionsregierung versucht hatte, irakische Vertreter zu ermorden, nachdem sie mehrfach Grenzüberfälle durchgeführt und versucht hatte, Mr. Hussein zu stürzen, indem sie die Unruhe im Irak schürte. Seine Entscheidung zum Angriff war keineswegs leichtsinnig, weil der Iran isoliert war und weithin als militärisch schwach galt. Der Krieg erwies sich als kostspielig, aber er setzte den regionalen Ambitionen des Iran ein Ende und ließ Mr. Hussein an der Macht.

Iraks Invasion in Kuwait im Jahr 1990 war auf einen heftigen Streit um Ölpreise und Kriegsschulden zurückzuführen. Sie erfolgte erst, nachdem Bemühungen, Mr. Hussein den Hof zu machen, die erste Bush-Administration unwillentlich dazu veranlasste zu signalisieren, Washington würde sich einem Angriff nicht widersetzen. Eindämmung scheiterte keineswegs beim ersten Mal – sie wurde nie versucht. Somit hat Mr. Hussein Krieg geführt, als er bedroht wurde und als er dachte, ihm stünde eine Option offen. Diese Überlegungen rechtfertigen nicht etwa die Handlungen des Irak, zeigen aber, dass Mr. Hussein alles andere als ein leichtsinniger Aggressor ist, dem man keinen Einhalt gebieten kann. Tatsächlich ist der Irak noch nie in den Krieg gezogen, wenn er sich mit einer klaren Abschreckungsdrohung konfrontiert sah.<sup>41</sup>

Der letzte Satz entsprach absolut der Wahrheit und musste betont werden. In der Tat hatten die von Donald Rumsfeld im Pentagon, Colin Powell im State Department und von Tony Blair in der Downing Street präsentierten

Argumente es nicht verdient, unbesehen geglaubt zu werden. Sie waren die ersten Schüsse in einer Propagandaoffensive zur Rechtfertigung eines Krieges, der bereits beschlossene Sache war.<sup>42</sup> Dies dachten mit Sicherheit viele von uns, die sich aktiv an der weltweiten Antikriegsbewegung beteiligten. Während der sechs Monate bis zum Krieg argumentierte ich, dies werde nur zum Teil ein Krieg um Öl sein, geschweige denn um Menschenrechte, sondern im Wesentlichen ein Krieg zur Festigung der imperialen Vormachtstellung.<sup>43</sup> Diese Ansicht setzte sich auch immer mehr bei jenen durch, die den Krieg befürwortet hatten. Glücklich und zufrieden zwischen diesen beiden Polen befanden sich die Schakale jeglicher Nationalität, die mit einem Mal entdeckt hatten, dass ein imperialistisches Vorgehen die bessere Lösung für den Irak sei und ein netteres und vorteilhafteres Regime in Bagdad einsetzen würde. Eine derartige Ansicht widerspricht sowohl der Geschichte als auch dem aktuellen Stand der Dinge, wie ich in den folgenden beiden Kapiteln zeigen werde.

Was sagt uns dies alles nun über *gumhurriya* oder *jamahiriya*, das Wort, das in der muslimischen Welt als Synonym für Republik und/oder Demokratie verwendet wird? Die Vorstellung von der Republik und der Volksherrschaft kam, wie bereits erwähnt, mit einem napoleonischen Schiff in die Region. Ein französischer Orientalist hatte Napoleons Emanzipationserklärung ins Arabische übersetzt und dabei das Wort *gumhur* (wörtliche Bedeutung: Volk) verwendet, um die Republik zu bezeichnen. Die konservativeren arabischen Chronisten zogen es vor, die Republik als »Rat der Älteren« zu bezeichnen. *Gumhur* war zu neu, zu radikal, und Allah allein wusste, wohin das noch führen mochte. Die Ägypter, die Napoleon willkommen hießen, bewunderten ihn zwar, die Republik und der glühende Antiklerikalismus der Französischen Revolution bereiteten

ihnen jedoch Kopfzerbrechen. Das britische und später das amerikanische Kolonialreich entsprach viel stärker den Bedürfnissen der konservativen Araber.

Hat das, was heute im Irak vor sich geht, irgendetwas mit Demokratie zu tun? Ja und nein. Wegen der Grausamkeit der Baath-Partei unter Saddam Hussein wandte sich eine große Mehrheit der Bevölkerung von ihr ab. In einem ihrer lichteren Momente hatte die Irakische Kommunistische Partei freie Wahlen zu einer konstituierenden Versammlung und zu einem Mehrparteiensystem gefordert. Voller Angst, dies könne in der Sowjetunion oder in Osteuropa missverstanden werden, hatten sie argumentiert, der Irak sei ein »Sonderfall«. In Anbetracht der unterschiedlichen politischen Strömungen, die die Revolution von 1958 unterstützt hatten, solle die Bevölkerung entscheiden, welche dieser Organisationen das Land regieren solle.

Unter den Radikalen innerhalb der Armee fand diese Vorstellung wenig Freunde. Die Baath-Partei war ebenso gegen diese »liberale« Auffassung wie die Genossen in Moskau und Ost-Berlin. Die irakischen Kommunisten machten einen Rückzieher. Die Identifikation eines Einparteiestaates mit Revolutionen und Radikalismus hatte eine Verschmelzung der Macht habenden Partei mit dem Staat zur Folge. So hatte das Vorbild der Sowjetunion in den Zwanziger- und Dreißigerjahren ausgesehen. Nachdem alle rivalisierenden Parteien verboten worden waren, argumentierten Rosa Luxemburg und andere linke Intellektuelle, würde der nächste logische Schritt darin bestehen, alle abweichenden Stimmen innerhalb der herrschenden Partei zu zerschlagen. Und nachdem kein Leben mehr in der Partei war, bestimmten die Vollzeit-Apparatschiks und ihre bevorzugten Führer das Schicksal der Gesellschaft.

Die Institutionalisierung dieser politischen Struktur als

»revolutionäre Norm« zählt zu den Tragödien des 20. Jahrhunderts, die die Welt der Kommunisten und ihrer gemäßigteren Nachahmer auf anderen Kontinenten zerstört haben. Der Irak gehört in die zweite Kategorie. Bemerkenswerterweise übernahmen die iranischen Mullahs dieses Modell nicht. Sie verboten zwar »antiislamische Parteien«, ließen aber ein gewisses Maß an abweichenden Meinungen und Gegenkandidaten für den Posten des Präsidenten der Islamischen Republik zu. Schon dieser winzige Spielraum ermöglichte es, dass abweichende Meinungen sich entwickelten und aufblühten – trotz der politischen und kulturellen Repression.

Wenn es im Irak eine vom Volk getragene, gewählte Führung gegeben hätte, dann hätte vermutlich nie eine Invasion stattgefunden. Eine vom Volk getragene Regierung hätte jede politische Partei aufgefordert, sich ihr anzuschließen, hätte die gesamte Bevölkerung bewaffnet und um jede Stadt und jedes Dorf gekämpft. Der Gegensatz zwischen der Niederlage des von den USA angezettelten Staatsstreiches gegen Hugo Chavez in Venezuela im April 2002 und dem Fall Bagdads 2003 könnte nicht krasser sein. Chavez war gewählt worden und hatte in neun verschiedenen Fällen wichtige Referenden für sich entschieden. Die venezolanischen Oligarchien waren trotz der totalen Kontrolle der Medien nicht imstande gewesen, ihn zu schlagen. In ihrer Verzweiflung wandten sie sich an Elemente in der Armee. Doch der Putsch scheiterte, weil die Soldaten und die Armen von Caracas sich weigerten, den undemokratischen Regimewechsel zu akzeptieren. Im Irak wollen nur wenige die Besatzung und leisten auf unterschiedliche Weise Widerstand, doch die beliebteste Parole auf der Straße lautet: »Nein zu Saddam, Nein zu Amerika!«

Wenn sich an den Bedingungen der Besatzung nichts ändert oder wenn die Besatzungsmächte eine neue

»Herrscherclique der Gangster«, eine Oligarchie schaffen, könnte sich die Parole durchaus verkürzen auf »Nein zu Amerika!«. Demokratie ist nicht gerade die bevorzugte westliche Regierungsform in ölreichen Ländern. Traditionell haben die Vereinigten Staaten eher Militärdiktaturen, Stammesherrschaften, große oder kleine Monarchien, oder echte Oligarchien vorgezogen. Warum sollte dies im Irak anders sein? Und wenn im Irak Wahlen zugelassen werden, was wäre, wenn eine gewählte Regierung die sofortige Beendigung der Besetzung, die irakische Kontrolle über irakisches Öl und einen Sicherheitspakt mit dem Iran forderte? Würde das nicht einen weiteren Regimewechsel erforderlich machen? Die Vereinigten Staaten haben allein bis Mitte Juli 2003 rund 48 Milliarden Dollar für den Irak-Krieg und den Unterhalt ihrer Armee aus 150000 Männern und Frauen ausgegeben. Dabei lebt die Mehrheit der Bevölkerung des Landes von weniger als fünf Dollar in der Woche. Dies sagt alles über die Realitäten der Re-Kolonisierung aus.

## ***Krieg und Kolonialreich***

Am 15. Februar 2003 gingen auf fünf Kontinenten mehr als acht Millionen Menschen auf die Straße und protestierten gegen einen Krieg, der noch nicht begonnen hatte. Diese erste wahrhaft globale Bewegung – ein derartiges Engagement hatte es noch nie gegeben – wollte die Besetzung des Irak verhindern, die im Pentagon geplant wurde. Die Zahlen der Demonstranten in Westeuropa brachen alle Rekorde: drei Millionen in Rom, zwei Millionen in Madrid, eineinhalb Millionen in London, eine halbe Million in Berlin, über hunderttausend in Paris, Brüssel und Athen. Die Behörden in Istanbul hatten einen Protestmarsch im Namen der »nationalen Sicherheit« verboten. Daraufhin berief die Friedensbewegung eine Pressekonferenz ein, um das Verbot anzuprangern – und zehntausend »Journalisten« erschienen. In den Vereinigten Staaten gab es große Kundgebungen in New York, San Francisco, Chicago und Los Angeles und kleinere Protestmärsche in fast allen Hauptstädten der Bundesstaaten, insgesamt beteiligten sich über eine Million Menschen. Eine halbe Million protestierte in Kanada. Auf der anderen Seite der Welt sah es nicht anders aus: 500000 Menschen gingen in Sydney auf die Straße, 250000 in Melbourne und 300000 in Kalkutta.

Am 21. März, als die britischen und amerikanischen Streitkräfte die Grenze zum Irak überschritten, erwachte, angeregt durch die weltweiten Proteste, schließlich auch die arabische Straße, die so lange reglos geblieben war, mit spontanen Demonstrationen in Kairo, Sanaa und Amman zum Leben. Das Söldnerregime von Hosni Mubarak in Ägypten geriet in Panik und ließ über 800

Menschen verhafteten, einige wurden im Gefängnis schlimm misshandelt. Im Jemen demonstrierten 30000 Menschen gegen den Krieg, eine größere Gruppe zog bis zur amerikanischen Botschaft und wurde dort mit Schüssen aufgehalten. Zwei Menschen starben, unzählige wurden verletzt. Im israelisch-amerikanischen Protektorat Jordanien hatte die königliche Regierung bereits ein ansatzweises Aufbegehren in einer Grenzstadt niedergeschlagen und ging nun brutal gegen Demonstranten in der Hauptstadt vor. Der Ton auf den Straßen der arabischen Welt war herausfordernd nationalistisch. »Wo ist *unsere Armee?*«, skandierten die Demonstranten in Kairo. In Pakistan nutzten die religiösen Parteien die pro-amerikanische Haltung der halbsäkularen Muslimliga und der pakistanischen Volkspartei aus und übernahmen die Führung der Antikriegsbewegung in Peschawar und Karatschi. In Kenia und Nigeria verhielten sich die Islamisten genauso und waren erfolgreicher: In beiden Ländern mussten die amerikanischen Botschaften evakuiert werden. In Indonesien zogen mehr als 200000 Demonstranten jeglicher politischer Couleur durch die Straßen von Jakarta.

Knapp ein Jahrhundert zuvor hatten mehr als acht Millionen Wähler den bis vor kurzem einzigen Versuch unternommen, einen Krieg durch eine große Protestbewegung zu verhindern, und hatten sich für die europäischen sozialistischen Parteien der Zweiten Internationale ausgesprochen. Im November 1912 kam die Internationale unter den gotischen Bögen des alten Münsters von Basel zu einem außerordentlichen Kongress zusammen in dem Bestreben, die drohende Katastrophe des Ersten Weltkriegs doch noch abzuwenden. Zur Hauptberatung des Kongresses wurden die Delegierten mit Bachs Messe in b-Moll empfangen.

Die Sozialisten-Führer aus Deutschland, England und

Frankreich mahnten eindringlich, sich allen aggressiven politischen Schritten ihrer jeweiligen Regierungen zu widersetzen. Man kam überein, dass die Parlamentsabgeordneten zu gegebener Zeit gegen die Bewilligung von Kriegskrediten stimmen sollten. Keir Hardies Aufruf zu einem »internationalen revolutionären Streik gegen den Krieg« erhielt großen Beifall, aber es wurde nicht darüber abgestimmt. Jean Jaurès wurde laut bejubelt, als er ausführte, »wie viel geringere Opfer eine Revolution bedeuten würde im Vergleich zu dem Krieg, den sie vorbereiten«. Victor Adler verlas die Resolution der Konferenz, die einstimmig verabschiedet wurde. Sie schloss mit den Worten: »Möge der kapitalistischen Welt von Ausbeutung und Massenmord die proletarische Welt von Frieden und weltweiter Brüderlichkeit gegenübergestellt werden.«

Im August 1914 hatten die Fanfarenstöße des Nationalismus diese ehrenvollen Überzeugungen zu Fall gebracht. Die klare programmatische Linie, die die Sozialisten in Basel gezeigt hatten, zerstob, als die Kriegsglocke die Bürger aller Länder zu den Waffen rief. Die Kriegskredite wurden nicht abgelehnt, Streiks wurden nicht ausgerufen und nirgendwo wurde eine Revolution angezettelt. Jaurès wurde im anschwellenden Sturm der chauvinistischen Hysterie von einem fanatischen Befürworter des Krieges ermordet. Während eine tapfere geschlagene Minderheit sich unbemerkt im schweizerischen Zimmerwald versammelte und dazu aufrief, den imperialistischen Krieg in einen »Bürgerkrieg gegen die Reaktion zu Hause« umzuwandeln, sah die Mehrheit der sozialdemokratischen Parteiführer tatenlos zu, wie ihre Anhänger zu den jeweiligen Fahnen eilten und sich gegenseitig abschlachteten. Mehr als zehn Millionen Soldaten fielen auf den europäischen Schlachtfeldern bei der Verteidigung der kapitalistischen Ordnung. Im Verlauf des Konflikts betrat eine neue Großmacht die Bühne der

Weltpolitik. Ein Jahrhundert später haben die Vereinigten Staaten praktisch jeden potenziellen Rivalen ausgeschaltet und sind der führende – oft genug der einzige – Akteur in jedem internationalen Drama.

Die mehr als acht Millionen Menschen, die 2003 auf die Straßen gingen, hatte keine Internationale zusammengerufen und sie hatten auch kein gemeinsames Programm. Sie stammten aus ganz unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen und waren einzig durch den Wunsch geeint, die imperialistische Invasion eines arabischen Landes mit reichen Öl vorkommen in einer Region zu verhindern, die bereits unter dem Kolonialkrieg in Palästina zu leiden hat. Instinktiv waren die meisten Protestierenden auf die Straße gegangen, weil sie die offiziellen Begründungen für das Blutvergießen ablehnten. All jene, die die Begründungen als »plausibel« ansehen, haben Schwierigkeiten zu verstehen, wie tief der Widerstand reicht, den sie provoziert haben, und wie viel Hass viele junge Leute für die Propagandisten des Krieges empfinden.

Außerhalb der Vereinigten Staaten glaubten nur wenige, dass die rigoros weltliche Baath-Partei irgendwelche Verbindungen zu al-Qaida hat. Und was die »Massenvernichtungswaffen« anbetrifft, so gibt es bisher nur eine Atommacht in der Region, und das ist Israel. Condoleezza Rice hat im letzten Jahr der Clinton-Regierung selbst gesagt, auch wenn Saddam Hussein ein entsprechendes Waffenarsenal hätte, könnte er keinen Gebrauch davon machen: »Falls sie Massenvernichtungswaffen erwerben, werden sie sie nicht einsetzen können, weil jeder Versuch mit der nationalen Vernichtung enden würde.<sup>1</sup> Im Jahr 2000 waren die Massenvernichtungswaffen nutzlos, drei Jahre später muss Saddam auf einmal durch den Einsatz massiver englisch-amerikanischer Expeditionsstreitkräfte und den Abwurf von Streubomben

auf irakische Städte am Gebrauch seiner Massenvernichtungsmittel gehindert werden? Der Vorwand hat nicht nur niemanden überzeugt, er hat den breiten Widerstand auch noch angefacht, weil Millionen nun sahen, dass die größte Bedrohung für den Frieden nicht von den leeren Waffenarsenalen sterbender Diktaturen ausgeht, sondern vom verdorbenen Kern des amerikanischen Imperiums und seiner Satrapen Israel und Großbritannien. Die junge Generation ist radikal geworden, weil sie diese Realität erkannt hat.

Gleichwohl lautet das Hauptargument der Bush-Regierung und ihrer Busenfreunde in London nach wie vor, das irakische Regime habe entwaffnet werden müssen. Präsident Bush hat das Thema Massenvernichtungswaffen mit der Unterstützung willfähriger Fernsehsender in den sieben Monaten vor der Invasion in der öffentlichen Diskussion gehalten. Die Propaganda prasselte auf die amerikanische Öffentlichkeit nieder wie Tonnen von Ziegelsteinen, aber außerhalb der Vereinigten Staaten glaubten nur wenige die grotesken Übertreibungen. Dennoch blieb das Weiße Haus bei seiner Position, und die Redenschreiber des Präsidenten hatten einiges zu tun, wie die folgende Zusammenstellung von Äußerungen George W. Bushs zeigt:

»In diesem Augenblick erweitert und verbessert der Irak Einrichtungen für die Produktion von biologischen Waffen.«

*Rede vor den Vereinten Nationen, 12. September 2002*

»Der Irak hortet biologische und chemische Waffen und baut seine Einrichtungen für die Produktion dieser Waffen weiter aus.«

»Wir wissen aus verlässlichen Quellen, dass Saddam Hussein kürzlich seinen Befehlshabern im Feld den Einsatz chemischer Waffen gestattet hat – Waffen, die der Diktator angeblich gar nicht besitzen will.«

*Radioansprache, 5. Oktober 2002*

»Das irakische Regime ... besitzt und produziert chemische und biologische Waffen. Es strebt nach Atomwaffen.«

»Wir wissen, dass das Regime Tausende Tonnen chemischer Wirkstoffe produziert hat, darunter Senfgas, Sarin und das Nervengas VX.«

»Durch geheimdienstliche Erkenntnisse wissen wir, dass der Irak eine ständig wachsende Flotte bemannter und unbemannter Luftfahrzeuge besitzt, die dazu eingesetzt werden könnten, chemische oder biologische Waffen jenseits der Grenzen auszubringen. Wir fürchten, der Irak könnte Wege erforschen, wie er mit unbemannten Luftfahrzeugen Ziele in den Vereinigten Staaten erreichen könnte.«

»Wir haben Erkenntnisse, dass der Irak an der Wiederaufnahme seines Atomwaffenprogramms arbeitet. Saddam Hussein hat etliche Zusammenkünfte mit irakischen Nuklearwissenschaftlern gehabt, er nennt sie seine ›nuklearen Mudschaheddin‹ – seine heiligen Krieger des Atomkriegs. Satellitenaufnahmen zeigen, dass der Irak Produktionseinrichtungen an Stätten wiederaufbaut, die in der Vergangenheit Teil seines Atomprogramms gewesen sind. Der Irak hat versucht, spezielle Aluminiumröhren und andere Teile für Gaszentrifugen zu kaufen, die zur Anreicherung von Uran für Atomwaffen gebraucht werden.«

*Rede in Cincinnati, Ohio, 7. Oktober 2002*

»Unsere Geheimdienstexperten schätzen, dass Saddam Hussein die Mittel für die Produktion von 500 Tonnen Sarin, Senfgas und VX-Nervengas besitzt.«

*Rede zur Lage der Nation, 28. Januar 2003*

»Erkenntnisse unserer Regierung und anderer Regierungen lassen keinen Zweifel, dass das irakische Regime weiterhin einige der gefährlichsten Waffen aller Zeiten besitzt und versteckt.«

*Rede an die Nation, 17. März 2003*

In London plapperte der britische Premierminister diese Sätze brav nach. Er wollte selbst ein Dossier zusammenstellen, das die Behauptungen untermauern sollte. Das Dossier wollte er nach Texas zum ersten

Kriegsrat mit seinem Oberkommandierenden mitnehmen. Aber er fuhr schließlich mit leeren Händen, weil der britische Geheimdienst sich weigerte, die erforderlichen Informationen zu produzieren. Daraufhin stellte die Propagandaabteilung unter Leitung von Alastair Campbell in Downing Street 10 hastig eine Akte aus Halbwahrheiten, Spekulationen und eindeutigen Lügen zusammen, und zwar aus Material, das die Internet-Suchmaschine Google zu entsprechenden Stichworten lieferte. Dass den Londoner Bemühungen in Washington so großes Gewicht beigemessen wurde, ist ein Indiz dafür, wie dünn die Beweislage dort aussah. Auch London hatte wenig Substanzielles zu bieten, aber der britische Premierminister galt als überzeugenderer Akteur als Bush. Am 18. März 2003 wiederholte Blair das Mantra: »Wir sollen glauben, dass Saddam die Zerstörung dieser Waffen angeordnet hat. Ich sage, diese Behauptung ist einfach absurd.« Doch genau dies sagte Donald Rumsfeld kurz nach dem Fall von Bagdad. Der britische Premierminister, sein Außen- und sein Verteidigungsminister wiederholten die Behauptung nach der Einnahme der irakischen Hauptstadt *ad nauseam*, was eine erstaunliche Reaktion von Sir Rodric Braithwaite zur Folge hatte, ehemaliger Geheimdienstkoordinator und ehemaliger nationaler Sicherheitsberater von Tony Blair. In einem Brief an die *Financial Times* vom 10. Juli 2003 schrieb Braithwaite:

Wenn der derzeitige Streit weitergeht, werden ohne Zweifel die Stimmen lauter werden, die eine juristische Untersuchung der Frage fordern, wie die Regierung mit Geheimdienstinformationen über den Irak umgegangen ist. Unterdessen hat es wenig Sinn, darüber zu spekulieren, was eine solche Untersuchung wohl zu Tage fördern und welche Auswirkung sie für die politische Zukunft des Premierministers haben könnte.

Die Bemühungen, eine skeptische Öffentlichkeit zu gewinnen, stützten sich jedoch nicht primär auf Geheimdienstdossiers. In den ersten Monaten dieses Jahres wurden wir mit Warnungen

überschüttet, britischen Städten drohten jederzeit massive terroristische Angriffe. Die Hausfrauen wurden angewiesen, Vorräte an Lebensmitteln und Wasser anzulegen. Am Flughafen Heathrow zogen Panzer auf. Die Menschen wollten keinen Krieg, um die Autorität der Vereinten Nationen zu erhalten, einen bösen Diktator in einem fernen Land zu stürzen oder um die Demokratie im Mittleren Osten durchzusetzen. Aber in dieser an Hysterie grenzenden Atmosphäre begannen sie zu glauben, dass Großbritannien selbst unmittelbar bedroht wäre und dass wir den ersten Schlag führen müssten. Und so schaffte es der Premierminister mit knapper Not, das Parlament hinter sich zu bringen.

Was ist seither geschehen? Massenvernichtungswaffen wurden nicht gefunden. Falls sie existieren, sind sie so gut versteckt, dass sie keine unmittelbare Bedrohung für Großbritannien darstellen. Die offiziellen Warnungen vor terroristischen Angriffen auf unsere Städte sind verstummt, obwohl der Ausgang des Krieges den Anreiz für Terroristen, uns anzugreifen, wohl eher vergrößert als vermindert hat. Im Chaos der Straßen von Bagdad scheint die Demokratie so weit entfernt wie eh und je. Kann sein, dass alles gut wird. Aber im Augenblick sieht es nicht danach aus.

Fischhändler leben vom Fisch, Kriegstreiber vom Krieg. Mag sein, dass beide ernsthaft von ihrem Produkt überzeugt sind. Der Premierminister hat sicher in bestem Glauben gehandelt. Aber es sieht so aus, als hätte er seine Ware entschieden zu sehr angepriesen. Das endgültige Urteil werden nicht die Mandarine fällen, auch nicht die Richter und die Politiker. Der Konsument seines Produkts wird es fällen: die britische Öffentlichkeit.

Zwei Tage später meldete sich die *New York Times* zu Wort und verlangte eine förmliche Untersuchung der Frage, ob die Regierung die Nation absichtlich über das Ausmaß der irakischen Bedrohung getäuscht hatte. Bei Meinungsumfragen in den Vereinigten Staaten sagte im Juli 2003 erstmals eine Mehrheit, sie glaube getäuscht worden zu sein. Die Ironie an der Sache ist, dass Bush, Cheney und Powell sich mit diesen absurdem Vorwänden um ein positives Votum der Vereinten Nationen bemühten, das Tony Blair helfen sollte, im britischen Parlament eine Mehrheit für den Krieg zu bekommen. Die

meisten Lügen stammten aus Großbritannien und wurden verbreitet, damit Washington die Fiktion aufrechterhalten konnte.

Und wir dürfen auch den isolierten Hans Blix nicht vergessen, den Chef der UN-Waffeninspektoren, der von Washington massiv unter Druck gesetzt wurde, etwas zu finden. Er fand nichts. Später beklagte er sich darüber, er und seine Leute seien von den Vereinigten Staaten benutzt worden, um eine Rechtfertigung für den Krieg zu liefern, und er riet anderen Ländern, keine UN-Inspektoren hereinzulassen. Die Inspektionen dienten wahrscheinlich nur als Vorwand für einen Krieg. In der Presse hieß es, Herr Blix ... streute Salz in die Wunden. London und Washington hätten aus »sehr, sehr dünnen« Beweisen eine Begründung für die Invasion des Irak konstruiert. Dabei bezog er sich auf die Dokumente, die angeblich belegten, dass der Irak atomwaffenfähiges Uran aus Niger importiert hatte, und die sich später als gefälscht erwiesen. »Ich denke, es gehört zu den verwirrenden Aspekten des Falls, dass so viel von dem Geheimdienstmaterial, auf das die Hauptstädte sich stützen, allem Anschein nach nicht zuverlässig ist«, sagte Blix und deutete damit an, dass Großbritannien und die Vereinigten Staaten gezielt solche Geheimdienstinformationen durchsickern ließen, um die Arbeit der Waffeninspektoren zu untergraben.<sup>2</sup>

Einen Monat später räumte der stellvertretende US-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz in einem Interview mit *Vanity Fair* ein, »aus Gründen, die viel mit der amerikanischen Regierungsbürokratie zu tun haben, konzentrierten wir uns auf das eine Thema, bei dem alle sich einig waren: Massenvernichtungswaffen«. Ein paar Wochen später erklärte er in Singapur genauso unverblümt, die Antwort auf die Frage, »warum eine Atommacht wie Nordkorea anders behandelt werde als der Irak, wo man keine Massenvernichtungswaffen gefunden

hat, lautet ganz einfach: »Der wichtigste Unterschied zwischen Nordkorea und dem Irak ist wirtschaftlicher Natur, im Irak hatten wir einfach keine Wahl. Das Land schwimmt in einem Meer von Öl.«<sup>3</sup> Das war nur die halbe Wahrheit. Wenn es wirklich um das Öl gegangen wäre, hätte nichts gegen eine Annäherung mit Saddam Hussein gesprochen, er hätte sicherlich genauso gern mit amerikanischen Firmen Geschäfte gemacht wie mit den französischen und russischen.

Um die schrecklichen Sanktionen zu rechtfertigten, die den Irak ruinierten, argumentierten die Vereinigten Staaten, die Massenvernichtungswaffen lagerten wahrscheinlich in Gängen und Gewölben unter Saddam Husseins Palästen, deshalb habe man den Inspektoren auch den Zutritt zu den Palästen verwehrt. Die Absurdität dieser Behauptung wurde offenbar, als das »Zentkom« der Vereinigten Staaten in Katar die Bombardierung der Paläste anordnete. Die amerikanischen Kriegsherren erzählten der Öffentlichkeit beständig, es bestehe die Gefahr, dass die irakischen »Massenvernichtungswaffen« in die Hände »islamistischer Terroristen« gelangen könnten.

Offenkundig glaubten sie diesen Unsinn selbst nicht, wie ein Kommentator in der *Financial Times* darlegte:

*Das skandalösste Beispiel dafür, dass die amerikanische Regierung unfähig ist, diese Gefahr zu erfassen, ist ihr Versagen bei der Sicherung der bekannten zivilen Atomanlagen im Irak. Rund eine Woche nach dem Fall von Bagdad ließen sie atomares Material vollkommen unbewacht herumliegen, Plünderer konnten sich nach Belieben bedienen. Dass eine Regierung, die angeblich so große Angst vor einer nuklearen Bedrohung durch terroristische Gruppen hat, einen so eklatanten Fehler beging, spricht für ein sehr verzerrtes Verständnis von Prioritäten.<sup>4</sup>*

Die republikanische Regierung nutzte das nationale Trauma des 11. September, um unter dem Damokles-schwert der terroristischen Bedrohung einen Law-and-Order-Patriotismus zu erzeugen und kritische Stimmen zu ersticken, während sie gleichzeitig nach außen hin eine ambitionierte kolonialistische Agenda verfolgte. Die Besetzung des Irak verspricht dabei nur der erste Schritt zu sein. Auf dem Programm steht die Durchsetzung dessen, was 1997 erstmals unter der Überschrift »Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert« formuliert wurde. Zu den Unterzeichnern zählten seinerzeit Dick Cheney, Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz, Jeb Bush, Zalmay Khalilzad, Elliott Abrams und Dan Quayle, für intellektuellen Glanz sorgten Francis Fukuyama, Midge Decter, Lewis Libby und Norman Podhoretz. Das amerikanische Empire könne sich nach dem Ende des Kalten Krieges nicht selbstzufrieden zurücklehnen, argumentierten sie. »Wir haben anscheinend vergessen, welches die ausschlaggebenden Faktoren für den Erfolg der Regierung Reagan waren: starke Streitkräfte, die bereit sind, sich gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen zu stellen, eine Außenpolitik, die mutig und entschlossen amerikanische Prinzipien im Ausland durchsetzt, und eine nationale Führung, die die globale Verantwortung der Vereinigten Staaten annimmt.« Die Sprache dieses erlauchten Kreises ist verglichen mit den Euphemismen der Clinton-Ära lobenswert direkt: Die amerikanische Hegemonie wird mit Gewalt geschützt, wo immer und wann immer es nötig ist. Dass die Europäer die Hände ringen, wenn sie so etwas hören, beeindruckt in diesen Kreisen wenig.

Die Anschläge im September 2001 auf das World Trade Center und das Pentagon waren für die US-Regierung deshalb ein Geschenk des Himmels. Am nächsten Tag

wurde auf einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates diskutiert, ob man den Irak oder Afghanistan angreifen sollte, und erst nach längerer Diskussion fiel die Entscheidung für Afghanistan. Ein Jahr später wurden die in dem »Projekt« skizzierten Ziele umstandslos in die »Strategie der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten von Amerika« überführt, die Bush im September 2002 ausgab. Die Expedition nach Bagdad sollte der erste Testfall sein.<sup>5</sup> Zwölf Jahre UN-Embargo und britisch-amerikanische Bombenangriffe hatten nicht ausgereicht für den Sturz des Baath-Regimes und die Entmachtung seines Führers. Man konnte den Übergang zu einer offensiveren kolonialistischen Strategie nicht besser demonstrieren als dadurch, dass man im Irak ein Exempel statuierte. Zwar erklärt kein einzelner Grund, warum der Irak ins Visier geriet, aber es ist klar, welche Überlegungen dabei eine Rolle spielten. Ökonomisch gesehen besitzt der Irak die zweitgrößten Vorräte an billigem Erdöl weltweit. Bagdad hatte im Jahr 2000 entschieden, die Rechnungen für die Ölexporte künftig in Euro statt in Dollar auszustellen. Es bestand die Gefahr, dass Präsident Chavez in Venezuela und die iranischen Mullahs diesem Beispiel folgen könnten. Die Privatisierung der irakischen Ölfelder unter amerikanischer Kontrolle würde zur Schwächung der OPEC beitragen. Unter strategischem Gesichtspunkt war die Existenz eines unabhängigen arabischen Regimes in Bagdad den israelischen Militärs seit jeher ein Dom im Auge. Im iranisch-irakischen Krieg, als Saddam noch ein Verbündeter des Westens war, hatte die israelische Armee Ersatzteile an Teheran geliefert. Seit in Washington dem Likud nahe stehende republikanische Eiferer die politischen Schlüsselpositionen besetzt haben, ist die Eliminierung eines traditionellen Gegners ein attraktives kurzfristiges Ziel für Jerusalem. Und wie einst die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki als

Machtdemonstration der Amerikaner gegenüber der Sowjetunion dienten, soll heute der Blitzkrieg gegen den Irak der ganzen Welt und wohl vor allem den Staaten im Fernen Osten – China, Nordkorea und auch Japan – zeigen, dass die Amerikaner in der Lage sind, ihren Willen durchzusetzen, wenn es hart auf hart kommt.

Der offizielle Vorwand für den Krieg – es sei lebenswichtig, die Bedrohung durch die irakischen Massenvernichtungswaffen zu beseitigen – war, wie oben bereits betont, zu dünn und musste als hinderlich aufgegeben werden, als sogar anerkannt beflissene UN-Inspektoren keinerlei Spuren solcher Waffen fanden (es ist kein Geheimnis, dass das UN-Inspektorenteam von der CIA unterwandert ist). Ihnen blieb nichts anderes übrig, als um mehr Zeit zu bitten. Möglicherweise werden sie nachträglich etwas »entdecken«, was die »Glaubwürdigkeit« des britischen Premierministers und seines Kabinetts rettet, aber in Washington messen nur wenige diesem kläglichen Schreckgespenst noch viel Bedeutung bei. Als neue Rechtfertigung für die Invasion des Irak wurde nun angeführt, in dem Land müssten demokratische Verhältnisse etabliert werden, die Aggression wurde zur Befreiung umgedeutet. Wenige im Mittleren Osten, ob Freunde oder Feinde der Amerikaner, lassen sich davon täuschen. Die Völker der arabischen Welt sehen die *Operation Iraqi Freedom* als eine schauerliche Scharade, als einen Deckmantel für eine kolonialistische Eroberung im altmodischen europäischen Stil, die wie alle früheren derartigen Vorstöße auf denkbar wackeligen Fundamenten fußt: auf unzähligen Fälschungen, Gier und kolonialistischen Träumereien. Der Zynismus der aktuellen amerikanischen Behauptung, man wolle dem Irak die Demokratie bringen, wird deutlich aus Colin Powells Äußerungen bei einem Presse-Briefing 1992. Damals war er unter Bush senior Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs. Über das Projekt, das nun offensichtlich

umgesetzt wird, meinte er damals:

*Saddam Hussein ist ein schrecklicher Mensch, er ist eine Bedrohung für sein eigenes Volk. Ich denke, sein Volk wäre mit einem anderen Führer besser dran, aber es ist eine romantische Illusion zu glauben, wenn Saddam Hussein morgen von einem Bus überfahren würde, stünde schon ein Demokrat im Sinne Jeffersons bereit und würde freie Wahlen abhalten [Gelächter]. Wir bekämen – raten Sie – wahrscheinlich einen zweiten Saddam Hussein. Sie würden eine Weile brauchen, um die Bilder auf den Wänden zu übermalen [Gelächter], aber wir dürfen uns über das Wesen dieses Landes oder seiner Gesellschaft keine Illusionen machen. Das amerikanische Volk und all diejenigen, die uns jetzt kritisieren, wären empört gewesen, wenn wir weiter nach Bagdad marschiert wären. Zwei Jahre später würden die amerikanischen Soldaten immer noch durch die Straßen von Bagdad patrouillieren und nach einem Jefferson Ausschau halten [Gelächter].<sup>6</sup>*

Diesmal wird Powell dafür sorgen, dass zusammen mit Klimaanlagen und dem weiteren Nachschub auch Demokraten in der Nachfolge Jeffersons eingeflogen werden. Er weiß, dass sie wohl Tag und Nacht von Schlägertrupps, die die Amerikaner anwerben, bewacht werden müssen, genau wie die Marionette Karsai in Kabul. Für den Augenblick haben Rivalitäten zwischen den Ministerien in Washington und wachsender Widerstand im Irak die Installierung eines Marionettenregimes verhindert. Die anglo-amerikanischen Freunde der Möchtegern-Marionette Ahmed Chalabi, die alle loyal den Krieg und die Besetzung befürwortet haben, sind verärgert, dass ihr Führer praktisch aufs Abstellgleis geschoben wurde. Ahmed Chalabi trug amerikanische Militärkleidung, als er in Bagdad eintraf, und registrierte

erstaunt, dass er nicht von dankbaren Massen umringt wurde. In Anbetracht der Stimmung in der Stadt hätte er froh sein sollen, dass er nicht gelyncht wurde. Seine Anhänger, die ebenfalls in einer Traumwelt lebten, reisten durch das Land, rissen Saddam-Porträts von den Wänden und hängten stattdessen Bilder von Chalabi auf. Sie wunderten sich, dass die größtenteils auch wieder abgerissen wurden. Heute ist der Möchtegern-Nuri-al-Said nur ein Schakal unter vielen. Chalabis Geistesverwandter Kanaan Makiya begleitete den irakischen Jefferson nicht nach Bagdad. Er nahm in Tel Aviv eine Ehrung entgegen, die Universität verlieh ihm die Ehrendoktorwürde (für unverlangt erbrachte Gefälligkeiten dem Staat Israel gegenüber?), und dann kehrte er in die Vereinigten Staaten zurück. Aus diesem sicheren Hafen schrieb er eine Lobrede für die in Saudi-Arabien beheimatete arabische Tageszeitung *Al-Hayat* (Das Leben), auf den ersten, wenn auch nur kurz amtierenden Vizekönig des »befreiten Irak«, General Jay Garner. Eine Woche später war der große Mann durch Paul Bremer ersetzt worden.

Auf der einen Seite erhob sich ein kollektiver Aufschrei gegen die Invasion des Irak. Auf der anderen Seite stand die US-Administration, die von Anfang an offen und unerschütterlich dazu entschlossen war. Zwischen beiden Positionen befanden sich die Regierungen der übrigen Staaten der Welt. Wie haben sie reagiert? London handelte erwartungsgemäß als bedingungsloser Helfershelfer Washingtons bei dem Blutvergießen. Der Labour-Imperialismus besitzt eine lange Tradition, und Blair hat bereits im Balkankrieg gezeigt, dass er sich als kläffende Bulldogge aufführen kann, die an der Leine zerrt, und nicht nur als Pudel.<sup>7</sup> Seit Großbritannien pausenlos Bombenangriffe auf den Irak fliegt, Tragfläche an Tragfläche mit den Amerikanern unter Clinton wie unter Bush, praktisch seit Amtsantritt von New Labour, kann nur ein naiver Beobachter sich darüber wundern, dass ein

Drittel der britischen Armee in die ehemals größte Kolonie des Landes im Mittleren Osten eingerückt ist, und über das Hin und Her um die Unterschriften von »Rebellen« aus dem Abgeordnetenhaus wie Robin Cook, Clare Short und Mo Mowlam (ehemalige Kabinettsmitglieder), die zwar die Gewalt bedauerten, aber gleichzeitig den Tätern Gottes Beistand wünschen.

Berlusconi in Italien und Aznar in Spanien, die beiden am weitesten rechts stehenden Regierungen in Europa, waren die passenden Partner für Blair, als es darum ging, die kleineren Fische in der EU, wie Portugal und Dänemark, zu überzeugen. Simitis offerierte griechische Start- und Landeeinrichtungen für amerikanische Spionageflugzeuge. Die osteuropäischen Staaten stellten sich wie ein Mann hinter Bush und verliehen damit der Bezeichnung »Satellitenstaaten«, die sie in früheren Zeiten so lange getragen hatten, eine neue Bedeutung. Die in Polen, Ungarn und Albanien regierenden ehemaligen kommunistischen Parteien überboten sich gegenseitig in Bekundungen ihrer neuen Gefolgschaftstreue: Warschau entsandte ein Truppenkontingent in den Irak, Budapest stellte Trainingscamps für Exil-Iraker zur Verfügung, und das kleine Tirana wollte mit heldenhaften Nichtkombattanten für das Schlachtfeld helfen.

Frankreich und Deutschland hingegen erhoben über Monate hinweg protestierend ihre Stimmen und erklärten, dass sie einen amerikanischen Angriff auf den Irak entschieden ablehnten. Gerhard Schröder erreichte seine knappe Wiederwahl mit dem Versprechen, er werde einen Krieg gegen Bagdad nicht unterstützen, selbst wenn die Vereinten Nationen ihre Zustimmung dazu geben sollten. Gestärkt durch ein Veto des Sicherheitsrates, legte Chirac sogar noch wortreicher dar, Frankreich werde keinesfalls einen Angriff ohne UN-Votum auf das Baath-Regime dulden. Gemeinsam brachten Frankreich und Deutschland

Russland dazu, ebenfalls seine Ablehnung der amerikanischen Pläne kundzutun. Sogar China meldete vorsichtig Bedenken an.

Die französisch-deutschen Initiativen versetzten die außenpolitischen Kommentatoren in helle Aufregung: Ein einmaliger Riss ging durch die atlantische Allianz. Was sollte aus der europäischen Einheit werden, aus der NATO, der viel beschworenen »internationalen Staaten-gemeinschaft«, wenn diese unselige Kluft bestehen blieb? Konnte das Konzept des einigen Westens überleben? Alle derartigen Befürchtungen erwiesen sich rasch als unbegründet. Kaum erhellten die ersten Tomahawk-Raketen den Nachthimmel über Bagdad und starben die ersten Zivilisten durch die Hände amerikanischer Marines, da beeilte sich Chirac zu erklären, dass Frankreich den amerikanischen Bombern Überflugrechte einräumen werde (was er in seiner Eigenschaft als Premierminister seinerzeit abgelehnt hatte, als Reagan Libyen attackierte) und dass er den amerikanischen Soldaten im Irak einen »schnellen Erfolg« wünsche. Deutschlands kadavergrüner Außenminister Joschka Fischer ließ verlautbaren, seine Regierung hoffe ebenfalls, dass der Widerstand gegen den englisch-amerikanischen Angriff »rasch zusammen-brechen« möge. Und nicht zu vergessen Putin: Er teilte seinen russischen Landsleuten mit, »aus wirtschaftlichen und politischen Gründen« könne Russland nur einen klaren Sieg der Vereinigten Staaten im Irak wünschen. Die Teilnehmer der Zweiten Internationale hätten sich nicht ehrenvoller verhalten können.

Weiter entfernt sah es nicht anders aus. Der japanische Regierungschef Koizumi hatte es noch eiliger als seine europäischen Amtskollegen, seine volle Unterstützung für die englisch-amerikanische Aggression auszudrücken, und er stellte großzügige Hilfe des bedrängten japanischen Steuerzahlers für die Finanzierung der Besatzung in

Aussicht. Der neue Präsident von Südkorea, Roh Moo-hyun, den die Jugend des Landes mit großen Hoffnungen als unabhängigen Radikalen ins Amt gewählt hatte, diskreditierte sich selbst umgehend, weil er nicht nur den amerikanischen Krieg im Mittleren Osten billigte, sondern auch Truppen anbot, ganz in der unseligen Tradition des Diktators Park Chung Hee im Vietnamkrieg. Wenn dies das neue Seoul sein sollte, ist Pjöngjang gut beraten, seine militärischen Vorbereitungen voranzutreiben, um für eine Wiederholung des Abenteuers auf der koreanischen Halbinsel gerüstet zu sein.

Die Regierung der Arbeiterpartei in Brasilien beschränkte sich darauf, ein paar halbherzige Vorbehalte zu murmeln. Der sozialistische Präsident Chiles, Ricardo Lagos – ein Mann ohne Rückgrat, selbst nach den Maßstäben der Sozialdemokratie südlich des Äquators – telegraфиerte hektisch seinem Botschafter bei den Vereinten Nationen, der im Gespräch mit Journalisten leichtfertig das Wort »verurteilen« gebraucht hatte, und ließ dies offiziell korrigieren: Chile verurteile den englisch-amerikanischen Einmarsch keineswegs, es »bedauere« ihn lediglich. Wäre dieser Sprachgebrauch schon 1973 Usus gewesen, hätten wir den von den Vereinigten Staaten gesponserten Staatsstreich gegen Salvador Allende »bedauern« können, ohne ihn zu »verurteilen«. Immerhin hätte man argumentieren können, dies sei eine »innere Angelegenheit« gewesen. Die Vereinigten Staaten waren nicht in das Land einmarschiert.

Im Nahen Osten ist das Bild von Heuchelei und heimlichem Einvernehmen durchaus vertraut. Ungeachtet der überwältigenden Ablehnung durch die arabische Öffentlichkeit erfüllten alle Klientenregime brav ihre Pflicht gegenüber dem großen Zahlmeister. In Ägypten gewährte Mubarak der US Navy freie Durchfahrt durch

den Suezkanal und der US Air Force Überflugrechte, während seine Polizei Hunderte von Demonstranten niederknüppelte und verhaftete. Das saudische Herrscherhaus gestattete amerikanischen Cruisemissiles den Überflug ihres Territoriums und amerikanische Kommandozentralen durften ganz selbstverständlich von saudischen Gebiet aus operieren. Die Golfstaaten sind seit langem praktisch militärische Anhängsel von Washington. Jordanien hatte es im ersten Golfkrieg geschafft, mehr oder weniger neutral zu bleiben. Diesmal stellte es eifrig Stützpunkte für amerikanische Spezialeinheiten zur Verfügung, von wo aus diese Vorstöße über die Grenze unternehmen konnten. Die iranischen Mullahs, die außenpolitisch genauso dumm sind wie innenpolitisch repressiv, kollaborierten im afghanischen Stil bei CLA-Operationen. Die Arabische Liga übertraf sich selbst im kollektiven Ausdruck von Würdelosigkeit und verkündete ihren Widerstand gegen den Krieg, während eine Mehrheit der Mitglieder sich bereits daran beteiligte. Diese Organisation wäre in der Lage, die Kaaba rot, blau und weiß zu besprühen und gleichzeitig zu behaupten, sie sei schwarz.<sup>8</sup>

Die Realität der »internationalen Staatengemeinschaft« – sprich: der globalen Hegemonie der Amerikaner – hat sich noch nie so deutlich gezeigt wie in diesem deprimierenden Panorama. Vor diesem Hintergrund der allgemeinen stillschweigenden Duldung und des Verrats haben sich einige wenige – sehr wenige – Akte echten Widerstandes ab. Als einzige gewählte Körperschaft versuchte das türkische Parlament den Krieg aufzuhalten. Die frisch gewählte Regierung der islamischen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) verhielt sich nicht besser als ihre Pendants andernorts, feige verhandelte sie um noch höhere Bestechungssummen, damit die Vereinigten Staaten die Türkei als Ausgangsbasis für Vorstöße ihrer Bodentruppen in den Nordirak nutzen

durften. Aber der Druck der Massen, Anflüge von Nationalstolz und die eine oder andere Regung des Gewissens veranlassten ausreichend viele Mitglieder der Regierungspartei, aufzubegehen und sich dem Handel zu widersetzen, und so durchkreuzten sie die Pläne des Pentagons. Die Regierung in Ankara öffnete eilends den Luftraum für US-Raketen und Fallschirmspringer, aber die Haltung des türkischen Parlaments – der eigenen Regierung die Stirn zu bieten, von den Vereinigten Staaten ganz zu schweigen – änderte den Verlauf des Krieges. Sie unterschied sich von der Empörung mancher europäischer Staaten, die nichts kostete und sich in Luft auflöste, als die Kämpfe begannen.

Die indonesische Präsidentin Megawati lenkte den Blick auf des Kaisers neue Kleider und verlangte eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates, auf der die amerikanisch-britische Expedition verurteilt werden sollte. Monatelang hatten Paris, Berlin und andere Hauptstädte sich lautstark über die Unantastbarkeit der Autorität der UN verbreitet, nun war die Reaktion totales Schweigen. In Malaysia brach Regierungschef Mahathir nicht zum ersten Mal ganz ungeniert ein diplomatisches Tabu und verlangte rundweg den Rücktritt von Kofi Annan, weil er angesichts der amerikanischen Aggression die Rolle des stummen Dieners spielte. Diese Politiker begriffen besser als andere in der Dritten Welt, dass das amerikanische Empire sein enormes militärisches Arsenal dazu einsetzte, dem Süden eine Lektion darüber zu erteilen, welche Macht der Norden besitzt, den Süden einzuschüchtern und zu kontrollieren.

Der Krieg im Irak wurde nach dem Muster der Kriege in Jugoslawien und Afghanistan geplant. Es ist ganz klar, dass die Politiker und Generäle in Washington und London hofften, das Modell Kosovo-Kabul könnte in wesentlichen Zügen wiederholt werden: den Gegner durch

massive Luftschlüge in die Knie zwingen, sodass Bodenkämpfe weitgehend überflüssig sind. In beiden Fällen hatte es keinen nennenswerten Widerstand mehr gegeben, nachdem die B-52-Bomber und die Daisy-Cutter ihr Werk getan hatten. Aber zur Absicherung des Ergebnisses brauchte man »Verbündete« innerhalb der jeweiligen Regime.<sup>9</sup> Auf dem Balkan redeten Jelzins Emissäre Milosevic zu, dass er seinen Kopf in die Schlinge der Amerikaner legte, indem er den Rückzug seiner kampfbereiten Truppen aus ihren Stellungen im Kosovo anordnete. In Afghanistan sorgte Musharraf dafür, dass der Großteil der Taliban-Kämpfer und ihre pakistanischen »Berater« verschwanden, sobald die *Operation Enduring Freedom* begonnen hatte. In beiden Ländern zog die fremde Schutzmacht, auf die die Regime im Land vertraut hatten, ihnen den Boden unter den Füßen weg.

Die Diktatur der Baath-Partei im Irak war im Vergleich dazu schon immer härter und widerstandsfähiger. In den verschiedenen Stadien ihrer Entwicklung hatte sie unterschiedliche diplomatische und militärische Unterstützung aus dem Ausland erhalten (selbstverständlich auch von den USA und Russland), aber sie war nie von ausländischen Mächten abhängig geworden. Doch in Washington glaubte man fest, die oberste Kommandoebene im Irak sei unzuverlässig und korrupt. Beharrlich versuchte man, irakische Generäle zum Überlaufen zu bewegen oder, falls dies nicht funktionierte, sie dazu anzustiften, Saddam Hussein ganz einfach zu ermorden. Als es dann fünf vor zwölf war und alle derartigen Versuche nicht gefruchtet hatten, blieb dem Pentagon nichts anderes übrig, als einen konventionellen Landkrieg zu beginnen. Die wirtschaftliche und militärische Stärke des amerikanischen Empire war so groß, dass die USA darauf vertrauen konnten, die Besetzung des Irak – außer im Falle einer Rebellion an der

amerikanischen Heimatfront oder einer *intifada*, die den Krieg über die ganze arabische Region ausbreiten würde – erzwingen zu können. Nicht abschätzen konnten sie indes die politischen Folgen eines solchen massiven Aktes der Gewaltanwendung.

Tatsächlich löste sich die irakische Armee keineswegs beim ersten Schuss selbst auf, es gab wenig Anzeichen für eine besondere Begeisterung der Bevölkerung über die Invasion. Hingegen mehrten sich deutliche Anzeichen für Widerstand in Guerillamanier und – als die Zahl der zivilen Opfer durch Raketen, Mörser und Bombenangriffe stieg – für einen wachsenden Zorn in der arabischen Welt. Vorübergehend machten die Armeen der Kreuzfahrer Saddam Hussein sogar zu einem Volkshelden, sein Porträt schmückte Demonstrationen in Amman und Gaza, in Kairo und Sanaa.

Die Krankenhäuser von Bagdad waren übervoll mit Verwundeten und Sterbenden, als die Stadt von amerikanischen Panzern überrollt wurde. »Das gehört alles uns«, erklärte ein amerikanischer Oberst beim Blick über die zerstörte Hauptstadt mit der Geisteshaltung eines Panzerkommandanten aus dem Zweiten Weltkrieg.<sup>10</sup> Hinter den Militärkolonnen hielt das Pentagon schon ein Besetzungsregime bereit, an der Spitze der ehemalige General Jay Garner, ein Waffenhändler mit ausgezeichneten Kontakten zur zionistischen Lobby in den Vereinigten Staaten, um ihn herum handverlesene Kollaborateure: Betrüger und Scharlatane wie Ahmed Chalabi und Kanaan Makiya. Die Amerikaner werden alles daransetzen, dem neuen Regime den Anschein einer repräsentativen Ordnung zu geben, mit Wahlen, einer parlamentarischen Versammlung und so weiter. Zugleich wird die »Übergangsverwaltung« ohne Zweifel durch den Ausverkauf des irakischen Vermögens finanziert werden. Aber jede Illusion, dass dieser Prozess glatt und friedlich

verlaufen wird, ist mittlerweile zerstoben. Die Amerikaner werden massive Repression einsetzen müssen, nicht nur gegen Tausende militanter Mitglieder und Anhänger der Baath-Partei, sondern gegen Bekundungen irakischer patriotischer Gefühle aller Art, ganz zu schweigen davon, dass sie Kollaborateure vor der Rache ihrer Landsleute schützen müssen.

Dass die Schiiten die Amerikaner und Engländer nicht begeistert begrüßten und dass bewaffnete irreguläre Kämpfer zu Anfang erbittert Widerstand leisteten, nährte bereits die Behauptung, die Iraker seien ein »krankes Volk«, das erst einmal eine längere Behandlung brauche, bevor es sein Schicksal selbst in die Hand nehmen könne (sofern es überhaupt jemals so weit sein werde). Diese Position vertrat, ganz auf Blair-Linie, der in die Truppe »eingebettete« Journalist David Aaronovitch im *Observer*. In die gleiche Richtung zielt auch George Mellons Warnung im *Wall Street Journal* unter der Überschrift »Der Irak wird sich nicht rasch von Saddams Terror erholen«: »Nach drei Jahrzehnten unter der Herrschaft eines Mördersyndikats ist der Irak eine durch und durch kranke Gesellschaft.« Der Übergang zu »geordneten Verhältnissen« und die Wiederbelebung (sprich Privatisierung) der Wirtschaft würden einige Zeit dauern. Auf der Titelseite der *Sunday Times* zitierte der Reporter Mark Franchetti einen amerikanischen Unteroffizier, Corporal Ryan Dupre: »Die Iraker sind ein krankes Volk und wir sind ihre Chemotherapie. Allmählich hasse ich dieses Land. Kann es gar nicht erwarten, bis ich so einen verdammten Iraker in die Finger kriege. Ich werde mir nicht lange die Hände mit ihm schmutzig machen, sondern ihn einfach umlegen.« Der Artikel – erschienen im Flaggschiff von Murdoch's Presseimperium – fährt fort mit einem Bericht, wie Dupres Einheit später an jenem Tag nicht nur einen, sondern etliche irakische Zivilisten tötete.<sup>11</sup> Ohne Zweifel wird die Theorie von der »kranken Gesellschaft« in Zukunft noch detailliertere Ausarbeitung erfahren, aber

schon jetzt ist klar, dass sie den passenden Vorwand für eine Mischung aus Guantanamo und Gaza in den frisch besetzten Gebieten liefert.

Natürlich werden sich europäische Regierungen mit dem Wunsch zu Wort melden, die UNO solle die amerikanische Kriegsbeute übernehmen. Blair, der die Klaviatur des salbungsvollen Geschwafels besser beherrscht als Bush, wird aus eigenen Gründen mit einstimmen. Es war viel die Rede von humanitärer Hilfe, der Dringlichkeit<sup>12</sup>, das Leiden der Zivilbevölkerung zu lindern, und der Notwendigkeit, die »internationale Staatengemeinschaft [müsste] wieder zusammenfinden«. Solange der UNO keine echte Macht zugestanden wird, können die Vereinigten Staaten durch die nachträgliche Absegnung ihrer Aggression nur gewinnen, genauso wie seinerzeit im Kosovo. Das monatelange Schattenboxen im Sicherheitsrat störte die Amerikaner nicht besonders, unterdessen konnten sie mit voller Kenntnis aller Beteiligten die Feinplanung für den Angriff auf den Irak vorantreiben. Sobald sie die Resolution Nr. 1441 in der Tasche hatten, die einstimmig auch mit den Stimmen von Frankreich, Russland und China verabschiedet wurde, ganz zu schweigen von Syrien, war alles Übrige nur noch Beiwerk. Sogar der französische Botschafter in Washington, Jean-David Levitte, hatte den Amerikanern geraten, nicht auf eine zweite Resolution zu drängen: »Wochen bevor sie auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte, ging ich ins Außenministerium und ins Weiße Haus und sagte zu ihnen ›Macht es nicht ... ihr braucht sie nicht.««

Natürlich dominierte die Londoner Scheinheiligkeit gegenüber der Washingtoner Plumpheit in der Farce der Debatte über eine weitere »Autorisierung«, doch die Öffentlichkeit ließ sich nicht täuschen. Levittes Rat wirft ein Schlaglicht auf die wahre Natur der Vereinten

Nationen, die seit dem Ende des Kalten Krieges kaum mehr als willfährige Handlanger der amerikanischen Politik gewesen sind. Der entscheidende Wendepunkt war die Absetzung von Boutros-Ghali als Generalsekretär, obwohl alle Sicherheitsratsmitglieder mit Ausnahme der USA für eine weitere Amtszeit votiert hatten. Die USA nahmen ihm übel, dass er gewagt hatte, dem Westen vorzuhalten, er konzentrierte sich zu sehr auf Bosnien und ignoriere die viel schlimmeren Tragödien in Afrika. Stattdessen wurde auf Betreiben Washingtons Kofi Annan – der afrikanische Waldheim, der dafür belohnt wurde, dass er der Clinton-Regierung geholfen hatte, Geld und Aufmerksamkeit von dem Völkermord in Ruanda abzuziehen – als Generalsekretär eingesetzt. Damit war die Organisation fest in der Hand der USA.

Das bedeutet nicht, dass die Vereinigten Staaten sich in allen Fällen bedingungslos auf die UNO verlassen können. Dies zeigen die gescheiterten Bemühungen, von der UNO ein Placebo für Blair zu erhalten. Aber so viel Willfährigkeit muss auch gar nicht sein. Nötig ist nur, und das ist auch zuverlässig zu bekommen, dass die Vereinten Nationen entweder den Wünschen der USA entsprechen oder ihnen nachträglich ihren Segen geben. Sie dürfen sie nur nicht verurteilen oder Widerstand leisten. Der Angriff auf den Irak war wie zuvor der Angriff auf Jugoslawien ein eklatanter Bruch der Charta der Vereinten Nationen. Aber kein einziger Mitgliedstaat des Sicherheitsrates kam auf die Idee, deswegen eine Sondersitzung zu beantragen oder gar eine Resolution einzubringen, die den Krieg verurteilt hätte. In gewisser Weise wäre es auch Heuchelei gewesen, denn die Aggression fügte sich logisch in das Szenarium der Bestrafung des Irak, das die Vereinten Nationen mit der Blockade seit dem ersten Golfkrieg verfolgten. Der Sicherheitsrat hat damit die Verantwortung für weitere Hunderttausende Tote auf sich geladen nach den Opfern in Ruanda, die auf sein Konto

gingen.<sup>13</sup>

Von den USA zu erwarten, dass sie sich der Autorität der Vereinten Nationen unterwerfen, wäre so, als würde man vom Butler erwarten, dass er seinen Herrn entlässt. Und wie es sich gehört, kapitulierte der UN-Sicherheitsrat in der letzten Maiwoche 2003 denn auch vollständig, erkannte die Besetzung des Irak an und segnete seine Re-Kolonisierung ab. Das Timing für das reuevolle Schuldbekenntnis der »internationalen Staatengemeinschaft« war perfekt. Einen Tag später versammelten sich leitende Manager von über tausend Firmen in London, um unter dem gewaltigen Schirm der Bechtel Company, des größten (Wiederauf-)Baukonzerns im amerikanischen Empire, die Früchte der wiederhergestellten Einigkeit zu ernten. Ein kleiner Teil der Beute soll geteilt werden.

Auf diese offensichtlichen Wahrheiten hinzuweisen bedeutet nicht, die Meinungsverschiedenheiten zu übergehen, die zum Thema Irak-Krieg in der »internationalen Staatengemeinschaft« aufgebrochen sind. Als die Clinton-Regierung den Angriff auf Jugoslawien beschloss, konnte sie nicht auf die Billigung des Sicherheitsrates zählen, weil Russland kalte Füße bekommen hatte. Also setzte sie ganz auf die NATO, in der zutreffenden Annahme, dass Moskau später auf den fahrenden Zug aufspringen und die UNO den Krieg nachträglich gutheißen würde. Diesmal war die NATO selbst gespalten und fiel als Ersatz aus. Aber man darf annehmen, dass das Endergebnis nicht viel anders aussehen wird.

Es ist das erste Mal seit dem Ende des Kalten Krieges, dass sich eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem harten Kern der EU und den Vereinigten Staaten zu einem offenen Bruch entwickelte, im Fernsehen zu »sehen« war und die öffentliche Meinung diesseits und jenseits des Atlantiks polarisierte. Aber nur Journalisten mit ihrem kurzen Gedächtnis können vergessen, dass ein noch

heftigerer Disput bereits während des Kalten Krieges ausgebrochen war, anlässlich eines ähnlichen Abenteuers in derselben Region. 1956 versuchte eine »einseitige« britisch-französische Expedition in Zusammenarbeit mit Israel, das Regime in Ägypten zu stürzen – und die Vereinigten Staaten schäumten vor Wut, weil sie nicht eingeweiht worden waren und fürchteten, dieses Abenteuer könnte dem kommunistischen Einfluss im Nahen Osten den Weg bereiten. Als die UdSSR drohte, sie würde Nasser mit Raketen zu Hilfe kommen, befahl Eisenhower den Briten den Rückzug aus Ägypten, andernfalls würden sie schwere wirtschaftliche Strafen treffen, und der Angriff der Dreierkoalition musste aufgegeben werden. Diesmal sind die Rollen anders verteilt: Frankreich und Deutschland kritisieren einen amerikanischen Vorstoß, dem sich Großbritannien – allezeit zum Angriff bereit – angeschlossen hat.

Der Unterschied besteht – natürlich – darin, dass die Angreifer heute nicht mehr mit der Sowjetunion zu rechnen haben und dass die Macht bei Amerika liegt, nicht bei Europa. Aber die Lehren von 1956 haben bis heute ihre Gültigkeit: Heftige internationale Auseinandersetzungen sind durchaus damit vereinbar, dass die führenden kapitalistischen Mächte im Grundsatz die gleichen Interessen verfolgen, das Einvernehmen setzt sich rasch wieder durch. Die gescheiterte Suez-Expedition veranlasste Frankreich, die Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu unterzeichnen, die unter anderem als Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten gedacht war. Aber die USA wollten selbst ein einiges Europa. Heute dient die größer gewordene Europäische Union ihren Zielen, das wird der französischen Elite mit einigem Unbehagen allmählich klar. Allerdings ist es mittlerweile zu spät, um daran etwas zu ändern. Nach den offenen Kontroversen der letzten Monate wird die Verstimmung zwischen Washington und

Paris oder Berlin noch eine Weile bestehen bleiben, auch wenn sich, wie uns immer wieder versichert wird, alle Beteiligten bemühen, sie zu überwinden. Großbritannien hat sich auf die Seite der USA und gegen Frankreich und Deutschland gestellt und hat sich damit wieder einmal als der trojanische Maulesel der EU erwiesen. Aber die Tage, als de Gaulle den Vereinigten Staaten das Leben schwer machen konnte, sind ein für allemal vorbei. Chirac und Blair waren sich schon bald wieder einig und besiegelten das mit einer Umarmung.

Die Vereinten Nationen und Euroland, ganz zu schweigen von Russland und China, werden keine ernsthaften Hindernisse für die amerikanischen Pläne im Mittleren Osten darstellen. Woher kann dann Widerstand kommen? Erstens natürlich aus der Region selbst. Es ist zu hoffen, dass die Invasoren des Irak über kurz oder lang durch eine wachsende Ablehnung des von ihnen installierten Besetzungsregimes aus dem Land vertrieben werden und dass ihre Helfershelfer das gleiche Schicksal ereilt wie einst Nuri al-Said. Früher oder später wird der Ring der korrupten und brutalen Tyrannen rund um den Irak zerbrechen. Wenn es eine Region gibt, in der das Vorurteil widerlegt wird, dass Revolutionen im klassischen Sinne der Vergangenheit angehören, dann ist es die arabische Welt. An dem Tag, an dem die Dynastien der Mubaraks und Assads, der Haschemiten und der Saudis und andere vom Volkszorn hinweggefegt werden, wird auch das anmaßende Gebaren der USA und Israels in der Region ein Ende haben.

Der Opposition im kolonialen Mutterland sollte unterdessen ein Blick in die amerikanische Vergangenheit Mut machen: In den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts meldete sich Mark Twain warnend zu Wort, schockiert angesichts der chauvinistischen Reaktionen auf den Boxeraufstand in China und den amerikanischen Griff

nach den Philippinen. Man müsse dem Imperialismus entgegentreten, mahnte er. 1899 wurde in Chicago bei einer Mammutversammlung die Amerikanische Liga gegen den Imperialismus gegründet. Innerhalb von zwei Jahren wuchs ihre Mitgliederzahl auf über eine halbe Million an, Prominente wie William James, Henry James, W. E. B. Dubois, William Dean Howells und John Dewey schlossen sich ihr an. Heute sind die Vereinigten Staaten die einzige verbliebene imperiale Macht und wir brauchen eine globale Liga gegen den Imperialismus. Aber der amerikanische Anteil wäre der entscheidend wichtige. Der effektivste Widerstand geht immer von »zu Hause« aus. Die Geschichte vom Aufstieg und Fall der großen Mächte lehrt uns, dass der Niedergang dann beginnt, wenn die eigenen Staatsbürger nicht mehr daran glauben, dass unendliche Kriege und dauernde Besetzung wirklich von Nutzen sind.

Das Weltsozialforum hat sich bis heute auf die Macht multinationaler Konzerne und neoliberaler Institutionen konzentriert. Aber sie existieren seit jeher nur auf den Fundamenten einer imperialen Machtkonzentration. Ganz folgerichtig war Friedrich von Hayek, der geistige Vater des »Washingtoner Konsenses«, fest davon überzeugt, dass Kriege die Stützpfiler des neuen Systems seien, und in diesem Sinne befürwortete er die Bombenangriffe auf den Iran 1979 und auf Argentinien 1982. Das Weltsozialforum sollte diese Herausforderung annehmen. Es könnte eine Kampagne für die Auflösung aller amerikanischen Militärstützpunkte und sonstigen Einrichtungen im Ausland einleiten, das heißt in den über hundert Ländern, in denen die Vereinigten Staaten heute Truppen, Flugzeuge und Nachschub stationieren beziehungsweise lagern. Welchem Zweck dient es, dass Amerika sich auf diese Weise krakengleich über die ganze Welt ausbreitet, außer der Ausübung von Macht? Die wirtschaftlichen Anliegen des Forums stehen einer

derartigen Ausweitung seiner Agenda nicht entgegen. Wirtschaft ist letztlich nichts anderes als eine konzentrierte Form von Politik und Krieg ist die Fortführung von beiden mit anderen Mitteln.

Während des Irakkrieges waren wir von Politikern und Experten, Predigern und Intellektuellen umgeben, die ihr Gewissen in der Presse zu Markte trugen und erklärten, wie sehr sie den Krieg abgelehnt hätten, aber nun, da er einmal begonnen habe, glaubten, sie könnten ihre Menschenliebe am besten dadurch unter Beweis stellen, dass sie einen schnellen Sieg der Vereinigten Staaten wünschten, damit den Irakern unnötiges Leiden erspart bliebe. Typischerweise hatten sie alle keine Einwände gegen die kriminellen Sanktionen und die sie begleitenden wöchentlichen amerikanisch-britischen Bombenangriffe, die dem irakischen Volk in den letzten zwölf Jahren unvorstellbares Leid brachten. Dieser abstoßende Chor hat nur ein Gutes: Er zeigt, was Widerstand gegen die Eroberung des Irak wirklich bedeutet.

Die dringlichsten Aufgaben einer anti-imperialistischen Bewegung liegen in der Unterstützung des irakischen Widerstandes gegen die britischen und amerikanischen Besatzer und die Ablehnung aller Versuche, die Vereinten Nationen irgendwie mit ins Boot zu bekommen. Letzteres diente nur dem Zweck, die Invasion nachträglich zu rechtfertigen und wäre eine Art Kundendienst für Washington und London.<sup>14</sup> Die Aggressoren sollen die Kosten ihrer imperialen Höhenflüge ruhig allein tragen. Alle Versuche, die Re-Kolonisierung des Irak als ein neues Völkerbund-Mandat auszugeben, ähnlich dem Mandatsverhältnis in den Zwanzigerjahren, müssen vereitelt werden. Blair ist die treibende Kraft dabei, aber es fehlt ihm nicht an europäischen Helfern. Diese obszöne Kampagne wird einhellig auf den Murdoch-TV-Kanälen BBC und CNN betrieben, und dahinter steht der dringende

Wunsch, den Westen schnell wieder auf eine einheitliche Linie zu bringen. Die Mehrheit der offiziellen Stimmen in Europa und ein beträchtlicher Teil in den Vereinigten Staaten will unbedingt das Kapitel Krieg abschließen und in die »Heilungsphase« eintreten. Die einzige mögliche Antwort auf das, was bevorsteht, ist das Motto von Demonstrationen in San Francisco im Frühling 2003: »Weder ihren Krieg noch ihren Frieden«. Wie es aussieht, hat es auch in Bagdad und Basra, Nasirija und Nadschaf, Amara und Faludscha Anklang gefunden.

Seit dem 1. Mai 2003, als der Irakkrieg offiziell endete, ist die Zahl der Opfer kontinuierlich gestiegen. Jede Woche werden amerikanische Soldaten getötet oder verwundet. Auch die britische Armee muss trotz aller PR-Anstrengungen registrieren, dass ihre Anwesenheit wenig Anklang bei der Bevölkerung findet, und verzeichnet ebenfalls Verluste. Dieser unerklärte Guerillakrieg, für den *nicht* nur die Baath-Partei verantwortlich ist, hat das Pentagon bewogen, sich intensiv um die Einbeziehung anderer Länder zu bemühen, die die Verluste mittragen sollen, allerdings nicht die Gewinne (die indes noch in weiter Ferne liegen). Das Pentagon macht sich Sorgen um die Moral der Truppe im Irak.

Während ich diese Zeilen schreibe, werden Bemühungen unternommen, pakistanische und indische Truppenkontingente in den Irak zu bringen, die die Besatzer unterstützen sollen. Schließlich, so sagt man sich in Washington, war das die historische Rolle dieser Streitkräfte. Und in der Vergangenheit haben sie sie gut gespielt. Sie brauchen kein aufwändiges und kostspieliges Training. Besser, sie kämpfen für uns, als sie kämpfen gegeneinander. Vor mehr als hundert Jahren haben die Briten sie geschaffen und ihre Strukturen haben sich beeindruckend gut gehalten. Nie wurde die Kommandokette durch unbotmäßige Rebellionen von

unten unterbrochen wie in Syrien und im Irak. Was für eine Hingabe an das britische Empire! Indische Soldaten haben mitgeholfen, die Aufstände in den Zwanzigerjahren niederzuschlagen. Man kann die gleichen Regimenter wieder hinschicken und wieder unter britischen Befehl stellen. Dann können alle Beteiligten in Erinnerungen an die Vergangenheit schwelgen.

In Islamabad und Neu-Delhi denken der weltliche General und der fundamentalistische Hindu über das Ersuchen nach. Welche Konsequenzen könnte dies haben? In Pakistan haben sich die Zeiten geändert, seit im September 1970 Stabschef Zia ul-Haq nach Jordanien geschickt wurde, damit er bei der Niederschlagung eines PalästinenserAufstandes half. Falls pakistanische Soldaten in den Irak entsandt werden, um im Sinne des Empire für Ordnung zu sorgen, wird das mittelfristig Auswirkungen in der Armee haben: Die islamistischen Strömungen werden sich verbreitern. Musharrafs Wunsch, eine UNO-Fassade möge die Realität der kolonialen Besetzung kaschieren, dient letztlich seinem Schutz, auch wenn nur wenige im Land darauf hereinfallen werden. Natürlich ist auch immer Geld im Spiel. Pakistanische Soldaten und Offiziere bekämen im Irak mehr Sold als zu Hause, das ist immer ein Anreiz, ganz besonders in unserer großartigen Ära der Globalisierung. Die Aussicht, dass die pakistanischen Soldaten Glaubensbrüder töten müssen, hat das Oberkommando in der Vergangenheit wenig gekümmert: Palästinenser, Bengalen, Afghanen, Belutschen und Sindher können das bestätigen. Der Irak passt nahtlos in dieses Muster.

Ein Stück weiter südlich auf dem Subkontinent möchte Neu-Delhi unbedingt im Irak mit dabei sein, wie es bereits am Krieg in Afghanistan beteiligt war. Ungeachtet aller öffentlichen Appelle angesehener weltlich gesinnter Intellektueller und Journalisten ist die von einer

fundamentalistischen Hindu-Partei geführte Koalition entschlossen, ihre Soldaten in die Schlacht zu schicken. Hier könnte ein bescheidener Vorschlag angebracht sein. Anstatt offizielle Kontingente der indischen Armee zu entsenden, könnte man eine neue Form der Intervention ausprobieren, die den heimischen Interessen und den ausländischen Wünschen gleichermaßen diente: eine Armee von Freiwilligen unter der rücksichtslosen, aber dynamischen Führung, mit der sich die Narendra-Modi-Brigade<sup>15</sup> beim Auslandseinsatz hervortun könnte. Ohne Zweifel ist nun die Zeit gekommen, da man den wiedergewählten Gauleiter von Gujarat dem Rest der Welt vorstellen sollte. Wie wir alle genau wissen, sind Gräueltaten, die von gewählten Regierungen begangen werden, etwas anderes als Gräueltaten von Diktatoren, jedenfalls sofern nicht gewählte Politiker aus der kolonialen Metropole den Diktatoren Anweisungen geben. Modis demokratische Referenzen stehen außer Frage, ebenso wenig muss bezweifelt werden, dass er der richtige Mann für den Job wäre. Seine Polizeikräfte könnten leicht mit Helmen und Uniformhosen ausgerüstet werden – außen blau, innen safrangelb – und sich auf den Weg machen, die zornigen Muslime im Irak niederzuschlagen. Das könnte ganz offiziell vonstatten gehen, man müsste nicht einmal irgendwelche Vorwände erfinden, um das Gemetzel zu rechtfertigen.

Es bleibt allerdings das kleine Problem, dass die Iraker Widerstand leisten werden und Modis Todesschwadronen eher daran gewöhnt sind, unbewaffnete Muslime umzubringen. Aber da lässt sich sicher etwas tun. Oft genug werden unbewaffnete Dorfbewohner umgebracht und ihre Dörfer niedergebrannt, weil sie Widerstandskämpfern geholfen haben. Die Modi-Brigade könnte sich auf solche Operationen spezialisieren.

## ***Kolonialreiche und Widerstand***

Die Eroberung des Irak markiert eine neue Phase in der Geschichte des Landes und ließ das 21. Jahrhundert unheilvoll beginnen. Im Westen hat der Krieg eine weit reichende Debatte über Themen eröffnet, die in der feinen Gesellschaft als eigentlich nicht mehr salonfähig galten: Welt-/Kolonialreiche und der Imperialismus, Kulturen und ihre Unzufriedenen, der Kapitalismus und seine Phasen, Europa gegen Amerika. Und vielleicht hat sich bereits, ohne dass jemand davon weiß, ein amerikanischer Vergil irgendwo in der christlichen Provinz ans Werk gemacht und verfasst eine *Philippika* zu Ehren des Kolonialherrn (*Georgica Dubya*<sup>1</sup>?), die mit den Schlusszeilen des letzten Buchs der *Georgica* beginnen könnte: »... während der große Caesar am tiefen Euphrat im Kampfe funkeln Blitzstrahlen schleudert, als Sieger den willigen Völkern Recht und Gesetze verleiht und den Weg zum Olympos beschreitet«.

Der kleine Cäsar hat auch am tiefen Tigris erobert, aber in der Zeit des Kapitalismus. Und der Kapitalismus hat seine Originalität verloren und ist dazu verurteilt, seine Vergangenheit zu wiederholen. Wiederholungen wiederum sind für gewöhnlich Annäherungen an die Vergangenheit. Neu ist nicht etwa das amerikanische Empire, sondern dessen alleinige Existenz. Zum ersten Mal in der Weltgeschichte hat ein einziges Kolonialreich eine Hegemoniestellung erlangt. Das war schon nach 1990 der Fall, aber man hat versucht, die Realität mit schön klingenden Phrasen zu verschleiern: »neue Weltordnung«, »Friedensdividende« und »ein atomwaffenfreies Europa vom Atlantik bis an den Ural« usw. All dies lieferte eine ideale Basis für eine geheime Übereinkunft zwischen

Europa und Amerika. Und einige Jahre später, als es wieder einmal an der Zeit war, »alle Schurken auszumerzen«, überstand das euroamerikanische Bündnis – bekannt auch unter der Bezeichnung »die internationale Gemeinschaft« – dies unbeschadet. Erste Meinungsverschiedenheiten tauchten vor und während des Jugoslawienkrieges auf, ihre Diskussion beschränkte sich jedoch auf den Rahmen privater Zusammenkünfte. Die Entscheidung, den Irak zu besetzen, löste eine größere Wut und Verbitterung zwischen Herrschenden und Beherrschten, zwischen Nord und Süd aus als irgendein anderes Ereignis seit der Endphase des Vietnamkrieges (1960-1975). Haben die kontinentalen westeuropäischen Regierungen denn erst jetzt erkannt, dass die Monroe-Doktrin mittlerweile auf die ganze Welt ausgedehnt wurde?<sup>2</sup>

Experten und öffentliche Fürsprecher für die aktuelle US-Politik – die häufig in ein und derselben Person vereint auftreten – unterstreichen, dies sei die einzige Möglichkeit, die Welt zu stabilisieren und tyrannische Herrscher in die Schranken zu weisen. Es sei immer noch weit besser für ein Land, zu einem US-Protektorat zu werden, als eine aus dem Land selbst hervorgegangene Diktatur zu bleiben. Was häufig nach außen hin als Wohltätigkeit der Vereinigten Staaten dargestellt wird oder als ein glückliches Einverständnis mit ihrer Herrschaft seltens jener, die von ihnen beherrscht werden, gilt für Westeuropa – für keine Region sonst. Wer einen anderen Eindruck erwecken will, ignoriert die Geschichte des 20. Jahrhunderts. Martin Luther King sprach für ganze Kontinente, als er erklärte: »Der größte Gewalttäter auf der Welt ist mein eigenes Land.«<sup>3</sup> Diese Gewalt begann lange vor der Russischen Revolution und wurde während ihres Höhepunktes und nach ihrem Niedergang im gesamten letzten Jahrhundert fortgeführt. Das gerade angebrochene wurde mit der gewaltsamen Besetzung des

Irak »getauft«.

Dieser historische Gedächtnisverlust wird von der offiziellen Kultur gefördert, und das in einem Ausmaß, dass selbst die wichtigen Politiker die Vergangenheit des Irak aus dem Blick verloren und davon ausgingen, sie würden als »Befreier« begrüßt werden. Daher lohnt es sich, ein paar andere gewaltsame Episoden aufzuzählen, an denen die USA beteiligt waren und die die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts prägten. Die Liste beginnt mit der amerikanischen Entscheidung, Atombomben gegen japanische Städte einzusetzen, was nicht zuletzt auch als Warnung an die Sowjetunion gedacht war, den Bogen nicht zu überspannen:

Der Einsatz von Nuklearwaffen gegen die Zivilbevölkerung Hiroshimas und Nagasakis. Todesopfer: über 2000000. Todesopfer durch Folgeschäden: nicht erfasst.

Die Zerstörung jedes einzelnen Gebäudes in Nordkorea während des Krieges von 1950 bis 1953, um die gesamte Infrastruktur der Region zu zerstören. Todesopfer (Nord- und Südkorea): 900000.

Die Massaker in Indonesien von 1965, unterstützt von US-Geheimdiensten und ausgeführt von US-freundlichen Militärführern. Todesopfer: über eine Million Menschen.

Der Krieg von 1960 bis 1975 gegen Vietnam, bei dem regelmäßig chemische Waffen eingesetzt wurden. Die Auswirkungen von Agent Orange sind noch heute in dem Land zu sehen. Todesopfer: 50000 US-Soldaten, zwei Millionen Vietnamesen.

Der dritte Ölkrieg 1990<sup>4</sup>. Todesopfer: zwischen 50000 und 100000 irakische Soldaten.

- Auswirkung der Sanktionen gegen den Irak: bis zu eine Million Tote.

- Der Krieg von 2003 bis ? gegen den Irak. Noch

nicht beendet.

Die meisten De-facto-US-Protektorate während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zählten zu den brutalsten Diktaturen auf der Welt. Dies waren nicht einfach nur die »rauen Sitten des Kalten Krieges«, wie Apologeten es gern darstellten. Schließlich hatte die Monroe-Doktrin schon viele Jahrzehnte vor dem Sieg von Lenins Bolschewiki zu ständigen Interventionen in Mittelamerika geführt, um diese Region für die Interessen der US-Konzerne zu sichern.

1953: Die CIA hilft tatkräftig bei der Absetzung des iranischen, demokratisch legitimierten Regierungschefs Mohammed Mossadegh und bestraft ihn damit für die Verstaatlichung des einheimischen Erdöls. Der Schah wird wieder auf den Thron gesetzt. Sämtliche Oppositionsgruppen werden massiv unterdrückt, doch die Moscheen können nicht geschlossen werden. Ihre Türen bleiben geöffnet und so werden diese Häuser zu Zentren des Widerstands gegen das Regime.

1958: Um allgemeine Wahlen zu verhindern, bei denen eine nationalistische Regierung die Macht hätte übernehmen können, geben CIA und DIA grünes Licht zum ersten Militärputsch in Pakistan. Ein Jahrzehnt der Militärherrschaft führt im Jahr 1971 schließlich zur Teilung des Landes: Bangladesch spaltet sich ab.

1964: US-Botschafter Lincoln Gordon fädelte eine Verschwörung für die militärische Machtübernahme in Brasilien ein. Präsident Joao Goulart geht ins Exil. An einer Wand in Rio de Janeiro ist folgende Parole zu lesen: »Keine Strohmänner mehr! Lincoln Gordon als Präsident!« Verhaftungswellen und Folter von Kämpfern der Linken und der Gewerkschaften.

1967: CIA-Mitarbeiter sehen zu, wie ein Gefangener mit dem Maschinengewehr erschossen wird. Sein Name ist Che Guevara.

1973: Die USA decken General Pinochets Militärputsch in Chile. Der gewählte Präsident Salvador Allende wird erschossen, als er sich zur Wehr setzt. Massenverhaftungen und -morde. 6000 bis 10000 Mitglieder der sozialistischen und kommunistischen Parteien, der Bauernverbände und anderer linker Gruppierungen sind »verschwunden«.

1975: Die USA decken indonesische Invasion in Ost-Timor, um nach dem Abzug der Portugiesen der nationalen Unabhängigkeit zuvorzukommen. In den folgenden zwei Jahrzehnten töten die Besatzungsarmeen mehr als 20000 Timoresen, verhaften mehrere Tausend, errichten ein System der Zwangsarbeit und plündern das Land aus.

1975: Die USA unterstützen Militärputsch in Argentinien. General Videla erklärt, der Feind befindet sich im Innern und das Land müsse gesäubert werden.

1977: DIA stimmt einem erneuten Putsch in Pakistan zu. Der erste gewählte Staatschef des Landes wird des Mordes angeklagt und gehängt. Öffentliche Lynchmorde und Prügelstrafen brutalisieren die Kultur des Landes, und der neue Diktator, General Zia ul-Haq, wird zu einem geschätzten amerikanischen Vasallen, der eine Schlüsselrolle für den Krieg in Afghanistan spielt. Hier liegen die Ursprünge al-Qaidas und anderer fundamentalistischer Schöpfungen, die die Region zu zerreißen drohen.

1979: Man knüpft engere Kontakte zu dem neuen irakischen Staatschef, Saddam Hussein, und bewaffnet und unterstützt ihn anderweitig während seines Krieges gegen den Iran. In dessen Verlauf setzt Hussein chemische Waffen gegen ein kurdisches Dorf ein. Die engen

Beziehungen halten bis zur Invasion in Kuwait 1990.

1982: US-Marineinfanteristen besetzen die winzige Karibikinsel Grenada. Deren Staatsoberhaupt, die britische Königin, ist gekränkt, weil sie darüber nicht vorab informiert wurde. Reagans Außenminister, George Schultz, betritt die Insel und verkündet:

*»Ich habe auf den ersten Blick erkannt, dass diese Insel ein hervorragendes Immobilienprojekt sein könnte.«*

1984: Die USA leiten hinter dem Rücken des eigenen Kongresses die Bewaffnung von Contra-Truppen in Nicaragua ein, um einen Bürgerkrieg auszulösen und das Regime der Sandinisten zu stürzen. Ronald Reagan zitiert bei seiner Bitte um Geld, mit dem das »Reich des Bösen« bekämpft werden soll, den Evangelisten Lukas (14,31).

1990: Der Golfkrieg: ein »Truthahn-Schießen«, das eine auf dem Rückzug befindliche Armee vernichtet, Zerstörung der Infrastruktur des Irak, systematischer Angriff auf das irakische Volk über das verbrecherische UN-Sanktionsregime.

1999: Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien.

2002: Von den USA und Spanien unterstützter Putschversuch gegen Hugo Chavez in Venezuela. Chavez ging aus sieben unterschiedlichen Wahlen und Referenden als Sieger hervor, trotz des Widerstandes der privaten Fernsehsender und eines großen Teils der Presse. Der Putsch scheitert am Widerstand der Soldaten und der Armen.

2003: Amerikanisch-britische Invasion und Besetzung des Irak.

Diese unvollständige Liste imperialistischer Interventionen seit 1944 bringt den müheLOSEn Aufstieg der USA zum Anführer der kapitalistischen Welt zum Vorschein und zeigt ihre Entschlossenheit, nicht nur den

kommunistischen Gegner zu schwächen, zu zerstören und zu besiegen, sondern auch all jene, die es während des Kalten Krieges abgelehnt hatten, Position zu beziehen, und lieber unabhängig bleiben wollten. Diese Generation nationalistischer Politiker wird von Nehru, Nasser, Nkrumah, Lumumba, Sukarno und aus einem dritten Kontinent von Perón, Vargas, Goulart, Allende und seit neuestem Hugo Chavez aus Venezuela repräsentiert.<sup>5</sup>

Das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts und die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts war die Zeit der Kolonialreiche: der europäischen und des japanischen. Eine dominierende Stellung nahmen unter ihnen die Briten ein, gefolgt von den Franzosen und Holländern und später den Japanern und den Deutschen.<sup>6</sup> Die Logik, die dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg zugrunde lag, lässt sich ohne eine Vorstellung von der Geschichte des Imperialismus und den Widersprüchen zwischen den imperialistischen Staaten, die diese Periode kennzeichneten, nicht verstehen. Trotz der vielen schönen Worte stellte kein einziger dieser beiden Kriege eine Verteidigung der »Demokratie« gegen die »Tyrannie« dar. Beim ersten Konflikt fällt es schon schwer, auch nur diesen Anspruch zu erheben. In den meisten Krieg führenden Ländern herrschte ein eingeschränktes Wahlrecht, im Osmanischen Reich und im Zarenreich gab es überhaupt kein Wahlrecht. Der Erste Weltkrieg war ein Krieg zwischen imperialistischen Staaten. Er wurde aus Gier provoziert, um zu entscheiden, welche europäische Großmacht die Welt beherrschen und den Rivalen ihre Kolonien zuweisen würde. Alle Beteiligten waren sich einig, dass Europa mehr »Lebensraum« brauche. Die Frage war nur, wer was und auf welchem Kontinent erhielt.

Vor dem Weltkrieg war die »Kolonialfrage« in den sozialistischen Parteien Europas Jahrzehntelang heiß

diskutiert worden. Anfangs war die Position eindeutig. Der Kongress der Zweiten Internationalen von 1896 hatte eine Resolution George Lansburys von der British Independent Labour Party angenommen, die das »Recht aller Nationen, die Souveränität zu vollenden«, forderte. Der Widerstand gegen den Kolonialismus wurde mit Worten zum Ausdruck gebracht, die noch heute aktuell sind:

»Unter welchem Vorwand auch immer Kolonialpolitik im Namen der Religion oder Zivilisation gerechtfertigt werden mag, ihr alleiniges Ziel ist es einfach, das Gebiet der kapitalistischen Ausbeutung nach den ausschließlichen Interessen der kapitalistischen Klasse auszudehnen.« Dieser Wortlaut wurde einstimmig verabschiedet.

Drei Jahre später erklärte das britische Empire den Burenrepubliken in Südafrika den Krieg. Dieser Konflikt stellte in mancher Hinsicht einen Vorläufer des Ersten Weltkrieges dar. Die Buren waren niederländische Siedler, die das gleiche koloniale »Recht« auf die von ihnen besetzten Gebiete hatten wie jede andere Macht auch. Die Interessen der Ureinwohner wurden von beiden Seiten gleichermaßen missachtet. Britische Sozialisten waren über die Grausamkeiten und Berichte von britischen Konzentrationslagern entsetzt, in denen die gefangen genommenen Buren untergebracht wurden. Die Engländer organisierten Demonstrationen und verunglimpften den Krieg in ihren Zeitungen als Raubzug. Beute waren die südafrikanischen Goldminen.

Diese Ansicht war jedoch nicht unumstritten. Die linke Fabian Society verteidigte sowohl den Krieg als auch die Annexion der Buren-Gebiete. Ihr Wortführer war der Dramatiker George Bernard Shaw, der sich vehement für den Krieg aussprach: Es handele sich tatsächlich um einen Krieg gegen die Sklaverei und einen möglichen

Völkermord. Er werde zum Schutz der Ureinwohner von Transvaal geführt. Großbritannien müsse in Schutz genommen werden, weil »eine Großmacht, bewusst oder unbewusst, im allgemeinen Interesse der Zivilisation regieren muss« und weil jeder Staat, »ob groß oder klein, der die Ausbreitung der internationalen Zivilisation behindert, verschwinden muss«.<sup>7</sup> Diese Tradition der Fabian Society (Gesellschaft der Fabier) wurde uneingeschränkt in die neu geschaffene Labour Party übernommen, die jedes Mal, wenn sie an der Regierung war, das britische Empire bewahrte und erhielt.

Eine ähnliche Entwicklung fand in der deutschen sozialdemokratischen Partei statt. Ein führender Intellektueller der Partei, Eduard Bernstein, schrieb ein Buch, in dem er die altmodische Linie seiner Partei kritisierte, die sämtliche Akte des Imperialismus und der Kolonialisierung als unvereinbar mit den »allgemeinen Grundsätzen der Politik der Sozialdemokratie«<sup>8</sup> schmähte. Wie die englischen Fabier argumentierte Bernstein:

*»Wenn es aber nicht verwerflich ist, die Produkte tropischer Pflanzungen zu genießen, so kann es auch nicht verwerflich sein, solche Pflanzungen selbst zu bewirten.« Was das »Recht der Wilden auf den von ihnen besetzten Boden« angehe, so sei das »nur ein bedingtes Recht«. Und warum war das so? Weil »die höhere Kultur hier im äußersten Fall auch das höhere Recht hat. Nicht die Eroberung, sondern die Bewirtung des Bodens gibt den geschichtlichen Rechtstitel auf seine Benutzung.«*

Mit dieser Position stand Bernstein keineswegs allein. Er wurde massiv von Gustav Noske, Max Schippel, Ludwig Quessel und anderen deutschen Äquivalenten der Fabian Society unterstützt. Doch Karl Kautsky und andere zerschlugen diese Ansichten auf dem Mainzer Parteitag

von 1900. Die überwältigende Mehrheit der Delegierten war der Ansicht, der Imperialismus resultiere ebenso aus den unersättlichen Forderungen der Bourgeoisie, neue Investitionsmöglichkeiten für ihr sich ständig akkumulierendes Kapital zu finden, wie aus dem Streben nach neuen Märkten. Diese Mehrheit hielt daran fest, dass die kolonialen Ausbeuter in ihrer Gier nach mehr Reichtum und ihrer Unterdrückung der einheimischen Völker zu Wilden würden.

Noch im selben Jahr verabschiedete die Zweite Internationale bei einem Treffen in Paris einstimmig eine von Rosa Luxemburg im Namen der deutschen SPD eingebrachte Resolution. Sie hatte argumentiert, Militarismus und Kolonialismus würden eine neue Entwicklung in der Weltpolitik und -wirtschaft widerspiegeln, »eine neue Erscheinung«. Sie schilderte »die Delirien der Weltpolitik, den Maelstrom der Kolonialpolitik, die in den letzten sechs Jahren vier blutige Kriege herbeigeführt« hätten und »den Krieg in einen permanenten Zustand zu verwandeln drohen«. Die von ihr vorgelegte Resolution bestand auf einer globalen Allianz der Arbeiter und Unterdrückten gegen die »weltpolitische Alliance der Bourgeoisie und Regierungen«. Letztere seien für die »Verewigung des Krieges«. Die Internationale würde jedoch die Völker für die »Verewigung des Friedens« vereinigen.<sup>9</sup>

Das waren große Worte, aber was wollte die Internationale konkret unternehmen, um den Kolonialvölkern zu helfen? In diesem Punkt kam es zu keiner Einigung. Ein Sonderausschuss zu diesem Thema scheiterte. Einige meinten, eine Kolonialisierung gereiche einem Land nicht unbedingt zum Nachteil, andere schlugen vor, in präkapitalistischen – also allen – Kolonien sollten einheimische Formen des Kapitalismus gefördert werden, während wieder ein paar andere von der

Notwendigkeit sprachen, eine »sozialistische Kolonialpolitik« zu entwickeln. Vier Jahre später legten die englischen Delegierten in Amsterdam eine Resolution vor, die mit dem Satz begann: »Der Kongress anerkennt das Recht der Einwohner zivilisierter Länder, sich in Ländern niederzulassen, deren Bevölkerung sich in niederen Stadien der Entwicklung befindet, verurteilt aber auf das Schärfste ...«<sup>10</sup> Immerhin waren sich alle einig, dass innerhalb der Kolonialherrschaft ein gewisses Maß an Selbstverwaltung bestehen solle. Alle Teilnehmer des Amsterdamer Kongresses erhoben sich und spendeten dem anwesenden 80-jährigen Dadabhoy Naoroji, dem Präsidenten des erst kurz zuvor gegründeten Indischen Nationalkongresses, Beifall.

Wenn es so um den Bewusstseinsstand der Wortführer bestellt war, was konnte man dann von der Basis der europäischen Arbeiterbewegung erwarten? Der Rassismus, unausweichliche logische Folge der Schaffung eines Kolonialreiches, war bis tief in die imperialistischen Länder eingedrungen. Dies enthüllen die zivilisatorischen Anspielungen in den Resolutionen, die auf den Konferenzen der Zweiten Internationale vorgelegt oder diskutiert wurden. Das Fundament für diesen Rassismus bildete die Eroberung, nach dem Motto: Wir haben nicht gewonnen, weil wir gute Gewehre hatten und sie nicht, sondern weil wir eine überlegene Rasse waren/sind.

Die Stunde der Kolonialzeit verdunkelte alle anderen Geschichten. Der Vormarsch der rivalisierenden Kolonialreiche wurde zur dominierenden Erzählung. Die chinesische, die indische und die islamische Zivilisation, die schon vor der Geburt des Kapitalismus in Europa einen Großteil der bekannten Welt beherrschten, gerieten in dem dämonischen Wahn, die eigene Flagge auf fremdem Boden einstechen zu müssen, ganz in Vergessenheit. Mussten denn diese Triumphe, an denen

viele Arbeiter und Bauern unmittelbar als Soldaten beteiligt gewesen waren, nicht die ganze Gesellschaft anstecken? Konnte es anders sein?

Ein gutes Beispiel für die Stimmung war die »Hottentottenwahl« Deutschlands im Jahr 1907. Die Sozialisten im Reichstag hatten gegen Kriegskredite für einen Kolonialkrieg in Südwestafrika gestimmt, wo General von Trotha seit einiger Zeit einen Aufstand der Ureinwohner vom Stamm der Herero mit äußerster Brutalität niederschlug.<sup>11</sup> Die kaisertreuen Parteien griffen die SPD mit einem wahren Sperrfeuer national-chauvinistischer Parolen an. Bei den folgenden Wahlen büßten sie 36 ihrer vormals 79 Sitze ein. Trotz einer höheren Stimmenzahl schwand der SPD-Anteil um mehrere Prozentpunkte. Bernstein, Noske und ihre Freunde führten dies, ganz richtig, auf die Haltung zurück, die man zu dem Aufstand in Afrika eingenommen hatte. Sie schmähten die »negative Kolonialpolitik« und forderten eine »realistischere und positivere« Herangehensweise. Dieser Ansatz setzte sich letzten Endes durch und führte unweigerlich zu der Entscheidung, im August 1914 für die Kriegskredite zu stimmen.

Die Niederlage im Ersten Weltkrieg kostete Deutschland seine Kolonien in Afrika: Tanganjika (Deutsch-Ostafrika) wurde unter das »Mandat« Großbritanniens und Südwestafrika unter das »Mandat« der Südafrikanischen Union gestellt. Das britische Empire war, dank der US-Intervention in diesem Krieg, als Sieger hervorgegangen. Die Folgen dieser Entwicklung für den arabischen Osten wurden bereits in den vorangegangenen Kapiteln diskutiert.

Der Zweite Weltkrieg stellt im Hinblick auf den ersten sowohl eine Kontinuität als auch einen Bruch dar. Der Ansatzpunkt für Kontinuität war nahe liegend. Hitler sprach von einem dringenden Bedarf an mehr

»Lebensraum« und richtete Hasstiraden gegen das britische Empire. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass der Krieg von den Alliierten nicht etwa geführt wurde, um die Juden aus den Konzentrationslagern zu »befreien«. Wenn dies der Fall gewesen wäre, müsste man wohl einräumen, dass er verloren wurde, nicht gewonnen. Die deutschen Faschisten, denen der deutsche Staat von einer trägen Bourgeoisie und einer im Verfall begriffenen Aristokratie aus Angst vor dem Bolschewismus ausgehändigt wurde, verlangten die Anerkennung Deutschlands als Großmacht. Hitler warf den Briten und Franzosen vor, sich durch Gewalt und Raub eine Welt angeeignet zu haben, während sie dem Dritten Reich eben dieses Recht verweigerten:

*Es geht nicht an, daß 46 Millionen Engländer 40 Millionen Quadratkilometer der Erde einfach blockieren und erklären: »Das ist uns vom lieben Gott gegeben .... wir geben jetzt nichts mehr heraus.« ... Und Frankreich? Mit seinem ... Volkstum von knapp 80 Menschen auf den Quadratkilometer hat es selber über neun Millionen Quadratkilometer Raum erobert. Deutschland dagegen mit über 80 Millionen hat noch nicht 600000 Quadratkilometer.<sup>12</sup>*

Somit zählten auch Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten zu den Ursachen des Zweiten Weltkrieges. Dass Hitler darauf bestand, die französische Kapitulation in eben jenem Eisenbahnwaggon entgegenzunehmen, in dem 1918 die deutsche Oberste Heeresleitung gedemütigt worden war, stellte einen symbolischen Racheakt dar. Er diente außerdem dazu, die Bande zwischen dem konservativen Flügel der Armee und dem NS-Regime zu festigen, und sollte genau dies auch bewirken. Diese zweite Auseinandersetzung zwischen den

großen imperialistischen Mächten gab den Startschuss für zahlreiche Aufstände in der gesamten Kolonialwelt.

Das koloniale Zeitalter ging aus mehreren Gründen zu Ende. Vor allen Dingen nahm der Widerstand in der gesamten Kolonialwelt zu und äußerte sich in unterschiedlichen Formen: in bewaffneten Auseinandersetzungen, in gewaltlosem, zivilem Ungehorsam, einer Kombination aus beiden, im Aufkommen nationalistischer politischer Parteien usw. Eine Welle gesellschaftlicher Revolutionen verlieh dem Widerstand eine größere Stoßkraft. Sie nahm in Russland 1917 ihren Anfang und sprang in den folgenden Jahrzehnten auf China, Korea, Vietnam und Kuba über. Dadurch entstand ein neuer Block antikapitalistischer Staaten, und die Nationalbewegungen in den Kolonialländern, die gegen die imperialistische Herrschaft kämpften, konnten nicht mehr so leicht zerschlagen werden. Die nationalistischen Führer gehörten mit wenigen Ausnahmen den gebildeten Schichten der Kolonialgesellschaft an. Einige von ihnen hatten im Ausland, in Großbritannien, Frankreich, Portugal oder den Niederlanden studiert. Sie kehrten mit liberalen und radikalen Weltanschauungen ins eigene Land zurück. Die Kolonialherren erkannten, dass, wenn sie nicht einer Kompromisslösung mit den weniger radikalen Nationalisten zustimmten, am Ende nur die Kommunisten davon profitieren würden.

Vor die Wahl zwischen Gandhi oder Ho Chi Minh gestellt, entschieden sich die Briten für ersteren, die Franzosen hingegen beschlossen, letzteren bis zum bitteren Ende zu bekämpfen. Die Niederlagen, die sie in Indochina und später in Algerien erlitten, haben die französische Gesellschaft geprägt. Auch die Niederländer sträubten sich dagegen, den indonesischen Archipel aufzugeben. Durch den japanischen Vormarsch nach Westen wurden im Krieg die Niederländer und Franzosen

aus Südostasien vertrieben und der nationale Widerstand gestärkt. Nach dem Krieg kehrten beide Mächte, unterstützt von Großbritannien, in ihre Kolonien zurück, aber es war bereits zu spät. Die Erde hatte sich weitergedreht. Durch dieses Zusammentreffen von Ereignissen wurde die Kolonialordnung in den Sechzigerjahren beendet.

Als Führer der kapitalistischen Welt meldeten sich nunmehr die Vereinigten Staaten zu Wort und versuchten, einen totalen Zusammenbruch zu verhindern. Zu diesem Zweck errichteten sie eine Kette von Militärdiktaturen in Lateinamerika, Asien und Afrika mit zwei Bollwerken innerhalb der NATO, Griechenland und der Türkei, die ebenfalls über Militärregime abgesichert wurden. Zu den blutigsten Repräsentanten der Militärdiktaturen zählten Pinochet, Videla, Suharto und Mobutu, allerdings sollen mit dieser kurzen Liste keineswegs all die anderen düpiert werden, die ebenfalls ihr Bestes taten, um den Frieden zu erhalten. Widerstand vor Ort wurde häufig durch Mord und Folter ausgemerzt.

Der Leser möge mir den langen Exkurs verzeihen. Er dient einem einfachen Zweck, nämlich deutlich zu machen: Die Besetzung des Irak ist für jüngere Menschen etwas völlig Neues, die meisten von ihnen kennen das Gefühl überhaupt nicht, in einem Land zu leben, das andere gewaltsam beherrscht. Doch die Besetzung ist Teil eines langen historischen Prozesses, der im 20. Jahrhundert unterbrochen wurde und jetzt wieder fortgesetzt wird. Bush will Syrien und den Iran, sein Vizesheriff in London hingegen strebt die Übernahme von Zimbabwe und Birma an (zwei ehemalige britische Kolonien). Es stellt sich ferner die Frage, wie der Irak in den kommenden Jahren regiert werden soll. Die Methoden der Kolonialherrschaft sind notwendigerweise begrenzt, bestimmt von der Existenz eines einheimischen Volkes

mit einer langen Geschichte. Im Falle des Irak erstreckt sie sich auf mehr als 3000 Jahre. Ein Völkermord – wie in den verschiedenen Teilen des amerikanischen Kontinents<sup>13</sup> und in Australien – kommt nicht mehr in Frage, trotz der Existenz von Medienbaronen, die keine Probleme hätten, auch dafür eine Rechtfertigung zu präsentieren.

Der Unterschied zwischen den Vereinigten Staaten und dem europäischen Imperialismus des 19. und 20. Jahrhunderts besteht darin, dass die USA es bislang vorzogen, indirekt zu herrschen. Selbst wo sie große Kriege führten, wie in Korea, Vietnam, Angola, Afghanistan, verteidigten sie lieber lokale Regime, denen eine Revolution drohte, und vermieden es, direkt die Macht auszuüben. Militärstützpunkte waren eine feine Sache. Aber ein ganzer Apparat ziviler Herrschaft, wie die von den Briten bis zur Vollendung getriebene Verwaltung in Indien, entsprach nicht dem Stil Washingtons. In den Fällen, da die Amerikaner ein Land besetzten und es verwalteten, konnten sie ebenso brutal vorgehen wie die Franzosen oder Spanier, die sie ablösten. Hierfür drängen sich zwei Beispiele sofort auf: Kuba und die Philippinen.

In Kuba halfen die Vereinigten Staaten, die Spanier zu schlagen, blieben vier Jahre lang auf der Insel, brachten die Wirtschaft unter ihre eigene Kontrolle und zogen wieder ab. Allerdings ließen sie eine halb unabhängige Republik und die Militärbasis bei Guantanamo Bay zurück, die gegenwärtig als Gefängnis und Folterzentrum verwendet wird.

Benedict Anderson hat eine faszinierende Darstellung der US-Besetzung und Kolonialisierung der Philippinen sowie ihrer Auswirkungen auf die einheimische Gesellschaft vorgelegt.<sup>14</sup> Im Jahr 1898 erklärte Präsident McKinley, angespornt von dem Pressebaron Hearst, Spanien auf Kuba und im Pazifik den Krieg. Die kampfesmüden Spanier verkauften ihren Besitz im Pazifik

an die USA. Am Anfang des 20. Jahrhunderts wurde dann konsequent die »Befriedung« der Philippinen betrieben. Die einheimische Bevölkerung leistete massiven Widerstand. Die Kolonialisierung kostete die Vereinigten Staaten 5000 Menschenleben, die das Land besonders schmerzten, weil überwiegend weiße Soldaten starben. 20000 Philippiner wurden getötet und 200000 starben an Hunger und Seuchen. General Jake Smith, der die »Befriedung« der Insel Samar leitete, erteilte einen Befehl, auf den selbst Generalleutnant von Trotha stolz gewesen wäre: »Ich will keine Gefangenen. Ich möchte, dass ihr tötet und brennt; je mehr ihr niederbrennt und tötet, desto lieber ist es mir.« Ein Soldat, Sergeant Howard McFarlane, schrieb an das Journal in Fairfield, Maine: »Am Donnerstag, dem 29. März [1900], töteten 18 aus meiner Kompanie 75 Nigger-Speerkrieger und 10 Nigger-Schützen ... Wenn wir einen finden, der noch nicht tot ist, dann haben wir Bajonette.<sup>15</sup>

Im Zuge der Kolonialisierung der Philippinen wurde der halbautonome Status aufgehoben, den einige Inseln genossen hatten, und das muslimische Mindanao unter Manilas Kontrolle gebracht – mit langfristigen Nachwirkungen. An der politischen Front schufen die Vereinigten Staaten ihre eigene »Oligarchie der Gangster« aus Großgrundbesitzern, meist Mestizen, denen sich nunmehr die Gelegenheit bot, die 1600 Quadratkilometer zu kaufen, die von der katholischen Kirche konfisziert worden waren. Jawohl, wenn es den Interessen der Kolonialherren diente, waren Enteignungen durchaus zulässig. Alles diente dem höheren Ziel. Ein eingeschränktes Wahlrecht ermöglichte es den Oligarchen, ihr Landesparlament zu dominieren, und philippinischen Exporten wurde uneingeschränkter, zollfreier Zugang durch die Zollmauem rings um die Vereinigten Staaten gewährt. Die Oligarchie blühte auf und wurde von den eigenen Privatarmeen verteidigt, während die Mehrheit

der Bevölkerung zusehends verarmte. Viele aus der Mittelschicht und der unteren Mittelschicht, die nicht mehr genug zum Leben hatten, es aber auch nicht wagten, sich gegen die Oligarchie zu stellen, flüchteten in die Vereinigten Staaten und andere Länder.

Jahrzehnte später zerstörte Ferdinand Marcos die kollektive politische Macht der Oligarchen und übernahm, mit US-Unterstützung, allein die absolute Kontrolle. Die Philippinen wurden zu einer Kleptokratie degradiert, die von einem egozentrischen, willkürlichen und launischen Paar an der Spitze geleitet wurde. Auf dem Land begann eine halbmaoistische Guerillabewegung unter Führung der New People's Army Unterstützung zu sammeln und in der Stadt Unruhen zu schüren. Ihr Kampf hauchte einem weit verbreiteten Nationalbewusstsein neues Leben ein: Die Darstellung Marcos' als amerikanischer *tuta* (Laufjunge) war überall an den Wänden in Manila und auf Plakaten in anderen Teilen des Landes zu sehen. Das große Ausmaß der Korruption und Repression führte zu einem Aufstand von unten, den die Armee und eine andere Oligarchenfamilie eilig für sich vereinnahmten.

Cory Aquino, geborene Cojuangco, sprach von der »Macht des Volkes«, war aber die Tochter des führenden Oligarchen im Land. Die wackelige Koalition aus Links und Rechts, die sie unterstützte, brach schon bald auseinander. Um 1990 saß die alte Oligarchie der Gangster vor Marcos' Zeit bereits wieder fest im Sattel. Hier die Daten einer Studie des Philippine Daily Inquirer nach den Landeswahlen von 1987: »Von 200 Abgeordneten des Repräsentantenhauses gehören 130 den so genannten ›traditionellen politischen Familien‹ an, während weitere 39 Verwandte dieser Familien sind. Nur 31 Kongressmitglieder wurden vor 1971 noch nie gewählt ... Unter den 24 gewählten Senatoren fiel die Wahl fast ausschließlich auf Angehörige der prominenten

politischen Familien von vor 1972.»<sup>16</sup>

Ein symbolischer, wenn auch unbewusster Hinweis auf den Status der Inseln sei hier noch erwähnt. Das Pentagon gab bekannt, dass Einwanderer aus den Philippinen für niedere Dienste an die US-Stützpunkte im Irak verlegt würden. Die Einheimischen müssen sich selbstverständlich ihr Vertrauen erst noch verdienen.

Welches Schicksal erwartet den Irak? Weder das eine noch das andere Modell eignet sich sonderlich. Ist die japanische Variante vielleicht besser? Das Gerede der Handlanger, Irak werde denselben Status wie Japan nach dem Krieg erhalten, ist ebenso belanglos wie ignorant. Wissenschaftler diskutieren gegenwärtig die Frage, ob Japans Kaiser Hirohito ein Kriegsverbrecher war. Und wenn dem so war, warum wurde er dann nicht als solcher vor Gericht gestellt und warum legte Washingtons Vizekönig, General Douglas MacArthur, so großen Wert darauf, den Chrysanthemen-Thron nach 1945 zu erhalten? Im Gegensatz zur herrschenden Sichtweise gibt es außerdem etliche Hinweise darauf, dass in Japan während der Zwanzigerjahre des 20. Jahrhunderts durchweg eine feindselige Stimmung gegenüber der Kaiserherrschaft bestand. Die folgende öffentliche Ankündigung von Uchiyama Gudo, einem jungen Priester der Soto-Zen-Sekte, hätte den besetzenden Amerikanern als Vorbild dienen können:

*Das hohe Tier der gegenwärtigen Regierung, der Kaiser, ist nicht der Sohn der Götter, wie eure Grundschullehrer und andere euch glauben machen wollen. Die Vorläufer des gegenwärtigen Kaisers stammten aus einem Winkel aus Kyushu und mordeten und beraubten die Leute. Dann vernichteten sie ihre Mitdiebe ... Obwohl das wohl bekannt ist, weigern sich Universitätsprofessoren und ihre Studenten, Schwächlinge, die sie sind, etwas darüber zu*

*sagen oder zu schreiben. Stattdessen versuchen sie sowohl andere wie auch sich selbst zu betrügen, und wissen dabei die ganze Zeit, dass das Ganze nur ein Haufen Lügen ist.<sup>17</sup>*

Der Japanologe Herbert Bix argumentiert, die völlige Einbindung Hirohitos in die japanische Kriegsmaschinerie und sein leidenschaftlicher Wunsch nach imperialer Expansion seien in Japan schon immer allgemein bekannt gewesen. Ein gigantisches Vertuschungs- und Entschärfungsmanöver war notwendig, um ihn auf dem Thron zu halten. Hirohito bereitete sich gerade auf seine Verteidigung vor dem Kriegsverbrechertribunal vor, als ihm mitgeteilt wurde, dass dies nicht nötig sei.<sup>18</sup>

Keines dieser Beispiele lässt sich auf die Re-Kolonisierung des Irak anwenden. Mit einer Variante des Marshall-Plans könnte man sicher Zeit gewinnen. Man würde unmittelbar den Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur fördern, Subventionen für Unterkünfte und andere Einrichtungen gewähren und dem irakischen Volk erlauben, sein eigenes Parlament zu wählen. Doch das gegenwärtige Herrschaftsmodell ist nicht das des New Deal, sondern das des Neoliberalismus. Dies erschwert es ungemein, im Irak etwas zu tun, was man sich nicht einmal im eigenen Land zu tun traut. Es würde gegen die Regeln der Welthandelsorganisation und des Internationalen Währungsfonds verstößen, die hauptsächlich dafür verantwortlich sind, dass der Raubtier-Kapitalismus in anderen Ländern an der Macht bleibt.

Eine Demokratie würde genau wie im Iran anno 1953 weitere Probleme schaffen. Was wäre, wenn die Iraker eine Regierung wählen, die darauf besteht, das Erdöl unter irakischer Kontrolle zu belassen, und den Abzug der Besatzungstruppen und US-Stützpunkte fordert? Dies mag vielleicht nicht sofort geschehen, aber mittelfristig besteht

immer die Möglichkeit dazu. Dann wäre ein weiterer Regimewechsel erforderlich.

Mit diesen Problemen wird sich das amerikanische Empire auseinander setzen müssen, und die Schwierigkeiten werden noch an Bedeutung gewinnen, falls irgendwelche Schritte gegen den Iran in die Wege geleitet werden sollten. Die intelligenteren Experten unter den Mainstream-Politologen in den USA sind sich viel eher darüber im Klaren als die liberalen Vertreter einer Vogel-Strauß-Politik, die sich weigern, der Realität ins Auge zu sehen, mit der sie konfrontiert werden.

In einem unlängst erschienenen Buch will Andrew J. Bacevich, ein ehemaliger Militäroffizier und jetzt Professor für Internationale Beziehungen an der Boston University, nichts davon hören, dass die Regierung von George W. Bush in ihrer Politik einen ernsten Bruch gegenüber den Jahren unter Clinton und Bush senior darstelle, und wirft eine Reihe wichtiger Fragen auf. Das »schmutzige kleine Geheimnis« der Bush-Clinton-Bush-Jahre bestehe darin, dass deren Regierungen es durchweg abgelehnt hätten und ablehnen würden, das Ausmaß des imperialen Problems einzugestehen:

*Über nicht nur eine, sondern über mehrere Regionen von maßgeblicher, geopolitischer Bedeutung herrschen; anderen wirtschaftspolitischen Grundsätzen als den eigenen die Legitimation absprechen; die bestehende Ordnung für sakrosankt erklären; den Anspruch auf unangefochtene militärische Überlegenheit erheben, und zwar mit einer global eingesetzten Streitmacht, die nicht für Selbstverteidigung, sondern für die Ausübung von Gewalt ausgerüstet ist: Mit all dem hat eine Nation zu tun, die ein Kolonialreich regiert. Wenn wir weiterhin einen anderen Eindruck erwecken, oder, um es mit den Worten von Reinhold Niebuhr zu sagen, wenn wir »panisch die*

*Anerkennung des Imperialismus vermeiden, den wir in Wirklichkeit ausüben«, wird Amerikas imperiales Problem nicht einfacher zu bewältigen sein und es wird dadurch auch sicher nicht beseitigt werden.<sup>19</sup>*

Bisher hat jedes Kolonialreich früher oder später eine Gegenreaktion herausgefordert. Wenn ein Despot – ob ein Einheimischer oder ein Statthalter – einmal erkennt, dass nichts mehr funktioniert, dass die Folter und das Elend, die er seinen Untertanen zumutet, ihn nicht mehr retten können, wird er immer paranoider. Vom falschen Lächeln seiner Berater lässt er sich nicht länger täuschen. Unter der Maske kann er auf jedem einzelnen Gesicht die Erwartung seines Niedergangs und Sturzes lesen. Aus diesem Grund sagten die Astrologen im Osten in der Regel jenen, die sich in den Dienst eines Tyrannen stellten, Unglück voraus. Von dem bewaffneten Widerstand im Irak war bereits die Rede, aber wie sieht es mit dem politischen Widerstand gegen das Empire aus?

Seit einem vollen Jahrzehnt versuchen die *bien pensant* und die Regierungen, die sich links von der Mitte einordnen, der Realität der US-Macht auszuweichen, indem sie Schutz unter dem löchrigen Schirm der Vereinten Nationen suchten. Das amerikanische Empire fand man ganz in Ordnung, solange es den Sicherheitsrat oder, zumindest, die NATO zu Rate zog. Nur ein imperialer Unilateralismus war inakzeptabel. Oder wie es der hoch geschätzte deutsche Philosoph Jürgen Habermas nach dem Fall Bagdads ausdrückte: »Verschließen wir nicht die Augen vor der Revolution in der Weltpolitik: die normative Autorität Amerikas liegt in Trümmern.«<sup>20</sup>

Die von Habermas und anderen angeführten Argumente sind wichtig, weil sie ein wichtiges Segment der westeuropäischen öffentlichen Meinung repräsentieren. Diese Auffassung lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Das Aufoktroyieren der westlichen liberalen Hegemonie ist nur dann zu rechtfertigen, wenn es mit internationalem Recht in Einklang steht. Die Pragmatiker und Opportunisten in Europa, die sich nunmehr den vollendeten Tatsachen beugen und den Krieg im Irak akzeptieren, haben Unrecht. Der universalistische Kern der Demokratie und die damit verbundenen Werte widersprechen den imperialen Forderungen, die eine Uniformität aufzwingen. Unilateralistische Exzesse lassen sich nur über die einzige existierende Weltorganisation und über die Weiterentwicklung des internationalen Rechts verhindern, vor dem alle gleich sind. Wenn dies nicht geschieht, wird die Herrschaft des Rechts weltweit Schaden nehmen, auch innerhalb der Vereinigten Staaten, wo sie ohnehin bereits von den Befugnissen untergraben wurde, die den Sicherheitsdiensten eingeräumt wurden. Habermas nimmt selbst den Vergleich mit dem Jugoslawienkrieg vorweg und schreibt ferner:

*Auch der Vergleich mit der Kosovo-Intervention liefert keine Entlastung. Zwar war auch in diesem Fall eine Autorisierung durch den Sicherheitsrat nicht zu erreichen. Aber die nachträglich eingeholte Legitimation konnte sich auf drei Umstände stützen: auf die Verhinderung einer (nach damaligem Kenntnisstand) in Gang befindlichen ethnischen Säuberung, auf das für diesen Fall erga omnes geltende völkerrechtliche Gebot der Nothilfe sowie auf den unbestritten demokratischen und rechtsstaatlichen Charakter aller Mitgliedstaaten des ersatzweise handelnden Militärbündnisses.<sup>21</sup>*

Mit anderen Worten, der Irakkrieg von 2003 besaß einen völlig anderen Charakter. Als Antwort auf Habermas könnte man eine ganze Reihe anderer Fragen stellen. Gehen wir einmal davon aus, dass die amerikanische

Missachtung der Vereinten Nationen das Hauptargument gegen den Krieg war (dies war die Schwachstelle der europäischen Friedensbewegung) und eine Billigung durch den Sicherheitsrat der Sanktionierung durch internationales Recht entsprach. Sehen wir uns nun einmal an, ob wir dieses Knäuel entwirren können.

Bildet der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen etwa die oberste gerichtliche Instanz des internationalen Rechts? Falls ja, wie kann er dann einige Resolutionen umsetzen, andere hingegen nicht. Die UNO und ihr Vorläufer, der Völkerbund, wurden gegründet, um den neuen Status quo zu institutionalisieren, der nach zwei blutigen Konflikten erreicht wurde: nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg. Beide Organisationen wurden auf der Basis gegründet, dass sie das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung verteidigen sollten. In beiden Fällen ächtete ihre Charta Präventivschläge und Versuche von Großmächten, Länder zu besetzen oder Regime auszutauschen. Beide Organisationen gingen von der Annahme aus, dass der Nationalstaat an die Stelle der Kolonialreiche getreten ist.<sup>22</sup>

Die Vereinten Nationen wurden nach der Niederlage des Faschismus ins Leben gerufen, um die Beschlüsse der Konferenz von Jalta zu überwachen. Ihre Charta untersagt ausdrücklich Verstöße gegen die nationale Souveränität mit Ausnahme von Fällen der »Selbstverteidigung«. Trotz der Anwesenheit sowjetischer Truppen war die UNO jedoch unfähig, in den Sechzigerjahren den vor kurzem unabhängig gewordenen Kongo gegen belgische und amerikanische Intrigen zu verteidigen oder auch nur das Leben des kongolesischen Regierungschefs Patrice Lumumba zu retten. Und im Jahr 1950 nutzte der Sicherheitsrat einen vorübergehenden Boykott durch die Sowjets, um einen US-Krieg gegen Nordkorea zu autorisieren. Unter dem UN-Banner zerstörten westliche

Armeen absichtlich Staudämme, Kraftwerke und die Infrastruktur des gesellschaftlichen Lebens in Nordkorea und brachen damit eindeutig internationales Recht. Die UNO war auch außerstande, den Krieg in Vietnam zu stoppen. Ihre Lähmung angesichts der Besetzung Palästinas ist seit mehr als dreißig Jahren nicht zu übersehen.

Diese meisterhafte Untätigkeit beschränkte sich nicht einmal auf Missbräuche durch den Westen. Die UNO war machtlos und konnte weder 1956 Ungarn gegen die sowjetische Invasion noch 1968 die Tschechoslowakei gegen die Entscheidung des Warschauer Paktes verteidigen, das Regime des Landes auszutauschen. Beide Supermächte durften also in einem klaren Verstoß gegen die UN-Charta ihren Interessen nachgehen, ohne dass ihnen Sanktionen auferlegt wurden.

Mit den USA als einzigm militärisch-imperialem Staat ist der Sicherheitsrat heute zu einem Schauplatz des Feilschens verkommen, nicht um gegenseitige Beleidigungen, sondern um einen Anteil an der Beute. Der italienische Theoretiker, der im vergangenen Jahrhundert von den Faschisten am meisten gefürchtet wurde, sagte diese Wende der Ereignisse mit erstaunlicher Genauigkeit voraus. »Die ›normale‹ Ausübung von Hegemonie«, schrieb Antonio Gramsci, »wird von der Kombination aus Gewalt und Konsens charakterisiert, in unterschiedlicher Gewichtung, ohne dass die Gewalt allzu sehr über den Konsens dominiert.« Es gebe jedoch, so Gramsci weiter, Fälle, in denen es angebrachter sei, auf eine dritte Variante der Hegemonie zurückzugreifen, weil »zwischen Konsens und Gewalt Korruption/Betrug steht, das heißt, die Entkräftung und Lähmung des Antagonisten oder der Antagonisten.<sup>23</sup> Hier haben wir eine exakte Beschreibung des Vorgangs, in dessen Verlauf die russische Unterstützung bei der UNO ausgehandelt wurde, wie eine

Schlagzeile auf der Titelseite der Financial Times am 4. Oktober 2002 enthüllte: »Putin feilscht hart mit den USA um Iraks Öl: Moskau will hohen Handelspreis für seine Unterstützung.«

Europäische Verbündete scharren mit den Füßen ob des exzessiven »Unilateralismus« der USA – im Wesentlichen ist damit das unangenehme Versäumnis gemeint, sie um Rat zu fragen, was als Deckmantel für eine europäische Subordination dient. China und Russland feilschen mehr oder weniger erfolgreich um ihr Wohlwollen im Sicherheitsrat. Falls es ausbleibt, werden dennoch Maßnahmen ergriffen.

Die Welt hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten so sehr verändert, dass die Vereinten Nationen zu einem Anachronismus geworden sind, einem ständigen Feigenblatt für neue imperiale Abenteuer. Wenn die UNO die gegenwärtige Weltordnung authentisch widerspiegeln würde, dann gäbe es nur noch ein Veto im Sicherheitsrat: das der Vereinigten Staaten. Dies wäre ganz und gar nicht im Sinne Boutros Boutros-Ghalis, der auf Madeleine Albrights Drängen hin abgesetzt wurde, weil er dem Willen der Kolonialmacht die Stirn geboten hatte: Er hatte darauf bestanden, die UNO müsse bei dem Völkermord in Ruanda intervenieren, den US-Interessen war aber stärker an einer Präsenz auf dem Balkan gelegen. Er wurde durch den gegenwärtigen Amtsinhaber abgelöst: Kofi Annan, ein schwacher Pöstchenhalter, dessen salbungsvolle Reden gelegentlich eine unschuldige europäische Öffentlichkeit täuschen mögen, nicht aber ihn selbst. Er weiß, wer das Sagen hat und die Rollen verteilt. Und die Vereinten Nationen haben im Nachhinein eine Sanktionierung der Besetzung des Irak geliefert.<sup>24</sup>

Aus diesem Grund halten einige – mich eingeschlossen – hartnäckig an dem Standpunkt fest, dass ein von der UNO unterstützter Krieg ebenso unmoralisch und ungerecht

gewesen wäre wie einer, der vom Pentagon eingefädelt wurde, weil es der gleiche Krieg gewesen wäre. Ebenso wenig wird sich das Wesen der angloamerikanischen Besetzung ändern, nur weil der Sicherheitsrat ihr seine Billigung erteilt hat. Dies hat lediglich zur Folge, dass die EU und andere (Lula in Brasilien, Musharraf in Pakistan, Vajpayee in Indien usw.) wieder auf Kurs gebracht werden.

Jürgen Habermas und die Öffentlichkeit in Europa waren durchaus bereit zu akzeptieren, dass die UNO in Jugoslawien übergegangen werden konnte. Schließlich gehörten der so genannten »Ad-hoc-Allianz« (eine Umschreibung, die dazu diente, den treuen NATO-Partner Türkei auszuschließen), die in diesem Fall Krieg führte, ausschließlich demokratische Staaten an. Doch die angloamerikanische Allianz, die den Irak eroberte, ist bestimmt genauso demokratisch. Bush und Blair sind gewählte Regierungschefs. Auch wenn bei Bushs Wahl einige Zweifel an deren demokratischer Durchführung angebracht sind, so kann niemand bestreiten, dass er die fast einmütige Unterstützung des Senats und des Repräsentantenhauses wie auch der Demokraten hatte. Ja, die beiden größten Stars der Demokraten, Mr. und Mrs. Clinton, spielten eine wichtige Rolle bei der Einstimmung der öffentlichen Meinung auf den Krieg. Weshalb hätte die Tatsache, dass sich bedeutende demokratische Staaten in Europa (Deutschland, Frankreich, Belgien) vor Beginn des Krieges gegen ihn ausgesprochen haben, all diese Kriterien plötzlich ungültig machen sollen?

Der Gegensatz zu Jugoslawien ist längst nicht so groß, wie Habermas glaubt. Tatsächlich könnten jene, die »sich auf die Humanität berufen«, argumentieren, dass Saddam Husseins Regime viel schlimmer war als jedes einzelne Staatengebilde auf dem Balkan seit 1990. Zwar war im

Fernsehen nichts davon zu sehen, es gab keine hässlichen Bilder, um die Öffentlichkeit zu mobilisieren, doch dieser Umstand entkräftet das Argument keineswegs. Dieselbe »chirurgische Präzision« der Luftschlüge, die in Jugoslawien so großen Beifall gefunden hatte, wurde auch im Irak eingesetzt. Die Zahl der zivilen Opfer blieb verhältnismäßig gering. Und dieselbe kantische Argumentation galt auch für diesen Fall. Natürlich beschlossen die USA dieses Mal, als sie sich mit einem »blockierten Sicherheitsrat« und einer blockierten NATO konfrontiert sahen, trotzdem weiterzumachen, und sie hätten es sogar ohne Blair getan. So viel ist deutlich geworden.<sup>25</sup>

Unlängst haben Habermas und Jacques Derrida einen gemeinsamen Appell für eine unabhängige europäische Außenpolitik veröffentlicht. Was für eine Politik? Und welches Europa ist gemeint? Solange man nicht der Realität der amerikanischen Imperialmacht ins Auge sieht, fällt es schwer, eine politische Alternative zu formulieren. Innerhalb der Vereinigten Staaten selbst gibt es regierungstreue Vertreter des Empire-Gedankens, die eine Isolation fürchten. Für sie sind Institutionen wie die UNO und die NATO nützliche Hilfsmittel, um eine auf einem Konsens beruhende westliche Hegemonie zu bewahren. Daher sollte man sie nicht zu sehr von oben herab behandeln. Doch die internationalen Institutionen wurden in der Vergangenheit benutzt und werden auch weiterhin benutzt werden.<sup>26</sup>

Und sollten Europas linksliberale Intellektuelle und Philosophen immer noch daran zweifeln, dass die Welt, in der wir leben, von einem einzigen Empire und dessen Bedürfnissen dominiert wird, so würde ich ihnen raten, Philip Bobbitts leidenschaftliche Verteidigung des US-Empires zu lesen. Seines Zeichens Demokrat, ist Bobbitt auf beiden Seiten des Atlantiks, im texanischen Austin

Oxford und am Kings College in London, als Dozent tätig gewesen und hat in verschiedenen Funktionen vier US-Präsidenten gute Dienste geleistet: Carter, Reagan, Bush senior und Clinton, letzterem als Leiter der Nachrichtenabteilung im Nationalen Sicherheitsrat. Vor und während des Krieges im Irak war Bobbitt eine bekannte Persönlichkeit in Blairs Großbritannien, wurde in den Medien gefeiert und besuchte regelmäßig Downing Street 10. Mit anderen Worten, ein Mann mit einer gewissen Autorität. Was hat uns sein jüngstes Buch zu sagen?

Seine Botschaft ist optimistisch. In den internationalen Beziehungen ist eine bismarcksche Revolution im Gange. Sie wurde nicht etwa von George W., sondern von Bill Clinton in die Wege geleitet, als dieser beschloss, auf dem Balkan zu intervenieren.

Welche Vor- und Nachteile der Schritt auch gehabt haben mag, mit dieser Intervention wurde die traditionelle Haltung aufgegeben, die man gegenüber nationaler Souveränität im Namen der Humanität bisher an den Tag gelegt hatte. In einem Interview mit dem *Guardian* nach der Besetzung des Irak rühmte sich Bobbitt, er sei derjenige gewesen, der Clinton von der Notwendigkeit einer neuen Doktrin überzeugt habe, um die Kolonialpolitik in der postkommunistischen Welt zu rechtfertigen:

*Die USA würden intervenieren, wenn die Bedrohung unserer wesentlichen strategischen Interessen überwältigend groß wäre und unmittelbaren Charakter hätte; wenn bedeutende strategische Interessen und humanitäre Anliegen zusammenkämen; oder wenn das humanitäre Anliegen hoch angesiedelt würde und die strategischen Interessen niedrig, auch wenn kein wesentliches strategisches Interesse vorhanden wäre.<sup>26</sup>*

Diese aggressive Agenda ist nun in Kraft. Die »unverhältnismäßig große Macht« des amerikanischen Empire zu erkennen, ist schon deshalb wichtig, weil nur auf diesem Hintergrund die Entwicklung eines politischen Widerstands und geeigneter Alternativen gefördert werden kann. Die dafür erforderliche Bewegung kann nur Erfolg haben, wenn sie global operiert und begreift, dass die neoliberalen Beine, auf denen der imperiale Gigant umherstapft, nicht so stark sind, wie die kapitalistischen Medizinmänner uns gerne einreden wollen.

## **Danksagung**

Am Jahrestag der Anschläge auf das Pentagon und die Zwillingstürme des World Trade Center war bereits klar, dass die Bush-Regierung die Invasion und Besetzung des Irak vorbereitete. Ich hatte natürlich den ersten Golfkrieg genau verfolgt und in der *New Left Review* und meinem Buch *Fundamentalismus im Kampf um die Weltordnung* ausführlich die anschließenden Sanktionen angeprangert. Nun dachte ich viel über die Geschichte dieses gequälten Landes nach und wollte bis zu den Wurzeln zurückgehen.

Mein libanesischer Freund und Gefährte aus mehr als dreißig Jahren, Gilbert Achcar, riet mir, tief Luft zu holen, mir etwas freie Zeit zu verschaffen und dann Hanna Batatus klassische Untersuchung über den Irak zu lesen. Das war eine hervorragende Empfehlung. Batatu lesen zu dürfen ist ein besonderes Privileg. Er war ein Historiker mit einzigartigem Weitblick und sein Werk hat mich auf vielen Flugreisen über nahezu alle Kontinente begleitet.

Nach Batatu habe ich etliche andere Bücher gelesen, einige waren höchst unterhaltsam (Erinnerungen der ersten britischen Botschafter, die Tagebücher von Gertrude Bell und so weiter) und ich habe lange Gespräche mit Exilirakern geführt. Doch immer wieder kehrte ich zu Batatu zurück, schlug geschichtliche Fakten bei ihm nach und studierte seine Interpretation. Er hat die Re-Kolonialisierung des Irak nicht mehr erlebt, aber ganz gewiss wäre sie ihm ein Gräuel gewesen, vor allem die plumpen Inszenierung der Bilder: Zweihundert Menschen stürzen mit amerikanischen Geräten ein Saddam-Standbild in der Stadt Bagdad mit zwei Millionen kurdischen Einwohnern, und das Ganze wird vom Propagandaapparat der Besatzer als »Befreiungstat« dargestellt. Oder nehmen wir die von

A bis Z erfundene Geschichte der tapferen Soldatin Jessica Lynch. Oder die dreisten Lügengeschichten, mit denen Bush und Blair ihre Landsleute überzeugen wollten. Batatu starb im Jahr 2000 und alle, die etwas von ihm lernen durften, stehen tief in seiner Schuld.

Die Namen der zahlreichen irakischen Gesprächspartner, die mir in vielfältiger Weise geholfen haben, kann ich hier gar nicht auflisten. Einige dürften es auch vorziehen, ungenannt zu bleiben, denn sie möchten nicht auf der schwarzen Liste der Besatzer erscheinen.

Aber einige Namen muss ich nennen: Saadi Youssef, Haifa Zangana, Kamil Mehdi, Amir al-Rikaby, Wadood Hammad, Najim Mahmood und Faris Wahhab haben wertvolle Zeit geopfert und mit mir über die Vergangenheit diskutiert. Faris Wahhab hat für mich einige wichtige Stellen aus dem Arabischen übersetzt. Tariq Ismail schickte mir aus Calgary die zentralen Kapitel seiner *Geschichte des irakischen Kommunismus*, die demnächst erscheinen soll. Mein Dank geht weiterhin an Sarah Maguire und Hafiz Kheiri, die durch ihren Einsatz dafür gesorgt haben, dass die jüngsten Gedichte von Saadi Youssef und Muthaffar al-Nawab noch rechtzeitig zur Veröffentlichung der Originalausgabe dieses Buches ins Englische übersetzt wurden.

Am Hauptsitz von Verso, des Originalverlages, in London lag die reibungslose Abwicklung des Projekts in den Händen von Jane Hindle, Tim Clark, Gavin Everall, Fiona Price und Peter Hinton. Andrea Woodman und Alice McNeill haben mit großem Einsatz die Fotos beschafft.

## **Anmerkungen**

### **Leben mit dem Feind – Einleitung (S. 7-21)**

1. Selbst die offiziellen kurdischen Wendehälse werden nun langsam nervös und fragen sich, wie das alles enden wird. In dieser Hinsicht haben sie schließlich einige Erfahrung. In der Vergangenheit nahmen sie Wohltaten von den Israelis, dem iranischen Schah, von Ayatollah Khomeini, von unterschiedlichen Regimen in Bagdad und von den Vereinigten Staaten entgegen. Mit ihren feinen Antennen registrieren sie jede kleine Veränderung der politischen Wetterlage. Könnte die neue Kolonialherrschaft womöglich bedeuten, dass die Zeit, in der sie vom Westen gehätschelt wurden, während die Sanktionen dem übrigen Irak die Luft abschnürten, allmählich zu Ende gehen?

2. Siehe dazu das nächste Kapitel.

3. Arab. *al-ajam* bezeichnet einen Ausländer oder Fremden, der nicht aus einem arabischen Land oder Volk stammt. (Anm. d. Red.)

4. *Al-Muawiya ibn Sufyan* aus dem arabischen Geschlecht der Omajaden war seit 639 vom Kalif Umar zum Statthalter von Syrien ernannt worden. Bei der Ernennung Alis zum Kalifen war Muawiya bereits ein bedeutender politischer Machthaber. Er erkannte Alis Kalifat nicht an. Zunächst Gouverneur in Syrien zur Zeit Omars und Osmans, nach der Ermordung des 4. Kalifen, Ali, Alleinherrscher, Präger und Ausformer des Frühislam, ab 662 n. Chr. auch Herr über die Osthälfte des islamischen Reiches, den Irak, die Arabische Golfküste und Persien, später 5. Kalif.

Begründer der Omajaden-Dynastie. (Anm. d. Red.)

5. *Abu Sufyan* (gest. 652 n. Chr.), Vater von Muawiya, einflussreicher Kaufmann und Stammesoberhaupt. Trotz seiner Verwandtschaft zum Propheten Muhammad zeigte er sich stets als dessen Erzfeind bis zur islamischen Eroberung der Stadt Mekka im Jahre 630 n. Chr. und erkannte ihn nicht als Propheten an.

6. Arab. *al-irhab*, bedeutet »Terrorismus«.

## Die Schakalhochzeit (S. 22-48)

1. »Nostalgia«, in: Aharon Shabtai, *J'accuse*, New York 2003.

2. Boris Pasternak erzählte später, dass Stalin ihn angerufen und gefragt hatte, ob es stimme, dass Mandelstam ein »großer Dichter« sei. Pasternak behauptete, er habe das bejaht. Zu dem Zeitpunkt war Mandelstams Gesundheit bereits durch seine Zeit in den Lagern ruiniert. Es war zu spät – sowohl dafür, ihn zu retten, als auch dafür, seine Hinrichtung anzurufen. Pasternak überlebte die schlimme Zeit. Es ging das Gerücht, gerettet habe ihn einzig ein Überblick über die georgische Dichtung, den er einige Jahre vor der Revolution von 1917 in einem Literaturmagazin veröffentlicht hatte. Darin hatte er den georgischen Dichter Joseph Dschugaschwili (so hieß Stalin in Wirklichkeit) lobend als einen sehr viel versprechenden Autor erwähnt. Diese Geschichte zeigt einmal mehr, dass große Dichter die Gabe der Voraussicht haben.

3. Ibn Tammiya (1263-1328) war ein führender sunnitischer Theologe. Er lehrte an der Hanbali-Schule, die für ihre ultraorthodoxe Interpretation der Schriften berühmt war. Seine Ideen wurden im 18. Jahrhundert

von Abdal Wahhab aufgegriffen und weiterentwickelt und bilden die Grundlage des Wahhabismus, der Staatsreligion von Saudi-Arabien.

4. Gemeint ist der Sohn des Kalifen al-Mutawakil. Al-Muwafaq wurde während der Regierungszeit seines Bruders Regent und erwarb sich den Ruf eines besonders skrupellosen Militärführers der Abbasiden. Er schlug die Sklavenrevolten in den Sumpfgebieten des Südirak nieder. Die Revolte der Zanj, eine gewaltiger Kampf, wie es ihn in der Geschichte der Sklaverei nie gegeben hatte, dauerte 14 Jahre (869-883) an, bis al-Muwafaq ihn blutig beendete. Viele Sklavenführer wurden in Basra öffentlich ausgepeitscht und hingerichtet.

5. *Without an Alphabet, Without a Face: Selected Poems of Saadi Youssef*, ins Englische übersetzt von Khaled Mattawa, St. Paul 2002.

6. Bertolt Brecht, *Gesammelte Gedichte*, hrsg. vom Suhrkamp Verlag in Zusammenarbeit mit Elisabeth Hauptmann, Bd. 2, Frankfurt am Main 1976, S. 718.

7. Übersetzung vom Arabischen ins Englische (für die Originalfassung dieses Buches) von Wadood Hammad. Das Gedicht bezieht sich auf die frühen Sechzigerjahre. Der Verfasser kam nach dem ersten Staatsstreich der Baath-Partei 1963 (vgl. Kapitel »Baathismus«) ins Gefängnis und wurde gefoltert. Zusammen mit anderen Gefangenen gelang ihm die Flucht und sie kamen über die iranische Grenze nach Ahwaz in Khuzestan, einer Provinz mit arabischer Bevölkerung. Die Geheimpolizei des Schah Reza Pahlevi spürte die Flüchtlinge bald auf. Sie wurden verhaftet, gefoltert und nach Bagdad zurückgebracht.

8. Abdalrachman Munif, *Geschichte einer Stadt. Eine Kindheit in Amman*, Basel 1996, S. 242.

9. Ebenda, S. 254f.

10. Prinz Hassan von Jordanien beharrte darauf, dass die Demokratie durchaus mit dem Islam vereinbar sei. Prinz Turki bin Faisal hingegen, der saudische Botschafter in Großbritannien und ehemalige Chef des Geheimdienstes, behauptete das Gegenteil und erinnerte die Anwesenden daran, dass Osama bin Laden sich in Afghanistan beim Kampf gegen die Russen hervorgetan hatte und dafür vom Westen hoch gelobt worden war. Später erzählte mir Hassan ein Erlebnis in Schottland: Bei einem Vortrag forderte ein lokaler Würdenträger das Publikum nach langer Vorrede auf, mit ihm gemeinsam einen Prinzen aus einer der ältesten arabischen Familien von illustre Abstammung zu begrüßen, »Prinz Hassan bin Laden«. Wir lachten gemeinsam und dann sagte Hassan: »Es sieht so aus, als seien wir wieder ganz am Anfang, Tariq, für sie sind alle Araber gleich.«

11. Ich danke Saadi Youssef, Hafiz Kheir und Sarah Maguire, dass sie das Gedicht für mich ins Englische übersetzt haben. Das Gedicht hatte den gewünschten Effekt: Viele Iraker verwenden jetzt die Bezeichnung »Schakalhochzeit« für diese Zusammenkunft der Besetzungs-Befürworter.

12. Bezug auf einen präislamischen Text, wie er in arabischen Lehrbüchern häufig vorkommt.

13. Ins Englische übersetzt von Sarah Maguire und Hafiz Kheiri.

## **Eine Herrscherclique von Gaunern (S. 49-76)**

1. Zitiert in Elizabeth Monroe, *Britain's Moment in the Middle East: 1914-1956*, London 1963. Das Buch gehörte beim Studium der internationalen Beziehungen

in Oxford zum vorgeschriebenen Literaturkanon. Zum Zeitpunkt seines Erscheinens konnte man sich darüber empören, weil es die klassische liberale Verteidigung des britischen Empire darstellte. Die erneute Lektüre mit vierzig Jahren Abstand ändert an dieser Einschätzung nichts, aber in der Post-Post-Kolonialzeit sind die heftigen Gefühle abgeebbt. Man liest es nun als Hilfe zum besseren Verständnis von Kontinuitäten, Diskontinuitäten und Kontrasten zu dem gegenwärtig im Angebot befindlichen Imperialismus.

2. Ebenda, S. 27.

3. Gertrude Bell war eine außerordentlich intelligente Verwalterin des Empire. In einem klugen Artikel (»Miss Bell's lines in the sand«, *The Guardian*, 12. März 2003) schreibt James Buchan: »Ihre Briefe an ihren Vater und ihre Stiefmutter zählen zu den großen Briefwechseln des letzten Jahrhunderts. Mit Leichtigkeit wechselt sie von der Bestellung von Baumwollkleidern bei Harvey und Nichols [sic] zu den neuen Errungenschaften der britischen Luftkriegsführung, die an aufsässigen irakischen Arabern und Kurden erprobt werden sollen.« Damals wurden erstmals chemische Waffen in Form von Senfgas in der Region eingesetzt.

4. In Indien dauerte es von 1757 bis 1947, im Irak von 1914 bis 1958. Richard Gott versammelt in seinem demnächst erscheinenden Buch *Our Empire Story* Tabellen zur Geschichte des britischen Empire, darunter die folgende erstaunliche Statistik: Auf jeden Tag, den das Empire Bestand hatte, entfiel ein Akt der Rebellion seiner Untertanen. Das sollten die Befürworter eines neuen Empire bedenken. Es zeichnet sich bereits ab, dass die Zahl der amerikanischen Opfer im Irak stetig steigt.

5. Charles Tripp schreibt dazu: »Die wichtigste

Währung im Patronagesystem war Land ... Für die Behörden war dies gewissermaßen ein Weg, Ordnung im Land zu kaufen ... Daran hatte sich seit den Anfangsjahren der britischen Besatzung nichts geändert. Damals betrachtete Henry Dobbs (während der militärischen Besetzung zuständig für Steuern und in der Mandatszeit Hochkommissar, 1923-1929) die Verbindung von Land und Titeln sowie die Vergabe von Pachtverträgen als die effektivsten Mittel, in den ländlichen Gebieten für Ruhe zu sorgen.« *A History of Iraq*, Cambridge 2000, S. 51f.

6. In den meisten Fällen traf dies zu. Feisal kollaborierte perfekt bei den Scheinwahlen zur verfassungsgebenden Versammlung, bei denen handverlesene Speichelrecker gegen den Widerstand des Volkes ins Amt gehievt wurden. Wahlen in einem Land unter Kolonialverwaltung sind selten frei und gleich, ungeachtet dessen, was die Mächtigern-Kollaborateure heute behaupten, wenn sie die Geschichte umschreiben. Eine aufschlussreiche, detaillierte Darstellung der Vorgänge im Irak während der ersten Kolonialisierung gibt M. M. al-Adhami in seinem Beitrag »The Elections for the Constituent Assembly in Iraq, 1922-24«, in: Abbas Kelidar (Hg.), *The Integration of Modern Iraq*, London 1979.

7. Hanna Batatu, *The Old Social Classes and the Revolutionary Movements of Iraq: A Study of Iraq's Old Landed and Commercial Classes and of its Communists, Baathists and Free Officers*, Princeton 1978, S. 318. Dieses Buch ist in jeder Hinsicht bemerkenswert. Batatu verfügt nicht nur über ein ungeheures Wissen, er hatte auch Zugang zu Polizeiakten in Bagdad, hat gründlichst Dokumente des britischen Außenministerium ausgewertet und viele Interviews mit noch lebenden Protagonisten geführt

(auch mit inhaftierten Kommunisten). All dies macht sein Buch zu einer einzigartigen Informationsquelle. Seither sind Dutzende weiterer Arbeiten über den Irak erschienen, aber keine kommt der von Batatu an Wissen und Urteilsvermögen auch nur annähernd gleich.

8. Der irakische Dichter Maruf ar-Rasafi schrieb über Yasin die folgenden Verse: »In seiner Sicht liegt sein persönlicher Gewinn / Es leitet ihn in allen Dingen.«

9. Akten des Foreign Office, FO 371/23201/E2820/72/93, Brief vom 11. April 1939 von Mr. Houston-Boswall, Bagdad, an Lord Halifax.

10. Der damalige britische Botschafter Maurice Peterson macht in seiner Autobiografie keinen Hehl aus seiner Abneigung gegen den jungen König. Die Kombination aus Homosexualität und anti-kolonialistischen Überzeugungen war den britischen Kolonialherren ein Gräuel. Peterson schreibt: »Dass König Ghazi entweder genau überwacht oder abgesetzt werden musste, war offenkundig geworden, und ich wies so deutlich ich konnte bei meinem Abschiedsbesuch bei Emir Abd al-Ilah, dem Regenten, darauf hin. Wie hätte ich ahnen können, dass der Fall sich nur wenige Monate später löste. Ich saß im Hotel Condestable in Burgos, als ein englischer Journalist mir berichtete, dass König Ghazi, wie üblich selbst am Steuer seines Sportwagens, gegen einen Telegrafenmasten geprallt und dabei gestorben war. Ein jämmerliches Leben fand ein jämmerliches Ende. Die deutsche Propaganda versuchte uns die Verantwortung für seinen Tod in die Schuhe zu schieben. In Bagdad gärt es einige Tage lang und der britische Konsul in Mossul wurde vom Mob getötet.« Der zuletzt genannte Vorfall ist der deutlichste Hinweis, dass die öffentliche Meinung die Briten für Ghasis Tod verantwortlich

machte und in Nuri und Abd al-Ilah nur Helfershelfer sah.

11. Batatu, a.a.O., S. 342ff.
12. Elie Kedourie, *The Chatham House Version and Other Middle-Eastern Studies*, London 1970.
13. Batatu, a.a.O., S. 347.
14. Um an der Macht zu bleiben, reichte es nicht aus, sich so zu kleiden wie die Briten und ihren Befehlen zu gehorchen. Schon im 14. Jahrhundert hatte der arabische Historiker Ibn Khaldun bemerkt: »Die Besiegten suchen stets die Sieger in Kleidung, Insignien, Ansichten und sonstigen Sitten und Gepflogenheiten nachzuahmen ... Sie tun dies, weil sie sich weigern anzuerkennen, dass ihre Niederlage durch ganz gewöhnliche Ursachen herbeigeführt worden sein könnte, also nehmen sie an, sie röhre von der Überlegenheit der Eroberer her.« *Prolegomena*, Bd. 1, S. 266.
15. Der Vertrag aus dem Jahr 1930 reduzierte den Status des Irak de facto auf den eines britischen Protektorats. Er erlaubte den Briten die dauerhafte Einrichtung von Militärstützpunkten, die Hafenstadt Basra (seit dem Irak-Krieg von 2003 von britischen Truppen besetzt) und die irakische Eisenbahn wurden zu Unternehmen unter britischer Verwaltung.
16. Der britisch-irakische Professor Kanaan Makiya ist ein führendes Mitglied der Zirkel, die die neuerliche Kolonialisierung des Irak befürworten. Sein Buch *Republic of Fear*, London 1989 (geschrieben unter dem Pseudonym Samir al-Halil) markiert seine Wende vom Marxisten zum Liberal-Imperialisten. Wie sein Professorenkollege Fouad Ajami ist er in liberalen Kreisen hoch geschätzt, weil er angeblich dem Westen

die arabische Welt »erklärt« und die amerikanische Außenpolitik rechtfertigt. Eine treffende Kritik an Makiya liefert Peter Gowan, »The Gulf War and Western Liberalism«, in: *The Global Gamble*, London 1999, S. 141-186.

## **Kommandeure und Kommunisten (S. 77-118)**

1. Bemerkenswerterweise hatten Qasim und zwei weitere Mitglieder des Obersten Komitees die Senior Officers School in Devizes besucht, und zwei andere hatten eine Zeit lang im British Staff College in Camberley Dienst getan. Die Erfahrung wurde im Jahr 1958 gut in die Praxis umgesetzt.

2. Batatu, a.a.O. Das Buch von Batatu enthält eine erstaunlich vollständige und gut dokumentierte Darstellung der Revolution von 1958 im Irak und ihres Nachspiels. Es endet am Vorabend der Übernahme der totalen Macht durch Saddam Hussein im Jahr 1979.

3. Batatu, a.a.O. S. 805. Diese Ansicht widerspricht der des amerikanischen Botschafters Waldemar J. Gallman, der die allgemeine Begeisterung für den Putsch nicht zugeben will. Er hält hartnäckig an seiner Ansicht fest, dass die Menschenmassen »keine repräsentativen Iraker, sondern von Agitatoren angeworbene Rowdys waren«. Das geradezu epische Bemühen der Vereinigten Staaten, »repräsentative Iraker« zu finden, hält bis heute an.

4. »Die Iraq Petroleum Company Limited wurde im Jahr 1911 unter dem Namen African and Eastern Concessions Limited gegründet. 1912 wurde der Name zu Turkish Petroleum Company Limited geändert, 1929 dann zu Iraq Petroleum Company Limited. Im San Remo Oil Agreement von 1920 wurden die Anteile an

der Ölgesellschaft wie folgt festgelegt: Anglo-Persian Oil Company Limited (47,5 Prozent), Shell (22,5 Prozent), Compagnie Française des Pétroles (25 Prozent), C. S. Gulbenkian (5 Prozent). Im Jahr 1925 wurde dem Unternehmen die Konzession erteilt, 1927 stieß es zum ersten Mal auf Erdöl. 1928 wurde nach heftigen Diskussionen unter den Aktionären das ›Red-Line‹-Abkommen unterzeichnet. Die Anteile wurden umgeschichtet: Anglo-Persian Oil Company Limited (23,75 Prozent), Shell (23,75 Prozent), Compagnie Française des Pétroles (23,75 Prozent), Near East Development Corporation (23,75 Prozent), und Gulbenkian (5 Prozent). Das Konzessionsabkommen wurde 1931 überarbeitet. Auf das ›Red-Line‹-Abkommen von 1928 folgte 1948 das Revised Group Agreement. Die hundertprozentigen Tochterunternehmen Basrah Petroleum Company Limited und Mosul Petroleum Company Limited erhielten 1938 beziehungsweise 1942 weitere Konzessionen. In den Dreißiger- und Vierzigerjahren wurden Pipelines zum Mittelmeer fertig gestellt. Das Unternehmen erwarb auch beträchtliche Anteile an Konzessionen im Nahen Osten außerhalb des Irak.« Dies ist ein knappes, aber zutreffendes Selbstporträt der IPC. Im Jahr 1961 setzte das neue Regime diesen Arrangements ein Ende, einige Jahre später wurde das Erdöl verstaatlicht. Heute, in der Ära des kapitalistischen Bandenwesens, das höfliche Menschen ›Globalisierung‹ nennen, wird die Ware im Zuge der US-Besatzung des Irak wieder privatisiert werden. Und in zwanzig Jahren?

5. So berichtete Major Pulley dem zivilen Hochkommissar in Bagdad am 6. August 1920: »Viele von ihnen waren kleine Leute ohne Vermögen, bis wir sie mächtig und reich gemacht haben.« Diese von den Briten geschaffenen Scheichs im Irak hielten der

Kolonialmacht bis zum Ende die Treue. Ihr parasitärer Status im Irak ist von M. Farouk-Sluglett und P. Sluglett in *Iraq Since 1958: from Revolution to Dictatorship*, London, 1987, gut dokumentiert und analysiert worden.

6. Eine ähnliche Diskussion hatte im kolonialen Indien stattgefunden, wo sich Nationalisten und Kommunisten gegenüberstanden. Letztere wurden aus den Gefängnissen entlassen, um die Kriegsbemühungen zu unterstützen, ihre nationalistischen Pendants hingegen wurden verhaftet, weil sie forderten, dass die Briten »Indien verlassen«. Jawaharlal Nehru, der linksnationalistische Führer, teilte den Briten mit, Indien müsse allein entscheiden, ob es wünsche, dass sein Volk in einem europäischen Krieg stirbt. Er setzte sich für die antifaschistische Allianz ein, wehrte sich aber dagegen, dass sein Land ohne Rücksprache mit den Repräsentanten des Volkes zum Eintritt in die Allianz gezwungen wurde. Anders als Nehru ließen die arabischen Kommunisten während des Krieges die Forderung nach Unabhängigkeit fallen. Der syrische Kommunistenführer, Khaled Bakhdash, erniedrigte sich vor den Franzosen so sehr, dass er sich ganz von den anderen arabischen Führern und sogar von einigen Kommunisten isolierte.

7. Arabischen Historikern zufolge übersetzten ausgerechnet französische Orientalisten, die Napoleon begleiteten, das Wort »Republik« als »jumhur« oder »gumhur« ins Arabische. Eine lesenswerte Studie über den Einfluss Napoleons auf Ägypten bietet Ibrahim Abu-Lughod, *Arab Rediscovery of Europe: A study in Cultural Encounters*, Princeton 1963. Falls dies tatsächlich stimmen sollte, bleibt eines rätselhaft: Wie und warum vermieden es die arabischen Historiker des 9. und 10. Jahrhunderts, dieses eine Wort zu

übersetzen? Schließlich hatten sie Zugang zu griechischen und römischen Klassikern, die wiederum regelmäßig ins Arabische übersetzt wurden.

8. Die Irakische Kommunistische Partei unterstützte zu diesem Zeitpunkt Qasim unkritisch und wurde gebührend belohnt. Bevor Qasim Arif absetzte, verlegte er dessen 20. Infanteriebrigade mehr als 160 Kilometer außerhalb von Bagdad. Das Kommando des 3. Bataillons, das Arif geführt hatte, wurde ein paar kommunistischen Obersten übergeben. Doch die kommunistische Partei hatte ihre Gründe, weshalb sie Qasim unterstützte. Die Kommunisten waren gegen eine Vereinigung mit Ägypten und Syrien. Sie waren gegen Nassers »Neutralismus« und strebten enge Beziehungen zur UdSSR und zu China an. Dies veranlasste sie sogar, Qasim opportunistisch zu verteidigen, als er die Verstaatlichung der Ölindustrie verschob. Sie versuchten auch, Qasim zu einem Gegner Nassers aufzubauen, und argumentierten töricht, der irakische Staatschef sei der wahre »Vorkämpfer des arabischen Nationalismus«.

9. M. Perlmann, »Nasser by the Rivers of Babylon«, in: *Middle Eastern Affairs*, New York, Bd. 10, April 1959, S. 154.

10. Diesen Aspekt von Arifs Politik brachte man in dem Prozess zur Sprache, um den Wohlhabenden zu versichern, dass alles unter Kontrolle sei. Brigadegeneral Abdi, ein Hauptzeuge der Anklage, sagte aus:

»Zeuge: Ich spürte, dass einige Leute alarmiert waren, wenn sie seine Reden hörten. Sie stellten sich vor, dass die Beschlagnahmung des Eigentums den Verzicht auf Paläste und andere Dinge mit sich bringen würde.

Vorsitzender des Gerichts: Hat sich das auf den

Markt ausgewirkt?

Zeuge: Ich glaube schon.«

Archiv des irakischen Verteidigungsministeriums, zitiert in Bataru a.a.O., S. 834.

11. Heikai veröffentlichte das Interview in Kairo in *Al-Ahram* am 27. September 1963. Es wurde nie von irgendeiner Quelle dementiert. Bislang unbekannt blieb jedoch die Liste der Namen der Baath-Delegation, die sich in Kuwait mit der CIA traf. Gehörte Saddam Hussein zu ihnen? Immerhin gehörte er dem speziellen Untergrundzweig der Partei an, der sich auf Attentate und politisches Bandenwesen spezialisiert hatte. Es ist unwahrscheinlich, dass er in Anbetracht des geplanten Putsches einen Kontakt mit der CIA zugelassen hatte, ohne dass er selbst daran teilnahm. Angesichts der Tatsache, dass die Vereinigten Staaten gegenwärtig den Irak besetzen, ist zu hoffen, dass dies Anreiz genug ist, die Wahrheit aus den Archiven zu erfahren.

12. »Ein Versuch, die Politik der Kommunistischen Partei des Irak in der Periode Juli 1958-1965 zu bewerten«, internes Dokument.

13. Seinen Verleumdern in den amerikanischen Medien ist nicht klar, dass der Hauptgrund für Chomskys enorme Popularität und sein Ansehen in Asien und Lateinamerika nicht die Tatsache ist, dass er strategische oder taktische Ratschläge erteilt (was er nicht tut), sondern dass er eine Wahrheit ausspricht, die den Machthabern unbequem ist. In der heutigen Welt ist das eine Seltenheit.

14. Der Roman *Walimah li-A'shab al-Bahr* des syrischen Autors Haidar Haidar (Damaskus <sup>+</sup>1998) wurde vor mehr als zwanzig Jahren geschrieben und ist erst vor wenigen Jahren, im Jahr 2000, als Klassiker

vom Kultusministerium in Ägypten neu aufgelegt worden. Die Veröffentlichung löste unter Islamisten einen Aufschrei der Empörung aus. Sie behaupteten, der Roman enthalte gotteslästerliche Passagen und dergleichen. So wurde er wieder abgesetzt. Sabry Hafez hat für die *New Left Review* einen ausgezeichneten Essay über diesen Vorfall verfasst: »The Novel, Politics and Islam« (NLR 5, Sept./Okt. 2000), der in viele Sprachen übersetzt und breit diskutiert wurde. Weit davon entfernt, in irgendeiner Weise blasphemisch zu sein, handelte es sich um einen kraftvollen historischen Roman, »ein breites Panorama des Scheiterns der arabischen Revolution, komplex in seinem Aufbau und episch in der Bandbreite«. Ich hatte zu der Zeit, als dies veröffentlicht wurde, keine Ahnung, dass der Roman Verweise auf Khalid Zaki enthielt oder dass eine zentrale Figur Amir al-Rikaby nachempfunden war. Die englische Übersetzung der oben zitierten Passage, die der deutschen Version zugrunde liegt, stammt von meinem Freund Faris Wahhab.

15.        Durch Che Guevara (Anm. d. Übers.)
16.        Imam Ali, der Begründer der schiitischen Glaubensrichtung, starb bei Kerbala einen Märtyrertod. (Anm. d. Übers.)
17.        Walimnah ei-A'shab al-Bahr, S. 133.

### **Baathismus: Saddam und Gumhurriya (S. 119-164)**

1. »In dieser Zeit«, erinnerte sich Aflak einmal an seinen Aufenthalt Mitte der Dreißigerjahre in Paris, »bewunderte ich die Härte, mit der die Kommunisten gegen die Franzosen kämpften. Ich habe die Zähigkeit der jungen Männer in der kommunistischen Partei immer bewundert. Nach 1936, als die Leon-Blum-Front

in Frankreich die Macht übernommen hatte, verlor ich meine Illusionen und fühlte mich verraten.« Eine hilfreiche Darstellung der Gründung und Anfangsphase der Baath-Rartei enthält Kamel S. Abu Jabar, *The Arab Ba'ath Socialist Party*, New York 1966.

2. Als ich ihn im Jahr 2002 zuletzt in Kairo besuchte, war er schon über neunzig, aber er war geistig immer noch rege und zeigte sich stolz auf seine Vergangenheit und seine Bibliothek. Die Ereignisse, teilte er jedem Besucher mit, hätten seinen Widerstand gegen den Zionismus und vieles andere bestätigt.

3. Zum Teil hätten die Wendungen, vor allem »demokratische Arbeiterkontrolle der Produktionsmittel« und eine Arbeiter- und Bauernregierung, direkt Leo Trotzkis »Übergangsprogramm« entnommen sein können. Deshalb fragte ich mich, ob nicht ein paar Trotzkisten in die Baath-Partei »eingetreten« waren und sie befruchtet hatten. Einige radikale Baath-Anhänger, die in der Folge das Land verließen und linksextreme Zeitschriften in Beirut und London gründeten, wie meine alten Freunde Faris Wahhab und Fawaz Trabulsi, waren durchaus mit Trotzkis Vorstellungen vertraut, aber sie waren weit von der Kommandozentrale entfernt, auch wenn ihre Ideen bis in deren Spitze gelangten.

4. Der hervorragende Romanautor Abdalrachman Munif gehörte in zwei wichtigen Jahren, von 1960 bis 1962, dem Nationalen Kommando von Baath an – dem höchsten Gremium der Partei zwischen den Parteitagen. Er störte die Hierarchie unablässig, indem er sich weigerte, vorschriftsmäßig Anzug und Krawatte zu tragen. Ein Jahr nachdem Saddam Hussein Staatschef geworden war, verließ Munif Bagdad. Dies war möglicherweise eine zu schmerzliche Erfahrung für

ihn, als dass er sie in fiktiver Form hätte festhalten wollen.

5. »Die erste Stellungnahme des Genossen Michel Aflak«, Arabische Sozialistische Baath-Partei, ausführlich zitiert in Batatu, a.a.O., S. 1021f.

6. Hier zeigte sich der Unterschied zu den Kommunisten sehr deutlich. In den Führungen der kommunistischen Parteien in der Sowjetunion (Schukow), China (Lin Piao) und Vietnam (Vo Nguyen Giap) waren zwar häufig hohe Militärs vertreten, doch gab es dort eine klare Trennung zwischen Politik und Armee. Die Politik hatte das Kommando, und die Parteileitung traf alle wichtigen Entscheidungen. Dies gilt auch für Kuba, wo die politische Partei nach dem Krieg die Macht übernahm, obwohl es eine Guerillaarmee war, die die Revolution durchgeführt hatte. Ein ähnliches Modell wurde den Satellitenstaaten Osteuropas übergestülpt, wo, mit der vorübergehenden Ausnahme Polen, die Politik von der herrschenden Partei gelenkt wurde. Der arabische Osten war in dieser Beziehung anders.

7. Batatu, a.a.O.

8. Bei einer Konferenz in Beirut im Jahr 1997 erzählte mir ein palästinensischer Freund, der dreißig Jahre in Damaskus im Exil gelebt hatte, wie einige der begabtesten, allerdings absolut zynischen linken Intellektuellen in Syrien in die Geheimpolizei eingetreten waren. Als er einem von ihnen Vorwürfe machte (einem talentierten Essayisten und ehemaligen Anhänger von Althusser, der in den Siebzigern an der Ecole Normale Supérieure in Paris studiert hatte), antwortete dieser: »Zumindest kann uns in diesem Büro niemand ausspionieren! Wir können lesen, was wir wollen, die neuesten Videos ansehen, Gedichte schreiben, das Leben genießen und alles in unserer

Macht Stehende tun, um zu verhindern, dass Menschen wie du eingesperrt werden. Das ist viel besser, als sich zu prostituieren wie die meisten französischen Intellektuellen. Ich meine, sieh dir doch Bernard Henri-Levy an.«

Jedes Mal wenn mein Freund aus dem Ausland zurückkam, besuchten ihn zwei der zu Geheimpolizisten gewandelten Intellektuellen der Sechziger und liehen sich die neuesten Bücher der linken Philosophen Jacques Derrida, Regis Debray und Jean Baudrillard aus, die er aus Paris mitgebracht hatte. »Was immer man sagen mag«, sagte er zu mir, »das ist wohl der gebildetste Geheimpolizei-Kader auf der Welt.«

9. Interview mit der Beiruter Tageszeitung *L'Orient-Le Jour*, 18. Mai 1971, zitiert in Eberhard Kienle, *Ba'ath v. Ba'ath: The Conflict between Syria and Iraq 1968-1989*, London und New York 1990.

10. In Damaskus hatte ich nach dem Sechstagekrieg Jussif Zujjain, den syrischen Premierminister, und andere Baath-Führer getroffen. Zujjain war zuversichtlich, dass Syrien das »Kuba des Nahen Ostens« würde, doch ihr Optimismus steckte nicht wirklich an. Eine knappe Schilderung des Treffens ist in meinem Buch *Fundamentalismus im Kampf um die Weltordnung*, Kreuzlingen/München 2003, S. 205, enthalten. Kurz nach dessen Erscheinen sprach mich in London auf der Straße ein älteres arabisches Paar an. Sie waren Freunde von Zujjain. Er hatte gehört, dass ich über ihn geschrieben hätte, und wollte mein Buch gern sehen. Ob ich so freundlich wäre? Selbstverständlich willigte ich ein, ihm ein Exemplar zu schicken. Aber wo lebte er denn inzwischen? »In Budapest«, kam die Antwort. Ich nahm an, dass Zujjain nach dem Staatsstreich durch

Assad im Jahr 1970 vom ungarischen Regime Asyl gewährt worden war. Wie viele radikale Exilanten aus der Dritten Welt lebten noch in Russland und Osteuropa. Hatten sie sich wiederum angepasst? Zujjain war promovierter Arzt und hatte in Edinburgh studiert, aber es gab noch viele andere. Waren sie alle Geschäftsleute geworden? Lebten sie von staatlichen Pensionen? Was taten sie den ganzen Tag?

11. Die gründlichste Darstellung der Rivalitäten innerhalb der Baath-Partei und der Rivalität zwischen den Staaten Irak und Syrien bietet die sorgfältige Studie von Eberhard Kienle, *Ba'ath versus Ba'ath: The Conflict between Syria and Iraq 1968-1989*, London und New York 1990. Kienles These wurde im Erscheinungsjahr seines Buches durch die syrische Entscheidung bestätigt, sich an der von den USA finanzierten Koalition im ersten Golfkrieg zu beteiligen. Assads Sohn, Bashar, der seinem Vater auf den Baath-Thron in Damaskus nachfolgte, war beim zweiten Golfkrieg von 2003 weit umsichtiger. Er erklärte als einziger arabischer Staatschef öffentlich, er hoffe, dass die Vereinigten Staaten und Großbritannien geschlagen würden. Dies hatte zwar vermutlich mehr mit reinem Selbsterhaltungstrieb zu tun als mit einer Solidarität unter Baath-Anhängern oder der arabischen Einheit, war aber dennoch erfrischend. Zur aktuellen Lage siehe Charles Glass, »Is Syria Next?« in: London Review of Books, 24. Juli 2003.

12. Zitiert in »To Kill a Chinese Mandarin« von Carlo Ginzburg, *Wooden Eyes: Nine Reflections on Distance*, London 2002.

13. Der palästinensisch-arabische Gelehrte Hanna Batatu, dessen umfassendes Gesamtwerk über den Irak einzigartig ist, schrieb später ein zweibändiges Buch über Syrien, das ein Jahr vor seinem Tod im Jahr

2000 erschien. Es ist ein beeindruckendes Werk, voller brillanter Einsichten, gewissenhaft objektiv und bis ins kleinste Detail recherchiert. Es erzählt nicht nur die Geschichte der Bauernschaft und ihrer religiösen Überzeugungen, Batatus Darstellung der Anfänge der syrischen Baath-Partei und Assads Diktatur, bei der er sich teilweise auf Interviews mit Teilnehmern und Augenzeugen stützt, macht das Buch zu einem unverzichtbaren Standardwerk. Batatu schrieb es in den Neunzigern und gestattete sich merkwürdige Abschweifungen. Meine Lieblingsstelle ist ein Abschnitt in Kapitel 16 mit der Überschrift »A few preliminary General Observations on ›Democratic‹ Rhetoric and the Realities of Life« (Einige einleitende allgemeine Bemerkungen über ›demokratische‹ Rhetorik und die Realitäten des Lebens). Hier argumentiert Batatu, dass »Hafez al-Assad und amerikanische Politiker eines gemeinsam haben: ihre ›demokratischen‹ rhetorischen Floskeln. In ihren öffentlichen Erklärungen romantisieren sie die Macht des Volkes, aber bei dem, was sie tun, bilden die Bürger insgesamt selten die maßgebliche, treibende Kraft, außer in Zeiten der Krise und der Unruhe oder wenn das allgemeine Bewusstsein eine Steigerung erfährt.« Er hebt zwar auch die Unterschiede hervor, wirft aber eine wichtige Frage auf: »... wie bedeutsam ist die Rolle der Mehrheit des Volkes für die Entscheidung öffentlicher Angelegenheiten in einem Land wie den Vereinigten Staaten im Kontext einer politischen Landschaft, die von riesigen Konzernen, gigantischen Staatsund Militärkomplexen und großen Einheiten für die Prägung und Manipulation der Meinung vereinnahmt wird.« Hanna Batatu, *Syria's Peasantry, the Descendants of Its Lesser Rural Notables and Their Politics*, Princeton 1999, S. 204-207.

14. Diese Kleinstaaten sind inzwischen zu den kostspieligsten kolonialen Tankstellen auf der Welt geworden. Sie werden von exzentrischen Lizenzinhabern geleitet, deren große Leidenschaft es heute ist, architektonisch mit Chicago und Shanghai zu wetteifern, obwohl sich ihre Infrastruktur im Wesentlichen auf das Pendlerum stützt.

15. Viele andere wurden verhaftet und gefoltert. Wieder anderen wurde Folter angedroht. Aziz al-Hajj, der Anführer der Fraktion Zentralkommando der IKP und ein hoch angesehener Parteitheoretiker, wurde 1969 in einer Vorstadt von Bagdad verhaftet. Politisch demoralisiert und außerstande, Gefängnis und Folter zu ertragen, gab er alles auf und willigte ein, öffentlich zu widerrufen. Es ist unmöglich, einen moralischen Standpunkt gegenüber dem einzunehmen, was ein Kämpfer unter der Folter zu tun bereit ist. In vielen Widerstandsbewegungen wird dies auch klar erkannt, genau deshalb achtet die Führung darauf, dass die einzelnen Kämpfer nicht zu viel wissen. Doch Aziz al-Hajj war der bekannteste Führer des Zentralkommandos. Er wusste alles. Er trat im Femsehen auf und wurde von Mohammed al-Sahaf interviewt (der später in eben diesem Medium als Baath-Informationsminister während des Zweiten Golfkrieges von 2003 geradezu Kultstatus erlangen sollte). Aziz al-Hajj forderte nunmehr alle Mitglieder des Zentralkommandos auf, die Baath-Partei zu unterstützen. Wenn Aziz al-Hajj unter Anwendung von Folter alles preisgegeben hätte, wäre ihm verziehen worden. Dieser stolze Mann hatte während der Monarchie zehn Jahre lang in dem entsetzlichen Wüstengefängnis Nuqrat al-Salman geschmort. Vor Gericht hatte er trotzig seine Mitgliedschaft in der IKP verteidigt und war in jener Zeit für viele Studenten zum Helden geworden.

Seine vollständige politische Kapitulation stieß jedoch jene ab, die er überredet hatte, zu den Waffen zu greifen, und die als Folge unzählige Freunde und Genossen verloren hatten. Er lieferte den Sicherheitsorganen ausführliche Listen mit Namen und Adressen seiner Anhänger, von denen viele aufgespürt und hingerichtet wurden. Ihre Familien wurden regelmäßig schikaniert. Dieser Schritt war unnötig und unverzeihlich. In seinen schönfärberischen Memoiren erzählt Hajj, wie Saddam Hussein ihn im Gefängnis besuchte, dass er nach Belieben alles lesen und schreiben durfte, und dass Saddams Stellvertreter ihm alle 45 Bände der gesammelten Werke Lenins auf Englisch gebracht hätten. Um Hussein noch mehr zu schmeicheln, schreibt Hajj, ein ehemaliger Regierungschef der nationalistischen Periode – und erbitterter Gegner des Kommunismus – sei zu ihm geschickt worden, um seine Gefängniszelle zu putzen. Und während Hajj seiner Eitelkeit genüge tat, verhaftete der Mukhabarat die Menschen, deren Namen er ihnen geliefert hatte. Ein Leben des Kampfes wurde an einem einzigen Tag zunichte gemacht. Seine Pilgerreise hatte ihn vom orthodoxen Kommunismus zu einer Version des Maoismus/ Guevaraismus, dann zur Baath-Bewegung geführt, der er in unterschiedlichen Funktion loyale Dienste tat, zuletzt als Repräsentant des Irak bei der UNESCO. Heute erscheint sein Name regelmäßig auf von den Saudis kontrollierten Internetseiten, er ist einer der lautstärksten Verteidiger der gegenwärtigen Besetzung. Wenn es einen Nobelpreis für Wendehälse gäbe, hätte er gute Chancen, dafür nominiert zu werden. Seine eigene Schilderung des Widerrufs, die im Juni 2003 in der Londoner arabischen Zeitung *Uz-Zaman* veröffentlicht wurde, klingt ein wenig anders:

»Das Fernseh-Interview vom 3. April 1969

Dieses TV-Interview markierte zweifellos den Tiefpunkt meines politischen Lebens, das damals ein Vierteljahrhundert gewährt hatte ... Die aufrichtigen Menschen, die wütend und schmerzlich berührt von dem Interview waren, hatten Recht. Ich verstehe und achte die Reaktionen der einfachen Mitglieder und aller Parteisympathisanten, die schockiert und erschüttert waren von dem Interview. Ich verstehe auch die Kritik und selbst die Verurteilung durch aufrichtige Patrioten. Aber ich kann nicht akzeptieren, dass das Interview zu einer Verschärfung der Repression beigetragen haben soll. Im Gegenteil, es stoppte sie und trug dazu bei, das Leid der Gefangenen und aller Strömungen zu erleichtern, und ich möchte hinzufügen, dass noch viele Dutzend Genossen der Guillotine zum Opfer gefallen wären, wenn ich nicht diese Haltung eingenommen hätte. [Anm. F. Wahhab: Die Guillotine hatte wegen der Listen, die Hajj unmittelbar nach seiner Verhaftung ausgeliefert hatte, bereits ihr Werk getan. Weshalb konnte er der Wahrheit noch nicht ins Gesicht sehen?]

Der Beginn des Interviews schadete meinem Ansehen am meisten und enthielt eine echte Falle, um mich politisch und gesellschaftlich zu vernichten; Al-Sahaf überrumpelte mich mit der Frage: Wer gehörte der Führung des Zentralkommandos an? Das war eine wirklich überraschende und peinliche Frage, und statt mich um die Frage herumzudrücken, indem ich etwa sagte: Sie kennen sie genau, denn sie sitzen ja alle im Gefängnis, nannte ich daraufhin die Namen einiger Verhafteter, und die Zuschauer, die möglicherweise den wahren Sachverhalt nicht kannten, dachten, ich würde meine Genossen verraten. [Anm. F. Wahhad: Bastard!]

Und dann wurde ich mit politischen Fragen bombardiert: Ihre Haltung zur Baath-Partei und ihrer Macht, die Kurdenfrage, und die Entscheidung des

Zentralkommandos, den bewaffneten Kampf zu führen (also die Tätigkeit unserer bewaffneten Organisation). Hier waren meine Antworten schlimmer als schlimm ...«

(Für die englische Originalfassung dieses Buches aus dem Arabischen übersetzt von F. Wahhab unter der Bedingung, dass seine Anmerkungen mit abgedruckt werden.)

16. Kurz nach der Ernennung Assads zum Verteidigungsminister besetzte die Sekte der Alawiten, der er angehörte, das Oberkommando der gesamten syrischen Streitkräfte sowie hohe Positionen innerhalb des gefürchteten Mukharabat. Ausführliches dazu siehe Batatu, *op. Cit.*

17. Saadi Youssefs Gedicht »Erschöpfung« wurde viel später und in einem anderen Land geschrieben, aber es fasst die Tragödie zusammen, die die größte kommunistische Partei in der arabischen Welt durchmachte:

»Wir begannen  
Wie zwei Hengste,  
die über die Erde galoppierten,  
Und brachen zusammen  
Wie der Schatten der Sonne  
In der Ecke eines Zimmers.«

18. Beim Zusammenbruch des Osmanischen Reiches und bei der Gründung neuer Staaten durch dessen Nachfolger waren die Kurden auf der Strecke geblieben. Nach dem Ersten Weltkrieg waren sie das einzige Volk, das sich verzweifelt nach einem eigenen Staat sehnte. Eine territoriale Einheit, in der die Kurden der Türkei, des Irak und des Iran vereint gewesen wären, wäre sicher möglich gewesen, lag aber zu dieser Zeit nicht im Interesse des britischen Empire. Die Briten waren anderweitig beschäftigt, und die Kurden

hatten nichts zu bieten. Seit jener Zeit sind die Kurden des Irak und des Iran mit verblüffender Regelmäßigkeit benutzt, missbraucht und eines Besseren belehrt worden. Die türkische Republik kann sich zumindest ihrer Konsequenz rühmen. Sie setzte von Anfang an ganz auf »Integration«. Ihr Modell war dem der französischen Republik nachempfunden: Bürgerrechte ja, nationale Minderheit nein. Den Kurden wurde der Gebrauch ihrer eigenen Sprache untersagt, sie wurden brutal unterdrückt. Seit die Türkei Mitglied der NATO und jedes anderen Sicherheitspaktes ist, der den USA notwendig erscheint (Bagdadpakt und nach dessen Scheitern CENTO), scherte sich die Regierung in keiner Weise um die Lebensbedingungen der türkischen Kurden und setzte zugleich die irakischen Kurden für die eigenen Zwecke ein. Als Folge wurde die türkische PKK außerordentlich radikalisiert. Sie zeigte sich aber auch insofern prinzipientreu, als sie niemals zuließ, dass sie von ausländischen Mächten benutzt wurde. Den Kurden im Irak wurde zu keinem Zeitpunkt der Gebrauch der eigenen Sprache oder eine eigene Bildung verweigert, aber ihre führende Organisation blieb in ihrer Funktionsweise und Haltung viel zu sehr auf die Stammeszugehörigkeit fixiert. Bereitwillig verkauft sie sich an den Meistbietenden: ob an den Iran, an Israel oder, ja, sogar an Bagdad.

19. Keine einzige Zeitung in den Vereinigten Staaten verurteilte diese Hinrichtungen oder berichtete ausführlich über die Unterdrückung der Kurden.

20. Besorgt, dass die Jordanier es allein nicht schaffen würden und eine israelische Intervention womöglich die Monarchie stürzen würde, hatte der militärische Geheimdienst Defense Intelligence Agency (DIA) der Vereinigten Staaten hilfsbereit ein Kontingent pakistanischer Soldaten und Offiziere

organisiert, das den Jordanier unter die Armee griff. Selbstverständlich wurden sie dafür bezahlt, und zwar mit dem Dreifachen des Soldes, den sie in Pakistan erhielten. Brigadekommandeur Zia ul-Haq, der diese Söldnertruppe leitete, spielte bei den Ereignissen vom Schwarzen September 1970 eine »heroische« Rolle und wurde mit der höchsten jordanischen Auszeichnung belohnt: einem Kuss auf die Wange von einem dankbaren König. Seinen wahren Lohn erhielt er, als die DIA ihn 1977 in Pakistan an die Macht katapultierte. Zu dieser Zeit war er bereits General und Stabschef und brutalisierte konsequent die politische Kultur des Landes. Er war außerdem, um es im kolonialen Jargon heutiger Tage zu sagen, der »Vater des Terrorismus«: Sämtliche Gruppen, die Washington gegenwärtig keine Ruhe lassen (darunter ein großer Teil der Kommandozentrale von al-Qaida), wurden unter seiner Aufsicht und mit seiner ausdrücklichen Billigung gegründet. Im Jahr 1989 wurde er gemeinsam mit dem US-Botschafter und dessen Hund in einem Militärflugzeug in die Luft gesprengt. Der Hund, ein fester Bestandteil in Islamabads diplomatischen Kreisen, wurde aufrichtig vermisst.

21. Die Tatsache, dass innenpolitische Überlegungen in der Regel die Außenpolitik beeinflussen, wird häufig unterschätzt. Doch sie gilt für große Weltreiche ebenso wie für schwächere Einheiten. In einem Kommentar zur Nützlichkeit des Ersten Weltkrieges als patriotische Ablenkung von unpatriotischen Streiks und antiimperialistischen Kämpfen bemerkte der *Economist* am 31. März 1917: »Genau wie das Land auf politischer Ebene im Juli 1914 wegen des Streits mit Irland in einen Bürgerkrieg trieb, so näherten wir uns auf industrieller Ebene Generalstreiks von solchem Ausmaß, dass sie kaum noch von einem Bürgerkrieg zu unterscheiden waren ...

Wir standen am Rande einer ernsthaften industriellen Störung, als der Krieg uns rettete, indem er die Arbeitgeber und die Männer die Pflicht eines gemeinsamen Patriotismus lehrte.«

22. Khomeini, der nach seiner Vertreibung aus dem Iran Zuflucht in Najaf erhalten hatte, wusste sehr wohl, dass er 1977 wegen des von Washington in Algier gebilligten Iran-Irak-Paktes von 1975 aufgefordert wurde, Irak zu verlassen. Was hätte geschehen können, wenn man ihm gestattet hätte, in Najaf zu bleiben, ist immer noch eine quälende Frage.

23. Die Sowjetunion oder UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken) entstand nach der Oktoberrevolution 1917 der Bolschewiki im zaristischen Russland. Nach dem Zweiten Weltkrieg (1939-1945) tauchte sie als ein ständiger Faktor auf der globalen Landkarte auf, wobei sie Osteuropa fest unter ihrer Kontrolle hatte und erfolgreiche Beziehungen zu China, Vietnam, Korea und Kuba unterhielt. Die Phase von 1917 bis 1989 war von heißen wie kalten Kriegen sowie von einer ständigen wirtschaftlichen Konfrontation zwischen den beiden Machtblöcken USA und Sowjetunion gekennzeichnet. In dieser Zeit trachteten beide Blöcke danach, ihre Basis in jenen Ländern zu stärken, die mit keinem der beiden verbündet waren. Der Zusammenbruch dieser Weltordnung begann mit dem chinesisch-sowjetischen Bruch im Jahr 1965 und endete 1990, als die Masse der mittleren Kader der Kommunistischen Partei der Sowjetunion beschloss, mit der Vergangenheit zu brechen, und zu Anhängern des Kapitalismus bekehrt wurden, ohne jedoch ihre alten Gewohnheiten abzulegen. Der Zerfall der Union hatte das Entstehen neuer Staaten zur Folge, in denen die USA inzwischen überwiegend militärisch präsent sind. Momentan ist ein

ehemaliger Geheimpolizist der gewählte Präsident Russlands, während der Sohn eines ehemaligen Geheimpolizisten der halbwegs gewählte Präsident der Vereinigten Staaten ist. Bemerkenswerterweise hat die Implosion des sowjetischen Systems zu einer ernsten Schwächung demokratischer Institutionen und zu einer Stärkung der großen Konzerne in ganz Nordamerika und der Eurozone geführt. In Anbetracht der Unfähigkeit, bei ansehnlichen Teilen der eigenen Bevölkerung Grundbedürfnisse wie ein effektives Gesundheits- und Bildungssystem zu befriedigen, erscheint es unwahrscheinlich, dass die Vereinigten Staaten und Großbritannien imstande sein werden, den Irak – geschweige denn Afghanistan – in ein Paradies des New Deal zu verwandeln.

24. Öffentlich erklärte der alte Gauner Menachem Begin: »Wenn *gojim* [Nichtjuden] gegen *gojim* kämpfen, dann können wir nur zuschauen«, doch das war nur für den innenpolitischen Gebrauch bestimmt. Sowohl den Israelis wie auch den iranischen Mullahs war daran gelegen, dass ihre Absprachen geheim blieben.

25. Efraim Karsh, *The Iran-Iraq War: Impact and Implications*, London 1989, S. 130.

26. Das war ein derbes, aber wirkungsvolles Wortspiel mit dem Namen Michel Aflak, dem Gründer der Baath-Partei. *Aflak* bezeichnet im Arabischen auch abwertend die weiblichen Genitalien (»Fotze«). Baath-Anhänger kannten das bereits aus lokalen Streitigkeiten im Irak oder in Syrien. Wenn sie antworteten, Aflak sei kein arabischer Name, beeinträchtigte dies ihre Glaubwürdigkeit als Nationalisten. Akzeptierten sie, dass es ein arabischer Name war, grinsten ihre Gegner und sagten jedes Mal: »So sollte eure Partei heißen.« Dass das iranische Radio dieses Schimpfwort benutzte,

war gewagt. Immerhin unterstützte Syrien sie, auch wenn Assads Feindschaft zu Michel Aflak allgemein bekannt war.

27. Gab es in der amerikanischen oder britischen Presse etwa einen großen Aufschrei gegen chemische Waffen? Wurde damals der Sicherheitsrat einberufen, um Inspektoren ins Land zu schicken? Wurden Sanktionen angedroht? Vergessen Sie's! Waffen und Ausbildung wurden beide vom Westen geliefert. Protestierte die Linke, die sich jetzt dem Krieg von 2003 und der Besetzung widersetzt hat, auch gegen den damaligen Krieg? Allerdings. Ich weiß noch, dass ich in der Gesellschaft Jeremy Corbys, zahlreicher Kurden und anderer die irakische Botschaft blockierte. Erst nachdem Saddam Hussein nach 1990 zu einem Feind westlicher Interessen in der Region gebrandmarkt worden war, wurde dies von den Wächtern der Rechtschaffenheit ernsthaft in den westlichen Medien zur Sprache gebracht.

28. Karsh, a.a.O.

29. Abdalrachman Munifs fünfbändiges Werk *Mudun al-milh* (Salzstädte) ist noch immer die beste fiktive Beschreibung der Gesellschaften vor und nach der Entdeckung des Erdöls. Der erste Band ist inzwischen auf Deutsch erschienen: *Salzstädte*, Kreuzlingen/ München 2003.

30. Siehe »The Kuwait Incident« von Richard Gott in *Survey of International Affairs*, herausgegeben von D. C. Wart, Oxford 1965. Eine meisterhafte und objektive Untersuchung der Krise von 1961 eines jungen englischen Historikers, der am Royal Institute of International Affairs tätig war. Gemeinsam mit John Gittings, einem anderen talentierten jungen Gelehrten an dem Institut, fing er an, in eine Richtung zu forschen, die überhaupt nicht gern gesehen wurde. In

der Folge machte sich das unbequeme Duo, zur Freude einiger Kollegen, aus dem Staub und ging zum *Guardian*. Beide drifteten mit alarmierender Geschwindigkeit nach links und verliehen dem Begriff »internationale Beziehungen« eine neue Bedeutung. Gott kündigte seine Beteiligung an den revolutionären Bewegungen in Lateinamerika an, während Gittings sich der maoistischen Revolution in China verschrieb. Sie haben beide überlebt und sind, anders als die neue Brut »in die Truppe eingebetteter« Handlanger, standhaft geblieben.

31. Der Historiker Peter Sluglett, dessen Hass gegen die Baath-Partei gelegentlich seine Objektivität ein wenig beeinträchtigt, schreibt zu dieser Episode: »Möglicherweise ging sie [Glaspie] so weit, den Eindruck zu vermitteln, dass die Vereinigten Staaten wegschauen würden, wenn der Irak sich anschickte, den Grenzverlauf zu korrigieren, indem er Kuwaits Seite des Ölfelds von Rumayla übernahm oder klammheimlich die kleinen Inseln Bubyan und Warba annexierte (die der Irak seit langem unbedingt pachten wollte, um seine Küste am Golf zu erweitern). Doch es war mit Sicherheit der Gipfel eines Wunschdenkens seltens Saddam Husseins, anzunehmen, wie später versichert wurde, er habe von den Amerikanern grünes Licht für eine umfassende Invasion, geschweige denn Annexion Kuwaits erhalten.« Marion Farouk-Sluglett und Peter Sluglett, *Iraq Since 1958: from Revolution to Dictatorship*, London 2001 (deutsch: *Der Irak seit 1958. Von der Revolution zur Diktatur*, Frankfurt/Main 1991).

Aber war es wirklich Wunschdenken? Vor kurzem hatte er noch mit amerikanischer und anderweitiger westlicher Unterstützung gegen den Iran Krieg geführt. Verglichen mit dem Iran war das Scheichtum Kuwait

eine Warze. Wenn der Westen ihm beim Iran vertraut hatte, warum sollten sie sich wegen Kuwait Sorgen machen? Glaspies »Verständnis« wurde missverstanden. War ihr eigentlich ganz klar gewesen, was er gemeint hatte? Sie war keine Anfängerin. Sie wusste, was im Iran geschehen war. War sie sich sicher, dass es bei dem Vorschlag nur um eine leichte Grenzkorrektur ging? Hatte sie denn keine Ahnung, welchen Platz Kuwait im Denken irakischer Herrscher aller Couleur eingenommen hatte? In meinen Augen ist die Frage offen, ob Saddam Hussein mit seiner Annahme falsch lag, dass Glaspie ihm grünes Licht für eine Invasion signalisiert habe. Betrachten wir das Ganze einmal aus einer anderen Perspektive. Was wäre gewesen, wenn Glaspie hart geblieben wäre und gefragt hätte: »Herr Präsident, haben Sie die Absicht, in Kuwait einzumarschieren, genau wie im Iran?« Und wenn er genickt hätte, was er bestimmt getan hätte, dann hätte sie sagen können: »Ich muss Sie jetzt verlassen, um das State Department zu informieren, und kehre morgen zurück, um unser Gespräch fortzusetzen.« Wenn das State Department ein Veto gegen den Plan eingelegt und Saddam gewarnt hätte, dies würde einen Bruch mit dem Westen nach sich ziehen, hätte er dann ebenfalls wie geplant weitergemacht?

32. Gorbatschow und seine Mitarbeiter hatten ihre Hoffnungen auf Bush und Thatcher gesetzt. Sie sollten ihnen helfen, Russland in eine Sozialdemokratie nach skandinavischem Vorbild umzubauen. Dabei hatten sie auf der Weltbühne ihre ganze Macht verloren. Die russischen Politiker sahen, was sich da abspielte, versuchten pathetisch, in letzter Minute den Krieg zu stoppen, und scheiterten.

33. George Bush und Brent Scowcroft, A

*World Transformed*, New York 1999, S. 400 (deutsch: *Eine neue Welt. Amerikanische Außenpolitik in Zeiten des Umbruchs*, Berlin 1999). Es lohnt sich auch, das Buch, einen politischen Rückblick auf die erste Bush-Präsidentschaft, als eine unbewusste Schilderung zu lesen, wie alte Freundschaften und Sippenloyalitäten die Besetzung von Spitzenposten in den Vereinigten Staaten bestimmen. Damit wird Hanna Batatus Bemerkung bestätigt, dass die syrischen Baath-Anhänger in der US-Politik keineswegs fehl am Platz wären.

34. Bush junior und sein britischer Juniorpartner leiden offenbar unter den gleichen Wahnvorstellungen. Bei einem privaten, nicht aufgezeichneten Treffen mit vier hochkarätigen Journalisten des *Guardian* nach dem Krieg von 2003 informierte Blair sie, ein Hauptgrund für den Krieg sei das Ziel gewesen, künftige Kriege unnötig zu machen. Eine Drohung würde nun ausreichen, um Teheran und Pjöngjang zur Räson zu bringen. Folglich sei der Krieg im Irak wirklich ein Krieg gewesen, um alle Kriege zu beenden. Eine Drohung würde ausreichen. Diese verderbte Aussage aus dem Mund des Regierungschefs eines mittleren nordeuropäischen Landes, das einem anderen Land im Süden droht, ist nur möglich, weil der britische Premierminister mittlerweile anscheinend den Allerwertesten eines US-Präsidenten als seinen üblichen Aufenthaltsort betrachtet. Und um zu verhindern, dass dieser Ort von einem anderen europäischen Politiker besetzt wird, ist ihm jedes Mittel recht: Lügen, Irreführung, Kriege usw.

35. Viele Afghanistan-Veteranen, die nach Algerien, Ägypten, Saudi-Arabien und Pakistan heimgekehrt waren, waren überzeugt, sie hätten im Alleingang die Sowjetunion geschlagen. Sie ignorierten

die zentrale Rolle der pakistanischen Armee oder ihrer amerikanischen Hintermänner. Dieses illusorische Selbstbild hatte, verbunden mit göttlicher Vorsehung, den Afghanistan-Veteranen ein unerschütterliches Selbstvertrauen eingeflößt.

36. Dieses Gespräch wurde mir einige Wochen nach den Ereignissen vom 11. September 2001 von einem hohen Saudi berichtet, der enge Beziehungen zum Establishment seines Landes unterhält.

37. Im Gegensatz dazu war Suhartos Invasion und Besetzung Ost-Timors von den Vereinigten Staaten gebilligt worden, doch erstens trauten sie dem indonesischen Diktator vollkommen, zweitens war der Kalte Krieg damals noch nicht vorüber und drittens besitzt Ost-Timor Öl vorkommen.

38. Im Jahr 1998 trat Dennis Halliday, der UN-Koordinator für humanitäre Hilfsprogramme im Irak und ehemalige stellvertretende Generalsekretär, aus Protest gegen die Sanktionen zurück. Seinen Äußerungen zufolge haben sie insgesamt mehr als eine Million Todesopfer gefordert. Sein Nachfolger Hans von Sponeck nahm die Zahl der zivilen Opfer der Bombenüberfälle Clintons und Blairs in seinen Bericht auf, was die Bomber wiederum empörte. Von Sponeck trat ebenfalls nach einem Jahr zurück, weil er es ablehnte, sich an der Bestrafung der Bevölkerung des Landes zu beteiligen, und äußerte: »Jeden Monat weist das soziale Gefüge des Irak größere Löcher auf.« Der Hauptgrund dafür war, dass die UNO/USA über die »Öl-für-Nahrungsmittel«-Sanktionen dem Land weiterhin die Kehle zuschnüren konnten, indem sie entschieden, wie viel Öl es exportieren durfte. Seit 1996 gestatteten sie dem Irak nur jährliche Exporte in Höhe von 4 Milliarden Dollar, obwohl ein Minimum von 7 Milliarden Dollar gebraucht wurde, um die stark

reduzierte Landesversorgung zu gewährleisten. Die »humanitären« Unterstützer der Sanktionen konnten Saddam dafür die Schuld geben, aber die UN-Verwalter und das irakische Volk wussten, dass der Westen dafür die Verantwortung trug. Dies erklärt nicht zuletzt das Ausmaß des Hasses, auf den die Besatzungstruppen 2003 stießen.

39. Thomas J. Nagy, Professor an der School of Business and Public Management der George Washington University, hat mit den besten Absichten versucht nachzuweisen, dass die US-Regierung die irakische Zivilbevölkerung absichtlich attackierte. Seine im Folgenden zitierten Bemerkungen sind einem ausführlichen Artikel in der Zeitschrift *The Progressive* und einem Interview entnommen, das am 3. Juni 2003 auf Znet zu lesen war. Es enthält Zitate aus den Websites der DIA, denen die Informationen entstammten:

»Im Laufe der letzten beiden Jahre habe ich Dokumente der Defense Intelligence Agency entdeckt, die ohne jeden Zweifel beweisen: Unter Bruch der Genfer Konvention hat die US-Regierung nach dem Golfkrieg über die Sanktionen gegen den Irak bewusst die Wasserversorgung des Landes verschlechtert. Die USA kannten den Preis, den irakische Zivilisten, überwiegend Kinder, dafür würden zahlen müssen, und hielten dennoch daran fest.

Das wichtigste Dokument, »Iraq Water Treatment Vulnerabilities«, stammt vom 22. Januar 1991. Es führt aus, inwiefern die Sanktionen den Irak daran hindern werden, seine Bürger mit sauberem Wasser zu versorgen.

Mit eiskalten Worten legt das [DIA-] Dokument dar, was das Land erwartet: »Der Irak wird unter sich verschärfenden Knappeheiten an sauberem Wasser

leiden, weil ihm die erforderlichen Chemikalien und Entsalzungsmembranen fehlen. Der Ausbruch von Krankheiten, eventuell auch von Epidemien, wird wahrscheinlich, wenn die Bevölkerung das Wasser nicht vorsorglich abkocht.» Das Dokument enthält einen Zeitplan für die Zerstörung der irakischen Wasservorräte. »Die irakische Gesamtkapazität für die Abwasserreinigung wird einen allmählichen Rückgang durchmachen, nicht jäh auf Null sinken«, heißt es dort. »Obwohl der Irak bereits unter einem Rückgang der Abwasserreinigungskapazität leidet, dürfte es wenigstens sechs Monate (bis Juni 1991) dauern, bis das System völlig ausgeschaltet ist.« Dieses Dokument, das 1995 teilweise freigegeben, aber nicht veröffentlicht wurde, ist auf der Website des Pentagons unter [www.gulflink.osd.mil](http://www.gulflink.osd.mil) zu finden. (Ich habe das Dokument im vergangenen Herbst entdeckt. Doch die Nachrichtenmedien zeigten wenig Interesse daran.) ... Das Erste aus diesem Stapel trägt die Überschrift »Disease Information« und stammt ebenfalls vom 22. Januar 1991. Ganz oben heißt es: »Gegenstand: Auswirkungen des Bombardements auf Krankheitsfälle in Bagdad.« Die Analyse ist ganz offen: »Ein Anstieg der Krankheitsfälle lässt sich auf die Verschlechterung der normalen Präventivmedizin, Müllentsorgung, Wasserreinigung/-versorgung, Stromversorgung zurückführen sowie auf die verminderte Fähigkeit, den Ausbruch von Krankheiten zu kontrollieren. Jede städtische Region im Irak, deren Infrastruktur beschädigt wurde, wird ähnliche Probleme haben.««

Ausführlichere Einzelheiten siehe in meinem Beitrag »Throttling Iraq« in der *New Left Review* 5, Sept./Okt. 2000. Das von Anthony Amove herausgegebene Buch *The Siege of Iraq* (London 2000) ist immer noch die gründlichste Analyse des Sanktionsregimes.

40. *New York Times*, 2. Februar 2003. John J. Mearsheimer ist Professor für Politikwissenschaft an der University of Chicago; Stephen M. Walt ist Dekan der John F. Kennedy School of Government an der Universität Harvard. Keiner der beiden ist für linke oder pazifistische Ansichten bekannt. Mearsheimer war von 1965 bis 1971 an der Militärakademie West Point und nahm 1968, 1969 und 1971 an den Paraden zum Tag der Streitkräfte in New York teil, wo er regelmäßig von Demonstranten gegen den Vietnamkrieg mit dem Blut und Urin von Schweinen und anderen Flüssigkeiten begossen wurde.

41. Clare Short, Mitglied des Blair-Kabinetts, war nicht ganz wohl bei dem Gedanken an diesen Krieg, sie drohte noch vor dessen Beginn mit ihrem Rücktritt als Ministerin für internationale Entwicklungshilfe. Dann ließ sie sich aber zum Bleiben überreden mit dem Versprechen, dass sie und ihr Ressort eine wesentliche Rolle beim Wiederaufbau des Irak spielen würden. Der Zynismus auf beiden Seiten verschlägt einem schlichtweg die Sprache. Nach dem Krieg trat Short zurück oder wurde aufgefordert zu gehen (je nachdem, von welcher Seite aus man es betrachtet) und teilte später dem Select Committee des Unterhauses mit, dass Bush und Blair »heimlich« vereinbart hatten, diesen Krieg zu führen, komme was da wolle. *The Guardian*, 18. Juni 2003.

42. Die Fälschung von Beweisen ist nichts Neues in den Annalen der Kriegsführung. Ein Beispiel dafür ist der fingierte Vorfall im Golf von Tonking von 1964, den der damalige Präsident Lyndon Johnson zum Vorwand nahm, einen Bombenangriff auf Nordvietnam zu starten. Und unlängst intervenierten Clinton und Blair sowie ihre Außenminister Cook und Albright, massiv und verhinderten einen Deal in Rambouillet,

damit sie gegen Jugoslawien Krieg führen konnten.

43. Ich argumentierte zum Beispiel, dass dieser Krieg »sich weder auf Selbstverteidigung (wie bei Afghanistan) stützt noch auf den Schutz anderer (wie im Fall Bosniens und des Kosovo). Vielmehr stellt er den groben Versuch dar, die US-Hegemonie über eine strategisch wichtige Region durchzusetzen, und wird – wenn er Erfolg hat – einen gefährlichen neuen Präzedenzfall für das 21. Jahrhundert schaffen. Präventivschläge waren die Lieblingswaffen Hitlers und Mussolinis in den Dreißigerjahren und wurden von Israel 1967 nachgeahmt. Falls die Vereinigten Staaten den Irak besetzen sollten, könnten die Auswirkungen eines solchen Ereignisses die gesamte Weltordnung nach dem Kalten Krieg destabilisieren ...« *Newsweek*, 10. März 2003, S. 28.

### **Krieg und Kolonialreich (S. 165-199)**

1. »Promoting the National Interest«, in: *Foreign Affairs*, Januar/Februar 2000.
2. David Usborne, »Hans Blix vs. the US: ›I was undermined‹«, in: *The Independent*, 23. April 2003.
3. George Wright, »Wolfowitz: Iraq was about oil«, in: *The Guardian*, 4. Juni 2003.
4. Anatol Lieven, »Dangers of an aggressive approach to Iran«, in: *Financial Times*, 9. Juni 2003, S. 21. Er hätte noch hinzufügen können, dass die amerikanischen Offiziere zwar nicht in der Lage waren, für den Schutz kulturell und architektonisch bedeutsamer Stätten zu sorgen, aber gleichwohl Marines dazu abkommandieren konnten, dass sie ein Fußbodenmosaik in der Eingangshalle des Hotels Al-Rashid in Bagdad heraushackten, das George Bush

senior zeigte. Es wurde vorübergehend durch ein Porträt von Saddam Hussein ersetzt, sodass die Soldaten, die in das Hotel kamen, das Gesicht des abgesetzten Führers mit Füßen traten.

5. Bushs ehemaliger Redenschreiber David Frum schreibt in *The Right Man*: »Der von Amerika betriebene Sturz von Saddam Hussein – und die Ersetzung der radikalen Diktatur der Baath-Partei durch eine neue Regierung, die den Vereinigten Staaten näher steht – würde Amerika die vollständige Kontrolle über die Region geben, in einem Ausmaß, wie es seit der Herrschaft der Osmanen und vielleicht der Römer nicht mehr existiert hat.«

6. Zitiert bei Robert Blecher, »Free People Will Set the Course of History: Intellectuals, Democracy and American Empire«, in: *Middle East Report Online*, März 2003, [www.merip.org](http://www.merip.org).

7. Eine Anspielung auf eine in der britischen Presse viel diskutierte Äußerung von Sir Rodric Braithwaite zum britisch-amerikanischen Verhältnis, man dürfe sich nicht wundern, dass man wie ein Pudel aussieht, wenn man sich mit einem Elefanten ins Bett legt. (Anm. d. Übers.)

8. Die Kaaba (»Würfel«) ist das Zentralheiligtum des Islam, ein würfelförmiges, aus einem Raum bestehendes Steingebäude in Mekka/Saudi-Arabien. (Anm. d. Übers.)

9. Im letzten Januar wurde Kanaan Makiya und zwei weiteren Kollaborateuren eine Audienz im Oval Office gewährt (sie wurden »freundlicherweise empfangen«, wie es in Makiya-Speak heißt). Bei der Gelegenheit schmeichelte Makiya Bush mit dem Versprechen, im Irak würden »die amerikanischen Soldaten ›mit Süßigkeiten und Blumen begrüßt‹ werden«. Die Realität sah dann etwas anders aus. Siehe dazu *New*

*York Times*, 2. März 2003.

10. Schlagzeile in der *Los Angeles Times*, 7. April 2003. Die Vergleiche mit Hitlers Blitzkrieg 1940 wurden von den Cheerleadern des Krieges bedenkenlos gezogen. Siehe Max Boot in *Financial Times*, 2. April 2003: »Die Franzosen kämpften 1940 erbittert – zunächst. Aber schließlich führten das Tempo und die Gewalt des deutschen Vormarsches zum totalen Zusammenbruch. Das Gleiche wird im Irak passieren.« Die Erinnerung an das, was in Frankreich nach 1940 geschah, hätte den Kriegsentshusiasten zu denken geben müssen.

11. *Sunday Times*, 30. März 2003.

12. *Financial Times*, 26. März 2003.

13. Zum Hintergrund dieses Krieges siehe das Kapitel »Ein Meer des Grauens« in meinem Buch *Fundamentalismus im Kampf um die Weltordnung. Die Krisenherde unserer Zeit und ihre historischen Wurzeln*, erweiterte und aktualisierte Ausgabe, Kreu/lingen/München 2003, S. 227-242.

14. Diese Linie vertrat der mit Blut besudelte russische Präsident Wladimir Putin bei seinem Staatsbesuch in Großbritannien im Juni 2003. Der Eroberer von Tschetschenien, der für mehr tschetschenische Tote verantwortlich ist, als *insgesamt* Kurden von der Baath-Partei getötet wurden, erklärte, die UNO sollte die Verantwortung im Irak übernehmen, vermutlich um den russischen Schurkenkapitalisten einen Anteil an der Beute zu sichern, aber auch um seinen eigenen Rückzug zu decken.

15. Narendra Modi ist der fundamentalistische Chief Minister von Gujarat, dem indischen Bundesstaat, in dem ein sorgfältig organisiertes Pogrom gegen die Muslime den Rest des Landes schockierte.

Modi weigerte sich, in irgendeiner Weise Verantwortung dafür zu übernehmen, geschweige denn sich dafür zu entschuldigen. Getreu den Anweisungen von oben sah die Polizei von Gujarat tatenlos zu, wie besitzlose Muslime abgeschlachtet wurden. Dreitausend starben, viele Tausend mehr mussten aus ihren Dörfern fliehen. Modi wurde wiedergewählt. Die erbärmliche Kongresspartei hatte ebenfalls einen fundamentalistischen Hindu als seinen Gegenkandidaten aufgestellt. Die beste Darstellung der Massaker im Gujarat gibt Siddharth Varadarayan (Hg.), *Gujarat. The Making of a Tragedy*, Neu Delhi 2002.

## **Kolonialreiche und Widerstand (S. 200-230)**

1. »Dubya« ist eine Anspielung des Autors auf die in verschiedenen Medien praktizierte Verhöhnung des amerikanischen Präsidenten als »George Dubya Bush«. »Dubya« ergibt sich aus der im texanischen Slang »Dubya« ausgesprochene Initiale des zweiten Vornamens von Bush, Walker, und verweist außerdem auf die englischen Wörter *to dub*, synchronisieren (Bush werden in Parodien zum Teil Worte in den Mund gelegt), und *dubious*, unseriös. (Anm. d. Red.)

2. Die Monroe-Doktrin, während der Amtszeit Präsident James Monroes im Jahr 1823 formuliert, beinhaltete die Warnung der USA an die europäischen Kolonialmächte davor, sich in der westlichen Hemisphäre weiter auszudehnen. Dies galt als Privileg der Vereinigten Staaten, und die wachsende militärische Schlagkraft der jüngsten Imperialmacht reichte schon bald aus, sämtliche Überfallkommandos aus der Alten Welt abzuschrecken. Zu diesem und damit verwandten Themen ist *Das imperiale Zeitalter. 1875-1914* (Frankfurt am Main 1995) von Eric J.

Hobsbawm immer noch ein unschätzbares Hintergrundwerk.

3. Und die USA bestätigten seine Aussage, indem sie den Mord an King billigten. Nähere Einzelheiten zu dieser traurigen Episode bei William F. Pepper, *Die Hinrichtung des Martin Luther King. Wie die amerikanische Staatsgewalt ihren Gegner zum Schweigen brachte*, Kreuzungen/München 2003.

4. Der Autor bezeichnet die israelisch-arabischen Kriege seit 1956 als den ersten und den Krieg zwischen Iran und Irak 1980-1988 als den zweiten Ölkrieg. (Anm. d. Red.)

5. An die Feindschaft der USA gegen nationalkommunistische Führer wie Ho Chi Minh und Fidel Castro muss hier kaum erinnert werden. Der erste der beiden war der einzige militärische Führer, der im April 1975 jemals die Vereinigten Staaten geschlagen hat. Der zweite überlebte sämtliche Mordanschläge und direkten Interventionen, um sein Regime zu stürzen, trotz einer ständigen Wirtschaftsblockade, die bereits fast ein halbes Jahrhundert andauert.

6. Der deutsche Staat wurde erst 1871 gegründet. Der Wiener Kongress von 1815 (die Versammlung der Sieger nach der Niederlage Napoleons) war der deutschen Frage ausgewichen, indem er nur einen losen Deutschen Bund von 35 monarchischen Kleinstaaten und vier freien Städten akzeptiert hatte. Es blieb Bismarck und Preußen überlassen, die deutsche Einigung zu vollenden. Bismarck ließ sich nicht von mystischen Referenzen an das Heilige Römische Reich und an Karl den Großen verleiten. Er schlug seine österreichischen Rivalen im Jahr 1866 und die Franzosen 1870 und beseitigte damit zwei Hindernisse für die preußische Dominanz in dem aufkeimenden Staat. Bismarck gründete einen starken, nüchternen

*Einheitsstaat* unter preußischer Führung. Da die republikanische Bewegung in den deutschen Ländern nicht zu einer Massenbewegung geworden war, fiel es Bismarck nicht schwer, den preußischen König zum Kaiser des neuen Staates zu salben – ein Symbol der militärischen Stärke und des künftigen Ruhmes. Der Staat stützte sich auf die Junker und sollte zur effektivsten Staatsbürokratie der ganzen Welt werden. Einige Zeit nach der Niederlage von 1945 schrieb Golo Mann über die beiden Deutschlands, die seit der Gründung um seine Seele rangen. Auf der einen Seite stand das Deutschland der Kaiser, der Admiralität, des Generalstabs, der Krupps, der selbstgerechten, nationalistischen Professoren, der knurrenden, Monokel tragenden Leutnants. Sie sahen sich wiederum konfrontiert mit dem Deutschland der großen sozialdemokratischen Partei Bebels und seiner Genossen, Einstains und Plancks sowie Gerhart Hauptmanns. In Manns Augen war der spätere Zusammenbruch mit den Gründungsstrukturen programmiert. Bismarcks Kompromiss zwischen der alten Ordnung Gottes, des Königs und der Junker mit dem liberalen Bürgertum war zum Scheitern verurteilt. Wäre es anders gekommen, wenn man eine Republik gegründet hätte? Das nachnapoleonische Beispiel der französischen Kolonialmacht erweckt nicht gerade Zuversicht. Ein Blick auf die Wahlergebnisse der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg lohnt sich: 27 Prozent 1898, 31 Prozent 1903 und 35 Prozent 1912. Doch diese Erfolge und die viel gerühmten und bewährten Methoden der deutschen SPD reichten nicht aus, um 1914 der Woge des deutschen Nationalismus standzuhalten. Und aus dieser Tragödie entsprang deren Nachfolger, Adolf Hitler.

7. George Bernard Shaw, *Fabianism and the Empire*, Fabian Society, London 1900. Es wäre längst Zeit für

eine Neuauflage mit einem neuen Vorwort, das von Anthony Giddens und Tony Blair geschrieben werden sollte. Shaws Verteidigung der Kolonialherrschaft sorgte damals für viel böses Blut, aber er wurde von Sidney und Beatrice Webb und Robert Blatchford unterstützt, die die viel gelesene sozialistische Wochenzeitung *Clarion* herausgaben.

8. Eduard Bernstein, *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*, Berlin 1899; zitiert nach der Neuauflage von 1920, Nachdruck: Reinbek 1969, S. 170 und 180.

9. Internationaler Sozialisten-Kongress zu Paris 1900, Berlin 1900, S. 27f.

10. Internationaler Sozialisten-Kongress zu Amsterdam 1904, Berlin 1904, S. 19.

11. Der Einsatzbefehl lautete: »Innerhalb der deutschen Grenze wird jeder Herero, mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen. Ich nehme keine Weiber und keine Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volk zurück oder lasse auf sie schießen.« Das war Trothas Botschaft an die Herero, gezeichnet von Trotha, Generalleutnant des Mächtigen Kaisers. Von einer Gesamtbevölkerung von 80000 Menschen rottete der Generalleutnant 60000 aus. So groß ist die Macht höherer Zivilisationen.

12. Max Domarus, *Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945*, Bd. II (1939-1945), Wiesbaden 1973

13. Das Ausmaß der Massaker in Südamerika erstaunte Charles Darwin. Der an die Verdrängung von Tieren und Pflanzen durch stärkere Spezies gewohnte Forscher entdeckte 1832 in einem Gespräch mit einem spanischen Kommandeur, General Rosas, die Tatsache, dass menschliche Wesen auf ganz ähnliche Weise

ausgelöscht wurden. Die Spanier in Argentinien hatten beschlossen, die Pampas zu säubern: »Die Indianer sind jetzt so entsetzt, dass sie nicht als Gruppe Widerstand leisten, sondern jeder flieht, lässt sogar Frau und Kinder im Stich; aber wenn sie überwältigt werden, dann kämpfen sie wie wilde Tiere bis zum letzten Moment gegen jede Übermacht ... Das ist ein finsternes Bild, aber wie viel schockierender ist doch die unleugbare Tatsache, dass alle Frauen, die über zwanzig zu sein scheinen, kaltblütig massakriert werden! Als ich ausrief, das erscheine mir doch sehr unmenschlich, erwiderte er: ›Warum, was soll man denn machen? Sie vermehren sich so schnell!‹« Charles Darwin, *The Voyage of the Beagle*, Kap. 5.

14. Benedict Anderson, »Cacique Democracy in the Philippines«, in: *The Spectre of Comparisons*, London/New York 2000, S. 192-226.

15. Ebenda. Zitiert aus Leon Wolff, *Little Brown Brother*, London 1960, S. 305 und 360.

16. *Philippine Daily Inquirer*, 24. Januar 1988.

17. Zitiert in Herbert P. Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, London 2000. Dieses lehrreiche Buch eines ausgezeichneten Gelehrten sollte den irakischen Kollaborateuren, die diese Besatzung schönreden, zur Pflichtlektüre gemacht werden.

18. Schon als sie in Japan landeten, waren General MacArthur und sein Kollege, Brigadegeneral Fellers, entschlossen, Hirohito zu schützen. Beide Männer waren vehement gegen jede Form von Radikalismus und betrachteten Franklin Delano Roosevelt und den New Deal in ihrem eigenen Land bereits als verkappte kommunistische Verschwörung. Darüber hinaus war Fellers ein bekannter Antisemit. In aller Ruhe informierte er das japanische Oberkommando, dass Cohen, der oberste Berater von

Außenminister Byrnes, »ein Jude und Kommunist«, sei und »der einflussreichste Verfechter unamerikanischen Denkens in den Vereinigten Staaten«.

Am 6. März 1946 rief Fellers Admiral Yonai Mitsumasa und seinen Dolmetscher Mizota Shuichi zu sich und teilte ihnen mit, dass die Sowjetunion und andere alliierte Länder darauf beständen, dass Hirohito als Kriegsverbrecher bestraft werde. Fellers schlug vor:

»Um dem entgegen zu treten, wäre es am geschicktesten, wenn die japanische Seite uns beweisen könnte, dass der Kaiser völlig schuldlos ist. Ich denke, bei den bevorstehenden Prozessen bietet sich dafür die ideale Gelegenheit. Tojo, vor allen Dingen, sollte dazu gebracht werden, bei dem Prozess die ganze Verantwortung auf sich zu nehmen. Mit anderen Worten, ich möchte, dass ihr Tojo folgendes sagen lässt: ›Bei der kaiserlichen Konferenz vor Kriegsausbruch hatte ich bereits beschlossen, auf einen Krieg zu drängen, selbst wenn Seine Majestät der Kaiser dagegen gewesen wäre, mit den Vereinigten Staaten Krieg zu führen.‹« Ebenda.

19. Andrew J. Bacevich, *American Empire: The Realities and Consequences of U.S. Diplomacy*, Harvard 2002, S. 243-244.

20. Jürgen Habermas, »Was bedeutet der Denkmalsturz?«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17. April 2003.

21. Ebenda.

22. Der Völkerbund fiel kurz nach der Besetzung Äthiopiens durch die italienischen Faschisten auseinander. Mussolini verteidigte seine Invasion Albaniens und Abessiniens mit dem Argument, er habe das »korrupte, feudale und repressive Regime« von König Zogu/Haile Selassie

abgesetzt. In italienischen Wochenschauen waren dankbare Albaner und Äthiopier zu sehen, die den Einmarsch der italienischen Soldaten Beifall klatschten – und die europäische Zivilisation?

23. Perry Anderson, »Force and Consent«, in: *New Left Review* 17, Sept./Okt. 2002.

24. In einem erst posthum veröffentlichten, aber vorausschauenden Text, der 1916 im *Harpers Monthly* erschien, schilderte Mark Twain den Vorgang treffend: »Als Nächstes werden die Staatsmänner billige Lügen erfinden, die Schuld der Nation geben, die angegriffen wird, und jeder Mensch wird froh sein über diese das Gewissen beruhigenden Unwahrheiten und wird sie sorgfältig studieren und sich weigern, irgendwelche Widerlegungen in Erwägung zu ziehen. So wird er sich nach und nach selbst einreden, dass der Krieg gerecht sei, und wird Gott dafür danken, dass er nach dieser grotesken Selbsttäuschung einen besseren Schlaf hat.«

25. Danilo Zolo, *Invoking Humanity: War, Law and Global Order*, London/NewYork 2002. Eine überaus treffliche Kritik des »humanitären Interventionismus«, die mir sehr hilfreich war.

26. Die aktuellste Version dieses Arguments wurde von Joseph S. Nye, »U.S. Power and Strategy After Iraq«, in: *Foreign Affairs*, Juli/August 2003, vorgelegt. Nye geht von einer grundlegenden Kontinuität der US-Außenpolitik seit Woodrow Wilson aus, gibt jedoch folgenden Rat: »Sowohl die neowilsonsche als auch die Jacksonsche Variante des neuen Unilateralismus ziehen tendenziell à la carte ausgesuchte Bündnisse vor und behandeln die internationalen Institutionen als Werkzeugkästen, in die US-Politiker greifen können, wenn es ihnen in den Kram passt. Doch dieser Ansatz lässt die Art und Weise

unberücksichtigt, wie die unverhältnismäßig große amerikanische Macht über Institutionen legitimiert wird. Wenn andere das Gefühl haben, sie wurden zu Rate gezogen, ist die Wahrscheinlichkeit wesentlich größer, dass sie sich hilfsbereit zeigen.«

27. *The Guardian*, 7. Juni 2003. Der Titel des Buches von Philip Bobbitt lautet *The Shield of Achilles, War, Peace and the Course of History*, New York 2002. Eine vernichtende Anklage des Machwerks ist Gopal Balakrishnans Artikel »Achilles Shield and the Market State« in: *New Left Review* 23, Sept./Okt. 2003.